



*Die kommunistische
Internationale*

1925 / HEFT 9

1,50 MARK

AUS DEM INHALT

Lenin: Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage / R. Luxemburg: Entweder — oder / Waletzki: Der Marseiller Kongreß der II. Internationale / A. Losowsky: Paris-Breslau-Scarborough / Bibliographie

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von G. SINOWJEW
Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche
Ausgabe verantwortlich PETER GOTTLIEB, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten
an die Adresse des Verlages.

VI. Jahrgang 1925
Heft 9 September
(Erscheint verspätet Ende Oktober)

I N H A L T

	Seite
Lenin: Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage (Vorwort: W. Kolarow)	929
R. Luxemburg: Entweder — oder! (Einleitung: Ernst Meyer)	944
Boschkowitsch: Der Kampf um die Bauernschaft in Jugoslawien	959
Waletzki: Der Marseiller Kongreß der II. Internationale	972
A. Losowski: Paris—Breslau—Scarborough	983
S. Strumilin: Erfolgt eine Sozialisierung der Wirtschaft in der USSR?	1006
E. Genari: Die politische Lage in Italien und die Kommunistische Partei	1012
O. Scheffo: Die norwegische Arbeiterpartei und die Evolution Martin Tranmaels	1021
Al. Budalesco: Aus der rumänischen Folterkammer	1028
P. L.—r.: Wie Genosse Maslow Lenin kommentiert	1030
R. Dornbusch: „Der Neue März“	1034
M. Jablonsky: „Karl Marx- und Friedrich Engels-Archiv“	1038

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 1,50
Quartal	„ 4,50
Halbjahr mit Register	„ 9,—

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36, Stadthausbrücke 13, oder an unsere
Berliner Zweigstelle, Berlin NW 7, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und
von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheckkonto
Hamburg 24 227 oder auf unser Postscheck-Konto Berlin 45547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG **BERLIN**

W. I. LENIN:
URSPRÜNGLICHER ENTWURF DER
THESEN ZUR AGRARFRAGE

(Für den 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale)

Mit einem Vorwort von W. KOLAROW

Auf der Tagesordnung des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale (23. Juli bis 7. August 1920) stand unter anderem auch die „Agrarfrage“. Mit der Abfassung der Thesen zu dieser Frage war vom Exekutivkomitee Wladimir Iljitsch beauftragt, der daraufhin den nachfolgenden „ursprünglichen Entwurf der Thesen zur Agrarfrage“ niederschrieb. Als Entstehungszeit dieses Entwurfes ist der Zeitraum vom 14. Juni bis 20. Juli 1920 zu betrachten. Unter Einfügung unbedeutender stilistischer und sachlicher Korrekturen (im 3. Punkt ist nach dem Wort: „Arbeiteraristokratie“ eingefügt: „der fortgeschrittensten Länder“; in der Fußnote zum 4. Punkt ist das Datum der Volkszählung in Österreich von „1902“ auf „1910“ korrigiert; im 6. Punkt ist die Periode des Bürgerkrieges in Amerika von „1863 bis 1865“ auf „1863 bis 1866“ korrigiert usw.) und Weglassung des einleitenden Teiles wurde der Entwurf unter dem Titel „Thesen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur Agrarfrage“ im Heft 12 der Zeitschrift „die Kommunistische Internationale“ (S. 27 bis 36) von der Exekutive der Komintern veröffentlicht.

Der Kongreß wählte eine Kommission zur Agrarfrage in folgender Zusammensetzung: Stutschka (Lettland), Schablin (Bulgarien), Milkitsch (Jugoslawien), Vanini (Frankreich), Bringolf (Schweiz), Lissen (Holland), Meyer (Deutschland), Rakosi (Ungarn), Steinhardt (Österreich), Pöogelmann (Estland), Lenin (Rußland), Jurgis (Vereinigte Staaten von Nordamerika), Langset (Norwegen), Mac Alpin (Irland), Hakki (Türkei), Sultan Sade (Persien). Die italienische Partei war, trotz des Kongreßbeschlusses, in der Kommission nicht vertreten, da die italienischen Delegierten aus fraktionellen Gründen sich auf keinen Kandidaten einigen konnten.

Leider läßt sich dem Archiv der Komintern nur entnehmen, daß der Vorsitzende der Kommission Genosse Lenin war und der Berichtersteller — der polnische Delegierte Marchlewski; irgendwelche Spuren ihrer Arbeit hat die Kommission nicht hinterlassen. Aus der Rede des deutschen Delegierten Ernst Meyer in der Plenarsitzung ist zu entnehmen, daß „die Kommission sich in mehreren Sitzungen eingehend mit den Leitsätzen beschäftigt und eine große Zahl von Änderungen vorgenommen hatte, und daß infolge plötzlicher Abreise Marchlewskis an die Front (russisch-polnischer Krieg) Meyer mit der Berichterstattung beauftragt wurde (stenographischer Bericht des 2. Kongresses der Komintern, S. 539—552).

Nach den Worten des Berichterstatters, der die Arbeit der Kommission nicht ganz richtig geschildert hat, was aus dem Text der Abänderungen im § 6 zu ersehen ist, „wurden die größten Veränderungen im § 6 vorgenommen. Er gibt in der ursprünglichen Fassung eine allzu starke Hervorhebung der

Ausnahme von der Regel, daß das Land nicht aufgeteilt werden darf. Die Kommission hat den Satz des Paragraphen, in dem es heißt, daß es ein Fehler wäre, die Verteilung des Bodens nicht vorzunehmen, gestrichen und einen neuen Satz vorangestellt: „ . . . das Prinzip, daß der Großbetrieb voll und ganz (Das stimmt nicht. W. K.) aufrechterhalten bleiben muß.‘ Die Änderungen sind so zahlreich, daß ich nicht diese ganze neue Fassung verlesen möchte. Die Änderung entspricht fast wörtlich einem Vorschlag des Genossen Marchlewski.“

Die Abänderungen der Kommission waren verschiedener Art: 1. stilistische und andere unwesentliche Korrekturen; 2. Weglassung einiger sich wiederholender Sätze polemischen Charakters (gegen die II. Internationale usw.) und einiger erläuternder Beispiele; 3. Umredigierung des größten Teiles des 6. Punktes; 4. Hinzufügung eines neuen Punktes über die Unterstützung von Landarbeitergewerkschaften und Arbeitergenossenschaften durch Kommunisten.

Hauptsächlich diskutierte die Kommission über das Schicksal der großen landwirtschaftlichen Betriebe nach der Revolution. Augenscheinlich sprachen sich einige Delegierte unter dem Einfluß von Überresten sozialdemokratischer Tradition gegen jede Aufteilung der großen Güter schlechthin aus, als gegen einen Akt, der einen absoluten Rückgang der Bodenproduktivität zur Folge hat. Wie aus dem Artikel Marchlewskis im Heft 12 der „Kommunistischen Internationale“ (S. 89—97), der von Lenin im einleitenden Teil seiner Thesen erwähnt wird, hervorgeht, war in dieser Frage auch Marchlewski selbst in seinen Anschauungen anfänglich nicht konsequent. Für „Länder mit bäuerlichem Kleinbesitz“ hält er nicht nur die Aufteilung von Latifundien für zulässig, sondern auch die der „großen Güter“, ohne dies als „Rückschritt in wirtschaftlicher Hinsicht“ zu betrachten; wo es sich um Länder handelt, „in denen die herrschende Rolle landwirtschaftlichen Großbetrieben zukommt“, ist er gegen jede „Vernichtung der landwirtschaftlichen Großbetriebe, die hier überall mehr oder minder auf Grundlage eines rationellen Wirtschaftssystems geführt werden“, weil dies „zum absoluten Rückgang der Bodenproduktivität führen würde“. Gerade die sozialdemokratischen Überbleibsel in dieser Frage qualifiziert Lenin im 6. Punkt seiner Thesen als „schlimmsten Opportunismus“ und „Verrat an der Revolution“. Er stimmt dem zu, daß „für die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder die Kommunistische Internationale es für richtig anerkennt, den landwirtschaftlichen Großbetrieb vorwiegend beizubehalten und ihn nach der Art der Sowjetwirtschaften in Rußland zu führen“, beweist aber gleichzeitig in drei umfangreichen Absätzen, daß es „der größte Fehler wäre, diese Regel zu übertreiben oder zu schablonisieren und eine entschädigungslose Übergabe eines Teiles der Ländereien der exproprierten Expropriateure an die umliegende kleine, mitunter auch mittlere Bauernschaft als niemals zulässig zu betrachten“. Es leuchtet ein, daß nach langdauernder Diskussion alle Kommissionsmitglieder die Richtigkeit des Leninischen Standpunktes einsahen, und erst danach war er damit einverstanden, den sechsten Punkt teilweise dahingehend umzuredigieren, daß die Regel, nach der „in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern der landwirtschaftliche Großbetrieb vorwiegend beizubehalten“ ist, plastischer hervortritt, ohne jedoch die Ausnahmen von dieser Regel — „als das sicherste

Mittel, die Bauernschaft für die Revolution zu gewinnen“ — im geringsten zu vertuschen. „Die Sicherung des proletarischen Sieges und seine Dauerhaftigkeit ist die erste und wichtigste Aufgabe des Proletariats.“ „Im Interesse des Erfolges der Revolution darf das Proletariat selbst vor einem zeitweiligen Rückgang der Produktion nicht zurückschrecken“ — das ist der Leitgedanke Lenins in dieser Frage, und in dem von der Kommission angenommenen Entwurf Marchlewskis, der augenscheinlich mit Zustimmung Lenins selbst vorgelegt wurde, ist dieser Leitgedanke voll und ganz durchgeführt.

Im Plenum wurde die Agrarfrage in der Sitzung vom 4. August behandelt. Der Berichterstatter begründete zunächst die Thesen als Ganzes und verweilte dann kurz bei den Abänderungen der Kommission. Mit kritischen Bemerkungen traten die italienischen Delegierten Graziadei und Serrati auf, die an den Kommissionsarbeiten nicht teilgenommen hatten. Praktisch liefen die Bemerkungen des ersten auf die zwei Anträge hinaus: a) die Kommunisten müssen sich in den Genossenschaften der Kleinbauern betätigen, um in diesen Genossenschaften „die entgegengesetzten Strömungen zu neutralisieren“; b) expropriierten Großgrundbesitzern, die arbeitsunfähig sind und die sich den neuen Verhältnissen fügen, ist eine „persönliche Entschädigung“ zu gewähren. Der erste Antrag wurde von der Kommission angenommen und kam als zweiter Absatz in den 8. Punkt der Thesen. Der zweite Vorschlag wurde verworfen. Serrati dagegen sprach sich prinzipiell gegen die Thesen aus, die ihm „den Notwendigkeiten der Revolution in den westlichen Ländern nicht genügend zu entsprechen“ schienen. Er fand, daß „. . . die Konzessionen, die man verschiedenen sozialen Schichten macht, um sie sich günstig zu stimmen . . ., sehr gefährlich für die proletarischen Schichten sein und sie auf einen mehr und mehr opportunistischen Weg der Konzessionen führen können . . .“ „Während und nach der Revolution — sagte er — müssen die Kommunisten „verstehen und verständlich machen, daß nach dem Sturz des bürgerlichen Regimes selbst mit den mittleren Bauern ein Übereinkommen möglich sein muß; aber vor der Revolution haben die Kommunisten die besondere Pflicht, dem ländlichen Kleinbürgertum keine Konzessionen zu machen, um nicht die Interessen der proletarischen Masse zu schädigen.“ Aus diesen Erwägungen und weil er die Meinung der italienischen Partei über diese Frage nicht kannte, enthielt er sich der Abstimmung über die Thesen. Die übrigen Redner (der bulgarische Delegierte Schablin, der russische — Sokolnikow, der französische — Raymond Lefèvre) unterstützten die Thesen, und auf derselben Sitzung wurden sie vom Kongreß einstimmig, bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Der endgültige Text der Thesen ist unter dem Titel: „Resolution zur Agrarfrage“ im Heft 13, Jahrgang 1920 der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ (S. 136—145) abgedruckt. Die Korrekturen der Kommission, mit Ausnahme einfacher Wortumstellungen, die beim Übersetzen des Leninischen Textes in fremde Sprachen und zurück unvermeidlich sind, sind in den Anmerkungen angegeben.

URSPRÜNGLICHER ENTWURF DER THESEN ZUR AGRARFRAGE (Für den 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale)

Der Genosse Marchlewski hat in seinem Artikel die Ursachen glänzend dargelegt, warum die zweite — nunmehr gelb gewordene — Internationale nicht nur die Taktik des revolutionären Proletariats in der Agrarfrage nicht festzulegen vermochte, sondern sogar außerstande war, die Frage selbst richtig zu stellen. Ferner hat Genosse Marchlewski die theoretischen Grundlagen des kommunistischen Agrarprogramms der III. Internationale gegeben.

Auf dieser Grundlage kann (und, meines Erachtens, muß) die allgemeine Resolution des am 15. Juli 1920 bevorstehenden Kongresses der Komintern zur Agrarfrage ausgearbeitet werden.

Das nachfolgende ist der ursprüngliche Entwurf einer solchen Resolution:

1. Nur das von der Kommunistischen Partei geführte städtische und industrielle Proletariat vermag die werktätigen Massen des flachen Landes vom Joche des Kapitals und des Großgrundbesitzes zu befreien, vor dem Verfall und vor imperialistischen Kriegen zu bewahren, die bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems stets und ständig unvermeidlich sind. Die werktätigen Massen auf dem Lande können nicht anders als im Bunde mit dem kommunistischen Proletariat, in der rückhaltlosen Unterstützung seines revolutionären Kampfes zum Sturze des Joches der Junker (Großgrundbesitzer) und der Bourgeoisie, ihre Rettung finden.

Andererseits können die Industriearbeiter ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe der Befreiung der Menschheit vom Joche des Kapitals und der Kriege nicht nachkommen, wenn diese Arbeiter sich in den Kreis von zünftigen, enggewerkschaftlichen Interessen einschließen und sich selbstgefällig auf die Bemühungen um Verbesserung ihrer mitunter leidlichen, kleinbürgerlichen Lage beschränken. Aber gerade so ist es in vielen fortgeschrittenen Ländern um die „Arbeiteraristokratie“ bestellt, die die Grundlage der angeblich sozialistischen Parteien der II. Internationale bildet, in Wirklichkeit aber den schlimmsten Feind des Sozialismus, seine Verräter, kleinbürgerliche Hurrapatrioten und Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung darstellt. Eine wirklich revolutionäre, eine wirklich sozialistisch handelnde Klasse ist das Proletariat nur unter der Bedingung, daß es als Vortrupp aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als ihr Führer im Kampf um den Sturz der Ausbeuter auftritt und handelt. Dies ist jedoch undurchführbar ohne die Übertragung des Klassenkampfes auf das Land, ohne die Sammlung der werktätigen Massen des flachen Landes um die Kommunistische Partei des städtischen Proletariats, ohne die Erziehung des ländlichen Proletariats durch das städtische.

2. Die werktätigen und ausgebeuteten Massen des flachen Landes, die das städtische Proletariat in den Kampf führen oder jedenfalls auf seine Seite ziehen muß, sind in allen kapitalistischen Ländern durch folgende Klassen¹⁾ vertreten:

Erstens: Durch das landwirtschaftliche Proletariat, die Lohnarbeiter (Jahres-, Wanderarbeiter und Tagelöhner), die ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in den kapitalistischen landwirtschaftlichen²⁾ Unternehmungen

¹⁾ In der Resolution des Kongresses steht anstatt „Klassen“: „Gruppen“.

²⁾ Hinzugefügt: „und mit ihnen verbundenen industriellen“.

finden. Die selbständige, von den übrigen Gruppen der Landbevölkerung getrennte Organisation dieser Klasse¹⁾ (politische wie militärische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche Organisation, desgleichen für Bildungswesen usw.), eine gesteigerte Propaganda und Agitation unter dieser Klasse und ihr Herüberziehen auf die Seite der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats — das ist die grundlegende Aufgabe der kommunistischen Parteien in allen Ländern.

Zweitens: Durch die Halbproletarier oder die Parzellenbauern, d. h. durch diejenigen, die ihren Lebensunterhalt teils durch Lohnarbeit in landwirtschaftlichen, industriellen und kapitalistischen Unternehmungen, teils dadurch finden, daß sie sich auf ihren eigenen oder einem gepachteten Fleckchen Land abmühen, das nur einen Teil der Lebensmittel für ihre Familie abgibt.²⁾ Diese Gruppe der werktätigen ländlichen Bevölkerung ist in allen kapitalistischen Ländern überaus zahlreich; ihre Existenz und ihre besondere Lage wird aber von den Vertretern der Bourgeoisie und den gelben³⁾, zur zweiten Internationale gehörigen „Sozialisten“ vertuscht, indem diese zum Teil die Arbeiter bewußt betrügen, zum Teil den spießbürgerlichen Anschauungen blind nachgeben und diese Gruppe mit der Masse der „Bauernschaft“ im allgemeinen verwechseln. Diese Methode der bürgerlichen Verdummung der Arbeiter ist am meisten in Deutschland und Frankreich zu beobachten, dann aber auch in Amerika und den übrigen Ländern. Bei richtiger Organisation der Arbeit der Kommunistischen Partei wird diese Gruppe sichere Anhängerin der Partei werden, denn die Lage solcher Halbproletarier ist eine sehr schwere, und der ihnen durch die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats gewährte Vorteil ist gewaltig und sofort wirksam.⁴⁾

Drittens: Die Kleinbauern, d. h. die kleinen Landwirte, die Eigentümer oder Pächter kleinerer Grundstücke sind, welche die Bedürfnisse ihrer Familie und ihrer Wirtschaft gerade decken, und die keine fremde Arbeitskraft mieten. Diese Schicht gewinnt als Schicht⁵⁾ unbedingt durch den Sieg des Proletariats, der ihr sofort verschafft: a) Befreiung von der Bezahlung des Pachtzinses oder eines Teiles der Ernte (z. B. die Métayers in Frankreich und in Italien usw.) an die Großgrundbesitzer; b) Befreiung von Hypothekenlasten; c) Befreiung von den verschiedenartigsten Formen des Joches und der Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern (Waldbenutzung usw.⁶⁾); d) die sofortige Hilfe für ihre Wirtschaft durch die proletarische Staatsmacht (die Möglichkeit, landwirtschaftliche Geräte und einen Teil der Gebäude der durch das Proletariat enteigneten großkapitalistischen Wirtschaften zu benutzen; die sofortige Umwandlung der Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften durch die proletarische Staatsmacht aus Organisationen, die unter dem Kapitalismus in erster Linie den reichen und mittleren Bauern gedient haben, in Organisationen, die in erster Linie

¹⁾ Hinzugefügt: „einschließlich der Forstarbeiter, Gutshandwerker usw.“

²⁾ Im Kommissionstext: „Der für ihre Familien notwendigen Lebensmittel . . .“

³⁾ Das Wort „gelben“ ist weggelassen.

⁴⁾ Weiter ist hinzugefügt: „In einigen Ländern ist die erste und die zweite Gruppe nicht streng voneinander geschieden. Ihre gemeinsame Organisation ist daher unter besonderen Verhältnissen zulässig.“

⁵⁾ Die Worte „als Schicht“ sind weggelassen.

⁶⁾ Eingefügt: „und Weide“.

den Armen, d. h. den Proletariern, Halbproletariern und Kleinbauern helfen usw.).

Zu gleicher Zeit muß sich die Kommunistische Partei dessen klar bewußt sein, daß in der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus, d. h. während der Dauer der Diktatur des Proletariats, in dieser Schicht wenigstens zum Teil Schwankungen nach der Seite der völligen Handelsfreiheit und des freien Verfügungsrechtes über das Privateigentum unvermeidlich sind. Denn diese Schicht, die, wenn auch nur in geringem Maße, schon als Verkäufer von Verbrauchsmitteln auftritt, ist durch Schiebertum und Eigentümergewohnheiten korrumpiert. Bei fester, proletarischer Politik, bei entschlossener Abrechnung des siegreichen Proletariats mit den Großgrundbesitzern und Großbauern, können jedoch die Schwankungen dieser Schicht nicht bedeutend sein. Sie sind dann auch nicht imstande, etwas an der Tatsache zu ändern, daß die Kleinbauern im großen und ganzen auf der Seite der proletarischen Umwälzung stehen werden.

3. Die drei obengenannten Gruppen zusammengenommen bilden in allen kapitalistischen Ländern die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung. Daher ist der Erfolg¹⁾ der proletarischen Umwälzung nicht nur für die Städte, sondern auch für das flache Land vollauf²⁾ sichergestellt. Die entgegengesetzte Meinung ist weit verbreitet. Sie hält sich aber³⁾ nur erstens durch den systematischen Betrug der bürgerlichen Wissenschaft und Statistik, die mit allen Mitteln den tiefen Abgrund zwischen den genannten Schichten des flachen Landes und den Ausbeutern, den Grundbesitzern⁴⁾ und Kapitalisten, wie auch den zwischen den Halbproletariern und den Kleinbauern einerseits und den Großbauern andererseits vertuscht. Zweitens hält sie sich kraft des Unvermögens und der Unlust der Helden der gelben⁵⁾ II. Internationale und der durch die imperialistischen Vorrechte demoralisierten „Arbeiteraristokratie“ der fortgeschrittenen Länder.⁶⁾ eine wirklich proletarische, revolutionäre Propaganda, Agitations- und Organisationsarbeit unter der Dorfarmut⁷⁾ zu führen. Die Gesamtaufmerksamkeit der Opportunisten war und ist auf die Erfindung einer theoretischen und praktischen Verständigung mit der Bourgeoisie einschließlich der großen und mittleren Bauernschaft (über diese siehe weiter unten) gerichtet und nicht auf den revolutionären Sturz der bürgerlichen Regierung und der Bourgeoisie durch das Proletariat. Drittens hält sich diese falsche Meinung infolge eines hartnäckigen, bereits fest eingewurzelten⁸⁾ Vorurteils, das mit allen bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteilen zusammenhängt, infolge des Nichtverstehens einer Wahrheit, die durch den theoretischen Marxismus durchaus bewiesen und durch die Erfahrung der proletarischen Revolution in Rußland vollauf⁹⁾ bestätigt worden ist, nämlich¹⁰⁾, daß die in

¹⁾ Im Text der Kommission steht: „Enderfolg“.

²⁾ Das Wort „vollauf“ ist weggelassen.

³⁾ Hinzugefügt: „ausschließlich“.

⁴⁾ Im Kommissionstext: „Großgrundbesitzern“.

⁵⁾ Das Wort „gelben“ ist weggelassen.

⁶⁾ Die Worte „der fortgeschrittenen Länder“ sind weggelassen.

⁷⁾ Anstatt „Dorfarmut“ steht: „ländlichen, werktätigen Bevölkerung“.

⁸⁾ Die Worte „bereits fest eingewurzelten“ sind weggelassen.

⁹⁾ Das Wort „vollauf“ ist weggelassen.

¹⁰⁾ Der ganze Absatz nach dem Wort „nämlich“ ist wie folgt formuliert: . . . „daß mit Ausnahme der Landarbeiter, die jetzt schon zur Revolution stehen, die zersplitterte, verschüchterte und niedergedrückte, in allen, selbst den fortgeschrittensten Ländern zu halb-

unerhörtem Maße verschüchterte, zersplitterte und niedergedrückte, in allen, auch in den fortgeschrittensten Ländern, zu halbbarbarischer Lebensführung verurteilte Landbevölkerung aller drei obengenannten Kategorien, die wirtschaftlich, sozial und kulturell am Siege des Sozialismus interessiert ist, erst dann das revolutionäre Proletariat entscheidend unterstützen kann, nachdem diese die Macht erobert und mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten entschieden abgerechnet hat, erst nachdem jene niedergedrückten Menschen in der Praxis gesehen haben, daß sie einen organisierten Führer und Beschützer haben, der mächtig und fest genug ist, um ihnen zu helfen, sie zu leiten und ihnen den richtigen Weg zu weisen.

4. Unter „mittlerer Bauernschaft“ in wirtschaftlichem Sinne sind die kleinen Landwirte zu verstehen, d. h. Eigentümer oder Pächter, zwar auch nur kleiner, jedoch solcher Grundstücke, die erstens¹⁾ unter dem Kapitalismus in der Regel nicht nur der Familie und der Wirtschaft Unterhalt gewähren, sondern auch noch einen kleinen Überschuß abgeben, der wenigstens in den günstigsten Jahren sich in Kapital verwandeln kann; zweitens²⁾ bedienen sich diese Landwirte ziemlich oft (z. B. in einer Wirtschaft von 2 oder 3 ha³⁾) fremder Lohnarbeit. Als konkretes Beispiel der mittleren Bauernschaft in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Lande kann in Deutschland laut Zählung des Jahres 1907 eine Gruppe mit Wirtschaften von 5 bis 10 ha Land dienen, in denen die Zahl der beschäftigten landwirtschaftlichen Lohnarbeiter etwa ein Drittel der Anzahl der Wirtschaften dieser Gruppe beträgt.* In Frankreich, wo Sonderkulturen (z. B. Weinbau) betrieben werden, die einen besonders großen Aufwand von Arbeit erfordern, benutzt diese Gruppe wahrscheinlich in noch ein wenig⁴⁾ größerem Umfange fremde Lohnarbeit.

Das revolutionäre Proletariat kann es sich, wenigstens für die nächste Zukunft und für den Beginn der Periode der Diktatur des Proletariats, nicht zur Aufgabe machen, diese Schicht auf seine Seite zu ziehen. Es muß sich vielmehr auf die Aufgabe beschränken, sie zu neutralisieren, d. h. sie im Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie eine neutrale Stellung einnehmen lassen.⁵⁾ Das Hin- und Herschwanken dieser Schicht ist unver-

barbarischer Lebensführung verurteilte Landbevölkerung der obengenannten drei Kategorien, die wirtschaftlich, sozial und kulturell am Siege des Sozialismus interessiert ist, erst dann das revolutionäre Proletariat entscheidend unterstützen kann, nachdem die politische Macht durch das Proletariat erobert, nachdem mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten entschieden abgerechnet worden ist, und nachdem jene niedergedrückten Schichten in der Praxis sehen, daß sie einen organisierten Führer und Beschützer haben, der mächtig und fest genug ist, ihnen zu helfen, ihnen den richtigen Weg zu weisen“.

¹⁾ Das Wort „erstens“ ist weggelassen.

²⁾ Das Wort „zweitens“ ist weggelassen.

³⁾ Der eingeklammerte Satz ist weggelassen.

* Hier die genauen Zahlen: die Zahl der Wirtschaften mit 5—10 ha ist 652 798 (von 5 736 082); die Zahl der Lohnarbeiter verschiedener Art in diesen Wirtschaften 487 704 bei 2 003 633 Familienangehörigen. In Österreich betrug diese Gruppe, laut Zählung von 1902, 383 331 Wirtschaften, davon verwendeten 126 136 Lohnarbeit; die Zahl der Lohnarbeiter betrug 146 044, die der Familienangehörigen 1 265 969. Die Gesamtzahl der Wirtschaften machte in Österreich 2 856 349 aus.⁴⁾

⁴⁾ Die ganze Fußnote ist weggelassen.

⁵⁾ die Worte „ein wenig“ sind weggelassen.

⁶⁾ an Stelle des Satzes „d. h. sie . . . einnehmen lassen“ steht: „d. h. zu verhindern, daß sie im Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie der letzteren aktive Hilfe leistet.“

meidlich, und zu Beginn der neuen Epoche wird ihre vorwiegende Tendenz in den kapitalistisch entwickelten Ländern zugunsten der Bourgeoisie ausfallen: denn die Weltanschauung und die Stimmung der Eigentümer sind hier ausschlaggebend; die Interessiertheit am Schleichhandel und an Handels- und Eigentums-„Freiheit“ ist eine unmittlere; der Antagonismus gegenüber den Lohnarbeitern ist ein direkter.¹⁾ Das siegreiche Proletariat wird die Lage dieser Schicht durch Aufhebung des Pachtzinses und der Hypothekenschulden verbessern.²⁾ Die sofortige vollständige Aufhebung des Privateigentums durch die proletarische Staatsmacht braucht in den meisten kapitalistischen Ländern durchaus nicht vorgenommen zu werden, und jedenfalls garantiert die letztere der kleinen und mittleren Bauernschaft nicht nur die Unversehrtheit ihrer Grundstücke, sondern sogar deren Vergrößerung um die gesamte von ihnen gewöhnlich gepachtete Bodenfläche (Aufhebung des Pachtzinses).³⁾

Die Vereinigung von Maßnahmen dieser Art mit dem schonungslosen Kampf gegen die Bourgeoisie garantiert den Erfolg der Neutralisierungspolitik. Den Übergang zum kollektiven landwirtschaftlichen Betrieb kann die proletarische Staatsmacht nur mit größter Vorsicht und allmählich durch die Kraft des Beispiels,⁴⁾ ohne jede Gewalttat, in der mittleren Bauernschaft durchführen.

5. Als „Großbauern“ sind die kapitalistischen Unternehmer in der Landwirtschaft zu betrachten, die in der Regel mit einigen Lohnarbeitern wirtschaften und mit der Bauernschaft nur durch ihre geringe Kulturstufe, ihre Lebensart und durch persönliche körperliche Mitarbeit in ihrer Wirtschaft verbunden sind. Dies ist die zahlreichste der bürgerlichen Schichten, die unmittelbare und entschiedene Feinde des revolutionären Proletariats sind. Auf den Kampf mit dieser Schicht, auf die Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Mehrheit der Landbevölkerung von dem geistigen und politischen Einfluß dieser Ausbeuter usw. muß bei der ganzen⁵⁾ Arbeit der kommunistischen Parteien auf dem Lande das Hauptaugenmerk gerichtet sein.

Nach dem Sieg des Proletariats in den Städten sind von dieser Schicht alle möglichen Äußerungen von Widerstand, Sabotage und direktem⁶⁾ bewaffnetem Auftreten gegenrevolutionären Charakters durchaus unvermeidlich. Daher muß das revolutionäre Proletariat sofort mit der geistigen

¹⁾ von „die Interessiertheit . . .“ bis „ein direkter“ weggelassen.

²⁾ nach „Hypothekenschulden“ eingefügt: „durch Hergabe von Maschinen, durch Elektrifizierung der landwirtschaftlichen Produktion“.

³⁾ Der Satz ist wie folgt wiedergegeben: „Die sofortige Aufhebung des Privateigentums durch die proletarische Staatsmacht kommt in den meisten kapitalistischen Ländern keineswegs in Frage. Wohl aber wird die proletarische Staatsmacht die Aufhebung aller aus dem Privateigentum herrührenden Pflichten für diese Schicht durchführen. Auf jeden Fall garantiert die proletarische Staatsmacht der kleinen und mittleren Bauernschaft nicht nur, daß ihnen ihre Grundstücke erhalten bleiben, sondern auch, daß sie um die gesamte von ihnen gewöhnlich gepachtete Fläche vergrößert werden (Aufhebung des Pachtzinses).“

⁴⁾ Nach den Worten: „des Beispiels“ ist eingefügt: „durch Übergabe von Maschinen, Einführung technischer Verbesserungen, Elektrifizierung . . .“

⁵⁾ Das Wort „ganzen“ ist weggelassen.

⁶⁾ Anstatt „direktem“ steht „unmittelbarem“.

und organisatorischen Vorbereitung der notwendigen Kräfte beginnen, um diese Schicht vollständig zu entwaffnen und ihr, neben dem Sturz der Kapitalisten in der Industrie, bei der ersten Äußerung von Widerstand einen entscheidenden, schonungslosen, vernichtenden Schlag zu versetzen. Zu diesem Zweck muß das ländliche Proletariat bewaffnet und in Sowjets organisiert werden, in denen für Ausbeuter kein Platz sein darf und den Proletariern und Halbproletariern der überwiegende Einfluß gesichert werden muß.

Jedoch darf die Enteignung selbst der Großbauern keinesfalls¹⁾ die unmittlere Aufgabe des siegreichen Proletariats sein; denn für die Vergesellschaftung solcher Wirtschaften sind die materiellen, insbesondere die technischen, ferner auch die sozialen Bedingungen noch nicht vorhanden. In einzelnen Fällen, wahrscheinlich in Ausnahmefällen, werden jene Teile ihrer Grundstücke konfisziert werden, die in Kleinpacht vergeben oder für die kleinbäuerliche Bevölkerung der Umgebung besonders notwendig sind; dieser letzteren muß auch die unentgeltliche Benutzung eines Teiles der landwirtschaftlichen Maschinen der Großbauern zu gewissen Bedingungen gesichert werden usw. Im allgemeinen muß²⁾ die proletarische Staatsmacht den Großbauern das Land belassen und wird es nur im Falle des Widerstandes gegen die Macht der Werktätigen und Ausgebeuteten konfiszieren. Die Erfahrung der proletarischen Revolution Rußlands, in der sich der Kampf gegen die Großbauernschaft infolge einer Reihe von besonderen Bedingungen in die Länge gezogen hat und besonders verwickelt war, hat dennoch gezeigt, daß diese Schicht, wenn sie für den geringsten Widerstandsversuch eine gehörige Lehre erhält, fähig ist, die Anforderungen der proletarischen Staatsmacht loyal zu erfüllen, und daß diese Schicht sogar beginnt, wenn auch außerordentlich langsam, Achtung vor dieser Macht zu empfinden, die jeden Arbeitenden schützt und den reichen Müßiggängern gegenüber schonungslos ist.

Die besonderen Bedingungen, die den Kampf des über die Bourgeoisie siegreichen Proletariats mit den Großbauern in Rußland erschwert und verlangsamt haben, bestehen hauptsächlich in folgendem: Die russische Revolution hat nach der Umwälzung vom 25. 10. (7. 11.) 1917 das Stadium des „allgemeindemokratischen“, d. h. im Grunde bürgerlich-demokratischen Kampfes der ganzen Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer durchlaufen. Das städtische Proletariat war kulturell und zahlenmäßig schwach, und die gewaltigen Entfernungen wirkten bei den äußerst schlechten Verkehrswegen sehr erschwerend. Insofern in den fortgeschrittenen Ländern diese hemmenden Bedingungen nicht vorhanden sind, muß das revolutionäre Proletariat Europas und Amerikas den vollen Sieg über den Widerstand der Großbauernschaft energischer vorbereiten, weit schneller, weit entschiedener und weit erfolgreicher durchführen und der Großbauernschaft auch die geringste Möglichkeit zum Widerstand nehmen. Dies ist dringend erforderlich, denn bis zu einem solchen vollen und vollsten Siege können die Massen der Landproletarier, Halbproletarier und die kleinen Bauern die proletarische Staatsmacht nicht als voll und ganz gesichert betrachten.

¹⁾ Anstatt „keinesfalls“ steht „nicht“.

²⁾ Anstatt „muß“ steht „kann“.

6.¹⁾ Das revolutionäre Proletariat muß unverzüglich und bedingungslos das gesamte Land der Gutsbesitzer und Großgrundbesitzer konfiszieren, d. h. derjenigen Personen, die in kapitalistischen Ländern unmittelbar oder durch ihre Farmer Lohnarbeiter und die umliegende kleine (nicht selten auch mittlere) Bauernschaft systematisch ausbeuten, sich in keinerlei Weise an der körperlichen Arbeit beteiligen und größtenteils zu den Nachkommen der Feudalen (der Adel in Rußland, Deutschland und Ungarn, die wiederhergestellten Seigneurs in Frankreich, die Lords in England, die ehemaligen Sklavenhalter in Amerika) zählen oder zu reich gewordenen Finanzmagnaten oder zu einer Mischung dieser beiden Kategorien von Ausbeutern und Müßiggängern.

Keinesfalls darf in den Reihen der kommunistischen Parteien die Propaganda oder die Durchführung einer Entschädigung der Großgrundbesitzer für ihre enteigneten Ländereien zugelassen werden, da dies unter den heutigen Verhältnissen in Europa und Asien einen Verrat am Sozialismus und die Auferlegung eines neuen Tributs auf die werktätigen und ausgebeuteten Massen bedeuten würde, die schon ohnedies durch den Krieg, der die Zahl und den Reichtum der Millionäre vervielfacht hat, am meisten gelitten haben.

¹⁾ In Anbetracht wesentlicher Abänderungen im Text der 6. These geben wir diese unverkürzt in der Redaktion des Kongresses wieder:

„6. Das revolutionäre Proletariat muß unverzüglich, bedingungslos und ohne jede Ausnahme das gesamte Land der Großgrundbesitzer, Rittergutsbesitzer und derjenigen Personen konfiszieren, die in den kapitalistischen Ländern unmittelbar oder durch ihre Farmer systematisch die kleine (nicht selten auch die mittlere) Bauernschaft ausbeuten, sich in keinerlei Weise an der körperlichen Arbeit beteiligen und größtenteils zu den Nachkommen der Feudalen (der Adel in Rußland, Deutschland und Ungarn, die in ihren Rechten wiederhergestellten Seigneurs in Frankreich, die Lords in England, die ehemaligen Sklavenhalter Amerikas) zählen oder zu reich gewordenen Finanzmagnaten oder zu einer Mischung dieser beiden Kategorien von Ausbeutern und Müßiggängern.“

Keinesfalls darf in den Reihen der kommunistischen Parteien die Propaganda oder Durchführung einer Entschädigung der Großgrundbesitzer für ihre enteigneten Ländereien zugelassen werden, da das bei der heutigen Lage Europas und Amerikas einen Verrat am Sozialismus und die Auferlegung eines neuen Tributs auf die Werktätigen und ausgebeuteten Massen bedeuten würde, die schon ohnedies durch den Krieg, der die Zahl und den Reichtum der Millionäre vervielfacht hat, am meisten gelitten haben.

Für die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder erkennt die Kommunistische Internationale es für richtig an, den landwirtschaftlichen Großbetrieb vorwiegend beizubehalten und ihn nach der Art der Sowjetwirtschaften in Rußland zu führen. (Ebenso ist es zweckmäßig, die Bildung der kollektiven Produktionsmethode, d. h. der landwirtschaftlichen Kollektiven oder Kommunen zu unterstützen.) In Rußland mußte man infolge der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes meist zur Aufteilung der Ländereien unter die Bauern und zu ihrer Ausnutzung durch die Kräfte der Bauern selbst schreiten. Nur in verhältnismäßig seltenen Ausnahmefällen wurden auf den Gütern sogenannte „Sowjetwirtschaften“ eingerichtet, die der proletarische Staat auf eigene Rechnung führt, und die früheren Lohnarbeiter in Staatsarbeiter und Mitglieder des Sowjets, die den Staat verwalten, verwandelt.

(Die Erhaltung der ländlichen Großbetriebe wahrt die Interessen der revolutionären Schicht der Landbevölkerung, der landlosen Landarbeiter und der halbproletarischen Parzellenbauern, die ihren Unterhalt in der Hauptsache durch Lohnarbeit in den großen Wirtschaften verdienen, am besten. Außerdem macht die Nationalisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe die städtische Bevölkerung wenigstens teilweise in der Versorgungsfrage von der Bauernschaft unabhängig.)

Andererseits kann es dort, wo noch Überreste der mittelalterlichen Verfassung, des Fronsystems, zu besonderen Formen der Ausbeutung führen, wo noch Servitude oder das System der Halbpacht bestehen, unter Umständen notwendig sein, den Bauern einen Teil des Bodens der großen Güter zu überweisen.

Was die Methode der Wirtschaftsführung betrifft, die auf dem Grund und Boden angewandt wird, den das siegreiche Proletariat von den Großgrundbesitzern konfisziert hat, so überwog in Rußland, kraft seiner wirtschaftlichen Rückständigkeit, die Aufteilung dieser Länder zur Einzelbenutzung durch die Bauernschaft. Nur in verhältnismäßig seltenen Ausnahmefällen wurden sogenannte „Sowjetwirtschaften“ beibehalten, die der proletarische Staat auf eigene Rechnung führt, und die früheren Lohnarbeiter wurden in Staatsarbeiter und Mitglieder der Sowjets verwandelt, die den Staat verwalten. Für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder erkennt die Kommunistische Internationale es für richtig an, den landwirtschaftlichen Großbetrieb vorwiegend beizubehalten und nach Art der „Sowjetwirtschaften“ in Rußland zu führen.

Es wäre jedoch der größte Fehler, diese Regel zu übertreiben oder zu schablonisieren und eine entschädigungslose Übergabe eines Teiles der Länder der expropriierten Expropriateure an die umliegende kleine, mitunter auch mittlere Bauernschaft als niemals zulässig zu betrachten.

Erstens läuft der übliche Einwand dagegen — der Hinweis auf die technische Überlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebes — nicht selten darauf hinaus, daß man einer richtigen theoretischen Wahrheit den schlimmsten Opportunismus und den Verrat an der Revolution unterschiebt. Im Interesse des Erfolges der Revolution darf das Proletariat vor einem zeitweiligen Rückgang der Produktion nicht zurückschrecken, wie die bürgerlichen Feinde der Sklavenherrschaft in Nordamerika vor einem Rückgang der Baumwollproduktion infolge des Bürgerkrieges von 1863—1865 nicht zurückgeschreckt sind. Für den Bourgeois ist die Produktion um der Produktion willen wichtig, für die werktätige und ausgebeutete Bevölkerung dagegen

In Ländern und Gebieten, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb eine relativ geringe Rolle spielt, dagegen eine große Anzahl kleinbäuerlicher Besitzer existieren, die danach trachten, Land zu erhalten, wird die Aufteilung des Landes der Großgrundbesitzer sich als das sicherste Mittel erweisen, die Bauernschaft für die Revolution zu gewinnen, während die Erhaltung des Großbetriebes nicht von besonderer Bedeutung für die Versorgung der Städte ist.

Die Sicherung seines dauerhaften Sieges unter allen Umständen ist die erste und wichtigste Aufgabe des Proletariats. Wegen des Erfolges der Revolution darf das Proletariat selbst vor einem zeitweiligen Rückgang der Produktion nicht zurückschrecken. Die Dauerhaftigkeit der proletarischen Macht kann aber nur erreicht werden, wenn es gelingt, die mittlere Bauernschaft neutral zu halten und die Unterstützung des größten Teiles, wenn nicht der gesamten Kleinbauernschaft zu erreichen. (Jedenfalls müssen dort, wo eine Aufteilung des Großgrundbesitzes vorgenommen wird, in erster Linie die Interessen des ländlichen Proletariats gewahrt werden.)

Das Inventar der Großbetriebe muß unbedingt konfisziert und in Staatseigentum überführt werden. Unter der unerläßlichen Bedingung, daß dieses Inventar nach der Befriedigung der Bedürfnisse der staatlichen Großbetriebe von den Kleinbauern unentgeltlich benutzt werden kann, unter Beobachtung der durch den proletarischen Staat ausgearbeiteten Bedingungen.

Wenn in der ersten Zeit nach dem proletarischen Umsturz nicht nur die unverzügliche Konfiszierung der Güter der Großgrundbesitzer unbedingt erforderlich ist, sondern auch ihre vollständige Vertreibung und Internierung als Führer der Gegenrevolution und schonungslose Tyrannen der gesamten Landbevölkerung, so ist es ebenso dringend erforderlich, mit der Befestigung der proletarischen Macht nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande systematisch danach zu streben, daß die in dieser Klasse vorhandenen Kräfte, die wertvolle Erfahrungen, Wissen und organisatorische Fähigkeiten besitzen, unter besonderer Kontrolle zuverlässigster kommunistischer Arbeiter zur Schaffung des sozialistischen Großbetriebes ausgenützt werden.“

ist das wichtigste der Sturz der Ausbeuter und die Sicherung von Bedingungen, die den Arbeitsleuten gestatten, für sich und nicht für den Kapitalisten zu arbeiten. Die Sicherung des proletarischen Sieges und ihre Dauerhaftigkeit ist die erste und grundlegende Aufgabe des Proletariats. Die proletarische Staatsmacht kann aber nicht von Dauerhaftigkeit sein ohne Neutralisierung der mittleren Bauernschaft und Sicherung der Unterstützung durch einen bedeutenden Teil der, wenn nicht durch die gesamte Kleinbauernschaft.

Zweitens setzt nicht nur die Hebung, sondern auch schon die Beibehaltung des Großbetriebs in der Landwirtschaft einen vollkommen entwickelten, revolutionär-bewußten, gewerkschaftlich- und politisch-organisatorisch geschulten Landproletarier voraus. Wo diese Voraussetzung noch nicht vorhanden ist, oder wo es keine Möglichkeit gibt, klassenbewußte und kompetente Industriearbeiter mit der Angelegenheit zweckmäßig zu betrauen, dort können die Versuche eines überstürzten Überganges zu staatlich geleiteten Großwirtschaften die proletarische Staatsmacht nur kompromittieren. Bei der Schaffung von „Sowjetwirtschaften“ ist dort doppelte Vorsicht und die solideste Vorbereitung unbedingt notwendig.

Drittens haben sich in allen, selbst in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern Überreste einer mittelalterlichen, halb fronartigen Ausbeutung der umliegenden Kleinbauern durch die Großgrundbesitzer erhalten, z. B. die Instleute in Deutschland, die Métayers in Frankreich, die Halbpächter in den Vereinigten Staaten (nicht nur Neger, die in den meisten Fällen im Süden der Vereinigten Staaten gerade auf diese Weise ausgebeutet werden, sondern mitunter auch Weiße). In derartigen Fällen ist es unbedingt notwendig, daß der proletarische Staat die von Kleinbauern gepachteten Ländereien den früheren Pächtern zur unentgeltlichen Benutzung überläßt, da eine andere wirtschaftliche und technische Grundlage nicht vorhanden ist und sich auch nicht sofort schaffen läßt.

Das Inventar der Großbetriebe muß unbedingt konfisziert und in Staatseigentum überführt werden, unter der unerläßlichen Bedingung, daß dieses Inventar nach der Befriedigung der Bedürfnisse der staatlichen Großbetriebe von den Kleinbauern unentgeltlich benutzt werden kann unter Beobachtung der durch den proletarischen Staat ausgearbeiteten Bedingungen.

Wenn in der ersten Zeit nach dem proletarischen Umsturz nicht nur die unverzügliche Konfiszierung der Güter der Großgrundbesitzer unbedingt notwendig ist, sondern auch ihre vollständige Vertreibung oder Internierung als Führer der Konterrevolution und schonungslose Tyrannen der gesamten Landbevölkerung, so ist es ebenso dringend erforderlich, mit der Befestigung der proletarischen Macht nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande, systematisch danach zu streben, daß die in dieser Klasse vorhandenen Kräfte, die wertvolle Erfahrungen, Wissen und organisatorische Fähigkeiten besitzen, unter besonderer Kontrolle zuverlässigster kommunistischer Arbeiter zur Schaffung des sozialistischen Großbetriebes in der Landwirtschaft ausgenützt werden.

7. Den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus und die Festigung des ersteren kann man erst dann als gesichert betrachten, wenn die proletarische Staatsmacht jeden Widerstand der Ausbeuter gebrochen, sich völlige Stabilität und völlige Unterordnung gesichert hat und die Gesamtindustrie nach

den Prinzipien der kollektiven Produktion und einer modernen (auf der Elektrifizierung der gesamten Wirtschaft begründeten) technischen Basis reorganisiert. Nur das gibt der Stadt die Möglichkeit, technisch und sozial der zurückgebliebenen und zerstreuten Landbevölkerung eine so wirksame Hilfe zu gewähren, daß dadurch die materielle Grundlage für die großzügige Hebung der Produktivität der ackerbaulichen und der landwirtschaftlichen Arbeit überhaupt geschaffen werden kann. Auch werden auf diese Weise die kleinen Landbesitzer durch die Macht des Beispiels und den eigenen Vorteil veranlaßt, zum großen, kollektiven, mit Maschinen arbeitenden Betrieb überzugehen. Diese¹⁾ unbestreitbare theoretische Wahrheit, nominell von allen Sozialisten anerkannt, wird in der Tat durch den Opportunismus entstellt, der sowohl in der gelben II. Internationale als auch unter den Führern der deutschen und englischen „Unabhängigen“ herrscht sowie unter den französischen Longuétisten usw. Die Entstellung besteht darin, daß die Aufmerksamkeit auf eine verhältnismäßig ferne, schöne und rosige Zukunft gerichtet und von den nächsten Aufgaben des schwierigen konkreten Übergangs und Herantretens an diese Zukunft abgelenkt wird. In der Praxis läuft das auf die Propagierung von Kompromissen mit der Bourgeoisie und Propaganda des „Sozialen Friedens“ hinaus, d. h. auf einen völligen Verrat am Proletariat, das jetzt unter Bedingungen unerhörter, durch den Krieg überall hervorgerufener Zerstörung und Verarmung kämpft, wobei ein Häuflein von Millionären gerade durch den Krieg unerhört reich und dreist geworden ist.

Nämlich²⁾ auf dem Lande erfordert die wirksame Durchführung eines erfolgreichen Kampfes für den Sozialismus folgendes: Erstens müssen alle kommunistischen Parteien dem Industrieproletariat die Erkenntnis anerkennen, daß für den Sturz der Bourgeoisie und für die Festigung der proletarischen Macht Opfer und Bereitschaft, diese Opfer zu bringen³⁾, notwendig sind. Denn die Diktatur des Proletariats bedeutet sowohl die Fähigkeit des Proletariats, alle werktätigen und ausgebeuteten Massen zu organisieren und zu leiten, als auch die Fähigkeit des Vortrupps, um dieses Zieles willen die äußersten Anstrengungen zu machen und die heroischsten Opfer zu bringen. Zweitens ist für den Erfolg dringend notwendig, daß die werktätigen, am meisten ausgebeuteten Massen auf dem Lande durch den Sieg des Proletariats sofort und bedeutend auf Kosten der Ausbeuter in ihrer Lage verbessert werden. Denn ohne dies ist die Unterstützung des industriellen Proletariats durch das flache Land nicht gesichert. Im besonderen kann das Proletariat die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln nicht anders sicherstellen.

8. Die ungeheure Schwierigkeit, die Massen der werktätigen Landbevölkerung, die durch den Kapitalismus besonders eingeschüchtert, zerstreut und unterdrückt und oft in einem Zustand halbmittelalterlicher Abhängigkeit gehalten werden, zu organisieren und zum revolutionären Kampf zu erziehen, verlangt von den kommunistischen Parteien besondere Aufmerksamkeit für die Streikkämpfe auf dem flachen Lande, kraftvolle Unterstützung

¹⁾ Von den Worten „diese unbestreitbare theoretische Wahrheit“ ab sind die letzten Sätze des Absatzes weggelassen.

²⁾ Anstatt des Wortes „nämlich“ steht „besonders“.

³⁾ Die Worte „und Bereitschaft, diese Opfer zu bringen“ sind weggelassen.

und allseitige Entwicklung der Massenstreiks der ländlichen Proletarier und Halbproletarier. Die Erfahrung der russischen Revolutionen 1905 und 1917, nunmehr bestätigt und erweitert durch die Erfahrungen in Deutschland¹⁾ und anderen fortgeschrittenen Ländern, beweist, daß nur die fortschreitenden Massenstreikkämpfe (in die auf dem Lande unter Umständen auch die Kleinbauern hineingezogen werden können und müssen)²⁾ imstande sind, das schlummernde Dorf zu wecken, das Klassenbewußtsein und die Einsicht von der Notwendigkeit einer Klassenorganisation unter den ausgebeuteten Massen des flachen Landes hervorzurufen und ihnen die Bedeutung ihres Bündnisses mit den städtischen Arbeitern anschaulich und praktisch vor die Augen zu führen.³⁾

Der Kongreß der Kommunistischen Internationale brandmarkt diejenigen Sozialisten als Verräter und Überläufer, die es leider nicht nur in der gelben II. Internationale gibt, sondern auch in den drei⁴⁾ aus dieser Internationale ausgetretenen, für Europa besonders wichtigen Parteien, die es fertig bringen, nicht nur der Streikbewegung auf dem Lande gleichgültig zuzusehen, sondern (wie Karl Kautsky)⁵⁾ gegen die Streiks aufzutreten, weil sie diese nur unter dem Gesichtswinkel einer drohenden Verminderung der Produktion von Lebensmitteln betrachten. Alle Programme und alle noch so feierlichen Erklärungen haben auch nicht den geringsten Wert, wenn nicht in Praxis, durch Taten bewiesen wird, daß die Kommunisten und die Arbeiterführer die Entwicklung der proletarischen Revolution und ihren Sieg über alles auf der Welt zu stellen wissen, daß sie deshalb die schwersten Opfer zu bringen verstehen, da es sonst einen Ausweg und eine Rettung vor Hunger, Zerrüttung und neuen imperialistischen Kriegen nicht gibt.⁶⁾

Im besonderen⁷⁾ ist der Hinweis notwendig, daß die Führer des alten Sozialismus und die Vertreter der „Arbeiteraristokratie“, die jetzt dem Kommunismus in Worten Zugeständnisse machen oder nominell gar auf seine Seite übergehen, um ihr eigenes Prestige unter den sich rasch revolutionierenden Arbeitermassen zu wahren, daß diese Elemente daraufhin geprüft werden, ob sie der proletarischen Sache ergeben sind, und ob sie die Fähigkeit besitzen, an verantwortlicher Stelle gerade bei einer Arbeit zu stehen, bei der die Entwicklung des revolutionären Bewußtseins und des revolutionären Kampfes am stärksten vor sich geht, bei der der Widerstand der Grundbesitzer und der Bourgeoisie (der Großbauern, Kulaken) am zähe-

¹⁾ Eingefügt: „Polen, Italien, England“.

²⁾ Der eingeklammerte Satz ist weggelassen. Anstatt seiner folgt nach dem Wort „Massenstreikkämpfe“ — (unter Umständen unter Teilnahme der Kleinbauern).

³⁾ Folgende Sätze sind weiter eingefügt: „Die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter und die Mitarbeit der Kommunisten in Land- und Forstarbeitergewerkschaften ist aus diesem Grunde besonders notwendig.“

Auch die Bildung von kooperativen Organisationen der ausgebeuteten Landbevölkerung, die im engen Zusammenhang mit der revolutionären Arbeiterbewegung stehen, ist von den kommunistischen Parteien zu unterstützen. Ferner ist eine besondere Agitation unter den Kleinbauern zu betreiben.“

⁴⁾ Das Wort „drei“ ist weggelassen.

⁵⁾ Anstatt der Worte („wie Karl Kautsky“) ist eingefügt: („wie die Gewerkschaftsbureaukraten, die Scheidemann und Kautsky“).

⁶⁾ Im Kommissionstext steht: „Da es sonst keinen anderen Ausweg und keine andere Rettung . . . gibt.“

⁷⁾ Der Absatz ist ganz weggelassen.

sten ist, und der Unterschied zwischen kompromißlerischen Sozialisten und revolutionären Kommunisten am anschaulichsten zutage tritt.

9. Die kommunistischen Parteien müssen alles aufbieten, um auf dem flachen Lande möglichst bald zur Gründung von Sowjets, in erster Linie aus Vertretern der Lohnarbeiter und Halbproletarier überzugehen.¹⁾ Nur in Verbindung mit der Massenstreikbewegung und zusammen mit der am meisten unterdrückten Klasse werden die Sowjets imstande sein, ihre Aufgabe zu erfüllen und sich derartig zu befestigen, um die Kleinbauern ihrem Einfluß zu unterwerfen (und sie später²⁾ in ihren Bestand aufzunehmen]. Solange aber die Streikbewegung noch nicht stark und die Fähigkeit³⁾ des landwirtschaftlichen Proletariats, sich zu organisieren, noch schwach entwickelt ist, sowohl infolge des schweren Druckes seitens der Grundbesitzer und Großbauern als auch infolge der mangelnden Unterstützung durch die Industriearbeiter und ihre Organisationen, erfordert die Bildung von Sowjets auf dem Lande eine langwierige Vorbereitung. Diese Vorbereitung muß geschehen durch Schaffung wenn auch noch so kleiner kommunistischer Zellen, durch verstärkte Agitation, die in möglichst gemeinverständlicher Form die Forderung des Kommunismus darlegt und sie an Beispielen der hervorstechenden Erscheinungsformen⁴⁾ der Ausbeutung und Knechtung illustriert,⁵⁾ durch systematische⁶⁾ Reisen von Industriearbeitern auf das Land usw.

¹⁾ Weiter ist der Satz eingefügt: „Auch ist die Bildung von Kleinbauernräten zu propagieren.“

²⁾ Nach dem Wort „später“ ist folgendes eingefügt: „durch Zusammenschluß der Kleinbauernräte mit den Landarbeiterräten“.

³⁾ Anstatt „Fähigkeit . . . sich zu organisieren“ steht: „Organisation“.

⁴⁾ Anstatt der Worte: „hervorstechenden Erscheinungsformen“ steht: „verschiedene Methoden“.

⁵⁾ Eingefügt: „ferner“.

⁶⁾ Eingefügt: „Agitations-“.

**ROSALUXEMBURG:
ENTWEDER — ODER**
(Mit einer Einleitung von ERNST MEYER)

Einleitung

Die Entwicklung der kommunistischen Massenparteien geht überall auf dem Wege der Spaltung oder der Abstoßung von Sozialchauvinisten und Zentristen vor sich. Die Spaltung des Spartakus-Bundes von der Sozialdemokratie und von den Unabhängigen hat deshalb auch heute noch mehr als rein historische Bedeutung. Um aber diesen Prozeß richtig zu beurteilen und zweckmäßige Schlüsse daraus zu ziehen, bedarf es der möglichst vollständigen Kenntnis der Tatsachen.

Eines der bedeutsamsten Dokumente über die Spaltung der Spartakus-Gruppe von der Gruppe Ledebour-Hoffmann ist eine bisher unveröffentlichte Arbeit von Rosa Luxemburg „Entweder — oder“ (aus dem Frühjahr 1916), zu deren besserem Verständnis ich einen ganz kurzen Abriß der ersten Schritte des Spartakus-Bundes vorausschicken möchte.

Bereits am 4. August 1914, dem Tage des tiefsten Falles der SPD, scharten sich eine Reihe von Genossen um Rosa Luxemburg, um den Kampf gegen die Politik des 4. August aufzunehmen. Die Arbeit dieser Genossen setzte sich zunächst das Ziel, die sozialdemokratischen Parteimitglieder über den imperialistischen Charakter des Krieges und den Verrat der SPD an den Grundsätzen des Sozialismus wie an den feierlichen Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse und der sozialdemokratischen Parteitage Deutschlands aufzuklären. Zu dieser Fraktionsarbeit mußte, da Fraktions- und Gruppenbildung untersagt war, möglichst der legale Parteiapparat ausgenutzt werden. Gesinnungsgenossen, die im Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Wahlkreisorganisation Niederbarnim saßen, versandten von einzelnen oppositionellen Genossen verfaßtes Referentenmaterial, das als Grundlage für Vorträge und Diskussionsreden in sozialdemokratischen Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen diente. Dieses Material hatte einen legalen Charakter, der auch noch beibehalten wurde, als der Rahmen des sozialdemokratischen Parteiapparates durch die Entwicklung der Opposition für unsere Tätigkeit zu eng wurde. Noch in den Wintermonaten 1914/15 gaben wir aber bereits zahlreiches illegales Material heraus. Im Frühjahr 1915 waren wir bereits so stark, daß wir zu Demonstrationen gegen den Krieg aufrufen konnten.

Eine Musterung über die Opposition innerhalb der SPD erlaubte der Protestbrief vom 9. Juni*), der von zahlreichen Funktionären der SPD aus ganz Deutschland unterzeichnet wurde. Dieser an den sozialdemokratischen Parteivorstand gerichtete Brief wurde in 100 000 Exemplaren gedruckt verbreitet. Ihm lagen zwei Entwürfe von Liebknecht und von Ledebour zu-

*) Abgedruckt in: Eugen Prager, Geschichte der USP, Leipzig. II. Auflage. Seite 69 ff.

grunde. Inhalt und Ton der endgültigen Fassung wurden bestimmt durch das gemeinsame Vorgehen mit Ledebour und Stroebel, die schon damals einen wesentlich anderen Standpunkt vertraten.

Die Führung der Opposition lag bis zum Juni 1915 in den Händen der Genossen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Vorbereitung für den Protestbrief vom 9. Juni und die Abwehr eines Angriffes des Parteivorstandes gegen die Unterzeichner veranlaßten uns dazu, uns trotz der bestehenden Differenzen an Versammlungen mit allen oppositionellen Elementen zu beteiligen. Diese gemeinsame Arbeit führte indessen zu keiner Vertuschung der Gegensätze. Sie verstärkte nur unsere Auffassung von der Notwendigkeit einer Klärung innerhalb der Opposition. Diese Aufgabe war bereits durch die von Rosa Luxemburg und Franz Mehring herausgegebene „Internationale“, deren einziges Heft im April 1915 erschien, öffentlich begonnen worden. Wir legten stets Wert darauf, als abgeschlossene „Gruppe der Internationale“ innerhalb der Opposition aufzutreten, und begannen auch, besonderes Informationsmaterial für unsere Vertrauensleute herauszugeben.

Auf der ersten Zimmerwalder Konferenz zeigten sich offen auch international die Differenzen zwischen der Ledebour- und der Liebknechtgruppe. Ledebour und Adolf Hoffmann kämpften dort gegen einen Beschluß der Konferenz, allen oppositionellen Gruppen und Parteien die bindende Verpflichtung der Kreditablehnung aufzuerlegen. Als wir das in einem illegalen Rundschreiben kritisierten, beschwerte sich Ledebour heftig über unser Sondervorgehen. Das war das Signal für die Verschärfung der Gegensätze und für den kommenden organisatorischen Bruch.

In der Opposition stieg inzwischen die Unzufriedenheit mit den oppositionellen Parlamentariern, die sich erst am 21. Dezember 1915 zur Kreditablehnung aufschwangen. Die Begründung der Kreditablehnung verriet außerdem die grundsätzliche Übereinstimmung der als „Arbeitsgemeinschaft“ bald danach zusammengefaßten oppositionellen Parlamentarier mit der Politik des 4. August. Die Baralong-Rede Ledebours, in der er die deutsche Kriegsführung verteidigte, schlug dem Faß den Boden aus. Wir gaben sofort ein scharfes Flugblatt gegen diese Rede heraus. Unsere gemeinsamen Zusammenkünfte hörten damit so gut wie ganz auf und beschränkten sich auf die Beratung der Abwehr organisatorischer Gewaltmaßnahmen des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Am Neujahrstage 1916 fand die erste Reichskonferenz der entschiedenen Opposition aus ganz Deutschland statt. Die Konferenz hatte den Zweck, die politischen und organisatorischen Aufgaben der Gruppe Internationale zu fixieren. Es war völlig klar, daß sich der Kampf der Gruppe nach Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstage nun ebenso sehr wie gegen die Politik des 4. August der Kaisersozialisten, auch gegen die pazifistische Politik der Gruppe Haase-Ledebour-Kautsky richten müsse. In der Konferenz herrschte eine starke Erbitterung über die feige, schwankende Haltung der Arbeitsgemeinschaft im Parlament. Jeder Teilnehmer sah in der Rücksichtnahme der Arbeitsgemeinschaft auf die Parteieinheit der SPD ein Hemmnis zur Überwindung der burgfriedlichen Politik innerhalb der Arbeiterschaft. Die Spaltung der SPD war bereits durch die Abspaltung der Arbeitsgemeinschaft von der SPD-Fraktion

auf die Tagesordnung gesetzt. Die Reichskonferenz der Gruppe Internationale bereitet nun die offene Spaltung ihrer Teilnehmer auch von der Arbeitsgemeinschaft vor. Die Grundlage für diese Diskussion bildeten die von der Genossin Luxemburg im Gefängnis verfaßten Thesen, die zum erstenmal als Anhang zu ihrer illegalen Broschüre „Junius, die Krise der Sozialdemokratie“ erschienen sind. Der im Heft 2 von „Unter dem Banner des Marxismus“ abgedruckte Briefwechsel zwischen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gibt Aufschluß über die politische Entstehungsgeschichte der Thesen. Rosa befürchtete, daß die (nicht erfolgte) Vorlage der Thesen an Mitglieder der Gruppe Haase-Ledebour zur Verwässerung der Thesen führen könnte. Sie wollte keinerlei Konzessionen an diese Gruppe machen, sich nicht mit ihr koalieren. Sie wollte die Thesen nur als Grundlage für die eigene Gruppe Internationale.

Ledebour und Hoffmann empfanden unsere scharfe Kritik als störend. Sie fühlten sich aber nicht stark genug, um gegen die politischen Angriffe der Spartakus-Briefe zu polemisieren. Sie verzichteten auf jeden Versuch einer Widerlegung der in den Junius-Thesen enthaltenen Ablehnung ihrer pazifistisch-menschewistischen Fehler. Sie zogen es vor, die scheinbar mehr organisatorische Frage der Disziplin in der neuen, von den Junius-Thesen geforderten Internationale anzugreifen. Sie gaben dazu am 25. Februar 1916 ein Flugblatt gegen die Gruppe Internationale heraus, das weiter unten abgedruckt ist.

Gleich nach der Entlassung Rosa Luxemburgs beschloß die Leitung der Gruppe Internationale, das bisherige illegale Informationsmaterial in vergrößertem Umfange herauszugeben. Dieses Material erschien unter dem Titel „Politische Briefe“ und zwar gekennzeichnet durch das von mir vorgeschlagene Pseudonym „Spartakus“*). Die Januar-Konferenz und die Herausgabe der Spartakus-Briefe führte zum völligen Bruch mit der Ledebour-Gruppe, die den Versuch machte, uns zur Einstellung unserer Kritik an ihr zu zwingen. Unsere selbstverständlich erfolgte Ablehnung war der letzte, rein formelle Anlaß, die gemeinsamen Besprechungen überhaupt einzustellen, was aus Briefen von Mehring, Liebknecht und mir hervorgeht, die wir in einem informatorischen Rundschreiben vom 24. Februar 1916 (weiter unten abgedruckt) unseren Vertrauensleuten im ganzen Reiche mitteilten.

Im Anfang April entschlossen wir uns, in aller Öffentlichkeit die Gründe für den Bruch mit der Gruppe der Arbeitsgemeinschaft ausführlicher auseinanderzusetzen. Diesem Zweck diente die von Rosa Luxemburg verfaßte vorliegende Broschüre „Die Politik der sozialdemokratischen Minderheit“. Sie wurde als Nr. 1 der Sammlung „Entweder — oder“ illegal gedruckt. Nach einer Bemerkung auf dem Korrekturabzug sollte sie in einer Auflage von 50 000 Exemplaren erscheinen, in derselben Zahl wie Heft 2 der Sammlung, das Liebknechts Rede zur Justiz im Preußischen Landtag (vom März 1916) enthielt. Die Höhe der Auflage ist ein Beweis für die Stärke und Rührigkeit des Spartakusbundes, der illegale Flugschriften in einer solchen Menge verbreiten konnte. Als „Entweder — oder“ Nr. 3 sollte ein vom Genossen Karski (Marchlewski) verfaßtes Heft von acht Seiten mit

*) Vgl. „Die Revolution“, herausgegeben von der Zentrale der KPD, Heft 2, August 1924.

dem Titel „Die Kriegssteuern“ erscheinen. Heft 2 ist in der angegebenen Auflage auch verbreitet worden. Heft 1 und 3 ist infolge der Verhaftung Liebknichts am 1. Mai 1916 im Stadium der Vorbereitung liegengeblieben. Ich habe nur die Korrekturabzüge aufgefunden. Heft 3 erschien dann dagegen als besonderes vierseitiges Flugblatt.

Das Flugblatt Ledebour-Hoffmann

Als Manuskript gedruckt!

Berlin, 25. Februar 1916

Werter Genosse!

Zu Ihrer Information schicken wir Ihnen folgende Mitteilung:

In der Parteipresse wie in bürgerlichen Zeitungen werden Mitteilungen aus Schriftsätzen veröffentlicht, die unter dem Namen Spartakus in Umlauf gebracht wurden. Was uns veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen, ist die Tatsache, daß jene Schriftsätze Propaganda zu machen suchen für eine durchgreifende Neugestaltung des gesamten sozialistischen Parteiwesens auf internationaler Grundlage durch zwölf Leitsätze, deren Eingangsformel lautet:

„Eine größere Anzahl von Genossen aus allen Teilen Deutschlands hat die folgenden Leitsätze angenommen, die eine Anwendung des Erfurter Programms auf die gegenwärtigen Probleme des internationalen Sozialismus darstellen.“

Diese Eingangsworte müssen bei uneingeweihten Lesern den Glauben erwecken, daß es sich da um eine gemeinsame Beschlußfassung und Kundgebung der gegenwärtigen Opposition in der Sozialdemokratischen Partei handelt. Um einer solchen irrigen Auffassung entgegenzuwirken, halten die Unterzeichneten es für geboten, festzustellen, daß weder wir selbst noch die ganz überwiegende Mehrheit der in den Groß-Berliner Organisationen im Sinne der Opposition tätigen Genossen mit dieser Kundgebung irgend etwas zu tun haben. Sie ist ohne unser Wissen und ohne unser Zutun zustande gekommen und verbreitet worden. Auch aus dem übrigen Deutschland waren nur vereinzelte Genossen an diesem Schritt beteiligt.

In Ergänzung dieses formalen Einspruchs haben wir auch Verwahrung einzulegen gegen den sachlichen Inhalt der fraglichen Kundgebung. Durch die Anbahnung einer organisatorischen Zusammenschweißung aller sozialistischen Parteien der Welt zu einem einheitlich zentralisierten Gebilde gehen die Leitsätze in ihren Zielen weit hinaus über das Erfurter Programm und das Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie widersprechen in den entscheidenden Forderungen auch dem Zimmerwalder Manifest, auf dessen Boden wir stehen. Den zwölf Leitsätzen ist nämlich ein in sechs besondere Sätze zusammengefaßter Entwurf zur Begründung einer neuen, der III. Internationale angegliedert, dessen Kern die beiden folgenden Sätze bilden:

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Die Internationale entscheidet im Frieden über die Taktik der nationalen Sektionen in Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik, der Maifeier, ferner über die gesamte im Kriege einzuhaltende Taktik.

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran. Nationale Sektionen, die ihren Beschlüssen zuwiderhandeln, stellen sich außerhalb der Internationale.

Die Durchführung dieses Programms würde die einzelnen Landesparteien zu untergeordneten Organen der zentralisierten Internationale herabdrücken.

Bisher waren die sozialistischen Landesparteien völlig selbständige, über ihre Satzungen und ihre Betätigung endgültig entscheidende Organisationen, die zu internationalen Zwecken nur föderativ verbunden waren. Alle Beschlüsse der internationalen Kongresse bedurften deshalb zur Durchführung in den einzelnen Ländern der Zustimmung der Landesorganisationen. Um da keinen Zwiespalt aufkommen zu lassen, arbeiteten die internationalen Kongresse auf möglichste Einmütigkeit der Beschlüsse hin. Niemals aber waren die Landesparteien nur unselbständige Glieder einer großen internationalen Gesamtpartei. Das Internationale Büro vollends hatte nur die Funktionen der Anregung und Vermittlung, niemals die eines kommandierenden Generalstabs der Scharen des internationalen Proletariats.

Diese parteirechtliche Grundlage müßte völlig umgeändert werden, wenn der Spartakusplan verwirklicht werden sollte. Es geht aus dem Entwurf ganz klar hervor, daß künftig die Internationale für alle ihr angegliederten Sektionen in den einzelnen Ländern Beschlüsse mit bindender Kraft zu fassen hätte. Die Landesparteien oder Sektionen würden dann zu der zentralisierten Internationale etwa in das nämliche Verhältnis treten wie jetzt die Bezirksorganisation zu der deutschen Gesamtpartei. Die Leitung und Kontrolle der Landessektionen würde aber, nachdem die internationalen Kongresse die Direktiven gegeben hätten, in die Hände einer Zentralbehörde gelegt werden müssen. Zu dem Zwecke wäre das Internationale Büro zu einem Zentralvorstand auszubauen. Alle Nachteile der Schablonisierung und Bürokratisierung, die erfahrungsgemäß schon einem zentralen Landesvorstand anhaften, würden sich in dem internationalen Zentralvorstand vervielfachen. Der demokratische Grundgedanke unserer proletarischen Partei, daß alle Beschlüsse von unten herauf sich durchsetzen müssen, würde in dieser zentralisierten Internationale sich fast völlig verflüchtigen. So etwas ließ sich schon nicht durchführen, als noch ein Marx und Engels die Erste Internationale ins Leben riefen, die es nur mit schwachen Gruppen von Mitkämpfern zu tun hatte. In der jetzigen Zeit, wo die Bewegung in den einzelnen Ländern so gewaltig erstarkt ist, würde ein solcher Versuch sehr bald an den verschiedenen Reifegraden dieser Parteien und an der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Zustände scheitern.

Und nun gar in Kriegszeiten! Da soll die gesamte Taktik von einer zentralen Internationale aus dirigiert werden? Selbst wenn es möglich wäre, zu dem Zweck Vertreter der Sozialisten aller Länder, auch der kriegführenden, an einem Ort zusammenzubringen, so würde doch diese Körperschaft sehr bald des lebendigen Kontaktes mit ihren Auftraggebern entbehren und deshalb zur Ohnmacht verurteilt sein. Also, von welcher Seite man den Plan auch ansieht, er ist völlig unbrauchbar.

Nun steht es natürlich jedem Parteigenossen frei, Pläne zu entwerfen, welche er will, und sie innerhalb der Partei zur Diskussion zu stellen. Nur dünken uns Zeiten des Belagerungszustandes besonders ungeeignet für die Durchführung von Organisationsprojekten von solcher Tragweite. Aber die Urheber jenes Entwurfes haben obendrein den ganz undemokratischen Versuch gemacht, ehe sie ihren Plan in Deutschland bekanntgaben, die Zustimmung einer internationalen Konferenz dafür zu gewinnen.

Als Anfang Februar in Bern zur weiteren Förderung der in Zimmerwald

angebahnten Friedensbewegung eine internationale Konferenz stattfand, wurde ihr von einer Seite der Spartakusplan zur Beschlußfassung unterbreitet. Allerdings erfolglos; denn die überwiegende Mehrheit der Konferenz wies diese Zumutung gegen vereinzelte Stimmen zurück.

Aus dieser Mitteilung haben wir mit Genugtuung ersehen, daß wir auch jetzt noch uns in Übereinstimmung befinden mit der Mehrheit der Genossen, die in Zimmerwald mit uns zusammen gewirkt haben. Wohl wünschen wir alle eine baldige Wiederbelebung und wachsende Kräftigung der Internationale, aber ohne dabei die Selbständigkeit der einzelnen Landesorganisationen antasten zu wollen. Wir haben mit Freuden zugegriffen, als die Zimmerwalder Konferenz die Handhabe zu einer solchen Wiederbelebung bot, und sind entschlossen vorwärts gegangen auf dem betretenen Wege. Der Spartakusplan lenkt jedoch von diesem Wege vollständig ab.

So weit, was unsere Stellung zu dem Gründungsplan für eine neue Internationale anbetrifft. Nur wenige Worte über den sonstigen Inhalt der Schriftstücke, die von Spartakus versandt wurden. Obgleich wir der darin ausgesprochenen Absicht, die Opposition gegenüber der Politik der Parteiinstanzen zur tatkräftigen Vertretung der sozialdemokratischen Grundsätze anzufeuern, durchaus beipflichten, fordert doch die Art und Weise, wie das versucht wird, unsern entschiedensten Widerspruch heraus. Spartakus bemüht sich nämlich nachzuweisen, daß die 20 Abgeordneten, die am 21. Dezember gegen die Kriegskredite gestimmt haben — mit zwei rühmlichen Ausnahmen — ganz unzuverlässige Leute seien, vor denen die Parteigenossen nicht genug gewarnt werden können. Sein brennender Eifer verführt ihn dabei zu falschen sachlichen Urteilen und ungerechten persönlichen Angriffen.

Diese Spartakustaktik leitet nur Wasser auf die Mühlen der Fraktionsmehrheit und der Parteiinstanzen.

Die Bestrebungen, die darauf abzielen, die grundsätzliche sozialdemokratische Taktik in der Partei wieder zur Geltung zu bringen, können nur dann sich durchsetzen, wenn ihre Vertreter in der gegenwärtigen Situation unter Verzicht auf Streitereien wegen abweichenden Verhaltens in der Vergangenheit sich einträchtiglich zu gemeinsamen Aktionen zusammenschließen. Würde jedoch die Spartakustaktik Anklang finden bei den Genossen, so müßte das zur Zerrüttung und Lähmung der oppositionellen Bewegung führen. Wir wollen aber den baldigen und durchgreifenden Erfolg, den uns nur das vertrauensvolle Zusammenwirken aller Freunde unserer Sache verbürgt.

Wir geben diese Erklärung ab im Einverständnis mit den Genossen, die im gleichen Sinne wie wir in den Organisationen Groß-Berlins tätig sind.

Adolf Hoffmann

Georg Ledebour

Rundschreiben der Gruppe Internationale

Zur Information!

Berlin, den 24. Februar 1916

W. G.

Wie bereits mitgeteilt, wurde in einer Zusammenkunft der Berliner „Opposition“, die am 15. d. M. stattfand, nach langer Debatte mit 15 Stimmen.

bei ca. 6 Stimmenthaltungen und gegen 3 bis 4 Stimmen, beschlossen, mit uns, d. h. den Teilnehmern an der Januarbesprechung und denen, die hinter den Leitsätzen und ihrer Versendung nach Bern sowie den Spartakusbriefen stehen, nicht weiter zusammenzuarbeiten. Dieser Beschluß betrifft an Teilnehmern dieses Berliner „Oppositions“-Zirkels Mehring, Duncker, Meyer, Ohlhoff, Liebknecht.

Die folgenden Briefe ergeben das weitere.

Steglitz, 19. 2. 1916

An Genossen Herzfeld!

Werter Genosse!

Wie ich höre, ist in der Sitzung vom vorigen Dienstag beschlossen worden, daß eine Zusammenarbeit mit denjenigen Genossen, die an der Januarbesprechung teilgenommen haben und hinter den nach Bern gesandten Leitsätzen sowie den Spartakusbriefen stehen (an deren Abfassung ich beiläufig persönlich nicht teilgenommen habe), nicht möglich sei.

Da ich von diesem Beschlusse mitbetroffen worden bin, so möchte ich folgendes feststellen. Meine engeren Gesinnungsgenossen und ich haben bereits im April v. J. (im ersten Heft der Internationale) unsere Auffassung der gegenwärtigen Parteikrise dargelegt. Als wir mehrere Monate später mit Ihnen zusammenzuarbeiten begannen, geschah es mit dem selbstverständlichen Vorbehalt der Beteiligten, daß diese gemeinsame Arbeit nur auf dem Gebiet der gemeinsamen Anschauungen möglich sei, darüber hinaus aber jeder Teil sich seine Aktionsfreiheit vorbehalte, wie von uns auch mehrfach betont worden ist. Im Laufe der letzten Zeit hat sich nun herausgestellt, daß unsere Anschauungen sich nicht näherten, sondern immer weiter auseinandergingen — ich erinnere namentlich an die Verhandlungen über den 21. Dezember und das darüber handelnde Flugblatt —, und zugleich ist die Abneigung, unsere Zusammenarbeit nach unserem Wunsche unter dem erwähnten Vorbehalte aufrechtzuerhalten, immer deutlicher hervorgetreten. Unter diesen Umständen halte ich die von Ihnen beschlossene Trennung nicht nur für eine Notwendigkeit, sondern auch für einen Gewinn der Sache.

Sie würden mich sehr verbinden, werter Genosse, wenn Sie diese Zeilen der nächsten Zusammenkunft mitteilen wollten.

Mit freundlichem Gruß

Ihr
gez. F. Mehring

den 19. 2. 1916

Werter Genosse!

Um jeder Legendenbildung entgegenzutreten, halte ich für nötig, zu der Sitzung vom Dienstag und dem Beschluß, diejenigen zurückzuweisen, die an der Januarbesprechung teilgenommen haben, hinter den „Leitsätzen“ und ihrer Versendung nach Bern und hinter den Spartakus-Briefen stehen, folgendes festzustellen:

Ein Überblick über die Tätigkeit der „Opposition“ bis zum Juni vorigen Jahres und seit Einrichtung unserer Zusammenkünfte zeigt unsere Mit-

wirkung für gemeinsame Zwecke zur Genüge. Wir haben uns auch bis zum letzten Augenblick stets zur weiteren Zusammenarbeit überall dort bereit erklärt, wo Übereinstimmung der wesentlichen grundsätzlichen und taktischen Anschauungen besteht. Wir haben andererseits nie Zweifel über unsere Anschauungen gelassen, wiederholt mit allem Nachdruck auf die wichtigen prinzipiellen und taktischen Meinungsverschiedenheiten hingewiesen, die sich in den letzten Monaten immer deutlicher herausbildeten und in Anknüpfung an den 21. Dezember und die Beschickung der Schweizer Konferenz zuspitzten. Mehr wie einmal haben wir betont, daß wir uns auf den Gebieten unserer Differenzen Freiheit der Vertretung und Betätigung unserer Anschauungen unbedingt vorbehalten müßten — im Interesse der Klärung der Bewegung, im Interesse der künftigen Parteientwicklung und auch, um so die Basis festzuhalten, auf der allein ein Zusammenwirken im Bereich unserer Übereinstimmung möglich war und ist. Gerade in bezug auf Bern haben wir das in der Sitzung vom 15. Januar — wie auch in der vorangegangenen engeren Besprechung — mit aller erdenklicher Schärfe gesagt; am Schluß dieser Sitzung konstatierte der Genosse Ledebour unseren Vorbehalt noch ausdrücklich. Wir haben den Plan, auf Grund einer nebelhaft unklaren Parole zunächst eine nebelhaft unklare „Mehrheit“ und dann erst Klarheit und Übereinstimmung anzustreben, als widersinnig und verderblich verworfen und den umgekehrten Weg als den allein für uns gangbaren bezeichnet. Daß wir in einer scharf-kritischen Haltung gerade auch zu den Schwächen der „Opposition“ eine unserer hauptsächlich taktischen Aufgaben erblicken, heben wir unzweideutig hervor.

Entsprechend diesen Erklärungen haben wir gehandelt.

Ich bitte Sie, von diesem Briefe den übrigen Genossen Kenntnis zu geben.

Mit Parteigruß

Ihr

gez.: K. Liebknecht

P.S. Daß ich für irgendwelche unzureichende Information anderer über Zimmerwald usw. nicht verantwortlich bin, ist am Dienstag dargelegt. Die Leitsätze sind Ihnen sofort nach ihrer Vervielfältigung unter dem 3. Februar zugestellt. Wegen der zahlreichen übrigen unrichtigen Behauptungen und Kombinationen, die am Dienstag auftauchten, beziehe ich mich auf den damals von uns erhobenen allgemeinen Widerspruch.

D. O.

Berlin, 24. 2. 1916

Werte Genossen!

Von dem Genossen Eichhorn wurde ich heute gefragt, ob ich weiter an den Zusammenkünften teilnehmen wolle. Ich habe bereits mündlich darauf erwidert, daß der am 15. d. M. gefaßte Ausschluß-Beschluß sich ja von vornherein auch gegen mich richtete, und die Antwort sich daher erübrige. Ich lege aber Wert darauf, diese Auffassung auch schriftlich zu übermitteln. Was den Gegenstand der obwaltenden Meinungsverschiedenheiten betrifft, so berufe ich mich auf die mir zur Kenntnis gelangten Briefe (vom 19. d. M.) der Genossen Mehring und Liebknecht, mit denen ich mich einverstanden erkläre.

Mit Parteigruß

gez.: Ernst Meyer

ROSA LUXEMBURG: ENTWEDER — ODER
Die Politik der sozialdemokratischen Minderheit

„Ach, daß du kalt oder warm wärest; weil
 du aber lau bist und weder kalt noch warm,
 werde ich dich ausspeien aus meinem Munde.“

Genossinnen und Genossen! Ihr alle habt Kenntnis von dem Zwiespalt, der im Schoße der Parteiopposition besteht. Gar mancher von euch, der mit den heutigen Zuständen in der offiziellen Partei und mit ihrer Instanzenpolitik nicht einverstanden ist, wird über diesen Zwiespalt zunächst aufs äußerste betrübt sein. „Schon wieder Spaltungen!“ werden manche unwillig ausrufen. „Wäre es denn nicht notwendig, daß wenigstens alle diejenigen, die gegen die Fraktionsmehrheit Front machen, fest zusammenstehen und einträchtig vorgehen? Heißt es denn nicht die Opposition schwächen und Wasser auf die Mühle der Mehrheitspolitik treiben, wenn sich auch noch die untereinander zanken und spalten, die das gleiche Ziel verfolgen: die Parteibewegung wieder in die Bahnen einer grundsätzlichen proletarischen Klassenpolitik zu bringen?“

Gewiß, Genossen! Würde es sich bloß um persönliche Streitereien, würde es sich um Lappalien, um irgendwelche untergeordnete Rechthaberei, Unterlassungen oder um sogenanntes „Aus der Reihe tanzen“ Einzelner handeln, dann müßte es jeder ernste Mensch einen Frevel, ja ein Verbrechen nennen, wenn um solcher kleinen Dinge willen eine Spaltung im Schoße der Opposition herbeigeführt worden wäre.

Allein dem ist nicht so, Genossen! Was diese Spaltung herbeigeführt hat, sind grundlegende Fragen der Politik, ist die ganze Auffassung über die Mittel und Wege, die uns aus der jetzigen verzweifelten Situation der Partei zu würdigeren Zuständen hinausführen sollen.

Überlegen wir einmal, was alles auf dem Spiele steht! Mit dem 4. August 1914 ist die offizielle deutsche Sozialdemokratie und mit ihr die Internationale elend zusammengebrochen. Alles, was wir 50 Jahre lang vorher dem Volke gepredigt, was wir für unsere heiligsten Grundsätze erklärt hatten, was wir in Rede, in Broschüren, in Zeitungen, in Flugblättern unzählige Male verkündeten, das alles hat sich mit einem Male als leere Phrase erwiesen. Die Partei des proletarischen internationalen Klassenkampfes ist mit einem Ruck wie durch bösen Zauber zu einer national-liberalen Partei geworden, unsere starken Organisationen, auf die wir so stolz waren, haben sich völlig ohnmächtig erwiesen, und aus geachteten und gefürchteten Todfeinden der bürgerlichen Gesellschaft sind wir zu willenlosen und mit Recht verachteten Werkzeugen unserer Todfeinde, der imperialistischen Bourgeoisie, geworden. In anderen Ländern ist mehr oder weniger derselbe tiefe Fall des Sozialismus eingetreten, und der stolze, alte Ruf: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! hat sich auf den Schlachtfeldern in das Kommandowort verwandelt: Proletarier aller Länder, schneidet euch die Gurgel ab!

Nie in der Weltgeschichte hat eine politische Partei so elend bankrott gemacht, nie ist ein erhabeneres Ideal so schmachvoll verraten und in den Staub getreten worden!

Tausende und aber Tausende Proletarier und Proletarierinnen könnten vor Scham und Wut blutige Tränen weinen, daß alles, was ihnen so teuer und heilig war, jetzt zum Spott und Hohn der ganzen Welt geworden ist. Tausende und aber Tausende brennen darauf, die Scharte auszuwetzen, die Schmach von der Partei abzuwaschen, um wieder den Namen Sozialdemokrat mit erhobener Stirn und ohne Erröten tragen zu können.

Aber das eine muß sich dabei jeder Genosse vor Augen halten: Aus einem so tiefen Fall kann nur eine ganz geschlossene, klare, rücksichtslose Politik die Rettung bringen. Mit halben Mitteln, mit Hin- und Herschwanken, mit zaghafter Schaukelpolitik kann uns nimmermehr geholfen werden. Jetzt muß sich jeder sagen: Entweder — oder. Entweder sind wir nationalliberale Schafe im sozialistischen Löwenfell, dann lassen wir auch jedes Spiel mit der Opposition. Oder aber wir sind Kämpfer der proletarischen Internationale in voller Bedeutung dieses Wortes, dann muß eben mit der Opposition ganze Arbeit gemacht, dann muß die Fahne des Klassenkampfes und des Internationalismus rücksichtslos und offen entfaltet werden. Und nun schaut, Parteigenossen und Genossinnen, auf die bisherige sogenannte Opposition, wie sie von Ledebour, Haase und ihren Freunden vertreten wird. Nachdem sie viermal hintereinander im Reichstag die Bewilligung der Kriegskredite gehorsam geduldet und sich so zu Mitschuldigen des Verrats am Sozialismus gemacht haben, rafften sie sich endlich am 21. Dezember 1915 dazu auf, im Plenum dagegen zu stimmen. Endlich! haben sich die Arbeiter gesagt. Endlich eine öffentliche Absage an die Politik des nationalistischen Schwindels. Endlich wenigstens 20 Mann im Parlament, die den Sozialismus hochhalten! Der Wahn war kurz, und an der „mutigen Tat“ konnten nur diejenigen ungetrübte Freude haben, die ganz oberflächlich die Dinge betrachteten, ohne ihnen mit kritischem Blick auf den Grund zu sehen. Über ihre Verweigerung der Kredite haben die Geyer und Genossen im Reichstag eine Erklärung abgegeben, die alles wieder zunichte macht. Was sie durch die Abstimmung Gutes geleistet haben. Denn warum haben sie diesmal gegen die Kredite gestimmt? „Unsere Landesgrenzen sind gesichert“, lautet ihre Erklärung. Was die guten Leute mit diesen Worten bezweckten, auf wen sie Rücksicht nehmen zu müssen glaubten, bleibt ihre Sache. Der Außenstehende, der nicht in die große Diplomatie eingeweiht ist, die hinter den Kulissen zu dieser Erklärung geführt haben mag, wird sie so verstehen: die 20 stimmten offenbar diesmal gegen die Kredite, weil die deutschen Landesgrenzen gesichert seien. Also nicht deshalb, weil wir grundsätzliche Gegner des Militarismus und des Krieges sind, nicht deshalb, weil dieser Krieg ein imperialistisches Verbrechen an allen Völkern ist, sondern weil die Hindenburg, Mackensen und Kluck bereits genug Russen, Franzosen und Belgier niedergemetzelt und in ihren Ländern Fuß gefaßt haben, deshalb darf sich schon ein deutscher Sozialdemokrat den Luxus gestatten, gegen die Kriegsausgaben zu stimmen! Aber damit stellen sich die Geyer und Genossen grundsätzlich auf den Boden der Mehrheitspolitik. Danach unterstützen sie den frechen Schwindel, wonach dieser Krieg überhaupt von Anfang an als ein Verteidigungskrieg zur Sicherung der Landesgrenzen hingestellt wurde. Was sie von der Mehrheit scheidet, ist also nicht grundsätzliche Auffassung der ganzen Stellung zum Kriege, sondern bloß verschiedene Beurteilung der militärischen Lage. Nach den Scheidemann, David, Heine sind die

deutschen Landesgrenzen noch immer nicht gesichert, nach den Haase, Ledebour, Geyer sind sie bereits gesichert. Allein jeder verständige Mensch muß zugeben, daß, wenn man sich schon auf die nackte Beurteilung der militärischen Lage einläßt, der Standpunkt der Scheidemann, David, Heine konsequenter ist als der Standpunkt der Ledebour und Haase. Denn wer will die Garantie übernehmen, daß das Kriegsglück auch fernerhin dem deutschen Militarismus treu bleibt? Welcher verständige General würde heute schwören wollen, daß sich das Blatt unmöglich wenden und etwa die Russen wieder in Ostpreußen einrücken könnten? Und falls dies geschieht, was dann? Dann müßten ja die Ledebour, Geyer, Haase im Reichstag in Konsequenz ihrer eigenen Erklärung für die Kriegskredite stimmen! Das ist also keine grundsätzliche Taktik, sondern eine Konjunkturpolitik, die auf die momentane Lage des Kriegsschauplatzes zugeschnitten ist, das ist die berühmte Politik von Fall zu Fall, die alte opportunistische Schaukel, auf der es die Partei ja gerade bis zur Herrlichkeit des 4. August 1914 gebracht hat.

Doch die Sache hat noch eine sehr ernste Seite. Wenn nach der Erklärung der Ledebour, Haase die deutschen Sozialdemokraten heute gegen die Kriegskredite stimmen dürfen, weil die deutschen Landesgrenzen gesichert seien, wie steht es dann mit den französischen, belgischen, russischen, serbischen Genossen, in deren Ländern der Feind steht? Der einfachste Arbeiter kann sich an den Fingern abzählen, daß dieser Satz der Erklärung den Genossen in den anderen Ländern die schönste Handhabe bietet, um ihre nationalistische Politik zu rechtfertigen. In der Tat haben bereits französische Genossen von der nationalistischen Mehrheit ihn als die beste Bekräftigung ihrer eigenen Haltung eifrig aufgegriffen. Da haben wir also wieder die Spaltung der Internationale, da haben wir wieder die Politik, die die Sozialisten der verschiedenen Länder nicht gemeinsam gegen den Krieg und die herrschenden Klassen, sondern gegeneinander führt, ganz wie es das Kommando des Imperialismus befiehlt. Also auch hier kommen wir genau auf den Boden jener Mehrheitspolitik, die uns und die Internationale zugrunde gerichtet hat.

Und nun fragen wir, Genossinnen und Genossen, wenn man so die Dinge ernst und kritisch betrachtet: war die Abstimmung der Ledebour, Haase und Genossen am 21. Dezember ein Schritt vorwärts? War es die rettende Tat, auf die wir alle mit Qual im Herzen warteten, nach der die Massen lechzten? Nein und abermals nein! Jene Abstimmung mit jener Erklärung, das war ein Schritt vorwärts und ein Schritt zurück, das war wieder einmal eine angenehme Täuschung, daß etwas sich zum Besseren wende, hinter der aber eine um so bittere Enttäuschung unvermeidlich war.

Und die Enttäuschung folgte auch richtig auf dem Fuße. Es ist klar, daß jene Abstimmung gegen die Kriegskredite, selbst wenn sie nicht durch die unglückselige Erklärung im Kern verpfuscht wäre, doch nicht die ganze Politik der Opposition erschöpfen, sondern bloß der erste Schritt auf neuer Bahn sein konnte, ein erstes vernehmbares Signal, dem eine nachdrückliche konsequente Aktion im Geiste des Klassenkampfes auf der ganzen Linie folgen mußte. Was haben wir statt dessen erlebt? Die Ledebour und Haase und Genossen ruhen sich seitdem auf den Lorbeeren ihrer Kreditverweigerung aus — sie führen ein Schattendasein.

Nehmen wir nur einige Beispiele. In der famosen „Baralong“-Affäre hat sich die sozialdemokratische Fraktion durch die Rede Noskes und sein Krächzen nach blutigen Vergeltungsmaßnahmen gegen die Engländer mit so unerhörter Schmach bedeckt, daß sogar anständige bürgerliche Liberale für uns erröten müßten, wenn es noch eine solche Menschengattung in deutschen Landen geben würde. Es schien nach dem 4. August, nach allem, was darauf gefolgt war, daß unsere Partei so tief im Sumpfe liegt, wie es nicht tiefer sein kann. Aber die „umgelernten“ Sozialimperialisten bringen immer noch neue Überraschungen zustande. Ihre politische und moralische Korruption scheint überhaupt mit gewöhnlichem Maße nicht meßbar zu sein. In der „Baralong“-Affäre haben sie durch das Aufhetzen der bestialischen Kriegsinstinkte sogar die Konservativen übertrumpft und beschämt. Und was hat nach einem solchen unerhörten Vorgang ein Mann der Opposition, der Genosse Ledebour, getan? Statt mit einem Donnerwetter dreinzufahren, statt vor aller Welt im Namen des deutschen Proletariats jede Gemeinschaft mit den Noske und seinesgleichen von sich zu weisen, statt dessen stimmte Ledebour selbst in das Geheul ein, akzeptierte grundsätzlich die Vergeltungspolitik der Noske und Genossen und schwang sich nur dazu auf, um maßvolle Anwendung des bestialischen Prinzips zu betteln.

Die unglaublichen Worte Ledebours am 15. Januar lauteten nach dem Stenogramm folgendermaßen:

„Meine Herren, in der Beurteilung des Falles Baralong an sich, also der Untat, die zur See von englischen Seeleuten gegenüber deutschen Seeleuten begangen worden ist, weiß ich mich eins mit allen Vorrednern. Ich verzichte darauf, ihre Ausführungen noch irgendwie in Worten zu ergänzen.“

Und diese „Vorredner“ waren: Noske von den Sozialimperialisten, Spahn vom Zentrum, Fischbeck vom Freisinn, der Knutenörtel von den Konservativen! Mit ihnen allen wußte sich Ledebour „eins“ in der Beurteilung der Affäre!

Also wiederum eine grundsätzliche Unterstützung der Mehrheitspolitik der sozialistischen Verräter und ein Abrutschen in die burgfriedliche Einigkeit mit den bürgerlichen Parteien — drei Wochen nach der scheinbaren Erhebung der Fahne des Klassenkampfes.

Nehmen wir ein anderes Beispiel. In den sogenannten „kleinen Anfragen“ haben die Abgeordneten im Reichstag eine unschätzbare Waffe in die Hand gekriegt, um sich in dieser kläglichen Jasagerversammlung von gehorsamen Mamelucken der Militärdiktatur einen ständigen Widerstand gegen die Regierung und die bürgerliche Mehrheit, eine ständige Beunruhigung der imperialistischen Phalanx, eine ständige Aufrüttelung der Volksmassen zu ermöglichen. In den Händen von 20 entschlossenen Volksvertretern könnten die kleinen Anfragen zu einer wahren Nilpferdpeitsche werden, die unermüdlich auf den Rücken der imperialistischen Meute niedersausen würde. Was sehen wir statt dessen? Die Ledebour, Haase und Genossen denken nicht daran, von diesem wichtigen Kampfmittel Gebrauch zu machen. Nicht ein einziges Mal haben sie es anzuwenden versucht. Sie überlassen es ruhig Karl Liebknecht allein, mitten in der kläffenden Meute nach allen Seiten zu fechten und sich zu wehren, selbst aber haben sie offenbar Angst vor der eigenen Courage, sie wagen es einfach nicht, wider

den Stachel zu lücken und sich von der Fuchtel der Fraktionsmehrheit zu befreien.

Ja, noch mehr! Als die imperialistische Reichstagsmehrheit mitsamt der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit den Vorstoß machte, um die Waffe der kleinen Anfragen durch die willkürliche Zensur des Reichstagspräsidenten zunichte zu machen, da ließen es die Ledebour und Haase mit Genossen ruhig geschehen! Diese angeblichen Oppositionsführer unterstützen den Gewaltstreich gegen ein demokratisches Recht der Volksvertretung, gegen ein wichtiges Mittel zur Aufrüttelung der Massen. Sie beteiligten sich an dieser neuen Verräterei der Fraktionsmehrheit.

Und wie verhielt es sich am 17. Januar, als die militärischen Fragen im Reichstag zur Debatte standen, als die gute Gelegenheit geboten war, an dem ganzen Treiben der Säbeldiktatur, an den Bestialitäten des Krieges unbarmherzig Kritik zu üben, die Gesamtlage zu beleuchten und alle Hauptprobleme der Weltkrise aufzuwerfen? Da versagten wieder die Ledebour und Haase mit Genossen völlig. Auf ihre scheinbare Kampfansage und Frontänderung am 21. Dezember folgte knapp vier Wochen später ein klägliches Fiasko. Ein kleinliches Herumreden an lauter äußeren Lappalien, wie es in dem grauen Alltag der parlamentarischen Treitmühle in Friedenszeiten üblich war, das war alles, wozu sich diese Oppositionsführer bei der Militärfrage aufgeschwungen haben.

Das ist, Genossen und Genossinnen, die sogenannte Opposition, wie sie die Ledebour, Haase und ihre Freunde verstehen. Keine Spur von Konsequenz, von Tatkraft, von Schneid, von grundsätzlicher Schärfe, nichts als Halbheiten, Schwächlichkeiten und Illusionen. Aber wir haben wahrhaftig genug an Halbheiten, Schwächlichkeiten und Illusionen erlebt, und wir wissen, wohin sie uns gebracht haben. Kein Mensch wird den guten Willen eines Ledebour, eines Haase, eines Adolf Hoffmann bezweifeln. Aber mit guten Absichten allein ist auch der Weg zur Hölle gepflastert. Was wir jetzt brauchen, ist Kraft, Konsequenz und Schärfe, ach, nur ein wenig von jener Kraft, Konsequenz und Schärfe, mit denen unsere Feinde, die herrschenden Klassen, uns knebeln und ins Joch des bluttriefenden Imperialismus zwingen. Ganze Männer, unerschrockene, schroffe Kämpfer, das ist es, was wir brauchen, nicht Schaukelpolitiker, nicht Schwächlinge, nicht zaghafte Rechnungsträger.

Und daß jene sogenannte Opposition diesen Anforderungen nicht entspricht, das beweist endlich am besten das Flugblatt, das die Genossen Ledebour und Adolf Hoffmann gerade jetzt herausgegeben haben.

Dort wird eine scharfe und ablehnende Kritik geübt an den Leitsätzen, die eine Anzahl Genossen aus verschiedenen Orten Deutschlands als die Richtschnur ihrer Auffassung und ihrer Aufgaben im gegenwärtigen historischen Moment angenommen haben. Wir führen sie hier zum Schluß im ganzen Umfange an, damit jeder Genosse sie selbst beurteilen kann.*)

Diese Leitsätze sind nichts anderes als die offene, ehrliche und unumwundene Formulierung der Tatsachen und Vorgänge, wie sie der Weltkrieg in der Arbeiterbewegung zutage gefördert hat, sie sind ferner die konsequente und entschlossene Anwendung unserer alten Parteigrundsätze auf die heutige

*) Da die Thesen als Anhang der Junius-Broschüre allgemein bekannt sind, verzichten wir auf den erneuten Abdruck in unserer Zeitschrift. Die Redaktion.

Situation und die Aufgaben, die sich für uns alle ergeben, wenn wir mit dem internationalen Sozialismus endlich einmal Ernst machen wollen.

Und nun gerade gegen diese Tendenz der Leitsätze wenden sich die Ledebour und Hoffmann mit ihrem entschiedenen Veto! Es sei ungehörig, die sozialistische Internationale zum bestimmenden Zentrum der gesamten Arbeiterbewegung zu machen; es sei ungehörig, die Landeszentralen in ihren freien Entschlüssen gegenüber dem Kriege zu beschränken; es sei ungehörig und unausführbar, die Internationale über die Instanzen der deutschen Partei und der anderen Parteien zu stellen. Die Internationale soll nur eine lose föderative Zusammenfassung der in ihrer Taktik im Frieden wie im Kriege völlig unabhängigen nationalen Arbeiterparteien bleiben, wie sie es vor Ausbruch des Weltkrieges war.

Genossen und Genossinnen! Hier liegt geradezu der Knotenpunkt der ganzen Situation, hier ist die Lebensfrage der Arbeiterbewegung eingeschlossen. Unsere Partei hat am 4. August versagt, wie die Parteien anderer Länder versagt haben, eben weil die Internationale sich als hohle Phrase herausgestellt, weil die Beschlüsse der internationalen Kongresse sich als leeres, machtloses Wort erwiesen haben. Wollen wir diesem schmachvollen Zustand ein Ende machen, wollen wir für die Zukunft die Wiederholung des Bankrotts vom 4. August 1914 verhüten, dann gibt es nur einen Weg und eine Rettung für uns: die internationale Solidarität des Proletariats aus einer schönen Phrase zur wirklichen, bitterernsten und heiligen Lebensregel zu machen, die sozialistische Internationale aus einem leeren Schaugepränge zur realen Macht zu gestalten und sie zu einem felsenfesten Damm auszubauen, an dem sich die Sturzwellen des kapitalistischen Imperialismus fernerhin brechen werden. Wollen wir aus dem Abgrund der Schmach uns emporarbeiten, in den wir gestürzt sind, dann müssen wir den deutschen wie den französischen und jeden anderen klassenbewußten Proletarier in dem Gedanken erziehen:

Die Weltverbrüderung der Arbeiter ist mir das Heiligste und Höchste auf Erden, sie ist mein Leitstern, mein Ideal, mein Vaterland; lieber lasse ich mein Leben, als daß ich diesem Ideal untreu werde!

Und nun wollen gerade von alledem die Genossen Ledebour und Hoffmann nichts wissen. Sie wollen nach dem Kriege einfach den alten Jammer wieder herstellen; jede nationale Partei soll nach wie vor freie Hand haben, mit den Beschlüssen der Internationale Schindluder zu treiben, wir sollen wieder alle paar Jahre prunkvolle Kongresse, schöne Reden, Feuerwerke der Begeisterung, dröhnende Manifeste und kühne Resolutionen erleben, wenn es aber zur Tat kommt, soll wieder die Internationale völlig ohnmächtig dastehen und vor der verlogenen Phrase der „Vaterlandsverteidigung“ wie ein Spuk der Nacht vor der blutigen Wirklichkeit weichen! Die Ledebour und Genossen haben also aus diesem furchtbaren Kriege nichts gelernt! Aber, Genossen und Genossinnen, es gibt kein schlimmeres Zeugnis für einen Politiker, für einen Kämpfer, als daß er aus der harten Schule der Geschichte nicht zu lernen versteht. Fehler machen ist nicht schlimm. Vor Fehlern ist niemand gefeit, der in dem großen Drang und Gewühl des welthistorischen Kampfes Entscheidungen zu treffen hat. Aber die gemachten Fehler nicht einsehen, aus ihnen nicht lernen können, aus aller Schmach immer wieder unbelehrbar hervorzugehen — das grenzt an Verbrechen. Genossen, wenn uns nicht einmal dieses Blutmeer, durch das wir

waten, wenn uns nicht einmal dieser furchtbare moralische Fall der Internationale — zur besseren Einsicht und auf festen Weg führt, dann können wir uns wahrhaftig begraben lassen. Dann fort mit den internationalen Phrasen, fort mit der alten verlogenen Leier, fort mit der Täuschung der Volksmassen, die ja vor uns mit Recht ausspeien werden, wenn wir nach diesem Kriege als die alten, unbelehrbaren Phrasenhelden vor ihnen die Idee der Völkerverbrüderung propagieren, ohne mit ihr je Ernst machen zu wollen!

Auch hier, Genossen, heißt es: Entweder — oder! Entweder blanker und schamloser Verrat der Internationale, wie sich ihn die Heine, David, Scheidemann leisten, oder heiliger Ernst mit der Internationale, dann soll sie zu einer festen Burg ausgebaut, zum Bollwerk des sozialistischen Weltproletariats und des Weltfriedens gemacht werden. Für Mittelwege, für Schwankungen und Halbheiten gibt es heute keinen Platz mehr.

Und deshalb ist ein gemeinsames Vorgehen mit den Leuten, die auf dem Standpunkt der Genossen Ledebour und Hoffmann stehen, für wirkliche oppositionelle Elemente unmöglich.

Genossen und Genossinnen! Laßt euch nicht durch die alte Phrase von der Einigkeit, die die Kraft bilde, einfangen. Mit dieser Phrase gehen auch jetzt die Scheidemann und Ebert vom Parteivorstand hausieren. Jawohl: Einigkeit macht stark, aber Einigkeit der festen, inneren Überzeugung, nicht äußere mechanische Zusammenkoppelung von Elementen, die innerlich auseinanderstreben. Nicht in der Zahl liegt die Kraft, sondern in dem Geiste, in der Klarheit, in der Tatkraft, die uns beseelt. Wie dünkten wir uns stark, wie pochten wir auf unsere 4 Millionen Anhänger vor dem Kriege, und wie ist doch unsere Kraft bei der ersten Probe gleich einem Kartenhaus zusammengebrochen, gestürzt! Auch hier heißt es, aus den erlebten Enttäuschungen die Lehre ziehen, nicht wieder in die alten Fehler verfallen! Wollen wir gegen den herrschenden Kurs der offiziellen Parteieninstanzen, gegen die Fraktionsmehrheit energisch Front machen, dann ist klare, konsequente, energische Politik nötig, dann müssen wir nicht nach rechts oder nach links schauen, sondern uns um ein sichtbares Banner scharen, wie es gerade die von Ledebour und Genossen verpönten Leitsätze darstellen. Fort mit allen Halbheiten und Schwankungen! Fest das Ziel ins Auge gefaßt und rücksichtslos den Klassenkampf im Geiste der Internationale auf der ganzen Linie aufgenommen! Das unsere Aufgabe, das der Boden, auf dem wir uns sammeln. Wer ernst und ehrlich die Auferstehung des Sozialismus will, wird schon zu uns kommen, wenn nicht heute, dann morgen.

Schart euch, Genossen und Genossinnen, allerorten um die Leitsätze, die uns den weiteren Weg vorzeichnen, und setzt eure ganze Kraft ein, daß ihre Gedanken zu Taten werden! Die weißgebluteten, geknechteten Massen des Proletariats im ganzen Lande, in allen Ländern lechzen nach entschlossener proletarischer Politik, die ihnen allein die Erlösung aus der Hölle der bestehenden Zustände bringen kann. Die Stunde dieser Erlösung unter Aufbietung unserer letzten Kraft durch rücksichtslosen Klassenkampf auf der ganzen Linie zu beschleunigen ist unsere Aufgabe, ist unsere Pflicht!

Darum hoch der Klassenkampf! Hoch die Internationale!

B. BOSCHKOWITSCH: DER KAMPF UM DIE BAUERN SCHAFT IN JUGOSLAWIEN

Entstehung und Entwicklung des Serbischen Bundes der Ackerbauern

Als der Bund der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Serbien vor 13 Jahren eine Rundfrage über das kulturelle Leben im serbischen Dorfe veranstaltete, waren alle jene über die Ergebnisse erstaunt, die sich für „gute Kenner des Dorfes“ hielten. Diese Rundfrage stellte in bezug auf 200 Dörfer in verschiedenen Distrikten Serbiens fest, daß 20 Prozent der Bauern überhaupt kein Land, mehr als 50 Prozent zu wenig Land besaßen, und daß die Hälfte von ihnen genötigt war, fremdes Land zu pachten. Rund 18 Prozent der Bauern besaßen kein eigenes Haus, rund 30 Prozent kein Arbeitsvieh zur Bestellung des Bodens. 41 Prozent der Bauern besaßen keine Pflüge. Nur die wohlhabenderen Ackerbauer verkauften durchschnittlich 21 Prozent ihrer landwirtschaftlichen Produkte, während sie 79 Prozent ihrer Produkte selbst verbrauchten. Ein bedeutender Teil der Bauern (46 Prozent) war gezwungen, regelmäßig jedes Frühjahr Getreide zu kaufen.

Der lange und blutige Krieg verschlimmerte die Lage der Bauernschaft noch weiter. Das serbische Dorf wurde vom Zersetzungsprozeß des kapitalistischen Weltsystems voll in Mitleidenschaft gezogen. Die allgemeine Krise des Kapitalismus versetzte der serbischen Bauernschaft einen grausamen Schlag. Die Stadt vermochte den arbeitslosen Ackerbauern keinen Verdienst zu bieten. Nach dem Kriege wurde die Auswanderung nach Amerika erschwert. Die Lage der serbischen Bauern wurde zudem noch durch Ein- und Ausfuhrzölle, durch Verteuerung des Transportwesens, durch neue Steuern ungünstig beeinflusst.

Infolge der vorbezeichneten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse setzte eine rasche Revolutionierung der armen und mittleren Schichten der Bauernschaft ein. In ihren Reihen trat das Verlangen zutage, eigene Bauernparteien zu schaffen.

Die serbische Bourgeoisie begriff sofort, daß dieser neue Gärungsprozeß unter den Bauernmassen eine Veränderung der Verhältnisse zwischen Stadt und Land bedeutet, und daß eine neue Epoche beginnt, in der die Bedeutung des Dorfes zunimmt. Die serbische Bourgeoisie, die diesen charakteristischen Zug der jetzigen Epoche erfaßt hat, nimmt tatkräftigen Anteil an der Schaffung neuer Bauernorganisationen zum Zwecke der weiteren Erhaltung ihres Einflusses auf die Bauernschaft. Im Oktober 1919 wurde in Serbien der Bund der Ackerbauern gegründet, der hauptsächlich die kleinen und mittleren Ackerbauern der serbischen Distrikte umfaßt. Laut Programm dieses Bundes hat „die Genossenschaft als Zelle der künftigen Gesellschaft zu gelten. Arbeit ist Pflicht; die Produktionsmittel müssen jedoch den Werk tätigen gehören. Der Boden muß Eigentum dessen sein, der auf ihm ständig lebt und arbeitet. Nirgends dürfen gutsherrliche, leibeigene und Lohnverhältnisse bestehen.“

Den bürgerlichen Politikern, ehemaligen Ministern, Professoren, Agronomen und Journalisten gelang es von Anfang an, die Leitung dieses Bundes an sich zu reißen, wobei sie sich beeilten zu erklären, daß der Bund es für möglich erachte, dieses Programm auf friedlichem Wege zu verwirklichen. Außerdem drückten diese Agenten der serbischen Bourgeoisie gemeinsam mit den wucherischen Elementen dem Bunde der Ackerbauer ihren monarchistischen Stempel auf.

Einen ernstesten Konkurrenten des Bundes der Ackerbauer im Kampfe um den Einfluß auf die serbische Bauernschaft bildete die Kommunistische Partei Jugoslawiens in den Jahren 1919 und 1920. Die Kommunistische Partei erhielt bei den Wahlen zu der Konstituierenden Versammlung im Jahre 1920 198 736 Stimmen und 59 Sitze. Als im Jahre 1921 die Kommunistische Partei mit Hilfe des „Staatsschutz“gesetzes gezwungen wurde, ihr Dasein „unterirdisch“ zu fristen, wurde der Bund der Ackerbauer für eine Zeit seinen gefährlichen Konkurrenten los. Zudem hatte die Kommunistische Partei in nicht genügendem Maße die Bauernbewegung und die revolutionären Möglichkeiten berücksichtigt, die im Innern der Befreiungsbewegung der unterdrückten Völkerschaften verborgen sind, sie war nicht dazu gekommen, den Gedanken eines Bundes zwischen Arbeiter- und Bauernschaft populär zu machen; infolgedessen verlor sie die Fühlung mit der Bauernbewegung und sah sich isoliert. Die illegale Lage und die Fehler unserer Partei machten sich die großserbische (radikale) Partei und der Bund der Ackerbauern zunutze, und sie erzielten bedeutende Erfolge im Sinne einer Einflußgewinnung auf die serbische Bauernschaft während der Parlamentswahlen von 1923. Gewiß, die Großserbische Partei verdankte diesen zeitweiligen Erfolg dem Umstande, daß sie mit den Reparationsgeldern nur die serbischen Ackerbauern reich bedachte, und daß in den serbischen Distrikten jene nationale Knechtung durch die Vorherrschaft der serbischen Bourgeoisie nicht zu spüren war, die bis auf den heutigen Tag in den von unterdrückten Völkerschaften bewohnten Distrikten herrscht.

Bei den Wahlen vom 18. März 1923 erhielt der Bund der Ackerbauern 170 047 Stimmen, durch die dank der „demokratischen“ Abänderungen des Wahlgesetzes nur 11 Abgeordnete gewählt werden konnten. In den Reihen des Bundes kam es 1921 zu einer Spaltung. Die linken Elemente mit Mich. Awramowitsch an der Spitze traten aus dem Bunde aus; es ist ihnen jedoch bisher nicht gelungen, eine neue Partei zu schaffen. Trotz dieser Spaltung sind in den Reihen des Bundes dennoch linke Elemente verblieben, was auf dem 5. Kongreß des Bundes in Belgrad (am 28. und 29. Oktober 1924) zutage trat. Die damals vom Bunde beschlossene Resolution enthält u. a. die folgenden Punkte:

„Indem der Kongreß an seinem Programm festhält und nur den genossenschaftlichen Staat als sein Ideal betrachtet, lehnt er jedes andere Programm ab; er verlangt eine sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen zu der USSR.“

„Der 5. Kongreß fordert eine endgültige Lösung der Agrarfrage in ganz Jugoslawien im Geiste des Prinzips: „der Boden muß demjenigen gehören, der ihn selbst bearbeitet.“ Besonders und als besonders dringend fordert der Kongreß: 1. daß die Agrarfrage in Südserbien entsprechend den Bedürfnissen der Ortsbevölkerung und der Kolonisten gelöst wird; daß der den Bauern abgenommene Boden diesen wieder zurückerstattet wird; daß der Boden den Beamten und Reichen entzogen wird, die ihn ungerechterweise erhalten haben, und daß er denen zugewiesen wird, die ihn bearbeiten und davon leben. 2. daß in Bosnien eine Revision der Agrarreform durchgeführt und der Boden

der Gutsbesitzer aufgeteilt wird; 3. daß in Dalmatien bis zur endgültigen Ausarbeitung des Agrargesetzes die Durchführung der Gerichtsbeschlüsse in Agrarangelegenheiten inhibiert wird.“

„Der 5. Kongreß fordert die Beseitigung der außerordentlichen Steuer sowie jeglicher Ausfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte und aller städtischen Steuern (für Pflasterung der Straßen, Einrichtung von Märkten usw.).“

In diesem Jahre wies der Bund der Ackerbauern auf seinem 6. Kongreß in Belgrad (30. und 31. August 1925) in seiner EntschlieÙung zur Agrarfrage erneut darauf hin, daß diese Frage bisher in Jugoslawien nicht im Interesse der Ackerbauern entschieden worden ist. Der 6. Kongreß verlangte daher die sofortige Ausarbeitung eines Agrargesetzentwurfes, demzufolge der gesamte Boden der Gutsbesitzer und Klöster denen zur Verfügung gestellt wird, die ihn persönlich bearbeiten werden. Außerdem verurteilte der Kongreß entschieden das jetzige reaktionäre Dekret Raditschs betreffend den fakultativen Auskauf von Grundstücken, die auf Grund der Agrarreform den Großgrundbesitzern enteignet werden. Im zweiten Teil der Resolution, der die Kroatische Bauernpartei betrifft, gibt der Bund der Befürchtung Ausdruck, die Kroatische Bauernpartei könnte sich ohnmächtig erweisen bei Durchführung der für das Land dringend notwendigen Maßnahmen, da sie mit den Radikalen (der Partei Paschitschs), den geschworenen Feinden der bäuerlichen Interessen und Rechte, ein Bündnis geschlossen habe . . . Der Kampf für die Interessen und Rechte der Bauern kann nur erfolgreich sein bei Schaffung einer einigen Front der Ackerbauern im ganzen Lande . . . Die neue reaktionäre Revision der Agrarreform, das ganze Verwaltungssystem, das in Verfolgungen, Ermordungen und Verhaftungen politischer Gegner zum Ausdruck kommt, alles das enthält nicht die Spur eines Kampfes für die bäuerlichen Interessen und Rechte, sondern bildet nur eine Fortsetzung des uns bekannten großserbischen Systems, das in seiner Wurzel gegen die Bauernschaft und ihre Interessen gerichtet ist. Die Verantwortung hierfür trägt die ganze jetzige Regierung und somit auch die Kroatische Bauernpartei.

Wie im vorigen Jahre, so erwiesen sich auch in diesem die rechten Elemente auf dem Kongreß des Bundes der Ackerbauern geschlossener, besser organisiert als die linken, so daß die Monarchisten und Großbauern sowie die Intellektuellen den Sieg davontrugen. Trotz dieses Sieges jedoch, demzufolge an der Spitze der serbischen Bauernbewegung auch weiterhin die Bourgeoisie steht, macht sich unter den breiten Bauernmassen eine Verschiebung nach links bemerkbar; denn das agrarische Element ist in dieser Bewegung sehr stark vertreten. Unter den serbischen Ackerbauern sind eine weitere Differenzierung, eine Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich. Es wird unabwendbar zu einem erbitterten Kampfe um den Boden kommen, und der Prozeß der Befreiung der serbischen Ackerbauern vom Einflusse der Bourgeoisie wird dann natürlich in beschleunigtem Tempo vor sich gehen.

Die Kroatische Bauernpartei eine Partei Raditschs

Die Bauernfrage in ihrer Gesamtheit, zusammen mit der Agrarfrage und der nationalen Frage spielt in Kroatien eine sehr große Rolle.

Schon vor dem Weltkriege, als Kroatien noch Österreich-Ungarn einverleibt war, befand sich die kroatische Bauernschaft in einer sehr schweren

Lage. Die Gutsbesitzer und die Kirche nahmen der armen Dorfbevölkerung nahezu den ganzen Boden weg und ließen ihr gerade soviel, wie zu einem traurigen Vegetieren unerläßlich ist. 209 Grafen und Landbarone hatten in Kroatien nicht weniger als 602 822 Joch, während auf 180 175 Bauernfamilien 227 311 Joch entfielen, d. h. etwas über ein Drittel des in Händen der Großgrundbesitzer konzentrierten Bodens. Die Bauernschaft litt unter Landhunger, unter den Verpflichtungen gegenüber den Gutsbesitzern, unter dem Wucher des Kapitals, unter der Arbeitslosigkeit, unter den verschiedenen Steuern und Abgaben. Zudem hatte der kroatische Bauer noch unter der nationalen Knechtung zu leiden, da er einer unterdrückten Völkerschaft angehört.

Stepan Raditsch und sein Bruder Anton Raditsch waren die ersten kroatischen bürgerlichen Politiker, die sich von der wirtschaftlichen Struktur Kroatiens ein richtiges Bild machten. Sie hatten begriffen, daß Kroatien ein Agrarland ist, daß die Bauernschaft dort den grundlegenden Faktor bildet, und daß man daher mit der Organisation der Bauernschaft beginnen müsse.

Am 22. Dezember 1904 wurde in Zagreb die Kroatische Bauernpartei gegründet. Die Hauptpunkte des Programms der Kroatischen Bauernpartei waren: Selbstbestimmungsrecht des Volkes; Volksabstimmung; Pazifismus; Recht der Bauern auf den Boden, die Waldungen und die Verwaltung; Schulen für praktische Unterweisung des Volkes und nicht nur zur Erziehung von Beamten; das Heer, soweit es vorhanden sein muß, ist für Arbeiten zu verwenden, deren Zweck das allgemeine Volkswohl ist.

Wie hieraus ersichtlich ist, bereitete damals Stepan Raditsch die Agrarfrage sehr wenig Sorgen. In seiner Propaganda und Agitation umging er sehr vorsichtig die Forderung nach entschädigungsloser Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes und der Kirchengüter; er erwähnte nicht einmal in bestimmter Form die radikale Agrarreform. Was die nationale Frage anbelangt, so erläuterte Raditsch die Losung der Selbstbestimmung des Volkes als Zusammenschluß der Kroaten zu einem Staate unter dem Zepter der Habsburger. Er trat als erbitterter Gegner des „kroatisch-ungarischen Abkommens“ von 1868 auf, jedoch nicht als Republikaner, sondern als Anhänger der föderativen österreichisch-ungarisch-slowenischen Monarchie.

Vor dem Kriege war die Kroatische Bauernpartei (die Partei Raditschs) noch keine Partei der breiten Bauernmassen. Stepan Raditsch konnte mit seiner nebelhaften und unbestimmten Losung der Rechte der Bauern auf den Boden, die Waldungen und die Verwaltung, durch seine alleruntertänigsten Reden mit monarchistischer Färbung in der kroatischen Landesversammlung, keine Begeisterung der kroatischen Bauernmassen hervorrufen, die unter dem Landhunger leiden und unter dem Joch der österreichisch-ungarischen Militärmonarchie gestöhnt haben. Raditsch hat während des Krieges die Monarchie besungen und ist trotz seines Pazifismus zu Beginn des Krieges als Prediger des Gemetzels aufgetreten. Dafür war Stepan Raditsch im letzten Moment, im Jahre 1918, als alle Anzeichen für den militärischen Zusammenbruch Deutschlands und Österreich-Ungarns sprachen, der erste, der in der Landesversammlung in Zagreb ausrief: Nieder mit den Habsburgern! Auf seine Anregung hin wurde am 25. Juli 1918 das erweiterte Plenum des Zentralkomitees der Kroatischen Bauernpartei ein-

berufen, das beschloß, die Kroatische Bauernpartei für eine republikanische zu erklären und einen neuen Parteikongreß einzuberufen.

Die Kroatische Republikanische Bauernpartei gewann nach dem Kriege große Bedeutung. Sie verstand es, dank ihrem nationalen Programm, große Bauernmassen Kroatiens mitzureißen.

Als am 24. November 1918 eine Sitzung der „beratenden Volksversammlung“ in Zagreb stattfand, die den Beschluß faßte, die Macht über Kroatien und das kroatische Volk aus Zagreb nach Belgrad zu verlegen und sie den Belgrader Regierungskreisen zu übertragen, fand sich nur ein einziger Abgeordneter (Stepan Raditsch), der gegen diesen Antrag stimmte. Die große Versammlung der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei in Zagreb billigte einstimmig den Schritt Raditschs und wies die Vertreter dieser Partei in der „beratenden Volksversammlung“ an, nicht nach Belgrad zu gehen. Die Antwort auf diese Resolution der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei war ein wilder und tierischer Angriff gegen die kroatische Bauernschaft seitens der Belgrader Zentralregierung, der auch Vertreter der kroatischen Bourgeoisie angehörten. Die Gefängnisse füllten sich mit kroatischen Bauern. Die serbischen und französischen Armeen besetzten Kroatien. Ganz Kroatien war von serbischen Regierungskommissaren, Gendarmen und Spionen überschwemmt. Es begann ein offener Kampf der kroatischen Bauernschaft gegen die Belgrader Regierung.

Auf diese Weise gab der neugeschaffene Staat Jugoslawien der kroatischen Bauernschaft nichts. Er besserte die Lage der Bauernmassen nicht nur nicht, er verschlechterte sie noch. Monarchie und Militarismus entstanden erneut in Balkanform. Im Dorf kamen zu den Ruten des früheren Absolutismus neue. Selbst die beschnittene Autonomie, die Kroatien auf Grund des „Kroatisch-Ungarischen Abkommens von 1868“ besaß, wurde aufgehoben. Zu alledem kam noch, daß die Bauernschaft den versprochenen Boden nicht erhielt.

In einer solchen Situation, wo alle kroatischen bürgerlichen Parteien vor der serbischen Monarchie auf dem Bauche krochen, erhob Stepan Raditsch sehr geschickt seine Stimme des Protestes gegen die Kapitulation der kroatischen bürgerlichen Parteien gegenüber der serbischen Vergewaltigung.

Er forderte im Namen der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei das Recht auf Selbstbestimmung des kroatischen Volkes, und nur nach erfolgter Anerkennung dieses Rechtes war er bereit, eine Föderation mit Serbien einzugehen. Auf diese Weise trat Stepan Raditsch als Held des kroatischen Volkes auf, als Kämpfer für das Recht der Bauern. Die breiten Bauernmassen glaubten und folgten ihm trotz seiner wenig verlockenden Vergangenheit.

Die kroatische Bauernschaft erhob sich mehrfach gegen die Vergewaltigungspolitik der Belgrader Zentralregierung. Am 5. Dezember 1918 brach ein Aufstand der kroatischen Regimenter in Zagreb aus, der im Blute erstickt wurde. Im September 1920 erhoben sich die kroatischen Bauern aus Anlaß der Beschlagnahme von Vieh für Heereszwecke; der Aufruhr dauerte mehrere Tage und konnte mit Mühe und Not durch serbische Truppen unterdrückt werden. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens unterstützte damals die kroatischen Bauern nicht. Sie krankte damals noch an den Alterserscheinungen der Rechtseinstellung der Sozialdemokratie in

bezug auf die Bauernfrage. Eine solche Gleichgültigkeit der revolutionären kroatischen Bauernpartei gegenüber von seiten der Kommunistischen Partei beeinträchtigte in hohem Maße ihren weiteren Kampf um die Beeinflussung der kroatischen Bauernschaft. So geschah es z. B., daß während der Parlamentswahlen im Jahre 1925 „die kroatischen Bauern die Arbeitermassen nach sich zogen, statt daß die Arbeiter die Führung der Bauernschaft übernahmen“.

Raditsch verwandte bei seiner Propaganda und Agitation nicht überall die gleichen Losungen. Im Gegenteil, in verschiedenen Bezirken trat er mit verschiedenen Losungen hervor. Dort, wo die wohlhabendere Bauernschaft vorherrschte, unterstrich er das nationale Moment des Programms der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei, den Kampf gegen Belgrad, und schwieg sich über die Bodenfrage völlig aus. Wo dagegen die arme Bauernbevölkerung überwog, agitierte Raditsch für das bolschewistische Programm, rühmte die USSR und rückte die Bodenfrage in den Vordergrund.

Unter dem Drucke der kroatischen Bauernmassen, die mit der wachsenden Reaktion der großserbischen Regierung immer stärker revolutionierten, sah sich Raditsch gezwungen, im Sommer 1924 nach Moskau zu gehen, um den Beitritt der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei zur Bauerninternationale zu erklären.

Die kroatischen bürgerlichen Parteien („Verband der Kroaten“ und „Partei des Rechtes“), die durch die Bauernbewegung jeglichen Einfluß verloren hatten, waren gezwungen, 1922 gemeinsam mit der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei einen Kroatenblock zur Bekämpfung der Hegemonie der serbischen Bourgeoisie und zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit unter den kroatischen Bauern zu schaffen.

Die Entwicklung der Kroatischen Bauernpartei verlief die ganze Zeit in aufsteigender Linie. Hiervon zeugt die nachfolgende Tabelle über die Ergebnisse der Parlamentswahlen. Die Kroatische Bauernpartei erhielt an Stimmen:

	Zahl der Stimmen	Zahl der Abgeordneten
1908	3 000	3
1910	16 000	9
1911	18 000	8
1913	18 000	3
1920	230 590	50
1923	473 733	70
1925	532 876	67

Die Agrarreform

Das aus sechs verschiedenen Staaten (Serbien, Österreich, Ungarn, der Türkei, Montenegro und Bulgarien) zurechtgeschnittene Jugoslawien, das die folgenden Distrikte umfaßt: Serbien, Mazedonien, Kroatien, Slowenien, Montenegro, Wojewodino, Bosnien und Dalmatien, erhielt von diesen Staaten eine buntscheckige Erbschaft agrarischer Aufgaben. Als nach dem militärischen Zusammenbruch Österreich-Ungarns der Aufstand von der Front nach dem Hinterland übergriff und die Bauern begannen, sich des Bodens der Gutsbesitzer zu bemächtigen, überzeugte sich die Bourgeoisie Jugo-

slawiens erst recht von der Notwendigkeit, sich in irgendeiner Weise von dieser revolutionären Bauernbewegung loszukaufen. Aus diesem Grunde versprach sie 1918 bereits, die Agrarreform durchzuführen. Für die technische Ausarbeitung dieser Reform wurde im Januar 1919 eine besondere Kommission gebildet, die „Provisorische Bestimmungen für die Vorbereitung der Agrarreform“ ausarbeitete. Die Durchführung der Agrarreform erfolgte mit Volldampf ohne das Parlament, das sie hinterher durch die „Widow-daner Konstitution“ vom 28. Juni 1921 bestätigte.

Die Agrarreform stellte sich die Aufgabe, die Zahl der Eigentümer zu erweitern, auf Kosten einer kleinen Zahl Latifundienbesitzer die Zahl der kleinen und mittleren Besitzer zu vergrößern, um die zugespitzten sozialen Gegensätze im Dorfe zu mildern. Zu diesem Zwecke wurden den Bauern mit zahlreicher Familie, die unter Landmangel litten, rund 5,8 Hektar, den ehemaligen Soldaten, soweit sie sich freiwillig zum Militär gemeldet hatten, unentgeltlich 5 Hektar, und Bauern, die am Kriege nicht teilgenommen hatten, 3 Hektar in Aussicht gestellt.

Die Agrarreform hatte die nachstehenden Zahlenergebnisse zur Folge:

In Bosnien gelangten 15 000 große Güter (775 223 Hektar, hiervon 566 076 Hektar Ackerboden, 161 978 Hektar Wald und 47 179 Hektar Weideland) und außerdem 150 000 Hektar „freiverfügbaren“ Landes zur Aufteilung, unter 111 000 Familien (mit 650 000 Familienmitgliedern).

In Mazedonien wurden nur 47 735 Hektar enteignet und unter 5650 Familien aufgeteilt.

Der Großgrundbesitz in Kroatien, Slowenien, Wojewodino beträgt 851 000 Jutar (1 Jutar = 0,58 Hektar) bearbeiteten Bodens, 834 000 Jutar Wald und 392 000 Jutar unbearbeiteten u. a. m. Bodens, insgesamt also 2 089 000 Jutar. Hiervon wurden den Freiwilligen, den ehemaligen Soldaten und den Kolonisten 557 000 Jutar zugewiesen. Außerdem standen 356 936 Jutar zur Verfügung von 182 536 Familien der örtlichen armen Dorfbevölkerung; 10 112 Freiwilligen standen 93 311 Jutar, 5022 Kolonisten 35 388 Jutar zur Verfügung. Mithin verfügten 207 121 Familien über 557 202 Jutar.

Weder die Bauern noch die Großgrundbesitzer waren mit der Durchführung der Agrarreform zufrieden. Es wurden Vorwürfe erhoben, daß weder die vorherige Aufstellung eines Inventars der zu enteignenden Grundstücke vorgenommen noch ein Verzeichnis der auf dem enteigneten Boden anzusiedelnden Personen angefertigt worden war. Für die Kolonisten waren keine Wohnhäuser bereitgestellt; weder Vieh noch landwirtschaftliche Geräte, Samen oder Verpflegung bis zur nächsten Ernte wurden ihnen zugewiesen. Was die Großgrundbesitzer anbelangt, so stellten sie in den meisten Fällen die Bodenbearbeitung ein in Erwartung einer Aufteilung ihrer Besitzungen auf Grund der Agrarreform. Das hatte denn auch einen wesentlichen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zur Folge.

Dr. Emil Popowitsch, ein Fachmann auf dem Gebiete der Agrarfrage in Jugoslawien, äußert sich hierzu wie folgt:

„Wie in allen Distrikten Jugoslawiens, so gab die Agrarreform auch in Wojewodino den mittellosen Bauern nichts als die nackten Felder. . . Dies beeinträchtigte stark die landwirtschaftliche Produktion. Die Grundstücke der Bauern, die sich als Kolonisten niedergelassen hatten, lieferten eine Ernte unter Mittel. . . Außerdem wurde der Boden vielen Bauern nur zu zeitweiliger Nutznießung bis zur endgültigen Zuteilung zur

Verfügung gestellt, weshalb sie die Bodenbestellung nur lässig besorgten. . . . Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion war zum Teil auch auf den wiederholten Umzug der Ansiedler von dem einen Grundstück zum andern zurückzuführen. . . . Viele Kolonisten, die sich nie mit Ackerbau befaßt hatten, überließen vielfach ihre Grundstücke gegen ein kleines Entgelt Spekulanten als Unterpächtern. . . . Die Durchführung der Agrarreform in Wojewodino traf besonders hart die landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten, die auf Großgrundbesitzungen beschäftigt waren, da sie nach Aufteilung dieser Güter ohne Arbeit blieben. Die landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten erhielten überhaupt kein Land zugewiesen. Ihre Lage war fürchterlich. In Jugoslawien sind rund 300 000 landwirtschaftliche Arbeiter vorhanden; mehr als die Hälfte entfällt auf Wojewodino. . . . In Wojewodino sind 1 750 000 Hektar Ackerland vorhanden. Durchschnittlich lieferte ein Hektar früher 12 bis 16 Zentner. Von dem gesamten Ackerboden in Wojewodino wurden bisher 175 000 Hektar, d. h. 10 Prozent enteignet. Die Ernte pro Hektar auf diesen zu enteignenden Grundstücken beträgt nunmehr nur noch 6 bis 7 Zentner.“ (Letopis Matice Srpske, Dezember 1924.)

Wir lassen noch die Ansicht des Professors Dr. D. Iwanowitsch folgen.

Er sagt:

„Das Unglück unseres Dorfes kommt am meisten in dem Beispiel der Agrarreform zum Ausdruck. Man dürfte erwarten, daß sie unserem Dorfe den Übergang von dem stillen und schläfrigen patriarchalischen zum modernen Leben, das voll von Schwierigkeiten und Gefahren ist, erleichtern würde. In Wirklichkeit war das nicht der Fall. Die Durchführung der Agrarreform erfolgte planlos, mit einer verwaltungstechnischen Routine schlimmster Art; von den Parteimißbräuchen schon gar nicht zu reden. Grundstücke erhielten nur einige Freiwillige, ehemalige Soldaten und sehr oft Leute zugewiesen, die nie den Boden bearbeitet haben und ihn selbst jetzt nicht bearbeiten. Ohne Land blieben die eigentlichen Landwirte, und zwar in Distrikten, wo die Agrarreform sehr günstig unsere politischen und nationalen Beziehungen hätte beeinflussen können (Mazedonien, Kroatien, Zagorje, Wojewodino). Ein großer Teil des aufgeteilten Bodens wird nicht bearbeitet, so daß die landwirtschaftliche Produktion gegen früher um 30, 40 und 50 Prozent zurückgegangen ist. Die Agrarreform vermochte die Abwanderung vom Dorfe nicht aufzuhalten; im Gegenteil, das Bedürfnis auszuwandern wurde nach 1918 noch stärker.“ („*Ökonomist*“, Juni 1925, S. 473.)

Was Dalmatien und die westlichen Bezirke Mazedoniens anbelangt, so sabotierten dort die Behörden gemeinsam mit den Gutsbesitzern sehr eifrig die Durchführung der Agrarreform, da sich dort bis auf den heutigen Tag Reste des Feudalismus erhalten haben.

Ohne Zweifel hat diese verunglückte Agrarreform eine große Rolle in der Gewinnung der Bauernschaft für den Bund der Ackerbauern und die Kroatische Republikanische Bauernpartei gespielt.

Die großserbischen erzreaktionären Minister empfahlen wiederholt eine Revision selbst dieser armseligen Agrarreform zugunsten der Großgrundbesitzer. Der nationale Block Paschitsch-Pribitschewitsch fürchtete sich aus politischen Erwägungen, die Forderungen ihrer Minister zu befriedigen. Dagegen übernahm der jetzige Minister der Agrarreform, Pawlo Raditsch, diese schmutzige Sache, wovon noch weiter unten die Rede sein wird.

Kapitulation der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei vor der Hegemonie der serbischen Bourgeoisie

Als die demokratisch-pazifistische Ära in Europa durch eine neue Welle der schwärzesten bürgerlichen Reaktion abgelöst wurde, mußte auch in Jugoslawien der „linke Block“ Davidowitschs dem großserbischen nationalen Block Paschitsch—Pribitschewitschs Platz machen, der, mit dem Segen Englands versehen, erneut entschlossen den Weg des unverhüllten Terrors beschritt.

Gegenwärtig ist England auf dem Balkan die führende Macht, da es die Balkanstaaten zu finanzieren beginnt. England verwendet diesen seinen Einfluß voll und ganz zur Stärkung der konterrevolutionären Politik der auf dem Balkan herrschenden Cliques. England fürchtet den Sieg der Balkanbauern, da es weiß, daß dieser Sieg eine Verbindung zwischen der Bauernschaft auf dem Balkan und der Union der Sowjetrepubliken bewirken würde. England hat daher wiederholt den Versuch gemacht, auf dem Balkan einen gegenrevolutionären Block gegen die USSR zu bilden. Die englischen Imperialisten verfolgen energisch und hartnäckig ihr Ziel. Wenn es ihnen auch nicht gelingen wird, im Falle eines Krieges gegen Sowjetrußland die Balkanstaaten auf Englands Seite zu ziehen, so werden sie doch bemüht sein, den Sektor der konterrevolutionären Front am Balkan zur Vermeidung ihres Durchbruchs zu festigen.

Mit Hilfe des englischen Imperialismus stürzten sich im September 1924 die bulgarischen Henker auf die mazedonische nationale Befreiungsbewegung und haben auch jetzt wieder im ganzen Lande Ströme von Blut vergossen. Mit Hilfe des englischen Imperialismus wurde die albanische Regierung Noli gestürzt und die alte Feudal- und Junkerherrschaft des Achmed-Bey-Zoglu 1925 wiederhergestellt. Mit Hilfe des englischen Imperialismus erklärt die großserbische Regierung Paschitsch-Pribitschewitsch nicht nur die ganze Arbeiterbewegung, sondern auch die Bauernbewegung, im besonderen die Kroatische Republikanische Bauernpartei, für vogelfrei. Somit waren Anfang 1925 bereits die Vorbedingungen für die völlige Kapitulation der pazifistischen Leitung der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei vor der Hegemonie der serbischen Bourgeoisie gegeben.

Auch der „linke Block“ bereitete diese Kapitulation der Spitze der Raditschpartei während der demokratisch-pazifistischen Ära vor. Er suchte damals der serbischen Bourgeoisie die Vorherrschaft zu sichern und die militaristische Monarchie mit Hilfe von Methoden der „Verständigung“ mit der kroatischen, slowenischen und bosnischen Bourgeoisie zu festigen; er wollte, um die werktätigen Massen erneut betrügen zu können, eine bürgerliche Koalition aus den verschiedenen Völkerschaften bilden.

Die Zuchthauswahlen im Februar 1925 ließen erkennen, daß die wüste Terrorisierung der nationalen Bewegung in Mazedonien und Wojewodino die von der Regierung Paschitsch-Pribitschewitsch gewünschten Ergebnisse gezeitigt hatte. Auf der anderen Seite bezeugten diese Wahlen die Kraft der nationalen und der Bauernbewegung in Kroatien, Dalmatien, Bosnien und Montenegro. Trotz Wütens des weißen Terrors, trotz Verhaftung der Führer der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei, trotz Folterung und Hinmordung von Wählern hat die Kroatische Republikanische Bauernpartei nicht nur alle ihre Positionen behauptet, sondern sogar neue Zehntausende ergebener Kämpfer gewonnen.

Als sich die großserbische Regierung durch die Praxis davon überzeugte, daß es nicht so leicht ist, die Kroatische Republikanische Bauernpartei zu vernichten, ging sie zu einer Politik der Verständigung über. Der Polizeiminister drohte zunächst mit der Ungültigkeitserklärung sämtlicher Mandate dieser Partei auf Grund des „Staatsschutzgesetzes“. Wenn jedoch, so erklärte der Minister im Parlament, die Vertreter der Kroatischen Republikanischen Arbeiterpartei im Namen der Partei eine Erklärung abgeben würden, dahin-

gehend, daß sie die Monarchie, mit der Dynastie der Karageorgiewitschs an der Spitze, die „Widowdaner“ Konstitution und die Einheit Jugoslawiens anerkennen und sich von der Bauerninternationale lossagen, dann könnte die Frage der Mandate der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei mit der Ungültigkeitserklärung nur eines geringen Teiles der Mandate dieser Partei erledigt werden. Die großbäuerlichen Elemente, die sich um die landwirtschaftlichen Genossenschaften gruppierten, und die sich fürchteten, zusammen mit den Bauernmassen den Kampf gegen den wilden weißen Terror der schwarzen Hunderts der serbischen Bourgeoisie fortzusetzen, kamen der Regierung Paschitschs zu Hilfe. Von ihrem Klasseninteresse geleitet und unter Ausnutzung der illegalen Lage der Partei, traten die großbäuerlichen Elemente, mit Pawlo Raditsch an der Spitze, im März 1925 bereits gemäß den Instruktionen des Stepan Raditsch in Verhandlungen mit der großserbischen radikalen Partei. Die Führer der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei begannen diese Unterhandlungen, als sie bereits dem parlamentarischen Block der „Nationalen Verständigung und der Bauerndemokratie“ angehörten, zu dem neben der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei noch die Demokratische Partei (Davidowitsch), die Slowenische Volkspartei (Koroschez), die muslimännische Gruppe Bosniens (Spacho) gehörten. Gegen vier Monate dauerten diese Unterhandlungen, nicht nur ohne Wissen und Zustimmung der Parteiorganisationen, sondern sogar ohne Wissen und Genehmigung des Deputiertenklubs der Kroatischen Republikanischen Arbeiterpartei.

Auf diese Weise gelang es Paschitsch und seiner Clique, teils durch Gewalt, teils durch Zersetzung, die pazifistische Spitze der Kroatischen Republikanischen Arbeiterpartei zu der Erklärung zu zwingen, daß erstens das kroatische Volk die habsburgische Monarchie anerkennt, daß zweitens das kroatische Volk die durch die „Widowdaner Konstitution“ zum Gesetz erhobene Vergewaltigung durch die Serben anerkennt und auf den Kampf für die Selbstbestimmung des kroatischen Volkes verzichtet; daß drittens das kroatische Volk auf den brüderlichen Bund mit der Bauerninternationale und der Arbeiterklasse der ganzen Welt verzichtet, auf dieses Bündnis, das seinen Ausdruck in dem offenen Beitritt der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei zur Bauerninternationale gefunden hatte.

Ohne somit den Forderungen des kroatischen Volkes wesentliche politische Zugeständnisse zu machen, gelang es der großserbischen Regierung, die Spitze der Raditschpartei in einen allgemeinen reaktionären Bund mit der serbischen Bourgeoisie einzubeziehen. Die Führer dieser Partei verpflichteten sich — gegen die Bereitstellung von vier Ministerportefeuilles, die Haftentlassung Stepan Raditschs und seiner Genossen und die Legalisierung der kroatischen Bauernpartei — die Revision der Widowdaner Konstitution auf die lange Bank zu schieben und im Parlament die Durchführung aller reaktionären Gesetze zu unterstützen, die den Zweck haben, die Hegemonie der serbischen Bourgeoisie zu festigen.

Zunächst gab die Partei Raditschs ihre Kapitulation dadurch zu erkennen, daß sie sich an der Ausarbeitung eines der reaktionärsten Pressegesetze in Europa beteiligte. Ferner unterstützte sie als Regierungspartei im Parlament die Durchführung des Gesetzes betreffend die neue Zusatzsteuer (3,8 Prozent) vom Lohn. Des weiteren führte die Regierung Paschitsch-Raditsch neue

Zölle auf landwirtschaftliche Produkte ein. Außerdem brachte P. Raditsch den Antrag ein, die Agrarreform einer Revision zu unterziehen, dem die Regierungsmehrheit schnellstens zustimmte. Nach diesem neuen Gesetz wird der Minister für die Agrarreform bevollmächtigt, den Verkauf von Grundstücken zu genehmigen, die einzelnen Personen auf Grund der Agrarreform zur Verfügung gestellt worden waren. Diese Personen erhalten das Recht, „freie Vereinbarungen“ mit den Besitzern großer Güter zu treffen zu dem Zwecke eines Auskaufs der in ihren Händen befindlichen Grundstücke zu „im Einvernehmen“ festgesetzten Preisen. Außerdem ist der Minister verpflichtet, solche Verträge zu bestätigen. Er kann auch auf dem Wege verschiedener „Revisionen“ den Boden denen wegnehmen, die mit den Gutsbesitzern keinen „freien“ Vertrag geschlossen, und ihn solchen Personen übergeben, die eine derartige „Vereinbarung“ getroffen hatten. Diese „Revision“ bedeutet in Wirklichkeit eine vollkommene Sabotage sogar der jetzigen Agrarreform, die die Bourgeoisie nach dem Kriege 1919—1920 anzukündigen gezwungen war.

Eine solche verräterische Politik der Raditschpartei rief eine Umgruppierung der politischen Kräfte Jugoslawiens hervor und verstärkte den heftigen Kampf um den Einfluß auf die kroatische Bauernschaft. Die Kroatische Republikanische Bauernpartei, die Raditsch eigenwillig in Kroatische Bauernpartei umgetauft hatte, schied aus dem oppositionellen Block der „Nationalen Verständigung und der Bauerndemokratie“ aus und bildete eine Koalition mit der großserbischen radikalen Partei. Der nationale Block Paschitsch—Pribitschewitschs zerfiel, und die faschistische Partei selbständiger Demokraten (Pribitschewitsch) ging zur Opposition über. Fünf Deputierte der „Kroatischen Vereinigung“ schieden aus dem Klub der Kroatischen Bauernpartei aus. Sechs Deputierte der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei sprachen sich gegen einen Block der Paschitsch- und Raditschpartei aus und schieden gleichfalls im Auftrage ihrer Wähler aus dem parlamentarischen Klub der Kroatischen Bauernpartei aus. Die Deputierten der „Kroatischen Vereinigung“ beriefen mit drei Deputierten der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei eine Konferenz zum 13. September d. J. in Split (Dalmatien) zwecks Schaffung einer neuen kroatischen „revisionistischen“ Partei, die die Revision der „Widowdane Konstitution“ fordern wird zwecks Umbildung des jetzigen zentralistischen Jugoslawiens in einen Föderativstaat. Drei andere Deputierte der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei begannen eine neue Zeitung, „Republikanische Freiheit“ herauszugeben, die das frühere republikanische Programm der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei vertritt. Die demokratische Partei (Davidowitsch) steht in Unterhandlungen mit der bosnischen muslimännischen Gruppe (Spacho) zwecks Bildung einer Partei. Die Knetijsker Ackerbaupartei (Puzels) in Slowenien bereitet den Boden für die Schaffung einer Koalition mit der Kroatischen Bauernpartei. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens hat sich völlig von Abweichungen und Schwankungen in der Bauernpolitik freigemacht und unterstützt und stärkt im Geiste der Entschließungen des letzten erweiterten Plenums des Vollzugsausschusses der Bauerninternationale zur Bauernfrage die linken Flügel der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei, des Bundes der Ackerbauer und anderer wesentlicher Bauernorganisationen.

5. Schluß

Die serbische Bourgeoisie hat zweifellos dank der Kapitulation der Leitung der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei in die nationale Front der geknechteten Völkerschaften Jugoslawiens, in ihren Kampf für die nationale Freiheit eine Bresche geschlagen und dadurch zeitweilig der nationalen, der Agrar- und Bauernfrage ihre Schärfe genommen und die Basis für ihre Vorherrschaft erweitert. Trotz dieser zeitweiligen Abschwächung der inneren Krise bleibt Jugoslawien auch weiterhin ein Nationalitätenstaat, in dem die Serben nur 39 Prozent der Bevölkerung ausmachen und noch die nationale Knechtung herrscht. Außerdem ist Jugoslawien ein Agrarstaat, in dem die Bauernschaft die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung bildet. Die nationale Frage in Jugoslawien, insbesondere in Kroatien, tritt in Verbindung mit der Bauernfrage auf. Grundlage und Kern der nationalen Frage ist nicht der Kampf der bürgerlichen Klassen untereinander, nicht die Konkurrenz der kroatischen und slowenischen Bourgeoisie mit der serbischen Bourgeoisie. Eine wesentliche Grundlage der nationalen Bewegung in Jugoslawien bildet die Bauernbewegung. Mithin ist die nationale Frage im Grunde genommen eine Bauernfrage. Die nationale Bewegung Kroatiens kann daher weder durch gegenseitige Kompromisse der serbischen und kroatischen Kapitalisten noch im Rahmen der Widowdaner Konstitution liquidiert werden.

Die Lage in Kroatien wird sich ohne Zweifel immer weiter verschärfen, da die Regierung Paschitsch-Raditsch durch völlige Sabotierung der Agrarreform bereits beginnt, scharfe Konflikte zwischen den Bauern auf der einen Seite, den Vertretern der Regierungsmacht und der Grundbesitzer auf der anderen hervorzufufen. Der stattliche Knechtungsapparat kommt sehr teuer zu stehen. Gegenwärtig sind 230 000 Beamte tätig; zudem belaufen sich die nicht bezahlten Kriegsschulden auf mehr als 20 Milliarden Dinare. Infolge dieser Ausgaben wächst der Haushaltungsplan mit jedem Jahr. Die Herabsetzung der Löhne, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Teuerung, die ständige Arbeitslosigkeit (rund 210 000 Arbeitslose) die scharfe Kreditkrise, der zufolge die Bauern 30, 40 und 60 Prozent an die Banken für Darlehen zu zahlen haben, werden in hohem Maße die Unzufriedenheit der breiten Massen steigern. Das Invalidengesetz, das wenigstens zu einem geringen Teile die schreckliche Lage der Invaliden und ihrer Familien erleichtert hätte, ist bisher nicht ausgearbeitet. Das Joch des Militarismus wird stärker werden, denn die Regierung Paschitsch-Raditsch hat in ihrer Deklaration im Parlament erklärt, daß sie „für Zwecke des Staatsschutzes keinerlei Opfer für unsere militärische Macht scheuen“ würde. Der Eintritt der kroatischen Bauernpartei in die Regierung hatte keinerlei politische Amnestie zur Folge. Das „Staatsschutzgesetz herrscht nach wie vor. Das Regime Paschitsch-Raditsch fährt in seiner imperialistischen Politik gegenüber Albanien und Griechenland wegen Saloniki fort. Der weiße Terror wütet auch jetzt noch. Verhaftungen, Ermordungen und Folterungen in den Gefängnissen sind auch jetzt noch an der Tagesordnung. Selbst die bürgerliche Presse erkennt an, daß alles beim alten geblieben ist, und daß sich mit dem Eintritt der Kroatischen Bauernpartei in die Regierung nichts verändert hat.

Im Laufe dieser zwei Monate des Bestehens der neuen Regierung hat sich St. Raditsch somit vor den breiten Massen der Bauernschaft aufs glänzendste enthüllt. Durch seine Handlungen tut er sein Bestes zur politischen Differenzierung der kroatischen Bauernschaft. Dieser Differenzierungsprozeß stellt die Bewegung der kroatischen Bauernmassen auf republikanischer und bäuerlicher Grundlage wieder her, wobei die Bewegung gegen die Kapitulation der Leitung der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei gerichtet ist.

Der Druck des feudalen Grundbesitzes zusammen mit dem Landhunger, die maßlosen Abgaben und Steuern, die Kriegsgefahr, die nationale Knechtung, die Ausbeutung durch das Auslandskapital u. a. m., dies alles zusammengenommen, führt die Bauernschaft zu einem unmittelbaren Konflikt mit dem bürgerlichen staatlichen Apparat und erleichtert es der Kommunistischen Partei, den Kampf um die Einflußgewinnung auf die Bauernschaft nach allen Richtungen zu entfalten. Die durch das letzte Erweiterte Plenum des Vollzugsausschusses der Kommunistischen Internationale in der Bauernfrage vorgesehene Taktik muß bei der Lösung dieser auf der Tagesordnung stehenden Agrar- und Bauernfragen als Grundlage dienen.

Die gegenwärtige Entwicklungsperiode des Kapitalismus bezeichnet man mit Recht als eine Periode des Kampfes um die Gewinnung der Bauernschaft. Diesen charakteristischen Zug der gegenwärtigen Epoche hat auch die jugoslawische Bourgeoisie sehr gut erkannt. Schon lange ist sie dabei, die Taktik einer Einheitsfront gegenüber der Bauernschaft durchzuführen. Im gegenwärtigen Augenblick hat der Verrat der Leitung der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei weite Massen der Bauernschaft aufgerüttelt und erregt. Daher stellt namentlich der gegenwärtige Augenblick uns vor die Aufgabe eines hartnäckigen aktiven und durchdachten Kampfes um den Einfluß auf die Bauernschaft, ohne den wir nicht imstande sind, die herrschende serbische Bourgeoisie und ihre militaristische Monarchie zu stürzen, eine Arbeiter- und Bauernmacht sowie eine Balkanföderation von Arbeiter- und Bauernrepubliken zu schaffen.

G. WALETZKI: DER MARSEILLER KONGRESS DER II. INTERNATIONALE*

„Ein Anhängsel an die verschiedenen kapitalistischen Regierungen des Kontinents“ — so charakterisierte Purcell in der Septemberrnummer des „Labour Monthly“ — die in Marseille versammelten sozialistischen Parteien. Und nicht nur der Verlauf der Debatten und der Inhalt der Resolutionen des Marseiller Kongresses bestätigte diese Definition: nein, sie wurde in voller Eintracht von beinahe sämtlichen sozialdemokratischen Organen, die über den Kongreß berichteten, und sogar in zahlreichen dort gehaltenen Reden wiederholt, und zwar mit dem Gefühl der Befriedigung und des Stolzes.

„Im nationalen wie im internationalen Maßstabe“, erklärte der ehemalige Minister Henderson in seiner Rede zur Eröffnung des Kongresses, „muß sich die gesamte Agitation und Propaganda der der Internationale angeschlossenen Parteien streng an das Mögliche, ja sogar an das Wahrscheinliche halten, so daß die Führer einer jeden Partei wie verantwortliche Minister handeln“ (Daily Herald“, 24. August).

Der „Vorwärts“ vom 2. September teilt die Parteien der II. Internationale in drei Gruppen ein:

„Es waren entweder Parteien, die nach dem Koalitionsprinzip an den Regierungen teilnahmen, oder aber Parteien, die das Staatsruder als Regierung der Minderheit unter wohlwollender Neutralität eines Teiles der Bourgeoisie in der Hand gehalten hatten, oder auch Parteien, die durch planmäßige Unterstützung das in ihren Kräften Stehende zum Bestehen bürgerlicher Linksregierungen beitrugen, sie beeinflussten und kontrollierten. Es gibt gegenwärtig in Europa kaum eine einzige sozialistische Partei, die nicht einer dieser drei Kategorien angehörte**.

„Vor dem Kriege“, schreibt Diamand, einer der Führer der PPS im „Robotnik“ vom 4. September, „nahmen die sozialistischen Parteien an den politischen Entscheidungen ihrer Länder keinen Anteil. In

* Sämtliche Zitate sind aus dem Russischen zurückübersetzt.

** Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie begrüßt diese „taktische Umstellung“ und rekonstruiert bezüglich der Vorkriegszeit eine sehr interessante Historiosophie: „Die Internationale hatte sich durch den Amsterdamer Beschluß 1904 aus prinzipiellen Erwägungen der einzigen praktischen Möglichkeit beraubt, der aufsteigenden Kriegsgefahr erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen, nämlich durch Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierungsgewalt. Der Weltkrieg wäre wahrscheinlich nicht ausgebrochen, hätten die Sozialisten wenigstens in einem der interessierten Hauptländer wirklichen Einfluß auf den Gang der Ereignisse besessen. Gerade im Frühjahr 1904 hätte sich in Frankreich diese Möglichkeit geboten: „Jaurès im Kabinett Viviani-Malvy, — und die Menschheit wäre wahrscheinlich vor dem blutigen Gemetzel bewahrt geblieben.“ Das ist gedruckt und als Leitartikel in der genannten Nummer des „Vorwärts“ unter dem Titel „Internationale Realpolitik“ zu lesen.

dieser Hinsicht hat sich die Lage grundsätzlich geändert. Der Kongreßsaal ist übervoll von gewesenen Kanzlern, Premier- und Außenministern usw. Unter den Vorsitzenden des Kongresses erblicken wir den jetzigen Außenminister Belgiens, den Genossen Vandervelde, unter den Teilnehmern aktive Minister der verschiedenen Länder. Deshalb müssen die Beschlüsse des Kongresses mit den Erfordernissen der laufenden Politik des morgigen Tages rechnen, deshalb müssen sie sich an die Erfordernisse der Politik der Länder, wo die Sozialisten an der Regierung teilnehmen oder durch ihre Stärke auf die Regierung Einfluß haben, anpassen.“

„Die ganze Fragestellung“ (die Vermeidung der Kriegsgefahr nämlich, die wichtigste Frage auf dem Kongreß), schrieb die „linke“ Wiener „Arbeiterzeitung“ mit einem Anflug von Kritik, „war bedingt durch die enge Beziehung zahlreicher Parteien der Internationale zum Staate oder, wenn man es vorzieht, zur Regierung . . .“

Und Vandervelde selbst, der belgische Außenminister im Dienst, der zur Schlichtung des Konfliktes mit den Engländern telegraphisch nach Marseille berufen worden war und dort zusammen mit dem schwedischen Minister Möller den Präsidentenstuhl einnahm, erklärte unter dem lauten Beifall des ganzen Kongresses (Brüsseler „Peuple“ vom 30. August): „In Kürze wird man sich davon überzeugen können, welch ein erstaunliches Zusammentreffen zwischen den Ansichten, die der Marseiller Kongreß zum Ausdruck brachte, und der Einstellung der Regierungskreise zu dem künftigen Garantievertrag besteht, insbesondere hinsichtlich der dem Völkerbunde zugeordneten Rolle.“ Der Mechanismus dieses „erstaunlichen Zusammentreffens“, dieser vorausbestimmten wunderbaren Harmonie, ist äußerst einfach: Vandervelde war von der belgischen Regierung (und nicht ohne das Einvernehmen der französischen, auf deren Gebiet der Kongreß stattfand) nach Marseille abkommandiert worden, um im voraus die Resolutionen des Kongresses mit der beabsichtigten Regierungstaktik auf der bevorstehenden Sitzung des Völkerbundes in Genf in Einklang zu bringen.

Betrachtet man die Debatten auf dem Marseiller Kongreß (namentlich in den Kommissionen) und die dort zustande gekommenen Gruppierungen näher, so springt in die Augen, daß diese Gruppierungen in erster Linie von den nationalen (oder staatlichen) Interessen der einzelnen Parteien bedingt waren. Der Zug nach links unter den Arbeitern, die der Sozialdemokratie Gefolgschaft leisten, in einer Reihe von Ländern fand nur nebensächliche Beachtung.

Der erste Konflikt entbrannte ziemlich unerwartet in der Kommission zur Arbeitslosenfrage, deren Referent und eigentliche Leiter der Belgier de Brouckère war. Die Engländer forderten, daß neben anderen Ursachen der Arbeitslosigkeit an sichtbarer Stelle genannt werden sollten die Friedensverträge und namentlich die Reparationsleistungen der Deutschen in natura an Frankreich und Belgien; als Mittel zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit schlugen sie den Kampf um eine Revision des Versailler Vertrages vor und die Reduzierung der Reparationszahlungen auf die zum Wiederaufbau der faktisch zerstörten Gebiete erforderlichen Summen. Charakteristisch ist, daß die Deutschen, die die Engländer im ersten Augenblick unterstützt hatten, unverzüglich umschwenkten, als de Brouckère mit seinem Rücktritt drohte. nur um nicht den mit den Franzosen und Belgiern zur Unterstützung des

Garantievertrages geschlossenen Block zu sprengen. Bei der Behandlung der Frage im Plenum des Kongresses schlug Vandervelde, der den Vorsitz führte, einen neuen Vorstoß der Engländer ab, indem er den Antrag stellte, die Frage an die politische Kommission zu überweisen, wo sie bereits von vornherein entschieden war.

Die erste große politische Frage, die zunächst in einer besonderen Kommission und dann auf dem Kongreß behandelt wurde, betraf die Gefahr neuer Kriege. Die Resolution zu dieser Frage baut sich ganz und gar auf das Vertrauen zu der wundertätigen Macht des Völkerbundes auf. Nach tönenden Phrasen, daß das kapitalistische System eine wesentliche Ursache der Kriegsgefahr sei, daß es zur Balkanisierung der gesamten Welt führe, daß ihre äußeren Kennzeichen Arbeitslosigkeit, Teuerung, Valutachaos, Wirtschafts- und Finanzkrisen seien, daß nur der Sozialismus imstande sei, dem ein Ende zu machen usw. — geht die Resolution im zweiten Abschnitt unmittelbar auf den Völkerbund über. Es gelte, ihn umzugestalten zu einer „allumfassenden und wirklich demokratischen Liga“, ihn zu bereichern durch die Schaffung eines internationalen Wirtschaftsrates, dessen Aufgabe es ist, „die internationalen Probleme der Produktion und des Konsums zu studieren, die Valutaverhältnisse zu beobachten, die internationalen Verbindungen und den Transport zu erleichtern, eine regulierte Verteilung der Rohstoffe unter sämtlichen Nationen zu gewährleisten, das System der Einfuhrzölle und des wirtschaftlichen Nationalismus zu bekämpfen, ferner beizutragen zur Anwendung und Ausgleicheung der wirtschaftlichen Gesetzgebung“. Es folgen nunmehr eine Reihe ebenso realer Forderungen wie die vorhergehenden, die in der Einberufung einer Konferenz durch den Völkerbund gipfeln, die endgültig Mittel und Wege zur allgemeinen Abrüstung finden solle. Erreicht soll das alles werden „durch einen unermüden planmäßigen Kampf“. Endlich kommt dann die Resolution zu dem Abschnitt: „Die Internationale und die Separatverträge“, dem alles übrige nur als Rahmen und Verschönerung diene.

Die Frage war, sollte man diesem Abschnitt — nach einigen Komplimenten an die Adresse des Genfer Protokolls als der besten, nur leider von der englischen Regierung abgelehnten Friedensgarantie — einen Punkt über die Unterstützung des Garantievertrages zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und England beifügen. Der französisch-belgisch-deutsche Block, der, nach dem Ausdruck Vanderveldes, Schulter an Schulter stand, war leidenschaftlich dafür; die Engländer waren dagegen — aber weniger leidenschaftlich.

Die Opposition der Engländer war keine Äußerung ihres Radikalismus: An der Spitze der englischen Delegation stand Henderson, der konservativste Führer der englischen Arbeiterpartei, ferner Buxton, der sich nicht viel von ihm unterscheidet.

Was bekam man in der Rede Buxtons im Plenum des Kongresses alles zu hören! „Wir Arbeiter müssen alles tun, um den Ausbruch neuer Kriege zu verhindern. Wir müssen jedes uns tauglich scheinende Mittel anwenden, um gegen die Kriege zu kämpfen. Wir werden das Beispiel unserer dänischen Genossen unterstützen, ein Beispiel, das gezeigt hat, was man für die Abrüstung tun kann; wir werden dem Beispiel unserer Genossen in Holland und Schweden folgen . .

Wir setzen desgleichen unsere Hoffnung auf die sozialdemokratischen Minister in Brüssel und Prag . . . Wir müssen verhindern, daß sich die Ereignisse wiederholen, deren Zeugen wir 1914 waren. Welche Mittel können wir zurzeit in Gang setzen, um für den Frieden zu kämpfen? Einerseits müssen wir eine parlamentarische Aktion im internationalen Maßstabe organisieren, andererseits müssen wir, im Falle eines neuen drohenden Krieges, mit Hilfe des Internationalen Gewerkschaftsbundes den Generalstreik proklamieren.“ An diese Predigt des traditionellen Generalstreiks „im Falle, daß“ schließt sich eine idiotische Polemik gegen die Kommunisten, die angeblich die „Desertation“ aus dem Heere predigen und die Kolonialkriege ausnützen wollen, „um auf Grund dieser Kriege eine bessere Welt zu schaffen“. Hierauf huldigt Buxton dem Genfer Protokoll und kritisiert den Garantievertrag in Anbetracht der in ihm enthaltenen Gefahr einer Scheidung der Nationen Europas in zwei Lager, deren eines seine Front gegen die Sowjetunion richtet. Zum Schlusse schlägt Buxton dem Kongresse vor, die Frage des Garantievertrages offenzulassen und es jeder Partei anheimzustellen, wie sie stimmen wolle.

Das Korreferat hielt Hilferding. In einer kunstvollen, schwülstigen und verlogenen Rede sprach er von einer Reihe überflüssiger Dinge, um den Garantievertrag als die nächste notwendige Etappe zu einem realen Kampf um den Frieden nachzuweisen.

„Schlimm genug, daß wir noch unter dem Kapitalismus leben und unser ganzes Leben mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbringen müssen. Aber undenkbar und scheußlich ist der Gedanke, daß wir noch einmal für den Kapitalismus sterben sollten. Und deshalb steht das Problem für uns heute anders. Die Arbeiterbewegung ist herangewachsen; ihr Einfluß auf die Politik ist stärker geworden. Wir sind jetzt in allen Ländern zu einem viel wichtigeren und unmittelbareren Faktor der Politik geworden denn je.“ Hierauf entwickelt Hilferding die originelle Theorie: Die Macht des Kapitalismus und Imperialismus ist ins Maßlose gewachsen, der „politische Überbau“ jedoch ist Veränderungen unterworfen. „Wenn der Arbeiter auch jetzt noch ökonomisch abhängig, wenn er, wie Henderson gesagt hat, noch ein Sklave ist, so muß er und kann er doch in politischer Hinsicht immer freier werden, um letzten Endes durch seine politische Freiheit die ökonomische Freiheit zu erlangen.“

„Es harrt unser eine große ideologische Revolution“, es gilt an die Stelle des bürgerlichen Prinzips der Nationalität das „proletarische Prinzip der Nationalität“ zu setzen, das „Prinzip der Solidarität, der Zusammenarbeit“. Deutschland muß unbedingt und ohne Umschweife in den Völkerbund eintreten. Ebenso haben die Vereinigten Staaten dem Völkerbund beizutreten. Die dreifache Losung muß sein: Garantie, Schiedsgericht, Abrüstung. Das Genfer Protokoll kann das verwirklichen. Einstweilen aber kann der Garantievertrag einen Schritt zu seiner Verwirklichung bilden. „Wenn von diesem Kongreß aus das proletarische Prinzip der Nationalität seinen Weg in das Bewußtsein der Welt findet, wird das der erste Schritt zu einem vollkommen realistischen Pazifismus sein. Das wird das historische Verdienst dieses Kongresses sein . . . Dann sind die Opfer des letzten Jahrzehntes nicht umsonst gefallen.“ (Das Protokoll des Kongresses bemerkt: Stürmisches, nicht endenwollendes Beifallklatschen.)

Dritter Referent über den Kampf gegen den Krieg war Blum. Er begann mit der Konstatierung der gewaltigen seit Hamburg erreichten Erfolge. Damals die Ruhrbesetzung; heute verläßt der letzte französische und belgische Soldat die Ruhr. Das Sachverständigengutachten, das hoffentlich die Reparationsfrage endgültig entschieden hat, ist unterschrieben. „Glaubt ihr denn, der Dawesplan wäre ohne unsere Arbeiten in Frankfurt 1922 und ohne die Resolutionen von fünf Ländern, die das Reparationsproblem auf eine völlig neue wirtschaftliche und finanzielle Basis stellten, historisch möglich gewesen? Ebenso steht es mit dem Garantievertrag. Als ich zum ersten Male den Text des deutschen Memorandums vom 9. Februar las, sagte ich mir: Der Text kommt mir bekannt vor, ich habe ihn schon irgendwo gelesen . . . Es war das Protokoll, das Ostern 1922 von Vertretern der deutschen Sozialdemokratie und deutschen Genossen unterschrieben worden war. . . . Das hat die Internationale bewirkt.“ . . . „Die Idee des Garantievertrages ist von dem gleichen Geiste erfüllt wie das Genfer Protokoll. Die Engländer können nicht nein sagen, wenn die Deutschen und Franzosen ja sagen.“ „Hilferding hat hier als guter Deutscher gesprochen und ich, glaube ich, als guter Franzose. Und trotzdem hat sich gezeigt, daß in unseren Reden ein gemeinschaftlicher Geist vorherrschte, eine gemeinschaftliche innere Überzeugung.“

Das Resultat der Kommissionsarbeit war ein Abkommen zwischen den Engländern und dem „kontinentalen Block“: Über den Garantievertrag heißt es in der Resolution, seine Unterstützung sei möglich, wenn er bestimmten Anforderungen entspricht; sobald der Vertragstext publiziert ist, wird eine gemeinschaftliche Konferenz der interessierten Länder einberufen. In Wirklichkeit war dieses Resultat ein Sieg des französisch-belgisch-deutschen Blocks, und der Widerstand der Engländer war gebrochen. Vandervelde kehrte nach Brüssel zurück, und die Arbeit der sozialistischen Berater der Pariser und Berliner Regierung trug ihre Früchte.

Wenn der Garantievertrag seinerzeit dem englischen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden wird, dann wird ihn der rechte Flügel der Arbeiterfraktion wahrscheinlich unterstützen; ebenso wahrscheinlich wird der linke Flügel, dessen Opposition nicht von spezifisch nationalen, sondern von sozialen und revolutionären Beweggründen ausgeht, gegen den Vertrag, der seine Spitze gegen Sowjetrußland richtet, auftreten.

Mit tiefer Befriedigung hebt der „Vorwärts“ vom 2. September diesen Sieg hervor: „Eines der wichtigsten Resultate des Marseiller Kongresses war, daß die englische Arbeiterpartei, wengleich erst nach einer energischen Einwirkung der deutschen, französischen und belgischen Sozialisten, ihre Einstellung einer Revision unterwarf und die Unterstützung des Vertrages unter der Voraussetzung zusagte, daß er nur eine Etappe auf dem Wege zur Erneuerung des Genfer Protokolls sei.“

Der letzte Abschnitt der angenommenen Resolution spricht von einer „Aktion der Sozialistischen Arbeiterinternationale“ gegen die Kriegsgefahr: Außer einer parlamentarischen „Aktion“ ist natürlich nichts weiter vorgesehen. Dafür enthält sie folgenden Absatz:

„Zugleich damit werden die Vertreter der Internationale diese ihre Position nicht minder auch im Kampf gegen die Lehre des Bolschewismus anwenden, der dem konstruktiven Willen des Sozialismus seinen Traum von der

blinden Zerstörung entgegengesetzt und damit nur die Stundé, wo das Proletariat zum Lenker seiner Schicksale wird und in Wohlstand und Freiheit seine völlige Befreiung verwirklicht, hinausschiebt.“

Bei der Begründung der Abstimmung erklärte Breitscheid für die deutsche Delegation unter anderem: „Noch eine andere Ursache ist es, aus der heraus die der Internationale angeschlossenen Parteien geneigt waren und geneigt bleiben, die politische Verantwortlichkeit für den Staat, in dem sie leben, auf sich zu nehmen.“

Die einen waren gestern in der Regierung, die anderen sind es heute, und es gibt unter uns nur sehr wenige Parteien, die ihre Politik nicht ununterbrochen mit der Annahme in Übereinstimmung brächten, daß der Augenblick wieder eintritt, wo sie die Verantwortung für die Regierung auf sich nehmen.“

Einen sehr kuriosen Zwischenfall bildete das Auftreten Filippo Turatis mit einer Erklärung zu den Motiven der Abstimmung im Namen des „linken“ Flügels des Kongresses. Der alte Reformist und Revisionist, der bereits vor dem Kriege auf dem äußersten rechten Flügel der II. Internationale gestanden hatte, machte für die italienischen „Unitarier“ eine Reihe von Vorbehalten, zugleich im Namen der österreichischen Partei, der russischen Menschewiki, der deutschen Partei in der Tschechoslowakei, der polnischen „Unabhängigen“, der deutschen Partei in Polen, der Litauer, Rumänen und Griechen. Sie wünschten die Resolution, für die sie übrigens ausnahmslos stimmten, sozialistischer und marxistischer; ferner sollte sie klar und deutlich an die proletarischen Kräfte und an einen planmäßigen Kampf appellieren; sie sollte die sentimentalischen Illusionen des bürgerlichen Pazifismus zerstreuen und weniger diplomatisch und abstrakt sein; ferner enthalte sie kein Wort der Verurteilung gegen den Militarismus, die Friedensverträge usw.

Eine analoge, gleichfalls „linke“ Erklärung hatte in der Kommission bereits der Rechtste der Rechten, Karl Renner, im Namen der Österreicher abgegeben. Er machte der Resolution eine zu unkritisch-optimistische Einstellung zum Völkerbunde, ferner eine zu kritiklose Einschätzung der Friedensverträge zum Vorwurf. In Anbetracht der Erklärung de Brouckères jedoch, daß „die österreichische Frage, d. h. die Frage der Selbstbestimmung des deutsch-österreichischen Volkes von der Tagesordnung nicht verschwinden (!) solle“, verzichtete Renner auf die Beantragung einer entsprechenden Verbesserung.

In dem großen Saale des Marseiller Rathauses tagte unter einem großen Ölgemälde, das die Einfahrt der Zarenflotte in den Marseiller Hafen 1892 darstellte (einem Geschenk Nikolaus II.), während der letzten beiden Kongreßnächte die Kommission für Ostfragen. Im Mittelpunkt der Beratung stand natürlich die Sowjetunion und die Kommunistische Internationale. Bauers Einleitungsreferat hielt sich an das erprobte Schema: „einerseits — andererseits“. Nach der Diskussion, in der Dan gemäßigt auftrat, Bauer unterstützte und auf die von den Grenzländern her drohenden Kriegsgefahren hinwies, Tschernow sich dagegen maßlos ausließ und sich besonders über die Rolle der Bolschewiki in der chinesischen Revolution empörte, die polnischen „Unabhängigen“ und die Rumänen sich schroff gegen ihre eigenen Regierungen wandten, ein PPS-Mann seine Regierung verteidigte und deren

unverbrüchliche Friedensliebe versicherte — wurde die Resolutionskommission gewählt, bestehend aus Bauer, Nedsjalkowski (PPS), Suchomlin, Dan, Zeretelli. Der auf diese Weise zusammengeflückte „Vermittlungstext“ fand weder die Sympathie der Engländer, denen er trotz der „objektiven“ Equilibristik Bauers der Sowjetunion gegenüber zu aggressiv schien, noch der Franzosen und Belgier, die ihm zusammen mit den Deutschen seine Gemäßigkeit zum Vorwurf machten. Nach vielstündigem Kampf ging mit 164 Stimmen gegen 11 bei 64 Stimmenthaltungen eine Reihe von Margaret Bonfield verteidigter englischer Verbesserungen durch.

Die Resolution hebt hervor, daß sich in der letzten Zeit die Gegensätze zwischen den imperialistisch-kapitalistischen Mächten mit England an der Spitze einerseits und der Sowjetunion andererseits außerordentlich zugespitzt haben. Durch die „national-revolutionäre Bewegung in China, Indien und den mohammedanischen Ländern“ erschreckte Elemente drängen zu einer aggressiven Politik gegenüber der Sowjetunion. „Die Kommunistische Internationale hegt die Illusion, den Arbeitern auf den Spitzen der Bajonette siegreicher Roter Armeen die Befreiung bringen zu können, und daß für die Weltrevolution ein neuer Weltkrieg erforderlich sei. Sie ermutigt die revolutionären Bewegungen in Asien und Afrika in der Hoffnung, gestützt auf sie und vermittels eines Krieges dem Kapitalismus einen tödlichen Schlag zu versetzen.“ Die durch diese Gegensätze hervorgerufene Gefahr eines neuen Weltkrieges beunruhige namentlich die Nachbarländer Rußlands sowie die Balkanstaaten. Diese Beunruhigung steigere sich dadurch, daß die Grenzen vieler der neugeschaffenen Staaten dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker widersprechen. Überdies würden in diesen Ländern einerseits unter dem Einfluß der Kommunistischen Internationale Aufstände organisiert, um sie dem Schicksal Georgiens und Armeniens zu weihen, andererseits wollen die kapitalistisch-imperialistischen Mächte sie als Waffe gegen die Sowjetunion benützen. In Anbetracht dessen anerkenne die Internationale das Recht der neugebildeten Staaten auf Unabhängigkeit, trete der aggressiven Politik Sowjetrußland gegenüber entgegen, begrüße „die in erheblichem Maße der Aktion der Sozialistischen Arbeiterinternationale zu dankende“ Anerkennung der Sowjetunion durch eine Reihe von Ländern; dieser letztere Umstand gebe der SAI das Recht, das russische Volk aufzurufen, nach völliger politischer Freiheit zu streben.

Zweitens. „Die SAI begrüßt das Erwachen der schaffenden chinesischen, indischen und mohammedanischen Volksmassen . . . Als einziges Mittel einen Weltkrieg zu vermeiden, verpflichtet die SAI sämtliche Parteien, einen energischen Kampf für das Selbstbestimmungsrecht aller unterdrückten Völker Asiens und Afrikas zu führen.“

„Die SAI versichert die chinesischen Arbeiter ihrer vollen Solidarität und fordert namentlich für China die Beseitigung der Bedrückung durch das Ausland (1), die Aufhebung des Konzessionssystem und die sofortige Einführung (durch wen?) einer modernen Arbeiterschutz-Gesetzgebung für die ausgebeuteten chinesischen Arbeiter.“

Drittens: „Die SAI fordert das Selbstbestimmungsrecht speziell für Armenien, Georgien, Ukraine und die übrigen Völker, die während der Revolution staatliche Unabhängigkeit erlangt hatten“. Zu diesem Zweck schlage sie der Sowjetunion vor, in den Völkerbund einzutreten, unter dessen Kontrolle

die Volksabstimmung und schiedsgerichtliche Untersuchung vor sich gehen werde. Den übrigen Staaten, die nationale Minderheiten enthalten, empfehle die SAI, ihrer Bevölkerung Autonomie, Gleichberechtigung und freie kulturelle Entwicklung zu gewähren.

Viertens. Die SAI verurteile den Terror in verschiedenen Ländern, namentlich in Bulgarien.

Dieses Machwerk von Resolution, das die Wiener „Arbeiterzeitung“ „rein marxistisch“ nennt und mit Stolz als ein im Grunde österreichisches Produkt der nicht genügend marxistischen Resolution über den Garantievertrag entgegenstellt, begründete Bauer in einem Referat, das der Kongreß als den Gipfel der Redekunst und Geschmeidigkeit anerkannte, und das der Anlaß war, ihn als den wahrscheinlich größten Mann in der Internationale zu charakterisieren („the biggest man in the International“).

Bei der Aufzählung der Schwierigkeiten, mit denen die Kommission zu kämpfen hatte, erklärt Bauer alle Meinungsverschiedenheiten aus „objektiven“ Ursachen heraus, „versteht“ alles und verzeiht alles. Von den georgischen menschwistischen Emigranten und den armenischen Daschnaken — die unter anderem in einem besonderen Memorandum das Selbstbestimmungsrecht für die von den englischen Imperialisten bevormundeten Kurden fordern — sagte Bauer unter dem Beifall des Kongresses: „Es hieße Übermenschliches verlangen, wollte man von diesen Genossen die Objektivität des nüchternen Historikers hinsichtlich der Interessen ihres Volkes verlangen.“ Die Vertreter der Grenzländer seien „von einer begreiflichen Furcht beherrscht, die im Verlaufe eines Jahrhunderts in zahllosen Kämpfen eroberte Freiheit ihrer Nationen könnte von der Politik der Sowjetunion verletzt werden.“

Ebenso begreift und verzeiht Bauer den Blum, Renaudel, Hilferding und Breitscheid ihren Haß gegen die Bolschewiki, die die „Einheit“ „ihres“ Proletariats vernichtet haben. Dafür waren „wir“, sagt Bauer, „häufig einigermaßen beunruhigt“ über den Mangel an Kritik bei einigen Mitgliedern der englischen Arbeiterpartei in der Behandlung des bolschewistischen Problems.

Er, der objektive, unparteiische, nüchterne, ausgeglichene Otto Bauer fordert einerseits von den imperialistischen Mächten, sie sollen sich nicht unterstehen, der Sowjetunion gegenüber eine feindselige Politik zu treiben, und droht ihnen mit einem „hartnäckigen, unerbittlichen Widerstand“ (wo? wie? mit welchen Mitteln?), aber andererseits fordert er „vom Bolschewismus mit der größten Entschlossenheit die Demokratisierung des Regimes in Rußland und erklärt sich mit dem Kampf der russischen Genossen (d. h. der Freunde Dans und Tschernows) um diese Demokratisierung usw. solidarisch“.

Mit großer Begeisterung schildert Bauer hierauf den „Prozeß des Erwachens der Völker des Ostens“, „den Beginn der grandiosen Empörung dieser letzten großen Reservearmee des Kapitalismus“, erklärt die Ereignisse dort als „unsere eigene Sache“ und sendet zum Schluß unter dem stürmischen Beifall des Auditoriums den kämpfenden chinesischen Arbeitern — wörtlich — „unsern Gruß“.

Und dann prophezeit er mit schreckenstarrten Augen, daß „diese Bewegung im Osten, die vom Stillen bis zum Atlantischen Ozean das Gleichgewicht

der Kräfte störe und die Herrschaft der Großmächte erschüttere (jawohl!), Kriegsgefahr und Gefahr für das europäische Proletariat hervorrufe“, daß sie einen „Weltbrand entflammen werde“, wenn „das europäische und amerikanische Proletariat nicht stark genug ist, um den Völkern die Freiheit, für die sie kämpfen, aus eigener Kraft zu verschaffen, auf daß sie nicht in Kriegen erkämpft werde.“

„Die Freiheit verschaffen“, wie, mit welchen Mitteln? Durch die Entbietung eines Grußes? Durch den Völkerbund? Den Einfluß Vanderveldes?

Nach diesem Höhepunkt in der Schilderung der Perspektiven des Kampfes im fernen Osten macht Bauer einen Sprung zum nahen Osten, zum Balkan. Nach einigem Phrasengeklingel über nationale Autonomie und Freiheit der kulturellen Entwicklung betont er, daß er dieses nationale Programm von der edelmütigen PPS entlehnt hat, worauf er einige salzlose Tränen über die Opfer des Terrors in Italien, Ungarn, Polen und Bulgarien vergießt sowie über das Schicksal des Sozialrevolutionärs Gotz.

Gegen Ende des Referates spürte Bauer das Bedürfnis, einen Zusammenhang zwischen seinen Worten und dem, was beim vorhergehenden Punkt der Tagesordnung beschlossen worden war, herzustellen. „Ich weiß“, sagte er, „mit welcher unendlichen Mühe und Sorgfalt ihr mit den schwierigen Problemen des Garantievertrages und des Völkerbundes kämpft, um den Stacheldraht, der noch allenthalben von den Schützengräben her stehen geblieben ist, wegzuräumen. Ihr versucht das mit den Methoden des Völkerrechtes zu bewerkstelligen und verwendet darauf euren Eifer, eure Kenntnisse und eure Kräfte. . . . Was kann das Resultat eurer Arbeit sein? Unweigerlich nur ein mit Mühe und Not erobertes Kompromiß zwischen unserem Willen zu einem Frieden, der immerhin ausschließlich auf Gewaltverträgen beruht, die die Negierung der Freiheit ganzer Völker bedeuten, und unserem Willen zur Freiheit, der dadurch beschränkt wird, daß wir den Frieden erhalten wollen.“

Diese Mühe eines tagtäglichen Kompromisses ist, ich wiederhole es, unerläßlich, sie ist wichtig, denn der Stacheldraht muß weggeräumt werden. Welche Sachlichkeit, welcher Geist, welche Entsagung! . . . Ja, es gilt den Stacheldraht wegzuräumen. — Aber etwas anderes, das ist das Bewußtsein der großen internationalen Umwälzung und unserer großen internationalen Aufgaben in ihr, die große historische Perspektive, und das Auge, das sich auf sie richtet; das ist das, was wir brauchen, weil nur es imstande ist, die junge heranwachsende Generation, die ganze Arbeiterklasse mit dem Enthusiasmus zu erfüllen, der allein die Welt für den Sozialismus erobern kann.“

Noch dröhnte der Saal dieses Kongresses vom Beifall, den das dankbare Auditorium von Stacheldrahtträgern der rhetorischen Meisterschaft Bauers spendete, als auch schon de Brouckère auf der Tribüne auftauchte, um im Namen eines Dutzend — und nicht weniger — Delegationen einen Vorbehalt zu der großen historischen Perspektive und dem durch sie hervorgerufenen Enthusiasmus zu machen.

„Im Namen folgender Parteien: Frankreichs, Polens, Estlands, Lettlands, Armeniens, Bulgariens, Jugoslawiens, Georgiens, Ungarns, Finnlands, Belgiens und Schwedens gebe ich folgende Erklärung ab: Wir stimmen für die Resolution, trotz einer Reihe von Vorbehalten, die wir machen müssen.“

Der erste besteht darin, daß leider die französische Verbesserung, die das Augenmerk auf den osteuropäischen, d. h. den Sowjet-Imperialismus lenkt, nicht angenommen wurde. Wir hatten darin genau angegeben, welche Einstellung den russischen Gewaltmethoden gegenüber einzunehmen ist.

Zweitens. Man wiederholt in einem fort, Sowjetrußland müsse anerkannt werden. Wir sind damit einverstanden, wollen aber, daß sich diese Rückkehr Rußlands in den Schoß der Völker durch seinen Eintritt in den Völkerbund vollziehe. Drittens halte ich es für eine schlechte Methode, daß die Resolution beiläufig die Kolonialfrage berührt, wo wir eben beschlossen haben, diese Frage erst auf dem nächsten Kongreß, in zwei Jahren, zu behandeln.

Weshalb wir trotzdem für diese Resolution stimmen? Weil darin das vorbehaltlose Recht der Völker auf Selbstbestimmung, und zwar nicht nur (!) der von dem westeuropäischen Imperialismus unterdrückten Völker proklamiert wird. Ich denke an Armenien, und wenn ich die georgischen Genossen in dieser Versammlung sehe, so ergreift mich eine tiefe innere Bewegung, nicht etwa Mitleid, sondern das Gefühl der Beschämung darüber, daß es heute noch Verbannte gibt. . . . In Anbetracht dessen, daß dies alles in der Resolution unzweideutig gesagt ist, werden wir, trotz ihrer Mängel, für sie stimmen.“

Während der ganzen Dauer des Kongresses in Marseille, von wo täglich die Truppen an die Riffront abgingen, hatten es die zahllosen Redner fertiggebracht, Marokko kaum ein einziges Mal zu erwähnen. Die Marokkofrage wurde denn auch durch einen Sonderbeschluß von der Behandlung in der Ostkommission ausgenommen und an die allgemeine Kommission verwiesen, die sich mit dem Wegräumen des Stacheldrahtes durch die Methoden des Völkerrechtes befaßte.

Die Kommission arbeitete eine Resolution aus, die im Wesen und sogar wörtlich die Ende Juli auf der Pariser Konferenz der französischen, englischen und spanischen Partei eingebrachte Resolution wieder aufnahm, der seither keine der interessierten Regierungen auch nur die mindeste Aufmerksamkeit geschenkt hatte.

Die Resolution „fordert“ die Veröffentlichung der von Spanien und Frankreich aufgestellten Friedensbedingungen, und desgleichen von Abd-el-Krim eine klare Antwort auf diese zu veröffentlichenden Bedingungen.

Die Resolution schlägt ferner Spanien und Frankreich die Anerkennung der Unabhängigkeit des Rif vor. Hierauf drückt die Resolution die Überzeugung aus, daß die Marokkofrage zu den Fragen gehört, in die sich der Völkerbund einzumischen habe. Dem Rifstaat müsse das Recht gewährt werden, in den Völkerbund einzutreten.

Und endlich: „Für die Zukunft hat der Völkerbund dort ein Regime einzuführen, das den Mandaten, die er bereits innehat, entspricht.“

Für diese Resolution haben Sie, Herr Bauer, gestimmt.

Was sind danach Ihre rhetorischen Verschönerungen, Ihre große historische Perspektive und Ihr Enthusiasmus wert?

Der Kongreß hat ferner noch eine für die nächste Entwicklung der II. Internationale wichtige Entscheidung angenommen: die Verlegung des Sekretariats des Exekutivkomitees in die Schweiz. Obgleich dieser Beschluß auf dem Kongreß mit den persönlichen Interessen des ständigen Sekretärs,

Friedrich Adler, motiviert wurde, wozu er den Kongreß von der Tribüne herab in seine Familienverhältnisse einweihte und geschmackvollerweise einen einstmals auf ihn verübten terroristischen Anschlag besonders hervorhob, so liegt doch auf der Hand, daß die Verlegung des Sekretariats von England auf das Festland durchaus von politischen Motiven geleitet ist.

Die rasche Linksentwicklung der englischen Arbeiterbewegung hat für diese Organisation, die mit aller Macht danach strebt, ein brauchbares Instrument des Völkerbundes und der ihm angehörenden Großmächte zu sein, eine unerträgliche Lage geschaffen. Es galt, die Leitung der II. Internationale vor einer möglichen Beeinflussung durch das Milieu zu bewahren. Und so wählte man die Schweiz — das einzige Land des Kontinents, in dem es keine der II. Internationale angeschlossene Partei gibt. (Die Schweizer Sozialdemokratie gehört keiner Internationale an.)

Möglichst weit weg von den Arbeitern, den Massen und von allen Verlockungen und Einflüssen „von unten her“.

Und wenn der französische Sozialist Paul Faure den Marseiller Kongreß mit der Losung schloß: „Weder Moskau noch Genf“, so war der zweite Teil dieser Losung einfach ein Zeichen von schlechtem Gewissen.

Der Kongreß selbst verlief in Marseille ohne irgendeine Berührung mit den Massen.

Die Delegierten füllten nur ein Drittel des mächtigen Saales. Die Galerien gähnten selbst am Eröffnungstag, selbst am Sonntag, selbst in den Abend-sitzungen vor Leere.

Das von jeher übliche internationale Meeting unterblieb.

Parallel mit dem Kongreß der Vandervelde und Bauer versammelte sich in Marseille ein vom Aktionskomitee gegen den Marokkokrieg einberufener Arbeiter- und Bauernkongreß. Gegen 1000 Delegierte, Arbeiter und Arbeiterinnen, Parteilose, Sozialisten, Reformisten, Revolutionäre und Kommunisten nahmen dort einmütige, einfache Kampfentscheidungen über sämtliche die Massen bewegenden Fragen an und gingen wider das Verbot der Behörden vollzählig auf die Straße, um zusammen mit den Massen unter revolutionären Losungen zu demonstrieren.

Die Demonstration wurde mit Waffengewalt auseinandergejagt, zahlreiche Demonstranten wurden verprügelt und verwundet.

Zwei Kongresse — zwei Welten.

A. LOSOWSKI: PARIS — BRESLAU — SCARBOROUGH

I. Die Ära der Kongresse

Das Ende des August und der Beginn des Septembers waren durch eine Reihe von Gewerkschaftskongressen gekennzeichnet, die zweifellos eine wichtige Etappe im Kampf um die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung darstellen. Vom 26. bis 31. August fanden in Paris die Kongresse der „Unitairen“ und der reformistischen Confédération du Travail statt; Ende August tagte der deutsche Gewerkschaftskongreß in Breslau; gleichzeitig ging der Kongreß der norwegischen Gewerkschaften und der Kongreß der nationalen Minderheitsbewegung in England vonstatten, während Anfang September der Kongreß der englischen Trade Unions in Scarborough eröffnet wurde. Diese Kongresse verdienen ernste Aufmerksamkeit und sorgfältiges Studium, weil in ihnen sämtliche in der internationalen Gewerkschaftsbewegung vorhandenen ideologischen Meinungsverschiedenheiten und Strömungen zutage traten.

Das Charakteristischste für all diese Kongresse ist, daß das Problem der Gewerkschaftseinheit nicht nur dort im Mittelpunkt des Interesses stand, wo die Mehrheit dieser Frage positiv gegenüberstand, sondern auch, wo sich die Führer als die entschiedensten Gegner der nationalen und internationalen Einheit erwiesen. Die Kongresse spiegelten den Reifegrad der Arbeiterbewegung ihrer Länder wider. Weder auf dem Gebiet der allgemeinen Politik noch der unmittelbar laufenden Aufgaben gab es auch nur eine einzige Frage, bei der nicht die beiden grundlegenden, einander ausschließenden Weltanschauungen — die revolutionäre und die reformistische — zusammengeprallt wären. Welche Frage auch auf einem beliebigen von diesen Kongressen behandelt wurde, die Redner stießen unvermeidlich auf die die Arbeitermassen bewegende Grundfrage: die Herstellung der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit.

Um uns Rechenschaft zu geben über die Arbeiten aller dieser Kongresse, um die dort kämpfenden ideologischen Strömungen klarzulegen, um das Kräfteverhältnis zwischen dem revolutionären und dem reformistischen Flügel sowie die Perspektiven des künftigen Kampfes um die Einheit zu bestimmen, müssen wir uns eingehender mit diesen Kongressen befassen.

Sowohl die Amsterdamer Internationale wie die Profintern verbanden bestimmte Hoffnungen mit sämtlichen stattgefundenen Kongressen. Wenn wir die Arbeit dieser Kongresse betrachten, dann werden wir sehen, welche von den beiden Internationalen auf dieser Kongreßserie als Siegerin und welche als Besiegte hervorgegangen ist. Beginnen wir unsern Überblick mit Frankreich.

II. Mit Briand gegen Monmousseau

Frankreich stellt gegenwärtig das Land der klassischen Spaltung dar. Wir haben dort zwei, annähernd gleichstarke *Confédérations du Travail*, und deshalb weist das Problem der Einheit hier seine besonderen Schwierigkeiten auf. Ohne auf die Geschichte der Spaltung einzugehen, begnügen wir uns mit dem Hinweis, daß jede der beiden *Confédérations du Travail* ideologisch und politisch eng mit einer politischen Partei verbunden ist: die *Confédération Unitaire* mit der Kommunistischen, die Reformistische mit der Sozialistischen Partei. Die Anarchisten haben versucht, sich in Gestalt der autonomen Verbände Frankreichs einen Stützpunkt zu schaffen, aber das Unternehmen verlief im Sande; ihre Föderation brach zusammen. In Frankreich gibt es demnach nur zwei ernstzunehmende Gewerkschaftsorganisationen. Die Spaltung hat jedoch dazu geführt, daß eine bestimmte Zahl von Verbänden — in erster Linie die der Beamten — keiner der beiden Konföderationen angehören, sondern sich z. B. zu einer Beamtenföderation zusammengeschlossen haben, die gleichfalls eine gewisse Rolle spielt.

Das ist die faktische Lage, die sich Mitte 1925 stabilisiert hatte. Die Kampagne um die Wiedervereinigung der beiden Konföderationen reicht in Frankreich bereits weit zurück. Sie hat sich namentlich seit dem 5. Kongreß der Komintern und dem 3. Kongreß der Profintern verstärkt, wobei die Führer der reformistischen *Confédération du Travail* stets erbittert und entschlossen gegen die Einheit aufgetreten sind. Alle ihre „Argumente“ gipfelten darin, daß sie nicht unter den Einfluß Moskaus geraten (!) und nichts von kommunistischen Gewerkschaftszellen wissen wollten, daß sie die kommunistische Gewaltpolitik ablehnten, daß sie vielmehr unabhängig bleiben und die in der Charte von Amiens vorgezeichnete Linie verfolgen wollten.

Trotz der bestehenden Spaltung ist der Drang zur Einheit unter den Arbeitern sehr stark. Zusammen mit der Verschlechterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Landes und den beginnenden militärischen Operationen in Marokko verstärkte sich diese Tendenz. Die *Confédération Unitaire* versuchte eine Einheitsfront zu schaffen, aber die Reformisten ließen es nicht dazu kommen. Als die Reformisten Anfang 1925 für ihren Kongreß als Tagungsort Paris und als Datum Ende September bestimmten, beschlossen die Anhänger der Profintern, ihren Kongreß gleichfalls in Paris und zum gleichen Zeitpunkt abzuhalten, um womöglich einen Kontakt zwischen den beiden Kongressen herzustellen. Sobald die Reformisten diesen Beschluß der *Confédération Unitaire du Travail* erfuhren, verlegten sie ihren Kongreß auf Ende August, um diese kompromittierende Nachbarschaft der Profintern zu vermeiden. Die CGTU war trotz alledem willens, das Problem der Einheit angesichts des reformistischen Kongresses aufzurollen und verlegte ihren Kongreß gleichfalls auf Ende August; somit wurden die beiden Kongresse am gleichen Tage in Paris eröffnet, und schon diese Tatsache allein zeigte den Arbeitern das Problem der Einheit in seiner ganzen Bedeutung.

Um auf den bevorstehenden Kongreß größeren Eindruck zu machen, machten die Sozialistische Partei und die reformistische *Confédération du Travail* ihren Einfluß auf die Beamten geltend, um sie zum Anschluß an

die reformistische Konföderation zu bewegen. Einige Wochen vor dem Kongreß trat denn auch der nationale Lehrerverband mit etwa 70 000 Mitgliedern der reformistischen Konföderation bei und verstärkte dadurch deren spezifisches Gewicht.

Gleich nach der Eröffnung beschloß der Kongreß der „unitairen“ Gewerkschaften dem reformistischen Kongreß vorzuschlagen, die Einheitsfrage auf einer gemeinschaftlichen Sitzung oder in einer paritätischen Kommission zu behandeln. Die Tagesordnung des reformistischen Kongresses hatte die Einheitsfrage nicht als selbständigen Punkt vorgesehen, nichtsdestoweniger aber wurde sie mehrere Tage lang debattiert. Auf dem unitairen Kongreß rief diese Frage nicht die geringsten Meinungsverschiedenheiten hervor. Der Vorschlag einer gemeinschaftlichen Sitzung mit den Reformisten wurde einstimmig angenommen, während er auf dem reformistischen Kongreß im Mittelpunkt der Meinungsverschiedenheiten stand. Um die Einheitsfrage entbrannte dort der Kampf, gruppierte sich die Opposition usw. Die Spaltung hatte es mit sich gebracht, daß sich im Verlaufe mehrerer Jahre alle revolutionären Elemente in der Confédération du Travail Unitaire zusammengeschlossen hatten, während gewisse Arbeiterkreise absolut und unkontrolliert unter der Leitung der reformistischen Führer standen. Erst im letzten Jahre begann sich innerhalb der reformistischen Verbände eine Opposition herauszubilden, die überdies erst nach dem englisch-russischen Gewerkschaftsabkommen, das nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern bei der Bildung der Opposition eine große Rolle spielte, Gestalt gewann. Weshalb wollten die Führer der reformistischen Konföderation nichts von der Vereinigung wissen? Wenn man ihre Hauptführer hört, so lassen sich all ihre Einwände dahin zusammenfassen:

1. Die unitairen Verbände unterstehen der Kommunistischen Partei und können keine selbständige, unabhängige Politik führen, während die reformistischen Verbände von keiner Partei abhängig sind und in allen Fragen eine selbständige Linie innehalten.

2. Die reformistische Konföderation ist das alte Gebäude, die alte Gewerkschaftsorganisation, und alle, die aus ihr ausgetreten sind, können in sie zurückkehren.

3. Die Einheit muß von unten und nicht von oben her geschaffen werden, d. h. die unitairen Verbände müssen in die entsprechenden reformistischen eintreten, und damit ist an und für sich die gewerkschaftliche Einheit hergestellt.

4. Keine kommunistischen Zellen, keine Anweisungen aus Moskau, keine Vergewaltigung durch die politischen Parteien, sondern vollständige und uneingeschränkte Unabhängigkeit.

5. Die internationale Einheit kann auf die gleiche Weise hergestellt werden. Für einen internationalen Einheitskongreß besteht keinerlei Anlaß. Die russischen Verbände sollen unter den allgemeinen Bedingungen in die Amsterdamer Internationale eintreten. Gefordert wird von ihnen nur Unterordnung unter die Statuten und Verzicht auf irgendwelche Privilegien.

Das waren die offiziellen Argumente, die die Führer der reformistischen Confédération du Travail auf diesem Kongreß gegen die Einheit vorbrachten.

Wir werden hier nicht weiter auf die Heuchelei des Herrn Jouhaux eingehen, der über die gewerkschaftliche Unabhängigkeit zetert und Delegierter

der französischen Regierung im Völkerbund ist. Es ist eine alte Tatsache, daß diese Herrschaften, je lauter sie von Unabhängigkeit sprechen, um so mehr von den bürgerlichen Regierungen abhängig sind. Die Redner des reformistischen Kongresses, vor allem Jouhaux, verbreiteten sich des längeren darüber, daß ihre reformistische Konföderation das ideologische und politische Erbe der Vorkriegs-Konföderation übernommen habe. Eine schlimmere Verhöhnung der Tatsachen und des gesunden Denkens kann man sich schwerlich vorstellen. Der Vorkriegs-Konföderation lag bei all ihren Mängeln das Prinzip des Klassenkampfes zugrunde. Sie führte die antimilitaristische Kampagne, sie hatte eine antiparlamentarische Tendenz, sie stellte sich die Aufgabe der Zerstörung des Staates, sie bekämpfte den Krieg, sie betonte den räuberischen Charakter der sogen. Verteidigungskriege, mit einem Wort, sie führte den faktischen revolutionären Klassenkampf. Von dieser ganzen Theorie und Praxis ist der reformistischen Confédération du Travail auch nicht die Spur geblieben. Selbst das Wort „Klassenkampf“ ist längst aus den Reden der reformistischen Redner und aus den Spalten ihrer Zeitungen gestrichen. Zusammenarbeit und Harmonie der Klassen sind das offizielle Glaubenssymbol der reformistischen Confédération du Travail; hiernach als ideologisch-politischer Erbe der Vorkriegs-Konföderation aufzutreten, das erfordert eine Dosis Kühnheit, die an Schamlosigkeit streift.

Den Hauptgrund für den erbitterten Widerstand der reformistischen Konföderation dem Einheitsgedanken gegenüber kannte jeder: nämlich jene enge Beziehung, die zwischen der reformistischen Leitung und dem Linksblock besteht. Aber davon sprach man nicht. Der Linksblock stützt sich in Frankreich auf die Sozialistische Partei und auf die reformistische Confédération du Travail. Was soll auch den Herren Herriot, Briand, Caillaux und den übrigen Schildknappen des französischen Geldbeutels die Gewerkschaftseinheit? Jouhaux führt nur die Direktiven seiner Auftraggeber durch, weiter nichts. Natürlich, von solchen Dingen spricht man nicht; man betreibt sie unter dem Deckmantel der Charte von Amiens und der hundertprozentigen Unabhängigkeit.

Diese intime Beziehung zwischen dem Linksblock und der reformistischen Confédération du Travail entschied die Einheitsfrage im voraus.

Alle Versuche der CGTU, eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden Kongresse oder die Einsetzung einer paritätischen Kommission durchzusetzen, scheiterten an dem schroffen und kategorischen Widerstand der Reformisten, was die gesamte bürgerliche Presse mit stürmischer Freude zur Kenntnis nahm. Bei dieser Regierungsbindung lag es auf der Hand, daß der reformistische Kongreß die Einladung des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften, eine Delegation in die Sowjetunion zu entsenden, ablehnen würde. „Lohnt es sich,“ fragte Jouhaux, „eine Delegation nach Rußland zu entsenden, um Eindrücke der Ohnmacht zu gewinnen, um zu konstatieren, daß das freie Leben der Gewerkschaftsorganisationen dort erschwerter ist als unter dem bürgerlichen Regime. Ich verstehe und verzeihe (!) die russische Revolution, ihre Entwicklung und die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat; was ich jedoch nicht anerkenne (!), das ist die Einmischung der russischen Regierung in die Angelegenheiten fremder Völker und in unsere Arbeiterangelegenheiten.“ Nur gut, daß

Jouhaux die Oktoberrevolution wenigstens „verzeiht“, wengleich sie schon nichts taugt; aber eine Einmischung in die Angelegenheiten fremder Völker verträgt er nicht. Die Wirtschaft der französischen Bourgeoisie in Marokko, in Syrien und in Deutschland während der Ruhrbesetzung ertrug er ohne besondere Beschwerden, aber die Unterstützung sämtlicher unterdrückter Völker durch die Sowjetregierung, ja das kann Herr Jouhaux nicht verzeihen!

Aber dieses schroffe Auftreten gegen die Einheit mußte selbst innerhalb der reformistischen Confédération du Travail Protest hervorrufen. Trotz der Siebung des Kongresses und der sorgfältigen Bearbeitung der Delegierten fanden sich 118 Gewerkschaften, die gegen die offizielle Resolution und für die Einheit stimmten. Auf dem Kongreß waren 10 Prozent der Stimmen für die Einheit, was jedoch nicht bedeutet, daß nur 10 Prozent der Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften auf diesem Standpunkt ständen. Die Opposition auf dem Kongreß war schlecht organisiert und ideologisch ungenügend durchgebildet; immerhin aber bereitete sie den reformistischen Kongreßleitern viel Verdruß. Um die Delegierten möglichst stark zu beeinflussen und die Richtigkeit der reformistischen Linie der Confédération du Travail zu betonen, hatte man die angesehensten Vertreter des rechten Flügels der Amsterdamer Internationale zum Kongreß eingeladen. Anwesend war die Blüte all dessen, was in der Amsterdamer Internationale reaktionär ist, und selbstverständlich traten sie alle im Geiste Jouhaux und Co. auf. Daß hier eine Manifestation der rechten Amsterdamer Strömung vorlag, geht schon aus dem Fehlen englischer Vertreter auf dem Kongreß hervor. Nur naive Menschen könnten annehmen, der Generalrat der englischen Trade Unions habe aus Zufallsgründen keinen Vertreter zum Kongreß der reformistischen Confédération du Travail geschickt. Nein, das war eine politische Manifestation, die sich gegen den rechten Flügel der Amsterdamer richtete, deren extremster Vertreter Jouhaux ist. Der rechte Flügel der Amsterdamer Internationale war auf dem reformistischen Kongreß sehr zahlreich vertreten und natürlich nicht nur, um den Kongreß zu begrüßen, sondern vor allem, um gemeinschaftlich zu beraten, wie man die wachsende Einheitsbewegung, die die reformistischen Organisationen erschüttert, in Zukunft bekämpfen wolle.

Die beiden Kongresse konnten natürlich nicht an den Kolonialkriegen in Syrien und Marokko vorübergehen, aber während sich der Kongreß der CGTU schroff und kategorisch gegen den Krieg aussprach und die Losung der unverzüglichen Räumung Marokkos ausgab, gipfelten sämtliche auf den Krieg bezügliche Reden des reformistischen Kongresses nicht etwa in Angriffen gegen die Regierung wegen ihres marokkanischen Abenteuers, sondern in Angriffen gegen die Kommunisten und die CGTU wegen ihrer „demagogischen“ Losungen, deren Demagogie eben darin besteht, daß sie die sofortige Räumung Marokkos fordern. Ein Redner wies unter dem Beifall des gesamten Kongresses nach, die Räumung Marokkos würde das Signal zu einem Blutbad unter den Europäern bilden. . . . Der reformistische Kongreß nahm den Standpunkt ein, Frankreich führe hier einen Verteidigungskrieg (das arme, von den Rifleuten angegriffene Frankreich), und deshalb könne und dürfe die Arbeiterklasse nicht aktiv gegen den Krieg auftreten.

Dieser Standpunkt der reformistischen Konföderation, d. h. diese Unterstützung des Marokkokrieges durch die reformistische Konföderation zeitigte einen recht eigenartigen Einfluß auf die Amsterdamer Internationale, die sich bekanntlich bisher noch nicht bemüßigt gefühlt hat, sich über den Marokkokrieg zu äußern. Weshalb wohl? Diese Frage wirft die sozialdemokratische „Berner Tagwacht“ in einem „Weshalb schweigt Amsterdam?“ betitelten Artikel auf:*

„Die Arbeiterklasse hat ein Recht zu erfahren, ob dieses Schweigen im Zusammenhang steht mit den privaten Ansichten des zweiten Vorsitzenden der Amsterdamer Internationale (Jouhaux), oder ob andere Ursachen die Amsterdamer Internationale veranlaßt haben, sich passiv zu verhalten. Das Bewußtsein, daß für die Aktivität oder Inaktivität der Amsterdamer Internationale die Ansicht eines ihrer Vorsitzenden mehr Gewicht besitzt als das Interesse der Arbeiterklasse und die Resolutionen der internationalen Gewerkschaftskongresse, wäre unerträglich.“

Wenn eine sozialdemokratische Zeitung die Frage so stellt, dann wird die Haltung der Führer der CGTU in dieser Beziehung reichlich klar. Erinnern wir uns, daß Jouhaux am Vorabend des Kongresses in einem „Die Marokko-Affären“ betitelten Artikel geschrieben hat:

„Die Regierung stand vor einer vollzogenen Tatsache, und die Gefährlichkeit der Situation war außer Zweifel. Wir werden der Regierung unser Vertrauen schenken...“

Das ist die „unabhängige“ Philosophie dieses „unabhängigen“ Agenten der französischen Bourgeoisie.

Bei dieser engen Verbindung mit der bürgerlichen Regierung liegt es auf der Hand, daß sich der reformistische Kongreß gegen die Einheit aussprach. Aber man darf das nicht als eine Ablehnung der Einheit durch die in den reformistischen Gewerkschaften vereinigten Arbeiter auffassen. Keineswegs. Die Tendenz zur Einheit ist in Frankreich gegenwärtig stärker als je. Besonders anschaulich wird dies durch eine ganze Reihe von Arbeiter- und Bauernkongressen bewiesen, die Hunderttausende von Arbeitern aus allen Teilen Frankreichs erfaßten. Auf diesen Kongressen, zu denen Arbeiter aller Richtungen eingeladen werden, erscheinen in erheblichem Maße auch Mitglieder der sozialistischen Parteien und die lokalen Führer der reformistischen Gewerkschaften, die zusammen mit den Kommunisten und den Führern der unitairen Verbände Maßnahmen zum Kampf gegen den Krieg ausarbeiten.

Da sich der reformistische Kongreß kategorisch und mit erheblicher Stimmenmehrheit gegen die Einheit ausgesprochen hatte, konnte die von der CGTU geplante interkonföderationelle Sitzung nicht stattfinden. Aber nichtsdestoweniger erschienen auf dieser Vereinigungssitzung 56 Verbände, darunter 19 der reformistischen Confédération du Travail angeschlossene — der Rest autonome —, die den Wunsch ausdrückten, gemeinsam mit den Vertretern der unitairen Verbände die Einheitsfrage zu erörtern. Der unitaire Kongreß wählte 50 Delegierte, die zusammen mit den Vertretern der reformistischen und der autonomen Verbände die Frage des weiteren Kampfes um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich disku-

* Aus dem Russischen zurückübersetzt. D. Ü.

tierten. Auf dieser Konferenz machten die Anarchisten den Versuch, die Chartre von Amiens als Verhandlungsbasis durchzusetzen, stießen aber auf so entschiedenen Widerstand, daß sie ihren Antrag zurückzogen. Die Konferenz nahm einstimmig eine Resolution an, in der die Notwendigkeit des Kampfes um die Verschmelzung sämtlicher Parallelorganisationen, der lokalen, nationalen und internationalen, proklamiert wird. Auf dieser Konferenz nahmen einige große autonome Verbände der Staatsangestellten teil, die eine Einigung nur auf der Grundlage des Klassenkampfes wollen. Diese Einheitskonferenz hat bewiesen, daß in Frankreich innerhalb der reformistischen CGTU eine ernsthafte Strömung besteht, die allen Machinationen der Parteigänger der französischen Regierung in der Art Jouhaux' zum Trotz, der Spaltung ein Ende machen will.

Vergleicht man die beiden Kongresse, dann sieht man, wie sehr der Reformismus die Arbeiterbewegung schwächt. Der reformistische Kongreß hat in der gesamten reaktionären Presse eine beifällige Aufnahme gefunden, wobei namentlich die Wohlgesinntheit, der gesunde Menschenverstand, der staatsmännische Sinn und ähnliche Tugenden der reformistischen Führer anerkannt wurden. Ganz anders dagegen war die Aufnahme des Kongresses der unitairen Gewerkschaften.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Kongressen bezogen sich nicht nur auf die Einheits- und die Kriegsfrage. Auch in den praktischen Fragen, die gegenwärtig vor der Arbeiterbewegung Frankreichs stehen, tat sich ein Abgrund zwischen der reformistischen und der revolutionären Konföderation auf. Die Unitairen entwickelten die Idee der Lohnzahlung in Goldfranken. Diese Forderung stieß, ganz abgesehen von dem wütenden Widerstand der Bourgeoisie, auf eine schroff ablehnende Einstellung des reformistischen Kongresses. Und doch hätte man annehmen sollen, daß gerade in dieser Frage eine Verständigung möglich gewesen wäre. Der Kongreß der CGTU diskutierte die Frage der Streikstrategie; man sprach von der Kampftaktik, von Massenaktionen und dergl., während auf dem reformistischen Kongreß von alledem keine Rede war. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand ein System von Verhandlungen, persönliche Einwirkung auf die Machthaber, Hoffnung auf den Völkerbund und dergl. Die bürgerliche Scharfmacherpresse mit ihrer feinen Nase für jegliche Fäulniserscheinung lobte den Bürger Jouhaux nicht umsonst in überschwänglicher Weise für seine „selbstlose“ Predigt der Realpolitik.

Die beiden Kongresse spiegeln klar und deutlich die Grundtendenzen nicht nur der französischen, sondern auch der internationalen Arbeiterbewegung wider. Einerseits ging der Reformismus bis zu seinem logischen Endziel, der Unterstützung der Kolonialkriege, andererseits entrollte der Kommunismus nicht nur in den allgemeinen, sondern auch in den Fragen des praktischen Alltagslebens sein Programm. Ungeachtet der Ablehnung der Einheit durch die reformistische Confédération du Travail hat die französische Arbeiterbewegung einen Schritt vorwärts gemacht. Die Einheitsfrage ist in die Massen gedrungen. Die Arbeiter diskutieren sie in den Betrieben, und je weiter sie Eingang unter die Massen findet, desto mehr Sympathien gewinnen die konsequenten und entschiedenen Anhänger der Einheit — die Kommunisten und die Confédération du Travail Unitaire.

III. Von Bebel zu Gompers

Während die Reaktionäre des französischen Syndikalismus ihre Politik der Zusammenarbeit der Klassen hinter revolutionären Phrasen versteckten, hielten die deutschen Amsterdamer selbst ein derartiges Feigenblatt für überflüssig. Man kann getrost sagen, daß der Breslauer Kongreß von allen auf deutschem Boden stattgefundenen Kongressen der reaktionärste war. Beinahe sieben Jahre ist es her, daß die Macht während der deutschen Revolution in den Händen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften lag. In diesen knapp sieben Jahren haben die deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbureaucraten mit so viel Erfolg manövriert, daß die deutsche Republik aufs Haar einer Monarchie gleicht und das deutsche Proletariat zum europäischen Kuli geworden ist. Ich entsinne mich einer Unterredung, die ich als Delegierter des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften 1920 mit Legien hatte. „Die Gewerkschaften könnten jeden Augenblick die Macht ergreifen,“ sagte Legien, „aber wir wollen sie nicht.“ Auf meine Frage, „weshalb“, erwiderte er, das Proletariat müsse alles, was in der gegenwärtigen Gesellschaft an Gesundem und Fortschrittlichem vorhanden sei, ausnützen. Das deutsche Proletariat sei noch nicht imstande, die Wirtschaft des Landes selbst zu lenken. „Deshalb ergreifen wir die Macht nicht, sondern zwingen den Staat, der Arbeiterklasse zu dienen.“ Binnen wenigen Jahren hat diese Taktik glänzende Resultate gezeitigt. Wozu haben alle diese Verhandlungen über die Sozialisierung, die in den ersten Jahren nach der Revolution die Seiten der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse füllten, geführt? Was ist aus der laut hinausposaunten Organisation der Wirtschaft geworden? Und was ist endlich aus dem Achtstundentag geworden, der eine endgültige Eroberung des deutschen Proletariats zu sein schien? Mit alledem hat es ein Ende, und geblieben ist die höchst prosaische Hindenburg-Wirklichkeit, der sich die deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbureaucraten glänzend angepaßt haben.

Der Kongreß ging unter der Losung der Realpolitik und des Verzichtes auf alle Utopien und sinnlosen Hoffnungen vorstatten. Mit einer Offenheit, für die wir nur dankbar sein können, erklärte einer der Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Hermann Müller: „Wir, die Gewerkschaften, haben stets die Verantwortung vor der Gesellschaft anerkannt. Dadurch haben wir ein Wehr gegen die bolschewistische Flut errichtet. Dadurch haben wir Deutschland vom Bolschewismus gerettet.“

Ob das deutsche Proletariat dadurch etwas gewonnen hat, das haben Hermann Müller und seine Kollegen dem Kongreß mitzuteilen vergessen. Überhaupt retten die deutschen Gewerkschaftsbureaucraten zusammen mit ihrer Partei die ganzen Jahre durch ihr Vaterland, nur stürzt ihre Rettung die schaffenden Massen Deutschlands und Deutschland selbst immer mehr in den Abgrund.

Wir wollen nur vier Beispiele aus der glänzenden, weisen und patriotischen Tätigkeit dieser treuen Untertanen ihres Kaisers und ihres Hindenburgs herausgreifen:

1. Die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften sind 1914 für den Krieg eingetreten. Dieser Politik zufolge hat sich der Krieg jahrelang hingezogen, was dem deutschen Volke Hunderttausende Tote und Millionen Krüppel gekostet hat. Selbst vom Standpunkt der nationalen Interessen aus gesehen wäre das Eintreten der deutschen Sozialdemokratie gegen den Krieg für ihr Vaterland vorteilhafter gewesen. Deutschland wäre dann von dem berüchtigten Versailler Vertrag verschont geblieben.

2. Während der Brester Verhandlungen unterstützten die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaftsbureaukraten ihren Kaiser. Hätten diese Arbeiterführer auch nur für zwei Pfennig politischen Instinkt besessen, dann hätten sie entschieden gegen den Brester Vertrag und für den Abschluß eines demokratischen Friedens eintreten müssen, was zum Zerfall der Entente-front geführt und deren Versailler Frieden unmöglich gemacht hätte.

3. Nach dem Versailler Frieden waren die deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbureaukraten die treuesten Gefolgsleute der Entente. Anstatt auf das internationale Proletariat zu hoffen und alles zu tun, um mit seiner Hilfe eine Abänderung des Versailler Vertrages und der mit ihm verbundenen Reparationslasten durchzusetzen, wurden sie die eifrigsten Parteigänger der Reparationen und des Dawesplanes, wodurch sie die Kampffront des internationalen Proletariats gegen die Versklavung der schaffenden Massen Deutschlands sprengten. So machten sie das Eintreten des englischen Proletariats gegen den Dawesplan nutzlos, indem die deutschen Gewerkschaften diesen Plan als der politischen Weisheit letzten Schluß sanktionierten.

4. In der Situation, in der sich Deutschland und das deutsche Proletariat befindet, sollte es sich für die Gewerkschaften von selbst verstehen, alles zu tun, um eine Einheitsfront mit der Arbeiterklasse der Sowjetunion und Englands herzustellen, weil nur das Proletariat dieser Länder imstande ist, im Verlaufe des weiteren Kampfes die Ketten, die der Versailler Vertrag und das Reparationssystem den Volksmassen Deutschlands auferlegen, zu sprengen. Anstatt aber eine Annäherung an die Gewerkschaften der beiden Länder anzustreben, läuft die ganze Politik der deutschen Gewerkschaftsbureaukratie darauf hinaus, die Wechselbeziehungen zwischen den deutschen Arbeitern und den Arbeitern Englands und der Sowjetunion zuzuspitzen. Es gibt keinen grimmigeren Feind der Gewerkschaftseinheit als die deutschen Gewerkschaftsbureaukraten. Dabei könnte vom Standpunkt der elementarsten Alltagsinteressen der deutschen Arbeiterklasse ein Abkommen zwischen den englischen, deutschen und Sowjetgewerkschaften immense Bedeutung gewinnen. Wenn die Leiter der deutschen Gewerkschaftsbewegung auch nur eine Spur Verständnis für diese so elementar einfachen Dinge hätten, müßten sie einen anderen Weg einschlagen. Dagegen sehen wir, wie die deutschen Gewerkschaften schroff und kategorisch gegen alle Versuche, eine Besprechung mit den Sowjetgewerkschaften über die Einheitsfrage zustandezubringen, auftreten. Mit Stolz tragen sie ihr patriotisches gelbes Banner. Wahrhaftig, es gibt keine größeren Feinde ihres Vaterlandes als die sogenannten Patrioten. Das läßt sich auch von den Sozialdemokraten sagen.

In Breslau hat man sehr viel von Realpolitik gesprochen, von Wirtschaftsdemokratie und unmittelbaren Errungenschaften, aber die deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbureaucraten haben bewiesen, daß alles Gerede von Realpolitik nichts Reales an sich hatte. Wir haben oben gesehen, wohin die „Realpolitik“ der deutschen Sozialdemokratie die Arbeiterklasse Deutschlands gebracht hat. Nur noch ein Beispiel wollen wir anführen. Deutschland ist gegenwärtig bekanntlich eine Republik. Aber der Exkaiser Wilhelm fordert vom deutschen Staat „sein“ gesamtes Eigentum (Schlösser, Landbesitz, Kostbarkeiten usw.) zurück. Nachdem sich die Prozesse einige Jahre hingezogen hatten, sprach der Oberste Gerichtshof der deutschen Republik Wilhelm II. alles ihm „Gehörige“ berufsungslos zu. Und wie hoch wird dieses Vermögen geschätzt? Auf 800 Millionen Goldmark, die der Exkaiser für seine Verdienste und sein Land erhalten soll. Das sind die Resultate der Realpolitik der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Gewerkschaftsführer zur Rettung Deutschlands vom Bolschewismus. Die Gewerkschaftsbureaucraten konnten sich allerdings nicht ausschließlich auf die Realpolitik beschränken. Sie mußten wenigstens etwas über die Zukunft, über das „Ideale“ sagen. Zu diesem Zweck stand auf der Tagesordnung des Kongresses die Frage der Wirtschaftsdemokratie, wobei freilich im Grunde niemand sagte, um was es sich hier eigentlich handle.

Die Frage der Wirtschaftsdemokratie wurde vom Kongreß aufgeworfen, um den enttäuschten Arbeitermassen ein Ideal zu geben, wie sich Tarnow, einer der reaktionärsten Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung, ausdrückte. Was ist nun aber Wirtschaftsdemokratie? Der kurze Sinn der zu diesem Punkte angenommenen Resolutionen ist, daß der Kongreß die Einsetzung von Wirtschaftsräten mit paritätischer Vertretung der Unternehmer und Arbeiter (mit Orts-, Bezirks- und zentraler Organisation) fordert oder, richtiger gesagt, erhofft. Davon träumen freilich die deutschen Gewerkschaftskongresse schon lange, ohne daß bisher etwas dabei herausgekommen wäre.

Bereits auf dem deutschen Gewerkschaftskongreß in Nürnberg 1919 wurde versucht, den Begriff der berühmten Wirtschaftsdemokratie wenigstens zu definieren. Damals handelte es sich um eine paritätische Beteiligung der Arbeiter am Wirtschaftsleben des Landes unter völliger Beibehaltung des gesamten kapitalistischen Systems, mit Banken, Trusts usw. Das hätte zum System der sogen. aktiven, d. h. der Klassen-Mitarbeit geführt. Diese Realpolitiker befaßten sich, wie die weitere Entwicklung der Dinge in Deutschland bewiesen hat, mit reichlich utopischen Plänen. In den Kreisen, wo vom Sozialismus nichts als der Name geblieben ist, deklamiert man mit Vorliebe von industrieller Gleichberechtigung, von Wirtschaftsdemokratie usw. Auch in Belgien, Frankreich, England und anderen Ländern fehlt es nicht an dergleichen Deklamatoren. Aber aus all diesen Deklamationen ist aus dem einfachen Grunde nichts herausgekommen, weil das Problem der Leitung der Produktion nicht auf gesetzgeberischem und parlamentarischem Wege oder durch eine gutwillige Übereinkunft der Parteien gelöst wird, sondern ausschließlich durch den Kampf, durch den erbitterten Bürgerkrieg, wobei erst der Sieg über die Bourgeoisie dem Proletariat die Möglichkeit verschafft, die Produktion zu leiten. Erst dann kann man von Wirtschaftsdemokratie sprechen.

Der Breslauer Kongreß, auf dem sich die Mehrheit der reaktionären Bonzen versammelt hatte, konnte natürlich nicht umhin, sich mit der Einheitsfrage zu befassen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat während des ganzen letzten Jahres auf dem äußersten rechten Flügel der Amsterdamer Internationale gestanden. Der Kongreß hieß diese Linie gut, und die reaktionäre Bürokratie konnte Breslau gestärkt verlassen. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß der ADGB der ideologische Führer des ganzen rechten Flügels der Amsterdamer Internationale ist. Gestützt auf die Millionenzahl ihrer Mitglieder hat die deutsche Gewerkschaftsbürokratie die ganze Zeit her einen Druck auf Amsterdam ausgeübt, um die antikommunistische Linie festzuhalten. Das Problem der Einheit in seiner ganzen Kompliziertheit wurde in Breslau nicht einmal aufgerollt. Es blieb bei einigen schablonenmäßigen Erklärungen Leiparts, daß Amsterdam die Einheit stets gewollt habe und noch wolle, und daß es die Profintern und die russischen Gewerkschaften gewesen seien, die die Einheit abgelehnt hätten, daß die Kommunisten an der Spaltung schuld seien usw. Dieses Lied haben wir bereits auf dem französischen Kongreß gehört, und so bot es nichts sonderlich Interessantes. Charakteristisch ist, daß diese selbstzufriedenen und beschränkten Bürokraten noch kein einziges Mal auch nur über die Frage nachgedacht haben, wie sich die Gewerkschaftsbewegung aller Erdteile vereinigen, wie sich eine wirkliche, alles umfassende Internationale schaffen ließe. Das übersteigt ihr Verständnis und die Grenzen ihrer eng gewerkschaftlichen deutschen Interessen.

Das Niveau des Kongresses war so niedrig, daß niemand den Versuch machte, sich darüber klar zu werden, weshalb die Gewerkschaften ihren ehemaligen Einfluß eingebüßt haben. Dabei ist die verminderte Rolle der Gewerkschaften augenscheinlich: Noch vor einigen Jahren machte die deutsche Bourgeoisie dem ADGB den Hof und rechnete mit seinen Erklärungen und Forderungen, während jetzt — 1925 — die herrschenden Klassen es nicht einmal mehr für nötig halten, auch nur den Schein zu wahren. Die stumpfsinnigen Führer des ADGB haben heute noch nicht begriffen, daß die Bourgeoisie sie nur schätzte, soweit sie ihr als Prügel gegen den Bolschewismus dienten und es ihr ermöglichten, ihre alten Positionen wieder einzunehmen. Jetzt hat der Mohr seine Schuldigkeit getan; die Bourgeoisie hofft, auch ohne Unterstützung der Gewerkschaftsbürokraten mit dem Kommunismus fertig zu werden, und — der Einfluß der Gewerkschaften sinkt allenthalben. Niemandem fiel es ein, diese Erscheinung zu analysieren, wie auch keiner von den Bürokraten eine Erklärung dafür zu geben versuchte, weshalb das deutsche Proletariat alles verloren hat, was es in den ersten Jahren der Revolution erobert hatte, weshalb es zum europäischen Kuli geworden ist. Davon sprach man nicht, denn dabei hätte man sagen müssen, wie es steht, und das lag nicht im Interesse der Herren Leipart und Co.

Aber die Wirtschaft dieser Herrschaften hat — abgesehen von dem allgemeinen Sinken des Lebensniveaus des deutschen Proletariats — zum Verlust der elementarsten Eroberungen und zu einem katastrophalen Verfall der deutschen Gewerkschaften geführt. Von den acht Millionen Mitgliedern, die die Gewerkschaften noch 1922 besessen hatten, sind nur vier Millionen geblieben. Wohin sind die übrigen vier Millionen Arbeiter geraten? Sie

sind ausgeschieden, weil sie daran verzweifelten, durch die Gewerkschaften noch etwas zu erreichen. Ich will damit nicht sagen, daß die besten Elemente ausgeschieden seien. Nein, unter denen, die der Gewerkschaftsbewegung den Rücken gekehrt haben, befanden sich auch zahlreiche passive Elemente, andererseits aber waren darunter auch viele aktive Arbeiter, die es satt hatten, einer Organisation anzugehören, die ihren elementarsten Aufgaben nicht gerecht wird. Die Mehrzahl der aus den Gewerkschaften Ausgetretenen sind einfache Arbeiter, die nicht genug Geduld, Mut, Energie und Klassenbewußtsein besaßen, um für die Umwandlung der Gewerkschaften aus Organen der Reaktion in Organe der sozialen Revolution zu kämpfen. Dieser Austritt von Millionen von Arbeitern wurde dadurch begünstigt, daß Zehntausende Kommunisten die Reihen der Gewerkschaften verließen und damit der Sozialdemokratie freie Bahn machten. Auf dem Kongreß in Leipzig 1922 zählte die kommunistische Fraktion 88 Delegierte, auf diesem Kongreß nur zwei. Das bedeutet natürlich nicht, daß der **Einfluß** der Kommunistischen Partei dementsprechend gesunken sei, aber immerhin haben wir mit einem erheblichen Sinken unseres Einflusses zu rechnen. Die Hauptursache dafür ist darin zu suchen, daß die Partei die Arbeit in den Gewerkschaften bis in die letzte Zeit hinein nicht für ihre wichtigste Aufgabe angesehen hat, sondern sie als eine mehr nebensächliche Frage betrachtete und auch dementsprechend über ihre Kräfte und Mittel disponierte. Die zweite Ursache ist, daß es die Kommunistische Partei nicht verstanden hat, die Mauer zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern niederzureißen. Man hat in Deutschland viel über Bolschewisierung gesprochen, aber weiter ist es nicht gediehen. Bei den Diskussionen in der deutschen Kommunistischen Partei über das Sinken ihres Einflusses in den Gewerkschaften wird folgendes Argument vorgebracht: Da die Gewerkschaften selber an Einfluß verloren haben, hat auch der Einfluß der Kommunisten in ihnen nachgelassen. Dieser Einwand hält natürlich nicht der geringsten Kritik stand. Wären die Kommunisten in den Gewerkschaften geblieben, und hätten sie dabei mit voller Energie ihre Linie durchgeführt, dann hätte, auch bei einem Sinken der Mitgliederzahl auf die Hälfte, unser Einfluß auf den Rest erheblich anwachsen müssen. Das ist nicht geschehen, weil die deutsche Kommunistische Partei nicht die Energie besessen hat, die vom 5. Kongreß der Komintern und vom 3. Kongreß der Profintern vorgezeichnete Linie planmäßig und systematisch durchzuführen. Das Exekutivkomitee der Komintern konnte eine derartige Situation nicht mehr länger mit ansehen. Und das ist der Grund für ihr offenes Auftreten in dieser Frage und für den Hinweis auf die Fehler der deutschen Kommunistischen Partei in der Gewerkschaftstaktik.

Bei der geringen Opposition fühlten sich die Breslauer Gewerkschaftsböden absolut ungehindert, was dem ganzen Kongreß ein blasses und ideenloses Bild verlieh. Alle großen Fragen der Politik und Wirtschaft standen nicht auf der Tagesordnung des Kongresses. Die „Realpolitiker“ hatten den lebendigen Geist in den Gewerkschaften ertötet und den Kongreß zu einem Totentanz auf dem Friedhof des Reformismus gemacht, der auf zehn Kilometer nach Leichen riecht.

Aber es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß dieser Friedhofscharakter des Breslauer Kongresses den verlorenen Einfluß der deutschen Reformisten auf

die Massen bezeugte. Nein, es gibt noch Millionen deutscher Arbeiter, die unter ihrem Einfluß stehen, und damit müssen wir rechnen. Obgleich die deutsche Sozialdemokratie im letzten Jahre an Mitgliedern verloren hat, besitzt sie nichtsdestoweniger noch 844 000 Mitglieder, die bei einer guten Organisation Wunder verrichten können.

Sowohl vom innerpolitischen als auch vom internationalen Standpunkt aus stellt der Kongreß des ADGB einen bedeutsamen Schritt rückwärts dar. Der Kongreß hat es abgelehnt, eine Delegation in die Sowjetunion zu schicken, dafür hat er aber beschlossen, eine Delegation in die Vereinigten Staaten zu entsenden, deren Gewerkschaftsbewegung nunmehr das Ideal der deutschen Gewerkschaftsbureaukratie geworden ist. Die deutschen Gewerkschaften, die die ganze Zeit über auf dem äußersten rechten Flügel gestanden hatten, haben ihre Position durch die Beschlüsse des Kongresses gefestigt, und es ist damit zu rechnen, daß sie unsere Einheitstaktik mit voller Entschlossenheit bekämpfen werden, weil diese Herrschaften durch die Einheit nur verlieren können. So hat sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung rückwärts entwickelt und ist von Bebel zu Gompers gekommen.

IV. Scarborough, der Ruck nach links

Der Kongreß der englischen Trade Unions in Scarborough stellt einen neuen Schritt der gesamten englischen Arbeiterbewegung nach links dar. Der Kongreß war sowohl von den Freunden als auch den Feinden der Arbeiterbewegung mit großer Spannung erwartet worden. Der rechte Flügel der Amsterdamer Internationale hatte große Hoffnungen auf ihn gesetzt. Unter den Amsterdamer war die Auffassung stark verbreitet, die Politik des Generalrates der Trade Unions während des letzten Jahres sei eine rein zufällige gewesen. Die angesehensten Führer hätten in der Regierung Mac Donalds gesessen, und ihren Platz hätten junge, unerfahrene Leute eingenommen, die denn auch die neue Linie anbefahlen. Es bedürfe nur des Kongresses, um die alte traditionelle Ordnung wiederherzustellen.

Damit trösteten sich die Reformisten aller Länder, die von diesem Kongreß das An-die-Macht-Kommen würdiger Anhänger des Klassenfriedens, wie Thomas, Clynes usw. erwarteten. Der internationale Reformismus hoffte auf eine Rückwärtsbewegung, und die rechten Elemente in der englischen Gewerkschaftsbewegung leisteten in den letzten Monaten eine fiebrige organisatorische Arbeit. Für jene, die, wie Thomas, des öfteren erklärt hatten, sie wüßten nicht, welcher Klasse sie angehörten, und sie seien gegen den verfluchten Klassenkampf, — für jene Herrschaften hat der Ruck nach links etwas wunderbares und irrationales an sich. Da die im Gange befindliche Radikalisierung ihre ganze Politik der Zusammenarbeit der Klassen gefährdet, machten sie sich mit aller Energie an die Organisierung des rechten Flügels, an die ideologische Bearbeitung aller mit der Politik des Generalrates unzufriedenen Elemente usw. Der Kongreß in Scarborough sollte diese alten Prätexten wieder an die Macht bringen, worauf der neue englische Generalrat natürlich alles früher Beschlossene rückgängig gemacht hätte und ein würdiges Mitglied der Amsterdamer Internationale geworden wäre. Der Kongreß aber zeitigte trotz der Hoffnungen

des rechten Flügels ganz andere Resultate. Das erklärt sich in erster Linie aus der Verschlechterung der englischen Wirtschaftslage im letzten Jahr und aus der sehr energischen Arbeit der Minderheitsbewegung, die sich ideologisch der Profintern nähert.

Die am Vorabend des Kongresses in Scarborough stattgefundene Konferenz der Minderheit, an der über 600 Delegierte, die gegen 750 000 Mitglieder vertraten, teilnahmen, faßte über alle wichtigen, die englische Gewerkschaftsbewegung interessierenden Fragen Beschlüsse. Die Konferenz redete, ohne sich um die Traditionen zu kümmern, eine laute Sprache und nannte die Dinge beim richtigen Namen, was in der gesamten bürgerlichen Presse einen Sturm des Unwillens hervorrief. Die Zeitungen schrieben von Kommunismus und nationaler Würdelosigkeit, wo doch noch vor wenigen Jahren hervorragende Politiker versichert hatten, auf englischem Boden sei eine Entwicklung des Kommunismus unmöglich.

Der Kongreß in Scarborough konnte nicht umhin, mit jenen Beschlüssen zu rechnen, die die englischen Arbeiter mit der größten Sympathie begrüßt hatten. Die Konferenz der Minderheit war die notwendige Überleitung zum Kongreß der Trade Unions; denn sie hatte unzweideutig das Denken und Hoffen des fortgeschrittensten Teiles der englischen Gewerkschaftsbewegung formuliert. Der äußerste linke Flügel erschien somit ideologisch und politisch gerüstet auf dem Kongreß.

Der rechte Flügel kam ebenfalls organisiert zum Kongreß. Worin bestand aber die Aufgabe des rechten Flügels? Die englischen Trade Unions soweit als möglich rückwärts zu ziehen, die Annahme von für die Bourgeoisie gefährlichen Beschlüssen zu verhindern und alles zu tun, um angenommene Beschlüsse zu einem einfachen Fetzen Papier zu machen, insofern sie sich gegen die Zusammenarbeit der Klassen richten sollten. Die Taktik des rechten Flügels, den Kongreß rückwärts zu ziehen, zeitigte immerhin gewisse Resultate. Jedesmal, sobald sich auch nur die geringste Möglichkeit bot, versuchte der reaktionäre Flügel, den Kongreß zu bremsen.

In vier wichtigen Fragen erlitt der rechte Flügel eine Niederlage. Auf dem Kongreß machte sich eine schroffe Umstellung in der empfindlichsten Frage der Arbeiterbewegung, der Kolonialfrage, geltend. Bekanntlich war das englische Proletariat während einer sehr langen Periode nicht nur faktisch, sondern auch ideologisch an der Ausbeutung der Kolonien mitbeteiligt. Für den durchschnittlichen englischen Gewerkschaftsführer bedeutet das Vorhandensein der Kolonien eine absolut selbstverständliche Sache, und auf den Kongressen der englischen Gewerkschaften sowohl als auch der Arbeiterpartei ging man von dem Bestehen des britischen Imperiums und der Versklavung der Kolonien als von einer feststehenden Tatsache aus. Die Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung weiß von keinem einzigen Beschluß, der auf die Unabhängigkeit der Kolonialländer hinausgegangen wäre. Die englische Arbeiterbewegung mußte den Krieg, den Versailler Frieden, den Dawesplan, die permanente Arbeitslosigkeit und den beginnenden Zerfall des britischen Imperiums erlebt haben, um das Recht auf Selbständigkeit für die unterdrückten Kolonialländer anzuerkennen. Der Führer des reaktionären rechten Flügels der englischen Gewerkschaftsbewegung, Thomas, wagte es auf diesem Kongreß nicht, seine Kolonialphilosophie zu entwickeln. Er scheute sich, das, was er als Kolonialminister

gesprochen hatte, von der Tribüne des Arbeiterkongresses aus vorzubringen. Es ist nicht ein und dasselbe, als Minister ein Interview zu geben, auf bürgerlichen Banketten mit Lobhymnen auf das großbritannische Reich aufzutreten und der englischen Bourgeoisie die Erhaltung ihres Raubes zu versprechen — und einem Arbeiterkongreß die Vorzüge der Unterdrückung von Hunderten von Millionen Kolonialsklaven für die schaffenden Massen des Mutterlandes zu beweisen.

Der in Scarborough gefaßte Beschluß über die Unterstützung der Kolonialvölker in ihrem Kampf bis zur Loslösung vom Imperium bedeutet einen Wendepunkt in der englischen Arbeiterbewegung. Er bedeutet daß beträchtliche Massen des englischen Proletariats zu begreifen beginnen, daß sich die Freiheit von Arbeitermetropolen nicht auf der Versklavung schaffender Kolonien begründen läßt. Vergleicht man den Beschluß dieses Kongresses mit den Beschlüssen der Amsterdamer Internationale über diese Frage, dann begreift man, wie weit die englische Gewerkschaftsbewegung von der offiziellen Amsterdamer Linie nach links abgeschwenkt ist.

Die zweite wichtige Frage, in der der Kongreß die Amsterdamer Führer enttäuschte, war die Einheitsfrage. Wie bereits oben gesagt, hatte man unter den Amsterdamer Führern große Hoffnungen gehegt, das es in Scarborough gelingen werde, die Entscheidung des Huller Kongresses abzuändern, und namentlich die Vereinbarung des Generalrates mit dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften über die Schaffung eines englisch-russischen Einheitskomitees unter den Tisch fallen zu lassen. Der Kongreß brachte auch hier eine grausame Enttäuschung der rechten Amsterdamer. Er bestätigte nicht nur die getroffene Vereinbarung zwischen den englischen und den Sowjetgewerkschaften, er nahm sogar eine Entschließung an, die zweifellos im Vergleich zu Hull einen Schritt vorwärts darstellt.

Vor einem Jahr hatte die Mehrzahl der englischen Gewerkschaftsführer die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung nur in Amsterdam für möglich gehalten. Es herrscht unter ihnen die Meinung vor, die russischen Gewerkschaften müßten in die Amsterdamer Internationale eintreten, womit die Einheitsfrage entschieden wäre. Aber in dem Maße, wie sie in dieses höchst komplizierte Problem eindringen, wie sie mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung, der erwachenden Arbeiterbewegung im Osten und der Arbeit der Profintern vertraut wurden, überzeugten sie sich immer mehr davon, daß sich im Rahmen von Amsterdam die Einheit nicht schaffen lasse, und daß die Losung des Eintritts der russischen Gewerkschaften in die Amsterdamer Internationale das Problem in keiner Weise löse. Das ist der Grund für die Entscheidung in Scarborough.

In diesem Beschluß wird von der Notwendigkeit, eine „allumfassende internationale Gewerkschaftsföderation“ zu schaffen, gesprochen, aber nichts von Amsterdam verlautbart. Ein Vertreter des rechten Flügels stellte dem Kongreß die Frage, wie dieser Beschluß aufzufassen sei, ob er nicht die Notwendigkeit einer Vereinbarung zwischen Amsterdam und der Profintern in sich schließe? Worauf er zur Antwort erhielt: Der Generalrat habe den Sinn dieses Beschlusses bereits dargelegt. Die Befürchtungen des Fragestellers waren also nur allzu begründet. In der Tat, was bedeutet die „Schaffung einer allumfassenden internationalen Gewerkschaftsföderation?“ Läßt sich das ohne einen internationalen Vereinigungskongreß erreichen? Offen-

bar nein. Und die Redner auf dem Kongreß legten bei der Erläuterung der Resolution dar, daß es sich um die Einberufung eines Kongresses handle, auf dem sowohl die der Amsterdamer Internationale und der Profintern angeschlossenen als auch die außerhalb der beiden Internationalen stehenden Verbände vertreten sein müßten. Wir zweifeln nicht daran, daß der Generalrat, wenn er den angenommenen Beschluß zu konkretisieren beginnt, gezwungen ist, eben diesen Weg einzuschlagen, — denn anders läßt sich eine „allumfassende internationale Gewerkschaftsföderation“ nicht zustandebringen.

Noch in einer anderen Frage nahm der Kongreß in Scarborough eine Kampfstellung ein, und zwar in der Betriebsrätefrage. Bekanntlich hat die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie die größte Scheu vor den Betriebsräten, weil sie keine unmittelbare Organisation der Massen will. Organisierte Fabriken und Betriebe lassen sich ungleich schwerer behandeln als einzelne Delegierte. Das ist der Grund, weshalb der rechte Flügel der Amsterdamer Internationale entschieden und kategorisch gegen die Betriebsräte, die er als eine kommunistische Losung ausgibt, auftritt. Der Kongreß in Scarborough hat sich für die Organisation von Betriebsräten ausgesprochen. Und das bedeutet einen gewaltigen Fortschritt in der Schaffung einer wirklichen revolutionären und gefestigten Gewerkschaftsbewegung. Dieser Beschluß hat unter den reaktionären Führern die größte Bestürzung hervorgerufen. Sie am allerwenigsten wollen mit Betriebsräten zu tun haben. Sie kennen die revolutionäre Natur der Betriebsräte und ihre Rolle bei einer verschärften sozialen Krise. Sie tun natürlich alles in ihren Kräften Stehende, um sich dem angenommenen Beschluß zu widersetzen und ihn, wenn nicht im gesamtbritischen Maßstab, so doch in ihren Industrien illusorisch zu machen. Ob es dem rechten Flügel gelingen wird, den Beschluß zu sabotieren? Der Stimmung der einfachen Gewerkschaftsmitglieder nach zu urteilen, werden die rechten Führer auf einen hartnäckigen Widerstand von unten her stoßen. Hat doch bereits die Delegation der Eisenbahner Thomas auf dem Kongreß in Scarborough gezwungen, nicht gegen die Betriebsräte aufzutreten. Thomas war zum Schweigen verurteilt, wollte er sich nicht endgültig von seinem eigenen Verband trennen.

Endlich ist auch die ablehnende Haltung des Kongresses dem Dawesplan gegenüber hervorzuheben. Der Dawesplan ist bekanntlich ein Sprößling Macdonalds, eben jenes Macdonalds, der durch die englischen Trade Unions zur Macht gekommen war. Macdonald war es gewesen, der den Dawesplan mit den Interessen der englischen Arbeiterklasse motiviert hatte, und nun erklärte der erste nach der Verwirklichung des Dawesplanes stattfindende Arbeiterkongreß seine schroffe Ablehnung jenes Elaborats. Dieser Beschluß ist von der größten politischen Tragweite. Vor allem betont er mit ausnehmender Klarheit die Widersprüche zwischen den Interessen der englischen Arbeiterklasse und der Politik der sogen. Arbeiterregierung. Eine stärkere Ohrfeige konnte Macdonald nicht erhalten. In der Resolution wird allerdings sein Name nicht erwähnt, aber jedermann weiß, worum es sich handelt. Es ist kein Zufall, daß Macdonald bei seinem Erscheinen auf dem Kongreß nicht so empfangen wurde, wie er es sonst gewohnt war. Sonst, wenn Macdonald auf Gewerkschaftskongressen erschien, wurde er zum Sprechen aufgefordert. Diesmal begrüßte ihn nur ein Teil des Kongresses

mit Beifall, während die Mehrheit des Kongresses mürrisch schwieg. Eine Aufforderung zu sprechen erhielt er nicht, und er fuhr in nicht eben rosiger Laune wieder ab. Die Entscheidung gegen den Dawesplan ist als ein sehr ernsthafter Riß innerhalb der Arbeiterpartei aufzufassen, der seinen Ausgang von den Trade Unions nimmt.

Abgesehen von seiner Bedeutung für England selbst, wird dieser Beschluß auch noch von der größten internationalen Tragweite sein. Bekanntlich haben die Amsterdamer Internationale und die II. Internationale sowohl die Reparationen als auch den Dawesplan sanktioniert. Das Exekutivkomitee der Amsterdamer Internationale ist offiziell für den Dawesplan als den „einzigen Ausweg“ eingetreten. Jetzt tritt eine der stärksten Organisationen der Amsterdamer Internationale gegen diesen Plan auf, was die Gegensätze innerhalb der II. Internationale noch weiter auseinanderklaffen läßt. Die französischen und belgischen Reformisten, die in der Amsterdamer Internationale die Entente-Linie verkörpern, spüren den Schlag in erster Linie. Der Führerclique der Amsterdamer Internationale fällt es immer schwerer, sich mit der Haltung der englischen Gewerkschaftsbewegung abzufinden. Treten doch die deutschen Gewerkschafter auf Leben und Tod für den Dawesplan ein, und nun sprechen sich mit einem Mal die Engländer gegen ihre deutschen Kollegen aus, gegen die Versklavung des deutschen Proletariats durch den Dawesplan. Somit unterstützen die Deutschen die Versklavung des deutschen Proletariats, während die Engländer gegen sie protestieren. Eine peinlichere Situation läßt sich für die Deutschen kaum denken. Die letzteren lassen sich jedoch dadurch nicht stören, sondern setzen sich weiter auf die Hinterbeine. Die Beziehungen zwischen den englischen und deutschen Gewerkschaften spitzen sich dadurch immer mehr zu, obgleich sie schon jetzt sehr gespannt sind, wofür das kürzliche Auftreten des Führers der englischen Kohlenarbeiter, Cook, in Berlin und Essen Zeugnis ablegt. Cook sagte den deutschen Arbeitern offen, was die Engländer über den Dawesplan, die Mitarbeit der Klassen, die Haltung des ADGB und des deutschen Bergarbeiterverbandes usw. denken. Das offizielle Organ des deutschen Bergarbeiterverbandes, die „Bergarbeiter-Zeitung“, schrieb, „die unverschämte Rede Cooks war ein Sammelsurium von Plattheiten, Dummheiten und Frechheiten. Es ist zu hoffen, daß Cook, der seine gewerkschaftliche Stellung auf die erbärmlichste Weise (!) mißbraucht hat, wenn er erklärte, im Namen des englischen Bergarbeiterverbandes zu sprechen — zum letzten Male deutschen Boden betreten hat.* Wenn man bedenkt, daß sich diese Liebenswürdigkeiten an die Adresse eines Kollegen aus der Amsterdamer und der Bergarbeiter-Internationale richten, so wird man den Grad der gegenseitigen Erbitterung ermessen können.

Wenn der Kongreß in diesen vier Grundfragen einen Fortschritt bedeutet, so kam er doch in einer Reihe anderer Fragen infolge der Traditionen und des Konservatismus, die in den führenden Kreisen der englischen Gewerkschaftsbewegung noch recht stark sind, nicht von der Stelle. Besonders zeigte sich dies in der Frage der Produktivverbände, der Vollmachten des Generalrates, der Einstellung zu dem eben vor sich gehenden Seeleutestrik usw.

* Aus dem Russischen zurückübersetzt. D. U.

Wir haben es hier mit einer außerordentlich interessanten Erscheinung zu tun: die englische Gewerkschaftsbewegung radikalisiert sich immer mehr, wobei jedoch ihre Ideologie mit ihrer Praxis nicht Schritt hält. In der Praxis steht die englische Gewerkschaftsbewegung bereits auf dem Standpunkt des Klassenkampfes, in der Theorie hat diese Schwenkung noch nicht die erforderliche Begründung erfahren, und sie kristallisierte sich auch auf dem Kongreß noch nicht in entsprechenden Resolutionen und Beschlüssen. In England zeigen sich gegenwärtig die Klassengegensätze in ihrer ganzen nackten Brutalität. Die Arbeiterklasse spürt, wie ihr die bürgerliche Gesellschaft geschlossen und bis an die Zähne bewaffnet gegenübersteht. Infolge des Rückganges der Märkte und des Bestrebens der Bourgeoisie, das Lebensniveau der Arbeiterklasse um jeden Preis herabzudrücken, spitzen sich die inneren Gegensätze immer mehr zu und zwingen die zersplitterte englische Gewerkschaftsbewegung, sich zusammenzuschließen, um dem angreifenden Feind Widerstand leisten zu können. Diese Notwendigkeit, alle Kräfte zusammenzuballen, macht sich in den Massen noch viel stärker geltend als in den Führerkreisen. So hoffen die Spitzen der Gewerkschaftsbewegung — namentlich der rechte Flügel —, noch immer, es werde ihnen durch Verhandlungen und Zureden gelingen, einen ernstlichen Kampf zu vermeiden, während die Massen und die instinktsichereren Führer den heran nahenden sozialen Zusammenstoß spüren und daher bestrebt sind, eine feste Einheitsfront zu schaffen.

Die Versuche der Bergarbeiter, aus Metall-, Transport-, Eisenbahn- und Bergarbeitern einen Vierverband zu schaffen, zeitigten trotz des formalen Einverständnisses der Exekutivkomitees aller dieser Organisationen keine positiven Ergebnisse. Das Abkommen besteht nur auf dem Papier, im wesentlichen haben es die Thomas und Co., die sich eine Aktion nur vorstellen können, wenn die Interessen ihrer eigenen Verbände auf dem Spiel stehen, bereits gesprengt. Für die Herren Thomas ist das auch begreiflich. Sie sind selbst dann gegen eine Aktion, wenn die Interessen der Arbeiterkategorien, an deren Spitze sie stehen, in Mitleidenschaft gezogen sind, weshalb sollen sie da für die Arbeiter anderer Industriezweige eintreten.

Der Kongreß in Scarborough ist über das faktisch bereits Bestehende nicht hinausgekommen, da eine Reihe großer Verbände kategorisch gegen die neue durch den verschärften Klassenkampf hervorgerufene Taktik waren. Besonders erschreckte sie die vorgeschlagene Erweiterung der Vollmachten des Generalrates, weil diese unter den vorliegenden Bedingungen die Zentralisierung der Führung in dem herannahenden Kampfe bedeutet hätte. Bei vielen Gewerkschaftern stehen eben die Interessen ihrer Verbände über den Klasseninteressen, und verstohlen denken sie: Vielleicht verschont der heraufziehende Sturm meinen Verband.

Trotzdem bedeutet der Kongreß in Scarborough einen markanten Punkt in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung. Obgleich sich auf ihm Reste des Alten geltend machten, fand auf ihm doch auch jene Bewegung in den breiten Massen des englischen Proletariats ihren Widerhall. Er spiegelte die dumpfe Unzufriedenheit, die Gärung und die Unsicherheit der Massen wider und ihr Suchen nach neuen Methoden und Formen des Kampfes. Die Sachlage brachte freilich die Unklarheit mancher Formulierungen mit sich. Das Leben wird für die erforderlichen Korrekturen

sorgen, und der praktische Kampf wird ergänzen, was der Kongreß nicht vollenden konnte. Um die Entwicklungswege der englischen Arbeiterbewegung zu begreifen, muß man sich in erster Linie dem realen Kampf des englischen Proletariats zuwenden und erst dann den Resolutionen seiner Kongresse. Die Lage in England ist mehr als klar: Der Ruck nach links setzt sich unaufhaltsam weiter fort. . . .

V. Zwischen Moskau und Amsterdam

Wir haben gesehen, daß die englische Gewerkschaftsbewegung einen Schritt vorwärts, die deutsche zwei Schritte zurück und die französische infolge des Kräftegleichgewichts zwischen den unitairen und den reformistischen Gewerkschaften — soweit es sich um die Einheit handelte — wenigstens einen halben Schritt vorwärts gemacht hat.

Als Charakteristikum für die Stimmung, die gegenwärtig in der internationalen Gewerkschaftsbewegung herrscht, ist auch der Kongreß der norwegischen Gewerkschaften, der Ende August dieses Jahres stattgefunden hat, von Interesse. Die norwegische Gewerkschaftsbewegung ist — wie die gesamte skandinavische — außerordentlich merkwürdig. Sie ist von der Kriegs- und Nachkriegskrise verschont geblieben und konnte sich während der letzten Jahre normal entwickeln. Die norwegische Gewerkschaftsbewegung stand als erste in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale auf dem linken Flügel und nahm an der Gründung der Profintern teil. Die norwegischen Gewerkschaften haben ständig die Verbindung mit der Profintern aufrechterhalten, obgleich sie der Amsterdamer Internationale angehörten. 1923 beschloß der norwegische Gewerkschaftsbund aus der Amsterdamer Internationale auszutreten, blieb aber auf halbem Wege stehen und verschob die Frage des Anschlusses an die Profintern auf unbestimmte Zeit, und so verblieben die norwegischen Gewerkschaften bis zum heutigen Zeitpunkt zwischen Moskau und Amsterdam. Auf der skandinavischen Konferenz in Kopenhagen 1924 wurde der Versuch gemacht, den Norwegischen Gewerkschaftsbund in die Amsterdamer Internationale wieder hereinzuziehen, was jedoch an dem entschiedenen Widerstand der norwegischen Gewerkschaftsmitglieder scheiterte.

Obwohl das Kräfteverhältnis in der norwegischen Gewerkschaftsbewegung nicht zu unseren Gunsten neigt — die Kommunisten sind in der Minderheit —, hat doch der norwegische Gewerkschaftskongreß, trotz der unausgesetzten Versuche des rechten Flügels, die Gewerkschaften für Amsterdam zu gewinnen, einen Entschluß gefaßt, der ernste Aufmerksamkeit verdient.

Der Kongreß beschloß, das englisch-russische Komitee und seine sämtlichen auf die Vereinigung hinielenden Schritte aufs entschiedenste zu unterstützen und mit ihm in organisatorische Verbindung zu treten. Der Kongreß sprach sich für einen internationalen Vereinigungskongreß, für die Schaffung einer allumfassenden internationalen Gewerkschaftsföderation aus und beschloß, vor der Gründung einer geeigneten Internationale weder in die Amsterdamer noch in die Profintern einzutreten.

Diese Haltung des norwegischen Gewerkschaftskongresses ist sehr charakteristisch, weil sie die Stimmung einer recht beträchtlichen Anzahl

gewerkschaftlicher Organisationen widerspiegelt. Eine Reihe von Verbänden ist gegenwärtig weder Amsterdam noch Moskau angeschlossen, nimmt eine abwartende Stellung ein und weigert sich, in der Hoffnung, dadurch die Schaffung einer einheitlichen Internationale durchzusetzen, sich einer der beiden Internationalen anzuschließen. In dem Maße, wie der Kampf um die Einheit wächst und sich immer neue Arbeiterschichten für die Schaffung einer einheitlichen Internationale aussprechen, wird sich der Einfluß der Organisationen, die eine abwartende Stellung einnehmen, steigern. Dabei muß man im Auge behalten, daß diese Einstellung häufig von dem Bestreben hervorgerufen wird, die nationale Einheit nicht zu zerstören, und daß ferner häufig unsere eigenen Anhänger den Rat geben, nicht der Profintern beizutreten, falls dies eine Spaltung hervorrufen könnte, vielmehr die Vereinigung der Profintern und Amsterdams zu einer einigen Internationale durchzusetzen.

Wie verhalten wir uns dieser Einstellung gegenüber? Wir sind der Ansicht, daß der norwegische Gewerkschaftskongreß, der bis zuletzt eine unbestimmte Stellung eingenommen hatte, durch seinen Beschluß einen Schritt vorwärts zur Herstellung der Einheit getan hat. Das englisch-russische Komitee kann nicht umhin, den Organisationen, die außerhalb der beiden Internationalen stehen und ihm ihre Unterstützung und Hilfe anbieten, Aufmerksamkeit zu schenken. Es muß mit ihnen in enge Verbindung treten, und in dem Maße, wie sich diese Verbindung zwischen dem englisch-russischen Komitee und sämtlichen mit der Vereinigung sympathisierenden Organisationen enger gestaltet, wird der Einheitsgedanke gegen den Willen des rechten Flügels der Amsterdamer Internationale Fortschritte machen.

VI. Schlußfolgerungen

Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus diesem kurzen Überblick über die stattgefundenen Kongresse ziehen? Vor allem drängt sich der Vergleich zwischen dem englischen und dem deutschen Kongreß auf. Der deutsche Kongreß verkörperte die Theorie und Praxis der Amsterdamer Internationale in ihrer reinsten Form. Der englische Kongreß gab die alten Positionen Amsterdams auf und wurde dadurch zur Opposition in der Amsterdamer Internationale.

Die Eigenart der Situation liegt darin, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig der wichtigste Stützpunkt Amsterdams ist, während die traditionsreiche englische Gewerkschaftsbewegung mit ihren eigenen Traditionen wie mit dem Konservatismus und der reaktionären Politik Amsterdams bricht.

Die englische Gewerkschaftsbewegung geht nicht nur infolge der objektiven Bedingungen, sondern auch infolge der planmäßigen systematischen Arbeit der englischen Kommunistischen Partei und der Minderheitsbewegung nach links. In England ist der Einfluß der Kommunistischen Partei und der revolutionären Minderheit in der englischen Gewerkschaftsbewegung im steten Wachsen begriffen. Die kommunistischen Elemente fassen in der Gewerkschaftsbewegung immer stärker Fuß, wodurch der Ruck nach links immer klarere Züge gewinnt.

In Deutschland sehen wir eine andere Erscheinung. Dort ist der Einfluß der Kommunistischen Partei in den letzten anderthalb Jahren erheblich gesunken. Die Kommunistische Partei entwickelte sich in der Gewerkschaftsbewegung rückwärts. Der Einfluß, den sie 1923 besaß, wurde zunichte. Der letzte Kongreß in Breslau war eine Apotheose der reaktionären Bonzen, während die Opposition beinahe überhaupt fehlte. Wir haben somit zwei Typen, zwei Methoden der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit vor uns. Beim Vergleich dieser beiden Methoden gibt uns das Beispiel Englands eine anschauliche Vorstellung davon, wie die Arbeit im Geiste der Beschlüsse der Komintern zu führen ist.

Die englischen und deutschen Gewerkschaften — deren zahlenmäßige Stärke zurzeit ungefähr gleich ist, stellen ungefähr 75 Prozent der gesamten Mitgliederzahl der Amsterdamer Internationale. Die deutschen Gewerkschaften spielen in der Internationale, genau wie vor dem Kriege, eine sehr wichtige Rolle, nur ist ihre Rolle eben eine andere geworden. Vor dem Kriege waren sie allen übrigen Gewerkschaften vorangeschritten, und die englischen Gewerkschaften folgten in weiter Entfernung nach. Nunmehr hat sich das Bild erheblich geändert. Den Nachtrab der europäischen Gewerkschaftsbewegung bilden die deutschen Gewerkschaften, während die Position der englischen Gewerkschaften die wütenden Angriffe all dessen, was in der internationalen Arbeiterbewegung reaktionär und konservativ ist, auf sich lenkt. Vergleicht man die Kongresse von Breslau und Scarborough sowie die gewerkschaftliche und sozialistische Presse Deutschlands und Englands, so sieht man, wie die englische Gewerkschaftsbewegung über den Rahmen des engen Ökonomismus hinausgeht, mit den konservativen Traditionen der Trade Unions bricht und sich allgemeine Klassenaufgaben stellt, während die deutsche sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung immer tiefer in den Sumpf der Zusammenarbeit der Klassen hineingerät und die alten abgelegten Kleider der Trade Unions anlegt. Während die Engländer die Betriebsrätefrage lösen, nach neuen Formen und Methoden suchen, um die Kampffähigkeit der Gewerkschaften zu erhöhen, sich für die bevorstehenden Kämpfe organisieren und in der sozialistischen Presse die Frage diskutieren, ob sich die Arbeiter für den Kampf mit der Reaktion rüsten sollen, befassen sich die deutschen Gewerkschaften mit Arbeiterbanken, idealisieren die Baugilden, schwätzen über Wirtschaftsdemokratie, machen einen tiefen Bückling vor der Bourgeoisie und reden ihr eindringlich zu, eine Einheitsfront mit den Gewerkschaften zu bilden. Die englische Gewerkschaftsbewegung hat die Front nach der Sowjetunion ausgerichtet und macht aus ihrer schroff antikapitalistischen Einstellung kein Hehl, während die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich immer mehr in ihre antisowjetistischen und antikommunistischen Positionen vergräbt.

Wie hat sich nach Schluß dieser Kongresse die Lage Amsterdams gestaltet? Kann es auf die englischen Gewerkschaften zählen? Selbst der optimistischste Führer der Amsterdamer Internationale wird erklären müssen, daß das nicht der Fall ist. Der Konflikt zwischen den englischen Gewerkschaften und dem rechten Amsterdamer Flügel hat sich nach dem Kongreß von Scarborough erheblich verschärft. Ideologisch gehören die englischen Gewerkschaften bereits nicht mehr zu Amsterdam, dem sie gleichwohl noch organisatorisch angehören, was Oudegeest und die übrigen freilich nicht

hindert, die angeblich unerhörten Erfolge der Amsterdamer Internationale auszuposaunen. Scarborough bedeutet ideologisch eine Entfremdung von der Amsterdamer Internationale und eine ideologische Annäherung an die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, was für die internationale Arbeiterbewegung von größter Bedeutung ist.

Die Analyse der Arbeiten der abgeschlossenen Kongresse legt Zeugnis davon ab, wie die revolutionären Ideen soweit in die Amsterdamer Internationale eingedrungen sind, daß sie ganze nationale Organisationen „verseuchen“. Die Kongresse sind überhaupt eine glänzende Bestätigung für die Richtigkeit der Taktik der Komintern und der Profintern auf dem Gebiet der Gewerkschaftseinheit. Es gibt zurzeit keine populärere Idee und Losung als die der Einheit. Deshalb sind selbst die erbittertesten Feinde der Einheit gezwungen, nicht mit offenem Visier, sondern hinter allen möglichen Masken gegen uns zu kämpfen. Aber das darf uns nicht im geringsten verwirren. Die Einheitsfront ist aus dem Stadium der Agitation und Propaganda in das organisatorische Stadium übergegangen. Die Ratifizierung des englisch-russischen Einheitskomitees durch den Kongreß in Scarborough, der Beginn der Arbeit des Komitees deutet auf die praktische Verwirklichung der Einheitsfront hin. Die Tatsache einer Vereinbarung zwischen den englischen und den Sowjetgewerkschaften widerlegt alles, was man in der II. und in der Amsterdamer Internationale über die Einheitsfront und die Einheit gesagt und geschrieben hat. Die Einheitsfront wie die Einheit lassen sich verwirklichen, das ist die Schlußfolgerung, die Millionen von Arbeitern aus Scarborough ziehen werden. Bestünde hierüber auch nur der geringste Zweifel, dann würde ihn die Deklaration des Einheitskomitees zerstreuen. In der Tat, was hat das englisch-russische Komitee gesagt? Man lese die von ihm angenommene Entschliebung:

„Die wirtschaftliche Lage der Mehrzahl der Länder, die durch die Durchführung des Dawesplanes verschärft wurde, hat seit Anfang des laufenden Jahres eine weitere Verschlechterung erfahren. Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen sind zu einer internationalen Erscheinung geworden und im steten Wachsen begriffen. Die Offensive der Unternehmerklasse gegen den Arbeitstag und den Arbeitslohn wird immer offenkundiger und planmäßiger.

Parallel mit dem Anwachsen der wirtschaftlichen Reaktion verschärft sich auch die politische Reaktion gegen die Arbeiterklasse und ihre Interessen unaufhörlich. Die Macht gerät immer mehr in die Hände von reaktionären Kapitalistengruppen, die auch die staatliche Politik verschiedener europäischer Länder beeinflussen. Die Kriegsgefahr rückt immer näher und wird immer offensichtlicher.

Marokko, Syrien und China hallen vom Kriegslärm wider. In Marokko führt man Krieg gegen die Rifleute, in Syrien gegen die Araber. Die chinesischen Arbeiter und Bauern, die sich gegen ihre Unterdrückung und Ausbeutung erhoben haben, werden mit Waffengewalt niedergeworfen. Die Heuchelei der tönenden Friedensdeklarationen seitens der kapitalistischen Politiker wird dadurch für die Arbeiter der ganzen Welt immer offenkundiger.

Der Garantiepakt, der Deutschland verpflichtet, gegen Staaten, die sich dem Völkerbunde nicht unterzuordnen wünschen, Sanktionen (wirtschaftliche und militärische Strafmaßnahmen) in Anwendung zu bringen, bezweckt, Deutschland in ein Militärbündnis gegen Sowjetrußland einzubeziehen, indem er es zu einer ständigen Drohung und gleichzeitig zum Gendarmen eines jeglichen Angriffes gegen die Sowjetunion macht.

In Anbetracht von alledem ist die Schaffung einer allumfassenden Gewerkschaftsinternationale mehr denn je zur Notwendigkeit geworden. Der Widerhall und die aktiven Sympathien, die die Schaffung des englisch-russischen Einheitskomitees unter den Arbeitern aller Länder hervorgerufen hat, sind ein sicherer Beweis für die Richtigkeit der prinzipiellen Linie der englisch-russischen Konferenz und der von ihr an-

genommenen praktischen Vorschläge, gleichzeitig aber auch für den unausbleiblichen Erfolg der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit. Das Vereinigte Beratungskomitee ruft die Arbeiter aller Länder, ihre Organisationen und Führer auf, alle ihre Kräfte mit den Anstrengungen der englischen und Sowjetgewerkschaften zu vereinigen, um alle Hindernisse und Schwierigkeiten, die der nationalen und internationalen Einheit des Proletariats im Wege stehen, zu überwinden und dadurch zur möglichst raschen Schaffung einer einheitlichen Weltföderation, die die Gewerkschaften sämtlicher Länder umfaßt, beizutragen.“

Läßt sich dieser Beschluß anfechten, wenn man von den Interessen der Arbeiterklasse ausgeht? Kann man sagen, das Vereinigte Beratungskomitee habe die Farben zu dick aufgetragen und die Gefahr der wachsenden Reaktion überschätzt? Es wird sich wohl kaum auch nur ein einziger Arbeiter finden, der das behaupten wollte. Jeder ehrliche Arbeiter muß zugeben, daß nur in der Einheit die Rettung liegt. Der Kongreß in Scarborough und die Deklaration des englisch-russischen Komitees haben die Einheitsfrage für die Amsterdamer Internationale akut gestaltet. Jesuitische Formeln und Advokatenkniffe helfen jetzt nichts mehr. Es handelt sich nunmehr um die klare und exakte Antwort: für oder gegen Scarborough, für oder gegen das englisch-russische Komitee, für oder gegen die Einheit. Wir für unseren Teil antworten klar und unzweideutig: für Scarborough, für die Deklaration des englisch-russischen Komitees.

Die Einheitsfrage ist somit in ein neues Stadium getreten. Das heißt jedoch nicht, daß wir bereits unmittelbar vor der Lösung dieser komplizierten Frage stehen. Nein, jetzt nach der Ratifizierung des englisch-russischen Abkommens erfährt erst die gesamte internationale Arbeiterbewegung eine neue Befruchtung. In den reformistischen Verbänden wird nunmehr die Frage aufgeworfen: Mit den Deutschen oder mit den Engländern, d. h. für oder gegen die Einheit. Die deutschen Gewerkschaftsbureaucraten haben sich selber in diese Situation gebracht, als sie zum Mittelpunkt der ideologischen Reaktion in der internationalen Gewerkschaftsbewegung wurden. Sie haben es gewollt, und sie ernten nach Verdienst.

Moskau, 23. September 1925

S. STRUMILIN: ERFOLGT EINE SOZIALISIERUNG DER WIRTSCHAFT IN DER USSR?

Die Kontrollzahlen der Staatlichen Kommission für Planwirtschaft für das Jahr 1925/26, die Maßstab und Tempo unserer wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren kennzeichnen, enthalten überaus interessantes Material zur Frage des von uns erreichten Grades der Vergesellschaftlichung unserer Volkswirtschaft.

Allerdings müssen alle Berechnungen auf diesem Gebiete als sehr approximativ gelten; sie können, wie man bei uns zu sagen pflegt, nur als Orientierungszahlen dienen. Nichtsdestoweniger sind sie von der größten Bedeutung.

Was beweisen sie?

Auf Grund der vorerwähnten Berechnungen auf dem Gebiete der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und Produktionsprozesse sowie der Verteilungsprozesse in unserer Volkswirtschaft können folgende Errungenschaften vermerkt werden.

Zunächst verweilen wir bei der Verteilung der im Lande vorhandenen Produktionsmittel. Nach der sehr unvollständigen Erfassung durch die Statistische Zentralverwaltung, unter Berücksichtigung einiger von der Kommission für Planwirtschaft vorgenommenen Richtigstellungen und Ergänzungen, kamen sie per Oktober 1924 in den folgenden Zahlen zum Ausdruck:

Kapitalfonds der USSR per 1. Oktober 1924 (in Millionen Goldrubel).

Art der Fonds:	Staatliche	Genossen- schaftliche	Zusammen	Private	In-gesamt
1. Landwirtschaft:					
a) Arbeitsvieh u. a. m.	45	5	50	4 891	4 941
b) Inventar	13	2	15	1 571	1 586
Zusammen	58	7	65	6 462	6 527
2. Transport	6 050	—	6 050	—	6 050
3. Großindustrie	4 572	87	4 659	33	4 692
4. Kleinindustrie	14	86	100	544	644
5. Wohlfahrtsanlagen . . .	338	—	338	—	338
6. Wohnungsfonds	6 422	153	6 575	13 017	19 592
7. Handel	669	384	1 053	419	1 472
Insgesamt Pos. 1—7	18 123	717	18 840	20 475	39 315
In Prozenten . . .	46,1	1,8	47,9	52,1	100
Dass. ohne Wohnungsfonds	11 701	564	12 265	7 458	19 723
In Prozenten . . .	59,3	2,9	62,2	37,8	100

Art der Fonds:	Staatliche	Genossen- schaftliche	Zusammen	Private	Insgesamt
1. Dorf: Produktionsmittel					
in der Landwirtschaft . .	58	7	65	6 472	6 527
Kleinindustrie	—	—	—	430	430
Wohlfahrtsanlagen	38	—	38	—	38
Wohnungsfonds	258	28	286	9 720	10 006
Handel	66	142	208	209	417
Zusammen	420	177	597	16 821	17 418
Dass. ohne Wohnungsfonds	162	149	311	7 101	7 412
2. Stadt:					
Großindustrie	4 572	87	4 659	33	4 692
Kleinindustrie	14	86	100	114	214
Transportwesen	6 050	—	6 050	—	6 050
Wohnungsfonds	6 164	125	6 289	3 297	9 586
Wohlfahrtsanlagen	300	—	300	—	300
Handel	603	242	845	210	1 055
Zusammen	17 703	540	18 243	3 654	21 897
Dass. ohne Wohnungsfonds	11 539	415	11 954	357	12 311

Von den im Lande vorhandenen materiellen Produktionsmitteln, ausschließlich des Wohnungsfonds für Konsumzwecke, gehörten Anfang 1924/25 an Kapitalfonds nach den allerbescheidensten und bei weitem nicht vollständigen Berechnungen dem Staate 11,7 Milliarden Goldrubel, der Genossenschaft 0,5 Milliarden und den privaten, hauptsächlich Bauernwirtschaften 7,5 Milliarden. Somit sind auf dem Gebiete der Produktionsmittel über 62 Prozent ihrer Gesamtzahl vergesellschaftlicht. Hierbei sind unsere Kapitalfonds im Dorf vorläufig kaum bis zu 4 Prozent, in der Stadt dagegen, einschließlich der gesamten Großindustrie und des Eisenbahntransportes, bis zu 97 Prozent vergesellschaftlicht.

Speziell auf dem Gebiete der Industrie sind die Produktionsmittel bis zu 89 Prozent, hiervon in der Großindustrie bis zu 99 Prozent vergesellschaftlicht. Was die Gesamtproduktion der Groß- und Kleinindustrie anbelangt, so lassen die Kontrollzahlen die folgende Dynamik erkennen.

Bruttoproduktion der gesamten Industrie der USSR in Millionen Goldrubel*

	Staatliche	Genossen- schaftliche	Zusammen	Private		Insgesamt
				Absolut	in Proz.	
A. Großindustrie:						
1923/24	5 047	255	5 302	238	4,3	5 540
1924/25	—	—	7 249	271	3,6	7 520
1925/26	—	—	8 828	322	3,5	9 150
B. Kleinindustrie:						
1923/24	37	233	260	1 490	84,6	1 750
1924/25	—	—	301	1 699	84,4	2 000
1925/26	—	—	358	2 012	84,8	2 370

* Die Unterlagen für 1923/24 sind Berichtszahlen, die für 1924/25 Vorkalkulationen, die für 1925/26 Planvoranschläge.

	Staatliche	Genossenschaftliche	Zusammen	Private		Insgesamt
				Absolut	Proz.	
C. Gesamtindustrie:						
1923/24	5 084	478	5 562	1 728	23,7	7 290
1924/25	—	—	7 550	1 970	20,7	9 520
1925/26	—	—	9 186	2 334	20,3	11 520

Wie man sieht, verspricht die Produktion der vergesellschaftlichten Unternehmungen nicht nur einen gewaltigen absoluten Zuwachs — im Laufe von 2 Jahren um 65 Prozent — sondern steigert von Jahr zu Jahr merklich ihr spezifisches Gewicht in der Gesamtproduktion.

Die in Tabelle 2 enthaltenen Berechnungen sind sehr vorsichtig abgefaßt. Geht man von den bei uns vorhandenen Unterlagen der Patentstatistik über die Zahl der Unternehmungen des Handwerks, der Klein- und Heimindustrie aus, so sind die Aussichten für ihre Vergesellschaftlichung in den nächsten Jahren viel größer, als in den Planvoranschlägen der Kommission für Planwirtschaft vorgesehen ist.

Hier die Berichtsdaten über die Wahl der Patente durch Unternehmungen mit nicht mehr als 30 Arbeitern (Kategorie I—IV) für das erste und zweite Halbjahr 1923/24.

Grad der Vergesellschaftlichung des Handwerks und der Heimindustrie der USSR (ohne Transkaukasien) im Jahre 1923/24 auf Grund von Unterlagen der Patentstatistik

Wer betreibt die Werkstätten?	Zahl der Werkstätten				Zahl der beschäftigten Personen			
	1. Halbjahr		2. Halbjahr		1. Halbjahr		2. Halbjahr	
	In Tausenden	In Prozenten	In Tausenden	In Prozenten	In Tausenden	In Prozenten	In Tausenden	In Prozenten
1. Staat	4,3	1,5	4,0	1,5	47,8	4,6	42,0	4,5
2. Genossenschaft	7,3	2,5	9,0	3,4	51,4	4,9	62,4	6,7
Zusammen	11,6	4,0	13,0	4,9	99,2	9,5	104,4	11,2
3. Privatpers.	280,6	96,0	252,2	95,1	939,7	90,5	830,5	88,8
Insgesamt	292,2	100	265,2	100	1038,9	100	934,9	100

Hieraus ist zu ersehen, daß sogar in der Klein- und Heimindustrie, im Handwerk, nicht ein bleibendes Gewicht, sondern ein bestimmtes Anwachsen des spezifischen Gewichtes der genossenschaftlichen Unternehmungen zu beobachten ist. Gewiß, die Zahl der 1923/24 vergesellschaftlichten Betriebe dieser Art belief sich auf nur 4—5 Prozent; es handelt sich hier aber fraglos um die größten und gesündesten Unternehmungen, denn nach der Zahl der Arbeiter betrug der auf die vergesellschaftlichten Betriebe entfallende Anteil bereits 10—11 Prozent und hinsichtlich der Produktion gar 15—16 Prozent. Ausgehend von der Dynamik in den Halbjahren 1923/24, könnten wir auch weiterhin eine nicht minder bedeutende Steigerung des vergesellschaftlichten Anteils an der Produktion in den Jahren 1924/25 und 1925/26 erwarten. Die Kommission für Planwirtschaft hielt es jedoch im Hinblick auf die gewaltigen Steuervergünstigungen, die in dem ablaufenden Jahr 1924/25 den Heimarbeitern und Handwerkern gewährt wurden, für richtiger, aus Vorsicht die Berechnung, wie sie in Tabelle 2 aufgeführt ist, zugrunde zu legen.

Die beste Gewähr für weiteres Fortschreiten auf diesem Gebiete bietet der hohe Grad der Konzentration der Industrie in der Union.

Bekanntlich ist bei uns die staatliche Produktion in den größten und technisch am besten ausgerüsteten Unternehmungen konzentriert, während die privaten Unternehmungen im allgemeinen den Charakter von Handwerker- oder Heimarbeiterbetrieben haben. Besonders groß ist die in unserer Großindustrie und im Bergbau nach der Revolution erzielte Konzentration der Produktion. Den Direktiven unserer Organe für Planwirtschaft folgend, die Produktion in den größten und am besten ausgerüsteten Betrieben zu konzentrieren, haben unsere Wirtschaftler bis Anfang 1925, gemessen an den Normen der Vorkriegszeit, folgende Resultate erzielt.

Konzentration der Arbeiter in der Großindustrie der USSR und den USA

Umfang der Betriebe nach der Zahl der beschäftigte Arbeiter	Großindustrie und Bergbau in der USSR						Bearbeitungsindustrie in den USA (von 21 Arb. ab)			
	Zahl der Betriebe			Zahl der Arbeiter in Tausenden			Zahl der Betriebe		Zahl der Arbeiter in Tausenden	
In absolut. Zahlen:	1901	1911	1925	1901	1911	1925	1909	1919	1909	1919
I. Bis zu 50 Arbeiter	14 354	11 754	3723	287	270	92	23 544	25 879	764	829
II. 51—500 Arbeiter	5 667	5 553	2971	803	848	459	21 985	26 072	3047	3721
III. Über 500 Arbeiter	874	995	681	1180	1424	1214	1 763	2 770	1851	3603
Zusammen	20 895	18 302	7375	2270	2542	1764	47 292	54 721	5662	8153
In Prozenten:										
I. Bis zu 50 Arbeiter	68,7	64,2	50,5	12,7	10,6	5,2	49,8	46,8	13,5	10,1
II. 51—500 Arbeiter	27,1	30,3	40,3	35,3	33,4	26,0	46,5	48,1	53,8	45,6
III. Über 500 Arbeiter	4,2	5,5	9,2	52,0	56,0	68,8	3,7	5,1	32,7	44,3
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mittlere Arbeiterzahl je Betrieb	—	—	—	108,7	139	239	—	—	120	151

In der Vorkriegszeit waren in den größten Unternehmungen mit mehr als 500 Arbeitern bei uns konzentriert: 1901 52 Prozent, 1911 56 Prozent der Gesamtzahl der im gesamten Bergbau und der gesamten Großindustrie beschäftigten Arbeiter; am 1. Januar 1925 machte ihre Gesamtzahl bereits 68 Prozent aus.

Diese Konzentration erklärt natürlich in erster Linie jene kolossale Steigerung der Arbeitsleistung — in dem einen Jahre 1924/25 um 40 Prozent —, die in den Kontrollzahlen der Kommission für Planwirtschaft in Erscheinung tritt.

Welche Stärke der Grad der Konzentration unserer Sowjetindustrie erreicht hat, kann man auch daraus ersehen, daß selbst in den Vereinigten Staaten von Amerika, d. h. in dem Lande des weitest entwickelten Kapitalismus, die entsprechende Norm der Konzentration nach dem Zensus von 1919 für die gesamte Bearbeitungsindustrie in der obersten Gruppe (mit mehr als 500 Arbeitern) 44,3 Prozent der Gesamtzahl der in sämtlichen Unternehmungen mit 21 und mehr Arbeitern nicht überschreitet. Während der durchschnittliche Umfang eines amerikanischen Fabrikunternehmens kaum die Zahl von 151 Arbeitern pro Unternehmen erreicht, entfielen bei uns Anfang 1925 bereits 239 Arbeiter auf ein Unternehmen, d. h. das Aneht-halbfache.

Auf dem Gebiete des Handels betrug, allerdings nach einer sehr approximativen Berechnung, das vergesellschaftlichte Kapital per 1924/25 rund 70 Prozent des im Umlauf befindlichen gesamten Handelskapitals. Was das letztere anbelangt, so ist dessen Dynamik aus den folgenden Zahlen zu erkennen.

Periode	Staatlicher	Genossen- schaftlicher	Zusammen	Privat r		Insgesamt
				Absolut	in Proz.	
Vermittler- (Handels-) Umsatz von Warenwerten in der USSR in den Jahren 1923/24 bis 1925/26 (in Millionen Goldrubel)*						
1923/24:						
1. Halbjahr	1197	1039	2236	2265	50,3	4501
2. „	1745	1614	3359	1729	34,0	5088
Zusammen:	2942	2653	5595	3994	41,6	9589
In Prozenten:	30,7	27,7	58,4	41,6	—	100
1924/25:						
1. Halbjahr	2520	2184	4704	1809	27,8	6513
2. „	2955	2569	5524	1841	25,0	7365
Zusammen:	5475	4753	10228	3650	26,3	13878
In Prozent:	39,5	34,2	73,7	26,3	—	100
1925/26:	6342	5490	11832	3728	24,0	15560
In Prozenten:	40,7	35,3	76,0	24,0	—	100

Somit ist hier wie in der Produktion nicht nur ein ungeheures Anwachsen der absoluten Ausmaße des vergesellschaftlichten Umsatzes zu erkennen — in zwei Jahren um mehr als das Doppelte —, sondern auch eine sehr wesentliche Steigerung seines relativen Anteils am gesamten Warenumsatz im Lande, von der Hälfte auf drei Viertel seiner Größe.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß wir 1925/26 auf dem Gebiete der Vergesellschaftlichung des Warenumsatzes viel bedeutendere Erfolge zu verzeichnen haben werden. Die Genossenschaft selbst, vertreten durch ihren Zentralverband („Zentrossojus“), nimmt z. B. an, daß sie 1925/26 40—50 Prozent der Zuckerproduktion, bis zu 45 Prozent Metallwaren, bis zu 70 Prozent der gesamten Baumwollstoffproduktion und bis zu 80 Prozent der Salzproduktion im Kleinhandel umsetzen und im Resultat in dem einen Jahr ihren Detailumsatz von 2254 Millionen Rubel auf 3356 Millionen, d. h. um das Anderthalbfache steigern würde, während die Kommission für Planwirtschaft von der Voraussetzung ausgeht, daß der Gesamtumsatz der Genossenschaft (sowohl der Detail- als auch der Engros-Umsatz) in dem gleichen Jahre nur um 15 Prozent anwachsen wird. (S. „Ekonomitscheskaja Shisnj“ vom 9. September 1925, Nr. 205.) Mit Rücksicht auf die geplante Preissenkung gebietet die Vorsicht, von weniger optimistischen Berechnungen auszugehen. Jedenfalls können wir ohne irgendwelche Übertreibung damit rechnen, einen vergesellschaftlichten Umsatz von 75 Prozent zu erreichen.

* Nach Berechnungen der Kommission für Planwirtschaft, auf Grund der Steuerabrechnung des Volkskommissariats für Finanzen und der Bücherabrechnung der staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe. Die Unterlagen für die zweite Hälfte 1924/25 sind vorläufigen Berichten entnommen, die Zahlen für 1925/26 sind Voranschläge der Kontrollkommission für Planwirtschaft.

Um diesen Erfolg richtig bewerten zu können, sei daran erinnert, daß im letzten Jahre des Kriegskommunismus (1921), als der Handel bei uns völlig untersagt war, der private Handelsumsatz von ausschließlich landwirtschaftlichen Produkten nach den Unterlagen für den Haushaltungsplan im Bereiche der Sowjetrepublik (ohne den Kaukasus und Turkestan) mehr als 644 Millionen Vorkriegsrubel betrug; fügt man den Umsatz von 193 Millionen Rubel in Produkten der Heimarbeit und des Handwerks hinzu, so kommt man auf über 837 Millionen Rubel. Angenommen, daß die gesamte landwirtschaftliche Produktion, die auf dem Wege der Zwangsablieferung dem Handelsumsatz entzogen war, in Höhe von 704 Millionen Rubel und die gesamte in dem gleichen Jahre in Umlauf gesetzte Produktion der verstaatlichten Industrie in Höhe von 366,8 Millionen Rubel ausschließlich durch den Staat zur Verteilung gelangten, unter Umgehung von Handelsvermittlern — das war natürlich nicht der Fall —, so wird sich der Anteil der staatlichen Verteilung auf höchstens 56 Prozent, der Anteil des privaten Handelsumsatzes auf mindestens 44 Prozent des gesamten Umsatzes der Warenwerte im Lande belaufen. (S. das Sammelwerk: „Auf neuen Wegen“, Lieferung III, S. 191—194.) Wenn somit die neue Wirtschaftspolitik in der ersten Zeit diesen letzteren Prozentsatz auch gesteigert hat durch Legalisierung des privaten Handels, so ist diese formelle Abweichung von unserem Wege zum Kollektivismus wirtschaftlich bereits überwunden. Bereits in der zweiten Hälfte 1924/25 bildete der vergesellschaftlichte Warenumsatz bei uns 66 Prozent oder zwei Drittel des gesamten Vermittlerumsatzes, d. h. er überstieg die Norm von 1920. In dem kommenden Wirtschaftsjahr 1925/26 rechnen wir bestimmt damit, drei Viertel des vergesellschaftlichten Umsatzes zu überschreiten. Das alles ohne Aufgeben der neuen Wirtschaftspolitik und sogar unter den Verhältnissen einer gewissen Zunahme des Privathandels in den absoluten Ausmaßen seines Umsatzes.

Fügt man noch hinzu, daß auf dem Gebiete des Dampftransportwesens und des Bankkredits sämtliche Verkehrsmittel und alle Kreditmittel für den Geldumlauf bei uns schon jetzt in dem vollen Umfange von 100 Prozent vergesellschaftlicht sind, so bleibt nur übrig, die allgemeine Aufgabe dahin zusammenzufassen: die eroberten Stellungen entschlossen verteidigen und jedes Jahr konsequent vordringen, sei es auch nur um einen Schritt dem Sozialismus näher, überall dort, wo dies die uns günstige Wirtschaftskonjunktur gestattet.

EGIDIO GENARI: DIE POLITISCHE LAGE IN ITALIEN UND DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI

Nach Überwindung der im Juni vorigen Jahres durch die Ermordung Matteottis eingetretenen Krise, die sehr ernst war und den Sturz des Faschismus herbeizuführen schien, hat sich dieser jetzt scheinbar erholt und gefestigt.

Seit dem 3. Januar ist der Faschismus von der Verteidigungstaktik, die er mehrere Monate lang befolgte, zum offenen Angriff übergegangen, der seinen Ausdruck in der erstarkten Polizeireaktion findet. Auch auf dem Gebiet der Gesetzgebung erfinden die Faschisten neue Unterdrückungsmethoden, z. B. das Vereinsgesetz, Pressegesetz, Angestelltengesetz u. a. m.

Dementsprechend macht sich im Lager der verfassungstreuen und der sozialdemokratischen Opposition Rückzugsstimmung und Ratlosigkeit bemerkbar. Es sind alle unzweifelhaften Merkmale einer Niederlage vorhanden: vollständige Passivität und Aufforderungen zur Schließung eines gleichwie gearteten Waffenstillstandes. Die Opposition sucht ein Kompromiß, sie ist im voraus mit allem einverstanden und will selber keine Bedingungen stellen, was die Schwäche und die Mängel der Opposition beweist.

Schon seit langem hüllen sich Giolitti und Salandra in Schweigen und verhalten sich äußerst vorsichtig und zurückhaltend, während Orlando das Lager der Opposition schmähsch verläßt, und Bonomi auf der Suche ist nach einer Kombination zwischen Faschismus und Antifaschismus. Innerhalb der „Aventin-Opposition“ selber stellt sich die Lage folgendermaßen dar: Der Popolari-Mann Donati wird auf Wunsch des Vatikans — des großen Beschützers des Faschismus — ins Ausland geschickt, womit man den Zusammenbruch der „moralischen Kampagne“ offen zugibt. Don Sturzo redet über Versöhnung der Streitenden, über „Gottesfrieden“ und predigt einen „Kreuzzug der Liebe“. Die Sozialdemokraten D'Aragona und Baldesi weisen in ihrem Interview nochmals auf sich als eventuelle Vermittler bei dem Kompromiß hin, das die Arbeitermassen der Arbeitskonföderation dem Faschismus geschlossen ausliefern soll. Bei den Maximalisten macht sich neben einer neuen Faschistenfreundlichkeit Bovios eine steigende Wut gegen die Kommunisten bemerkbar. Auch die konterrevolutionäre Tätigkeit des „Avanti“ verstärkt sich.

Aus alledem ergibt sich die Frage: Hat der Faschismus seine Krise endgültig überwunden, hat er sich in seinen früheren verlorenen Positionen von neuem befestigt oder gar neue erobert?

Die sozialen Grundlagen des Faschismus

Um ein Urteil darüber zu fällen, wie es mit der Sicherheit und Stabilität der Faschistenherrschaft in Italien steht, muß man zunächst untersuchen, auf welche sozialen Bedingungen sie sich stützt und ob Verschiebungen — Befestigungen oder Zerstörungen ihrer Grundlagen — möglich sind.

Seine erste Periode des „Arditismus“ (d. h. der Bildung kleiner, zum Teil aus ehemaligen Soldaten bestehenden „Stoßtrupps“, die von Mussolini organisiert und von den Industriekreisen finanziert wurden) hat der Faschismus hinter sich. Doch hat er den Charakter und die Funktion einer bewaffneten Organisation der Bourgeoisie bewahrt, deren Zweck die Bekämpfung der proletarischen Revolutionsdrohung ist.

Als Massenpartei stützt sich der Faschismus auf die militaristisch gesinnten Kreise, auf die städtische Intelligenz und das Kleinbürgertum. Auf dem Lande basiert der Faschismus auf den großen und mittleren Grundbesitzern und ihrem Gefolge von Verpächtern, Zwischenhändlern und Kaufleuten. Die aktive Masse der Faschistenpartei besteht also überwiegend aus Agrariern und Kleinbürgern. Die Militärkreise (Generäle, höhere Offiziere und ehemalige Frontoffiziere) versahen die Faschistenorganisation mit Waffen und erfahrenen Leuten; das städtische Kleinbürgertum stellte die politischen Leiter, darunter auch den „Duce“ (Mussolini) und bildete den leitenden und organisierenden Kern des Faschismus, und die großen und kleinen Grundbesitzer Nord- und Mittelitaliens und ihre Anhänger und Knechte bilden den aggressivsten und radikalsten — in reaktionärer Bedeutung dieses Wortes — Teil der faschistischen Masse.

Das ist aber alles, worauf sich der Faschismus stützte und jetzt noch stützt. Sogar seine eigenen Führer geben dies zu.

Untersucht man die Struktur der landwirtschaftlichen Produktion und die Zusammensetzung der Landbevölkerung, so wird einem die Erstarkung des Faschismus in den nichtindustriellen Gebieten Nord- und Zentralitaliens und seine Mißerfolge in den landwirtschaftlichen Gegenden Süditaliens klar. In Toscana, Umbrien und Mittelitalien überwiegt die Kategorie der Halbpächter und Pächter. Bis zum Kriege waren sie für die sozialistische Propaganda vollkommen unzugänglich. Später organisierten sich diese Massen zum Kampf und schlossen sich dem Proletariat an. Das erklärt sich durch ihre Kriegsgegnerschaft. Aber sie besaßen weder Erfahrung noch genügend revolutionären Geist, um erfolgreich gegen die Eroberung der Macht durch den Faschismus zu kämpfen, auf die dieser mit überlegener politischer Taktik und allen Mitteln einer militärischen Organisation ausging.

Außerdem sahen sich anfangs die Halbpächter und die Pächter durch ihren Interessengegensatz gegenüber den Landarbeitern veranlaßt, den Faschismus nicht zu stören, während sie ihn nachher sogar als gutes Mittel zum Schutz ihrer Klasseninteressen benutzten.

In den landwirtschaftlichen Bezirken Norditaliens, besonders im Po-Tal (Emilia, Polesina usw.), hatte das landwirtschaftliche Proletariat schon vor Jahrzehnten die ersten Versuche gemacht, rote Organisationen zu schaffen und für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zu kämpfen. In der ersten Nachkriegsperiode gehörte in diesen Bezirken die Mehrzahl der Bevölkerung zu den Sozialisten.

Bei den Kommunalwahlen 1921 erhielten in einigen Provinzen, z. B. in Rovigo, die Sozialisten die gesamten Mandate. Und auch in vielen anderen Provinzen bekamen sie eine erdrückende Mehrheit.

In diesen Provinzen gehörte die Mehrzahl der Organisierten dem Landarbeiterverband an.

Doch bereits zu einer Zeit, wo diese politische Orientierung unter den Bauernmassen noch vorhanden war, begann in einigen landwirtschaftlichen Bezirken eine Veränderung in der sozialen Zusammensetzung dieser Massen sich bemerkbar zu machen. Die Veränderung war eine unmittelbare Folge der Einmischung Italiens in den europäischen Konflikt, einer Einmischung, der sich die gesamte Arbeiter- und Bauernmasse sowie ein Teil der Bourgeoisie widersetzte. Die Veränderung in der sozialen Zusammensetzung der Bauernmassen hatte schon vor dem Kriege begonnen, nahm aber in der Nachkriegszeit ungeheure Dimensionen an.

Während früher der größte Teil der werktätigen Bauernbevölkerung aus Tagelöhnern bestand, d. h. aus Leuten, die landwirtschaftliche Lohnarbeit verrichten, begann in der letzten Zeit die Klasse der Halbpächter und Pächter hervorzutreten. Gegenwärtig erreicht diese Kategorie in einigen Provinzen 85 Prozent der Gesamtbevölkerung. Da diese Klasse die Tendenz zeigt, Grund und Boden zu erwerben, geriet sie in Konflikt mit den Interessen der Tagelöhner. Dieser Konflikt erzeugte den ländlichen Faschismus, der sich gegen die roten Organisationen richtete, da diese sich im Namen der allgemeinen Sozialisierung (gemäß der Formel der Reformisten im Landarbeiterverband) dem Bodenerwerb durch die Pächter und Halbpächter widersetzen. Diese letzteren haben in unseren Verhältnissen das frühere Klassenbewußtsein, das sie während ihrer Lohnarbeiterzeit besessen hatten, verloren.

In diesen Gegenden hat der Faschismus einen günstigen Boden gefunden.

In Süditalien dagegen besteht die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung überwiegend aus Lohnarbeitern, die dicht zusammengedrängt in Städten wohnen. Trotzdem sie politisch rückständig sind und kein Klassenbewußtsein besitzen, konnte sich der Faschismus unter ihnen nicht festsetzen, wie er es auch unter den Arbeitern großer Industriebezirke nicht konnte.

Die Krise des Faschismus im Juni 1924

Anläßlich der Ermordung Matteottis, die in der Bevölkerung moralische Entrüstung über die faschistische Barbarei hervorrief, trat im Juli 1924 eine Krise ein.

Auf den ersten Blick konnte es scheinen, als sei die Krise plötzlich ausgebrochen. In der Tat aber war sie seit langem herangereift und bedeutete eine Verschiebung in dem Verhältnis des Kleinbürgertums und insbesondere der Intellektuellen, Angestellten, Handwerker usw. zum Faschismus.

Obwohl das politische Leben der Bourgeoisie in Italien, das zwar einige große Zentren besitzt, aber doch im kapitalistischen Sinne sehr rückständig ist, seine Richtung hauptsächlich von Vertretern und Gruppen der kleinen und mittleren Bourgeoisie erhält, erzeugte diese Verschiebung der Anschauungen soviel Lärm, daß die Grundlagen der faschistischen Ordnung selbst ins Schwanken gerieten und die politische Lage in Italien bedeutende Veränderungen erfuhr.

Sogar die Militärkreise änderten ein wenig ihre Stellung zum Faschismus. Einige Generale und hohe Offiziere wurden zu Gegnern des Faschismus, da sie sich in ihrer Eigenliebe dadurch tief gekränkt fühlten, daß faschistische Parvenus vom Schlage Balbos zu Generalen der Miliz ernannt und dem Rang

und Gehalt nach den Generalen und hohen Offizieren gleichgestellt wurden. Auch unter der ärmeren Bauernschaft machte sich eine gewisse Enttäuschung und Unzufriedenheit bemerkbar, was hervorgerufen wurde durch die Weinsteuern und durch andere agrarpolitische Maßnahmen der faschistischen Regierung.

Kein Wunder, daß die Unzufriedenheit des Kleinbürgertums noch größer war. In der Periode zwischen 1901 und 1910 hatte das italienische Kleinbürgertum begonnen, Ärzte, Lehrer, Professoren, Angestellte von Regierungs- und öffentlichen Institutionen zu organisieren. Diese Organisationen wurden von Demokraten und Sozialisten geleitet. Um eine Besserung seiner Lage zu erreichen, versuchte das Kleinbürgertum sich auf die damals entstehenden Arbeiterorganisationen zu stützen. In der Kriegs- und Nachkriegszeit aber begannen sie sich reaktionär und antiproletarisch zu orientieren, was durch die damals durchgeführte Kampagne gefördert wurde, die den Zweck hatte, die Unruhen der Arbeiter und ihre erhöhten Löhne für die ökonomische und finanzielle Krise in Italien verantwortlich zu machen.

Durch den Kurssturz der Lira und die ungeheure, ständig zunehmende Teuerung geriet das Kleinbürgertum mit seinen elenden, kaum über die Sätze der Vorkriegszeit hinausgehenden Gehältern in die furchtbarste Lage. Mit Neid betrachtete es die Errungenschaften der Arbeiterklasse und hielt diese für die Hauptschuldige an seinem eigenen Unglück. Massenweise traten kleinbürgerliche Elemente verschiedenen antiproletarischen Organisationen bei. Anfangs waren es die verschiedenen Verbände zur Bekämpfung des Bolschewismus und später die faschistischen Kampforganisationen.

An die Macht gelangt, erfüllten aber die Faschisten, die vorher für ein demokratisches Programm agitiert hatten, durchaus nicht die Erwartungen des Kleinbürgertums. Nur einige wenige Kleinbürger, die an der Spitze der Partei oder der faschistischen Gewerkschaften standen, konnten sich ein gutes Leben sichern; die Politik der Faschisten war eine Politik der großen Grundbesitzer und der großen Industrie. Nachdem die Arbeiterunruhen aufgehört, wurde der Arbeitslohn stark gesenkt. Die Arbeiterklasse wurde unterdrückt und gedemütigt. Die Lira aber entwertete sich weiter, und die Teuerung nahm noch stärker zu als früher. Das Gehalt der kleinbürgerlichen Schichten hatte sich im Vergleich zu dem Vorkriegsstand fast überhaupt nicht erhöht (für einige Kategorien waren die Gehälter die alten geblieben und für manche sogar gesunken).

Die festen Mietsätze wurden aufgehoben. Die Angestellten wurden massenweise abgebaut. Die Arbeitsbedingungen wurden bedeutend härter. All das verschlechterte sehr stark das Leben des Kleinbürgertums und bewog es, vom Faschismus abzurücken, obwohl die Angst vor dem Terror sie noch eine Zeitlang zwang, das faschistische Parteibuch beizubehalten. Das Kleinbürgertum verlor seinen Glauben an den Faschismus. Verschiedene Anzeichen hatten schon früher darauf hingedeutet; doch nach der Ermordung Matteottis begann dieses Mißtrauen sich besonders stark zu zeigen. Die kleinbürgerlichen Parteien, so z. B. die Demokraten der Amendolagruppe, die „Democratici-Sociali“, die „Popolari“, die Republikaner, die Sozialdemokraten und die führenden Gruppen der Assoziation ehemaliger Frontkämpfer, wurden die Träger dieser Loslösungsbewegung des Kleinbürgertums und der ärmeren Bauern vom Faschismus. Diese Verschiebung in den Anschauungen

des Kleinbürgertums kam insbesondere bei den Sozialdemokraten zum Ausdruck, die dank ihren Führern schon längst die proletarische Basis gegen die kleinbürgerliche vertauscht hatten. Der Faschismus verlor eine seiner Stützen, geriet ins Schwanken und war seinem Ende nahe.

Die Gründe für den Mißerfolg der Aventin-Opposition

Die Lage, die infolge des Bruchs der Kleinbourgeoisie mit dem Faschismus im Juni 1924 entstanden war, wurde durch das Auftreten des dritten Faktors charakterisiert — des Proletariats.

Trotz des faschistischen Terrors, trotz des Druckes, den sowohl die faschistische Miliz als auch die Staatsorgane und die Industriellen ausübten, war das Proletariat, obwohl in der brutalsten Weise niedergedrückt und seiner Organisationen und seiner besten Elemente, die in den Gefängnissen schmachteten oder in der Verbannung lebten, nahezu völlig beraubt, dennoch vom Faschismus nicht besiegt. Das beweist der Bankrott der faschistischen Gewerkschaften bei den Wahlen der „Fabrikkomitees“. Diese Wahlen gaben die Möglichkeit, den Puls der Industriearbeiter abzutasten. Gleichzeitig mit der Schwächung des Faschismus begann das Proletariat den Glauben an seine Kräfte wiederzugewinnen und in der Gestalt seiner Avantgarde sich zur Wiederaufnahme des Kampfes vorzubereiten. Die Erholung des Proletariats wurde besonders bemerkbar bei den politischen Wahlen am 6. April vorigen Jahres. Als nach der Junikrise die politische Lage sich scharf zuspitzte, war das Proletariat bereit, die Arbeit in den Betrieben einzustellen und Protestdemonstrationen gegen die Ermordung Matteottis zu veranstalten. Unter den Arbeitern herrschte eine fast völlige Einmütigkeit; sie alle warteten auf einen Befehl der Arbeitskonföderation und der Parteien, die, wenn auch nur dem Namen und den äußeren Merkmalen nach, proletarisch waren. Ein direktes Eingreifen des Proletariats in den Kampf zwischen Faschismus und Antifaschismus wäre zweifellos von entscheidender Bedeutung gewesen. Aber die bürgerlichen antifaschistischen Parteien schreckten vor dem Auftreten breiter Arbeitermassen und den Folgen, die dieses Auftreten hätte haben können, zurück; sie entsetzten sich bei dem Gedanken, daß mit dem Sturz des Faschismus die revolutionäre Bewegung, die bis jetzt durch Verrat und Gewalt niedergehalten war, wiederaufleben könnte. Sie wollten, daß die Arbeitermassen dem Kampf vollkommen fernbleiben. Die bürgerlichen Parteien führten eine bloße moralische Protestkampagne. Sie beschränkten sich auf die Bemühungen, die Militärs, die Adligen, die Großindustriellen und Agrarier davon zu überzeugen, daß der Faschismus eine Gefahr für die Bourgeoisie zu werden beginne, daß er keinen Schutz mehr biete, daß man ihn durch eine Militärregierung ersetzen müsse, die zwar reaktionär und antiproletarisch, aber doch aus Angehörigen anderer als der augenblicklich regierenden Parteien zu bestehen habe. Die Parole der „Normalisierung“ bedeutete die Ersetzung des Terrors der faschistischen Bänden durch eine legale Militärherrschaft, die das Proletariat von neuem knebeln und eine neue zuverlässige Sicherheitsorganisation für das Kapital schaffen sollte. Die Führer der halbproletarischen Parteien, der unitarischen Sozialisten und der Maximalisten, billigten ein solches Programm, schlossen sich dem Oppo-

sitionsausschuß und den bürgerlichen antifaschistischen Parteien an und machten sich so zu Spießgesellen dieser antiproletarischen Politik. Um die Arbeiterklasse vom offenen Auftreten zurückzuhalten, nutzten sie den Einfluß aus, den sie als Parteien und durch die Arbeitskonföderation auf die Arbeiter noch hatten. Waren sie sich bewußt, daß sie dadurch die proletarischen Klassen nochmals verrieten? Oder hofften sie vielleicht, daß die Großbourgeoisie, falls sie keine Revolution zu fürchten braucht, sich beruhigen und den Weg freigeben werde, und daß das Kleinbürgertum eine revolutionäre Kraft aufbringen werde, stark genug, den Faschismus zu stürzen? Wie dem auch sei, sie achteten darauf, daß der Kampf zwischen Faschismus und Antifaschismus nicht über den Rahmen hinausging, der von den verschiedenen Amendolas und ähnlichen bürgerlichen Strategen der Aventin-Opposition vorgeschrieben wurde. Das Ergebnis davon war nicht nur ein neuer Verrat am Proletariat, sondern auch der Zusammenbruch der Aventin-Opposition und die Rettung des Faschismus. Diese Leute haben sich wieder einmal als linker Flügel der Bourgeoisie gezeigt, für die der Faschismus nur der rechte, etwas reaktionärere Flügel ist.

Die gegenwärtige Politik des Faschismus

Nach Überwindung der kritischen Periode und nach der vollständigen Niederlage und Kapitulation der Aventin-Opposition versucht die faschistische Regierung durch Revision ihrer Politik ihre Lage noch mehr zu sichern. Auf dem Gebiet der Finanzen tut sie genau das Gegenteil von dem, was sie bisher getan hat. Der neue Minister Volpi bedient sich der Hilfe des ausländischen Kapitals und der „Banca Commerciale“, gegen die in Italien seinerzeit heftig gekämpft wurde; man beschuldigte die Bank, sie fördere das Eindringen ausländischen Kapitals und die Versklavung Italiens. Überhaupt wird jetzt die Erlangung der Hilfe des Auslandskapitals praktiziert, besonders des amerikanischen, wodurch die Dawesierung Italiens vorbereitet wird, die Italien in eine Finanzkolonie verwandeln wird. Dazu drängt die Gefahr eines Finanzbankrotts. Der Lira droht die Gefahr, in den Abgrund gestürzt zu werden, in dem sich in den vergangenen Jahren die deutsche Mark befand. Der Faschismus fühlt, daß die Grundeigentümer die einzige zuverlässige Stütze sind. Der Faschismus kann die Ergebenheit des „Provinzfaschismus“ nicht genug loben und stellt ihn dem unzuverlässigen und unehrlichen Faschismus der Großstädte und insbesondere Roms gegenüber. Unter Provinzfaschismus versteht er den Dorffaschismus des Po-Tales und der Provinz Toscana. Sogar Mussolini selbst gibt zu, daß der Faschismus immer mehr und mehr ein „Dorfphänomen“ wird. Darum wird die Politik des Faschismus immer mehr und mehr den Interessen der Gutsbesitzerklasse angepaßt. Die Weinsteuer ist schon abgeschafft und auf die Weinverbraucher abgewälzt. Die Steuer wird dadurch vom Land auf die Stadt übertragen. Die noch während des Krieges abgeschafften Getreidezölle sind wieder eingeführt, was eine Prämie für die Gutsbesitzer bedeutet. Die dadurch hervorgerufene bedeutende Verteuerung von Mehl und Brot fällt voll und ganz den Arbeitern und dem städtischen Kleinbürgertum zur Last. In Süditalien gibt der Faschismus nach links und rechts Versprechungen ab, zu helfen, Re-

schäftigung für die Arbeitslosen zu schaffen. Er bemüht sich eifrig um ein Kompromiß mit der alten Clique des Südens und versucht die starke Abneigung gegen den Faschismus, die in Süditalien fast allgemein ist, zu mildern. Gegenüber dem städtischen Kleinbürgertum wird eine drohende Politik betrieben, um es zum Schweigen zu bringen. Von der Art ist z. B. das neue Angestelltengesetz und der Abbau nichtfaschistischer Angestellter. Gegenüber den Arbeitern schwanken die Faschisten. Einerseits fordern sie in demagogischer Weise durch die faschistischen Gewerkschaften die Arbeiter zu Streiks auf, andererseits erstreben sie die Verstärkung des Polizeidrucks auf die Arbeiter und würden die Arbeiterorganisationen und Betriebsausschüsse mit Vergnügen ausrotten. Aber auch die neue Politik der Faschisten ist nicht ohne Fehlschläge. Sie wird mit einer Sorgfalt betrieben, die einem eigen ist, wenn man sich nicht genügend sicher fühlt. Der Umstand, daß die Großgrundbesitzer fast die einzige Stütze der Faschisten sind, bestimmt die Arbeiter, ständige Versuche zu unternehmen, um die weitere Verschlechterung ihrer ohnehin schon schlimmen Lebensbedingungen zu verhindern. Die Industrieklassen werden ihrerseits die Regierung über kurz oder lang zum Protektionismus und zur Unterstützung der Industrie zwingen, die vom Gedeihen weit entfernt ist. Die Unterstützung der Industrie aber wird die Finanzlage verschlechtern, die ohnehin schon keine glänzende ist. All dies stellt den Faschismus in ein labiles Gleichgewicht und erlaubt uns, eine neue Krise, wenn nicht vorauszusagen, so doch jedenfalls für möglich zu halten, eine Krise, die diesmal vielleicht um ein vielfaches ernster sein wird, als die, der der Faschismus mit Mühe entgangen ist.

Funktionen und Taktik der Kommunistischen Partei

In der ersten Periode nach der Machtergreifung durch die Faschisten bis zu den politischen Wahlen im Jahre 1924 erhielt die Kommunistische Partei während langer Zeit Schlag auf Schlag. Die Regierung hoffte die Partei auf diese Weise endgültig zu vernichten. Vor der Partei stand eine Aufgabe rein organisatorischen Charakters: sie hatte sich auf die Illegalität umzustellen, die fortwährenden Schläge der Regierung auszuhalten und die zerrissenen Fäden wieder herzustellen. Und trotz der wütendsten Reaktion und trotz des Rückganges der Mitgliederzahl bis auf 10 000 hat die Partei durchgehalten und nicht zu funktionieren aufgehört. Durch die Wahlen vom 6. April 1924 erhielt die Partei die Möglichkeit zur Massenagitation; darum beschloß sie, am Wahlkampf teilzunehmen, während in den anderen Parteien — bei den Reformisten, Maximalisten usw. — vollkommene Passivität und Ratlosigkeit herrschte, und sie alle einstimmig den Verzicht auf den Kampf vorschlugen. Die Kommunistische Partei wandte die Taktik der proletarischen Einheitsfront an. Trotz unerhörter Gewalttaten und Schiebungen bei den Wahlen vermochte sie zu zeigen, daß das Proletariat sich seine absolute Abneigung gegen den Faschismus bewahrt hat, und daß der Einfluß der Kommunistischen Partei auf die Massen bedeutend gewachsen ist. Die Partei erkannte, daß die durch die Ermordung Matteottis entstandene Lage ihr die Möglichkeit zur schnelleren Eindringung in die Massen und zu deren schnelleren Gewinnung gab. Die Partei hat die Ursachen der faschisti-

schen Krise sofort erkannt, und die Veränderungen in den Anschauungen der Schichten eingeschätzt, die den Faschismus erzeugt und unterstützt hatten. Die Partei erkannte auch, welche Rolle das Proletariat in diesem Kampfe spielen konnte und mußte.

Die Kommunistische Partei nahm teil an dem Oppositionsausschuß. Sie schlug die Schaffung eines Gegenparlamentes und einer antimonarchistischen Einheitsfront vor. Sie machte den antifaschistischen kleinbürgerlichen Parteien den Vorschlag, zum konkreten, revolutionären Kampf überzugehen. Und schließlich verstand sie es, diese zu entlarven und ihre vollkommene Unfähigkeit und ihren reaktionären Charakter zu enthüllen. Die Kommunistische Partei stellte fest, daß diese Parteien nicht den Sturz des Faschismus erstreben, sondern nur seine Erhaltung in einer friedlicheren Form.

Ferner hat die Kommunistische Partei alles getan, um breite Arbeitermassen in den offenen Kampf zu führen. Sie trat aus dem Oppositionsausschuß sofort aus, nachdem dieser das selbständige Auftreten der Arbeiter verwarf und sich einer weiteren Ausdehnung der Bewegung widersetzte.

Die Kommunistische Partei erließ den Aufruf zum Generalstreik. Sie benutzte jede Gelegenheit und agitierte mit allen ihr zugänglichen Mitteln: sowohl mittels hartnäckiger Opposition im Parlament als auch durch ständige Arbeit in den Gewerkschaften. Besonders regsame Tätigkeit (Versammlungen vor Fabrikatoren) entfaltete sie während der Arbeiterunruhen. Beträchtliches leistete sie während der Metallarbeiterunruhen. Und die Ergebnisse sind folgende: Die Mitgliederzahl der Partei hat sich verdreifacht, ihr Einfluß sowohl auf die Arbeitermassen als auch auf die Gewerkschaften ist bedeutend gestiegen. Man braucht sich nur an die Siege im „Fiat“-Betrieb in Turin und in der Metallarbeitersektion in Mailand zu erinnern. Äußerst wichtig ist auch, daß es gelungen ist, die ganze lakaienhafte Politik der unitarischen Sozialisten und der Maximalisten zu enthüllen, die diese Parteien gegenüber der Bourgeoisie betreiben. Der Bankrott der Aventinopposition und der Triumph des Faschismus beweist ganz eindeutig auch den am meisten rückständigen und mißtrauischen Schichten des Proletariats, daß gegenwärtig auch in Italien die einzige revolutionäre proletarische Partei, die fähig ist, den Kampf zu leiten, die Kommunistische Partei ist. Die Überwindung der Krise, von der er im Juni vorigen Jahres bedroht war, gelang dem Faschismus dank der verfassungstreuen Opposition. Infolge eines neuen Verrats der Arbeiterföderation und der Maximalisten und unitarischen Sozialisten nahm der dritte Faktor — das Proletariat — am Kampf nicht teil. Gegenwärtig macht das antifaschistische Lager eine allgemeine und tiefgehende Krisis durch. In allen führenden Parteien der Aventinopposition machen sich offen oder versteckt zwei Strömungen bemerkbar. Die eine Strömung erstrebt ein Übereinkommen und einen Waffenstillstand mit dem Faschismus. Die andere Strömung dagegen versucht sich zu radikalisieren und auf revolutionären Boden zu stellen. Dieser Prozeß vollzieht sich in allen Massenparteien, um die sich Arbeiter und Bauern gruppieren. In der Popolari-Partei vertritt die eine Richtung Don Sturzo, die andere vertritt Migloli. Dasselbe läßt sich bei den Unitariern und Maximalisten und auch bei den Republikanern bemerken. Überall werden sich die revolutionären Elemente, besonders die Proletarier, dessen bewußt, daß der Kampf gegen den Faschismus auf dem Boden des Kampfes gegen Monarchie und Kapitalismus

geführt werden muß. Sie kommen zur Erkenntnis, daß der Kampf auf revolutionärer Grundlage geführt werden muß, daß man die Unterstützung durch die kleinbürgerliche Schicht nicht verschmähen soll, daß der mächtigste und entscheidende Faktor jedoch die breiten proletarischen Massen sind, geführt von einer wahrhaft revolutionären, gut organisierten und kampferprobten Partei. Die Taktik der Kommunistischen Partei ist gegenwärtig darauf gerichtet, die Krise, die die antifaschistischen Parteien durchmachen, auszunutzen, neue, wahrhaft revolutionäre Elemente zu gewinnen und ein Zentrum zu werden für die Konzentration von Kräften zur Schaffung einer revolutionären antifaschistischen Einheitsfront auf revolutionärer Grundlage. Man kann damit rechnen, daß bei einer neuen Junikrise, die der italienische Faschismus durchmachen wird, dem Rat der Kommunistischen Partei der größte Teil des Proletariats folgen wird, und daß der Verlauf des Kampfes und die erreichten Resultate sich bedeutend von dem gegenwärtigen Zustand unterscheiden werden.

OLAF SCHEFLO:
DIE NORWEGISCHE ARBEITERPARTEI
UND DIE EVOLUTION TRANMAELS

Innerhalb der Kommunistischen Internationale gilt es mit ganz wenigen Ausnahmen als Regel, daß opportunistische Abweichungen, die zur Lösung oder Spaltung führten, in der Form einer „linken“ Opposition zum Ausdruck zu kommen pflegten. Im Archiv des Exekutivkomitees der Komintern befindet sich umfangreiches Material, das diese Behauptung voll und ganz bestätigt. Selten wurde die Internationale in dem Sinne kritisiert, daß sie zu weit gegangen, zu radikal und „übermäßig“ streng in der Durchführung ihrer Prinzipien gewesen sei. Fast jedesmal ging die Kritik von der entgegengesetzten Prämisse aus. Die Internationale betreibe eine Politik des Kuhhandels in bezug auf die Sozialverräter (Einheitsfronttaktik), sie unterstütze die reformistischen Gewerkschaftsbureaucraten (Gewerkschaftseinheit), sie verzichte auf die Revolutionseigenschaften zugunsten der Bourgeoisie (NEP) usw. So klingen gewöhnlich die Worte der Kritiker. Die Geschichte wiederholt sich in einem Lande nach dem anderen, sie wiederholt sich sogar mehrmals in ein und demselben Lande.

Sollte jedoch einmal die Geschichte des als „links“ maskierten Opportunismus innerhalb der Kommunistischen Internationale geschrieben und ein genügend typisches Beispiel dafür benötigt werden, so wird man seine norwegische Auflage, den Tranmaelismus, wählen müssen. Als Martin Tranmael seine oppositionelle Tätigkeit gegen die Internationale begann und als er am Ende mit dieser brach, trat er als linker revolutionärer Klassenkämpfer, als Herold und Verteidiger rein proletarischer Interessen in der norwegischen Politik auf. In Bezirken, wo seine Fraktion die Parteipresse in ihrer Hand hatte, z. B. in Oslo, Drammen und Stavanger, wurden die Anhänger der Internationale fast vollständig verdrängt. Bei den Storting-Wahlen 1924 bekam die Norwegische Arbeiterpartei etwa 180 000 Stimmen, während die Kommunistische Partei Norwegens nur 56 000 Stimmen auf sich vereinigte. Tranmael triumphierte. Es verging aber kein halbes Jahr, und er war bereits auf dem Wege von seinem Kapitäl zu seinem Tarpejischen Felsen. Dank der Politik Tranmaels befindet sich die große Norwegische Arbeiterpartei in einem Krisenzustand, der klassisch ist und aus dem es nur einen Ausweg gibt: Spaltung der Partei und Eintritt Tranmaels selbst in die II. Internationale. Vorläufig ist er noch bei der Steinbergschen Internationale stehengeblieben, doch seine weitere Entwicklung nach rechts ist nur eine Frage der Zeit. Eins der größten Parteiorgane, „Arbeideravisen“ in Trondheim, hat sich schon offen als Anhänger des Anschlusses an die II. Internationale erklärt, und Tranmael, als Redakteur des Zentralorgans der Partei „Arbeiderbladet“, hat seinen Trondheimer Kollegen kein Wort erwidert. Andererseits wagt er aber noch nicht,

seine Absichten offen bekanntzugeben. Die Zeit dafür ist noch nicht reif. Unter den einfachen Mitgliedern der Norwegischen Arbeiterpartei herrscht noch ein starkes Mißtrauen gegen die II. Internationale, und die Mehrheit wünscht zweifellos von neuem einen Anschluß an die III. Internationale. Solange eine solche Stimmung herrscht, muß Tranmael sich an Steinberg halten.

Martin Tranmael hat sich in der norwegischen Arbeiterbewegung als syndikalistischer Agitator bekannt gemacht. Während einiger in Amerika verbrachter Jahre machte er sich die Anschauungen der Industrial Workers of the World zu eigen und brachte sie 1905 bei seiner Rückkehr nach Norwegen mit in die Heimat. Bis zu jener Zeit waren alle politischen Interessen in Norwegen auf den nationalen Kampf konzentriert, der zur Loslösung von Schweden führte. Aber nach diesem Ereignis tauchten soziale Fragen auf. In den Vordergrund rückte die Arbeiterbewegung, die rasch anzuwachsen begann. Tranmael, dem Beruf nach Maler, beteiligte sich sowohl an der Gewerkschafts- als auch an der politischen Bewegung, und entwickelte wie auf dem einen so auch auf dem anderen Gebiet außerordentliche Energie als Agitator und Organisator. Innerhalb der Partei kämpfte er gegen jede Art von Abmachungen und Kompromißpolitik. Er trat immer für eine „geradlinige“ Taktik ein und war ein Anhänger des Generalstreiks, der Kriegsdienstverweigerung und der Abrüstung. Wir glaubten damals, er gehe dabei vom revolutionären Standpunkt aus. In der Gewerkschaftsbewegung schuf er seine eigene Organisation, die sogenannte Gewerkschaftsopposition. Das war eine Fraktion, die das gesamte Land umfaßte und sich durch sehr starke syndikalistische Abweichungen auszeichnete. Die grundlegenden Programmpunkte der Gewerkschaftsopposition waren: Anwendung von Obstruktion und Sabotage im Gewerkschaftskampf, Aufhebung aller Unterstützungskassen mit Ausnahme der für Streikunterstützungen und Verzicht auf alle Tarifvereinbarungen, die durch etwas zu ersetzen waren, was er selbst „anerkannte Arbeitsbedingungen“ — ein höchst geheimnisvoller Begriff — nannte. Schließlich forderte die Gewerkschaftsopposition, die Macht müsse von den Gewerkschaftsverbänden und der nationalen Gewerkschaftsvereinigung auf die Ortsgruppen und Bezirkskartelle (samorganisationer) übergehen. Die Losung der Gewerkschaftsopposition war: Rückgabe der Macht an die einfachen Mitglieder — die gleiche Losung, die Tranmael auch in seinem Kampf gegen die III. Internationale benutzte.

Auf dem Parteitag 1918 wurden die Rechtssozialisten durch den linken Flügel besiegt. Die bisherigen Leiter der Partei sagten sich von der russischen und finnischen Revolution los, und das wurde zur Hauptursache ihrer Niederlage. In den neuen Parteivorstand kamen Kyrre Grepp als Vorsitzender, Tranmael als Sekretär und Scheflo als Redakteur des Zentralorgans. Anfangs herrschte im Vorstand vollkommene Einmütigkeit. Im Frühjahr 1920 trat die Partei der III. Internationale bei. Der Beitrittsbeschluß wurde mit erdrückender Stimmenmehrheit gefaßt. Die Rechtssozialisten waren absolut ohnmächtig, und als sie sich letzten Endes von der Partei absplitterten, folgte ihnen fast kein Arbeiter, außer einigen Bezirken im Südosten des Landes. Innerhalb der Norwegischen Arbeiterpartei gab es keine Differenzen.

Da kam der 2. Weltkongreß und die Ausarbeitung von Richtlinien für die kommunistischen Parteien. Die Zugehörigkeit zur III. Internationale hörte auf, eine bloße Stimmungsfrage zu sein, denn jetzt waren Überzeugung und Wille erforderlich. Und da begann Tranmael zu schwanken. Auf der vertraulichen Konferenz der führenden Parteifunktionäre stellte er den Antrag, aus der Internationale auszutreten. Er trat gegen alle wichtigsten Punkte der „Moskauer Thesen“ auf. Er wollte sogar nicht, daß die Partei und ihr Zentralorgan ihre Namen änderten. Und dabei nannte sich damals das Zentralorgan der Norwegischen Partei nicht mehr und nicht weniger als „Sozialdemokraten“. Ihn empörte der Gedanke, daß die Partei die leitende Rolle in dem revolutionären Klassenkampf spielen muß, und der These über Bewaffnung der Arbeiterklasse stellte er seine eigene alte These über Abrüstung und einen rein ökonomischen Kampf entgegen. Da ihm jedoch keiner folgen wollte, mußte er schließlich nachgeben und die Thesen anerkennen, doch tat er dies mit gewissen Vorbehalten. So behauptete er zum Beispiel, der antimilitaristische Kampf müsse in Norwegen den nationalen Traditionen, d. h. den pazifistischen Illusionen, angepaßt werden. Ferner betonte er die notwendige „Unabhängigkeit der Gewerkschaftsorganisationen“. Doch hielt er sich damals noch von offenen Angriffen gegen die Internationale zurück.

Im Winter 1922 starb Kyrre Grepp. Schefflo war kurz vorher in den Storting (Norwegisches Parlament) gewählt. Tranmael übernahm die Leitung des Zentralorgans der Partei. Gleich nach dem Tode Kyrre Grepps begann er mit seinen Angriffen gegen die Internationale und ihre Anhänger in der norwegischen Partei. Er verwarf kategorisch die Einheitsfronttaktik, da sie seiner Meinung nach „für Norwegen nicht taugte“. Wenn deutsche und französische Kommunisten gezwungen seien, den Sozialdemokraten gemeinsames Auftreten vorzuschlagen, so sei das in Norwegen durchaus nicht notwendig, da die Sozialdemokraten dort keine Rolle spielten. Wir brauchen nicht diese winzige Partei anzuerkennen, schrieb er. Das hörte sich sehr radikal an, in Wirklichkeit aber hatte er diese Position darum eingenommen, weil er die Sozialdemokraten in die Norwegische Arbeiterpartei zurückbekommen wollte. Gegen die Parlamentsgruppe und besonders gegen ihren Vorsitzenden unternahm er die schärfsten Angriffe. In welchem Maße der Vorsitzende durch seine Fehler Anlaß zu solchen Angriffen gab, darüber in diesem Artikel zu urteilen, halte ich für unmöglich. Doch die Tatsache bleibt bestehen, daß die Direktiven des Zentralkomitees von der Gruppe immer loyal befolgt wurden. Dies war der Fall z. B. in der 1922 entstandenen Frage über das Zwangsschiedsgericht. Zusammen mit Lian stimmte Tranmael im Zentralkomitee für die Billigung dieses Gesetzes, was jedoch die beiden Herrschaften nicht hinderte, sich für prinzipielle Gegner der Zwangsschiedsgerichtsbarkeit bei Konflikten in der Industrie zu erklären. In ihrem Brief an das Zentralkomitee der Partei wies die Exekutive der Kommunistischen Internationale darauf hin, daß mit den demagogischen und pseudoradikalen Angriffen Tranmaels gegen die Parlamentsgruppe, die offen gegen die III. Internationale gerichtet waren, endlich Schluß zu machen sei. Tranmael beantwortete diesen Brief mit neuen heftigen Angriffen und spielte im Dezember 1922 seinen Haupttrumpf aus: Er schlug der Partei vor, aus der III. Internationale auszutreten. Dieser Vorschlag

erhielt im Zentralkomitee die Mehrheit. Der Parteitag sollte im Februar stattfinden. Anfang Januar fand eine erweiterte Sitzung des Parteivorstandes statt, auf dem Radek die Exekutive der Komintern vertrat. Nach zweitägigem Kampf empfand Tranmael seine Position als unsicher, zog seinen Vorschlag zurück und erklärte sich bereit, die gemeinsame Resolution des Parteivorstandes, die dem Parteitag vorgelegt werden sollte, anzunehmen. Doch die Sitzung war noch nicht zu Ende, als er mit einem neuen Vorschlag auftrat — mit dem sogenannten „Christiania“-Vorschlag. Es stand darin kein Wort über einen Bruch mit der Komintern, aber der ganze Inhalt und Geist dieses Vorschlages waren derartig, daß er von der Exekutive der Komintern in keinem Fall anerkannt werden konnte. Das war das frechste, schuftigste Dokument, das die norwegische Arbeiterbewegung je gekannt hat. Ich glaube, daß auch außerhalb Norwegens kaum etwas derartiges zu finden wäre. „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“, begann der Vorschlag mit dem bekannten Marx-Zitat, aber gerichtet gegen die III. Internationale. Das Leitmotiv des Vorschlages ist das „Selbstbestimmungsrecht der Parteimitglieder selbst“, die „Unabhängigkeit der Gewerkschaftsorganisation“ und die Pflicht jeder einzelnen Partei, bei der Anwendung der Direktiven der Komintern die besonderen Bedingungen jedes einzelnen Landes zu berücksichtigen.

Auf dem Parteitag im Februar 1923 wurde der „Christiania“-Vorschlag nur mit einer Mehrheit von zwei Stimmen angenommen. Diesen Sieg errang Tranmael hauptsächlich dank der organisatorischen Struktur der Partei. Die Mehrzahl der Gewerkschaften waren der Partei kollektiv angeschlossen, und darum hatte die Osloer Organisation ein Drittel aller Parteitagsmandate erhalten. Und in den meisten Osloer Gewerkschaften war eine, wenn auch kleine Mehrheit für Tranmael. Eine bedeutende Unterstützung erhielt er durch den Verband „Mott Dag“, der ursprünglich ein Studentenverband war und sich nachher in eine typisch fraktionelle Organisation verwandelte.

Nach dem 4. Kongreß der Komintern sollte ein neuer Parteitag stattfinden. Das Hauptmanöver Tranmaels während der Wahlkampagne zu diesem Parteitag war sein Kampf gegen die sogenannte „Religionsthese“, die im Zusammenhang mit den Abweichungen Hoeglunds auf der Erweiterten Exekutive der Komintern angenommen worden war. Tranmael erklärte, er selbst sei natürlich Atheist, wolle aber keinen „um jeden Preis zum Atheismus zwingen“, er wolle nicht den „Stempel der Minderwertigkeit“ einem Arbeiter oder Bauern aufdrücken, der vielleicht kein vollendeter Marxist sei, und überhaupt müsse die Religion Privatsache jedes einzelnen sein. Jeder, der das Wesen dieser Agitation begriff, mußte natürlich darüber Ekel empfinden; doch die Mehrheit der Parteimitglieder begriff das Wesen dieser Agitation nicht. Die Losung „Kampf gegen die Religion“ ist eine der Direktiven für Kommunisten in ihrer Agitation in den Massen. Wenn man aber diese Losung bei einer Abstimmung diesen Massen auseinandersetzen muß, so kann die Sache bald eine unerwünschte Wendung annehmen. Genau so geschah es in Norwegen. Auf dem Parteitag im November 1923 siegte Tranmael zum zweitenmal und diesmal mit bedeutender Mehrheit. Doch war er noch gezwungen, eine Maske zu tragen. Im Namen seiner

Fraktion gab er die Erklärung ab, daß die Norwegische Arbeiterpartei auch nach einem „formalen“ Bruch mit der Komintern sich als Repräsentantin der Komintern in Norwegen betrachten und ihre gesamte Tätigkeit gemäß den Prinzipien und Direktiven der Komintern führen werde.

Es vergingen aber kaum einige Wochen, als Tranmael die Front änderte. Und seltsamerweise wurde der „Mott Dag“, seine beste Stütze im Fraktionskampf, nach dem Bruch mit der Komintern zu seinem erbittertsten Gegner. Der „Mott Dag“ stellte zwei Forderungen auf, die Tranmael nicht erfüllen konnte. Erstens forderte dieser Verband, daß Tranmael seine schönen demokratischen Theorien von dem „Selbstbestimmungsrecht aller Parteimitglieder“ in die Tat umsetze. Selbstverständlich war er gezwungen, diese Forderung kategorisch abzulehnen, wenn nicht in Worten, so in Taten. Zweitens forderte der „Mott Dag“, daß die Partei eine äußerst radikale Politik betreibe, eine so radikale, daß die Partei in einen ersten Konflikt mit der gesamten bürgerlichen Staatsordnung geraten mußte und Gefahr lief, illegal werden zu müssen. Mit diesen Forderungen war Tranmael zum Teil einverstanden. Man mußte um jeden Preis die Kommunistische Partei Norwegens im Linkssein übertrumpfen. Tranmael veranlaßte den Jugendverband der Partei, einen Aufruf an die Rekruten zur Kriegsdienstverweigerung zu veröffentlichen. Darauf wurde das Zentralkomitee des Jugendverbandes und zusammen mit ihm Tranmael und der Vorsitzende des Zentralkomitees der Partei, Oscar Torp, zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt. Der Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung kamen nur etwa 50 Jungarbeiter im ganzen Lande nach. Nach Verlassen des Gefängnisses beriefen Tranmael und Torp das erweiterte Plenum des Parteivorstandes ein, auf dem neue Direktiven in der Militärfrage angenommen wurden. Die Losung des sog. „Militärstreiks“ wurde aufgegeben. Viele junge Leute wollten aber auf diese Losung nicht so ohne weiteres verzichten. Unter ihnen befanden sich Gofmo, Sekretär der Osloer Ortsgruppe der Arbeiterpartei, und Falk, Vorsitzender des „Mott Dag“. Zusammen mit einer ganzen Reihe von Gesinnungsgenossen schufen sie einen Verband zur Unterstützung derjenigen, die auf eigene Initiative den Militärdienst verweigern wollten. Da Falk und Gofmo an der Bildung dieses Verbandes teilgenommen hatten, wurde die gesamte „Mott Dag“-Organisation aus der Partei ausgeschlossen. Der Verband zählte 100 Mitglieder, vorwiegend organisierte Arbeiter. Der Ausschluß erfolgte durch das Zentralkomitee, wurde aber nachher vom neuen Vorstand bestätigt. Damit war aber die Angelegenheit noch nicht erledigt. Innerhalb der norwegischen Arbeiterpartei bildete sich eine „Arbeiteropposition“. Der „Mott Dag“ stellte sein Presseorgan und seine gesamten Mittel der „Arbeiteropposition“ zur Verfügung. Diese spielt in den Osloer Gewerkschaften eine sehr bedeutende Rolle. In fast allen Fragen nimmt sie die gleiche Stellung ein wie die Kommunisten. Tranmael aber, der erbitterte Gegner der Einheitsfront, geht jetzt Hand in Hand mit den am meisten gelben Sozialdemokraten. Sogar in der Frage der örtlichen Gewerkschaftskartelle, die im Programm der von ihm selber geschaffenen Gewerkschaftsopposition figurierte, sogar in dieser Frage nimmt er eine schwankende Stellung ein. Er hat allmählich Angst bekommen, diese Kartelle könnten allzu große Macht erlangen. In der Frage der Gewerkschaftseinheit kämpft er zusammen mit den Sozialdemokraten gegen die Kommunisten. Selbst-

verständlich heuchelt er Sympathie gegenüber den englisch-russischen Bemühungen zur Schaffung der Gewerkschaftseinheit; in der Tat aber ist er ein Gegner des englisch-russischen Einheitskomitees. Glücklicherweise beginnen die Arbeiter in dieser Frage mehr als in jeder anderen das wahre Wesen Tranmaels zu durchschauen. Und überhaupt tritt bei Tranmael das Mißverhältnis zwischen Theorie und Praxis immer offener zutage. Die revolutionären Arbeiter innerhalb der norwegischen Arbeiterpartei beginnen darauf zu reagieren und nehmen eine immer ablehnendere Stellung zu Tranmael ein.

Sogar gegen Sowjetrußland richtet er seine Pfeile. Man spürt, daß er mit den Sozialrevolutionären ganz nahe verwandt ist. So meint er z. B., in Rußland sei eine neue Revolution notwendig, wenn die Arbeiter und Bauern die Macht tatsächlich in ihre Hände bekommen wollen. Jetzt befinde sich die Macht in den Händen einer kleinen Anzahl von Intellektuellen und Parteibürokraten. Die Arbeiter aber seien in der gleichen Lage geblieben wie früher. Sie besäßen zwar politische Errungenschaften, aber in ökonomischer Hinsicht hätten sie nichts bekommen. Wenn Tranmael sich mit diesen Fragen beschäftigt, vergißt er nie, sich auf die materialistische Geschichtsauffassung zu berufen, die in Wirklichkeit für ihn ein Buch mit sieben Siegeln ist.

Bei den klassenbewußten, ehrlichen Arbeitern in der Norwegischen Arbeiterpartei lösen diese ständigen Angriffe gegen die Sowjetrepublik tiefe Unzufriedenheit aus. Sie sehen, daß es in dieser Frage keinen Unterschied gibt zwischen ihrer eigenen Zeitung und dem sozialdemokratischen Organ.

Das Zentralkomitee der Arbeiterpartei hat den Parteitag auf September festgesetzt. Es läßt sich im voraus sagen, daß Tranmael eine gesicherte Mehrheit haben wird. Seine gefährlichsten Gegner, Falk und Gofmo, werden zum Parteitag nicht zugelassen werden, obwohl sie gegen ihren Ausschluß aus der Partei Berufung eingelegt haben. Sie spüren jetzt an ihrem eigenen Leibe, was im Wörterbuch Tranmaels das „Selbstbestimmungsrecht für alle Parteimitglieder“ bedeutet. Es ist möglich, daß zum Führer der Opposition auf dem Parteitag Jacob Friis wird. Er redigiert jetzt eine Zeitung in dem Industriestädtchen Rjukan, wo die Mehrheit der Arbeiter gegen die Politik Tranmaels sind, besonders in der Frage der Gewerkschaftseinheit.

Nachdem das Obige geschrieben, sind Mitteilungen eingegangen über die Ergebnisse des Bundeskongresses der Gewerkschaften. Von 230 Delegierten waren 64 Kommunisten, ca. 100 Tranmaeliten, 50 Sozialdemokraten und der Rest Parteilose (Syndikalisten u. a.). In der großen Hauptfrage, die Einheitsbestrebungen, siegte die kommunistische Linie. Die Sozialdemokraten und die Tranmaeliten mußten ihren Resolutionsvorschlag (Mehrheit des Sekretariats) preisgeben und mit den Kommunisten für eine Resolution stimmen, die die organisatorische Zusammenarbeit mit dem englisch-russischen Komitee verlangt. Auch in der Frage des Genfer Arbeitsamtes erlitten die Sozialdemokraten eine Niederlage. Der norwegische Gewerkschaftsbund wird nunmehr nicht weiter beim Völkerbund vertreten sein. In beinahe allen Fragen, die der Kongreß zu behandeln hatte, bildeten die Sozialdemokraten und die Tranmaeliten einen Block.

Auf dem Kongreß der Arbeiterpartei, der unmittelbar danach stattfand, verblieb Friis mit seiner Opposition ziemlich allein. Die oppositionellen

Elemente wurden kurz vor Stattfinden des Kongresses aus der Partei entfernt. Außer der Gruppe „Mott Dag“ wurden in Oslo, drei Wochen vor dem Kongreß, ca. 100 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aus der NAP ausgeschlossen. Auf diese Weise vermochten Tranmael und Professor Rull auf dem Kongreß vollständig zu dominieren. Die Berichte von dem Kongreß ergeben deutlich, daß Tranmael und sein nächster Anhang sich dessen durchaus bewußt sind, daß die Vereinigung mit den Sozialdemokraten nur eine Frage der Zeit ist.

Nun wird niemand länger zweifeln, daß Tranmael sich auf dem rechten Flügel der norwegischen Arbeiterbewegung befindet. Und dieser entlarvte Tranmael ist nicht so gefährlich wie der maskierte.

AL. BUDALESCU: AUS DER RUMÄNISCHEN FOLTERKAMMER

Dokumente und Enthüllungen über die Verbrechen der rumänischen „Siguranza“.
88 Seiten, Kulturpolitischer Verlag, Wien

Diese kleine, im Verhältnis zu den „zivilierten Methoden“ der rumänischen Polizei zu kleine Broschüre ist von dem 70jährigen Advokaten und Journalisten Kosta Foru in Bukarest, jetzigen Generalsekretär der Liga der Menschenrechte in Rumänien, herausgegeben. Kosta Foru hat es gewagt, weil er in den Reihen der in Rumänien herrschenden Klasse eine Ausnahme ist: er ist ein Überbleibsel der alten konservativen Partei, zwar ein Gegner jeder „Revolution“, jeglicher Änderungen im ökonomischen und sozialen Leben, aber ein Anhänger des Gesetzes. Kosta Foru ist ein Reaktionär, aber ein „ehrlicher“ Reaktionär, der bereit ist, die „Demokratie“, die „Gesetze“ der liberalen Verfassung, sofern diese „in Kraft getreten sind“, zu verteidigen.

Im modernen Rumänien, einem Lande des ewigen Belagerungszustandes und der permanenten Militärgerichte und Zensur, erscheint die Tat Kosta Forus um so bedeutender.

Die Broschüre erschien zuerst in rumänischer Sprache im Frühjahr 1925, und die „unabhängige“ und „demokratische“ Presse Rumäniens beschäftigte sich wenig damit. Erst heute, da sie in deutscher (und morgen wahrscheinlich in französischer und englischer) Sprache erscheint, heulen sie wie wilde Tiere.

Die Regierungszeitung „Viituro!“ vom 21. August 1925 nennt die Broschüre, die über „angebliche Folterungsmethoden“ schreibt, eine „Schande und Tat des Landesverrats“ und versucht sogar, die unter Unterschrift angegebenen Aussagen auf folgende ironische Art zu widerlegen: „Unsere schreckliche Polizei hat die Leute nicht exterminiert“, und „Herr Kosta Foru kann noch frei in Bukarest herumspazieren“, um nachher noch konkreter zu werden:

„Es gibt Fälle,“ schreibt dieselbe Zeitung, „wie der des Unterhändlers Kosta Foru, die nicht toleriert werden dürfen, und wo das extreme Wohlwollen der Behörden gegenüber einem Menschen, der ein Werkzeug der Feinde unseres Landes geworden ist, nicht weitergetrieben werden kann.“

„Selbstverständlich wird Kosta Foru jetzt als „Agent der Bolschewiki“ hingestellt und den Behörden werden Maßnahmen gegen ihn empfohlen.

Der alte Patriot, der sogar als „Freiwilliger“ in den Krieg zog, wird jetzt ein „Inter-“ und „Antinationaler“ genannt, nur weil er es wagt, gegen Zustände, die „dem Innern Afrikas gleichen“, zu schreiben.

Und jetzt zur Broschüre selbst:

Ende 1924, als die in die Illegalität getriebene Kommunistische Partei Rumäniens es „trotz alledem wagte“, zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen und illegale Flugblätter zum „Aufstand in Tatar Bunar“ und zur „Lage des Arbeitsvolkes in Rumänien“ in allen Ecken Groß-Rumäniens zu verbreiten, stieg der rumänischen Regierung das Blut ins Gesicht. Und weil die Polizei und die „Siguranza“ (die politische Sicherheitspolizei, Abteilung des Innen-Ministeriums, die, um Geld zu erpressen, selbst Attentate vorbereitet und dieselben vor ihrer Ausführung „entdeckt“, die sogar jedem Mitglied der königlichen Familie nachspioniert) bei Verteilung der Aufrufe nicht imstande waren, die Verteiler zu „packen“, hat man Massenverhaftungen vorgenommen: gegen 800 an der Zahl.

Die in der Broschüre enthaltenen 70 schriftlichen Aussagen sind also nur ein Bruchteil der Folterungen, die sich Ende Dezember 1924 und Anfang Januar 1925 über ganz Rumänien verbreiteten. Daß der größte Teil dieser Verhafteten Unschuldige waren, beweist die Tatsache, daß von den 800 nach einer „kurzen“ Anwendung der „zivilisierten Methoden der rumänischen Polizei“ fast 750 freigelassen wurden.

Gegen die übrigen hat man Prozesse eingeleitet, Prozesse, die durch die langen Hungerstreiks (bis 37 Tage) in der ganzen Welt bekannt geworden sind.

Die Aussagen wurden erst von Kosta Foru selbst geprüft, und nur ihre Richtigkeit veranlaßte ihn zur Herausgabe der Broschüre, aber auch zu einer Einleitung und einem Schlußwort, wo er im Namen der Liga für Menschenrechte die Polizei und die Regierung, „die alles duldet“, anklagt, „genaue Untersuchung seitens der Richter“ verlangt, und die „Bestrafung“ der „Schuldigen“ fordert.

Um ein genaues Bild der Folterungen zu bekommen, muß man die Broschüre unbedingt lesen. Hier werde ich nur die „zivilisierten Methoden“ aufzählen, die die „Siguranza“ gegen diese Verhafteten, ob jung oder alt, Mann oder Weib, anwandte.

„Die Peitsche, der Gummiknüppel, büschelweises Ausreißen der Haare, Schlagen mit Fäusten, mit mehrschwänzigen Gummikatzen, Treten mit Füßen auf Kopf und Brust, stundenlanges Schlagen mit Gummipeitschen über das Gesicht, Halten der Revolvermündung an die Schläfe, Fußtritte in den Bauch, hinter die Fingernägel getriebene Holzstücke, Drohungen, „in den Brunnen zu werfen“, „nach bessarabischem System aufzuhängen“, Rücken-an-Rücken-binden, Schlagen mit nassem Seil, Pressen mit Ketten, Gewehrkolben, Keulen, Eisenstäben, tagelanges bewegungsloses Stehen, mit dem Gesicht zur Wand, Entziehung der Mahlzeiten, Ohrfeigen, Schraubstock usw.“

Das alles mußten die 70, die die Aussagen machten, erleben. Im Schlußwort der Broschüre erwähnt Kosta Foru folgende „raffinierte Tortur“: „Das Zusammenziehen der Arme auf dem Rücken mit dicken Seilen, bis die Knochen krachten (in der Stadt Brassow), Zerquetschen der Finger in Schraubstöcken (in Arad) . . . , die Bewußtlosigkeit und Blutergüsse durch Mund und Nase hervorriefen. . . . Um den Mann einzuschüchtern, wurde seine Frau vor seinen Augen mißhandelt. Väter wurden nach Hause gebracht und in Gegenwart der Kinder geschlagen . . . Arbeiter und Studenten, Arbeiterinnen und Studentinnen, junge, in der Regel minderjährige Mädchen, wurden mit der Gummipeitsche geschlagen, an den Haaren gerissen, mit Keulen auf das Schienbein, den Körper und den Kopf geschlagen“ (Seite 84).

Diese Folterungen fanden gewöhnlich mitternachts statt, dauerten vier, sechs bis sieben Stunden nacheinander und wurden vier- bis fünfmal wiederholt. Das Blut floß aus Mund und Nase, man wurde mit Wasser begossen, um „munter“ zu werden, damit die Folterungen aufs neue anfangen konnten.

Dodan Vasile wurde sogar 12 Stunden hintereinander geschlagen (Seite 22).

Die Folterungen wurden immer von vier bis fünf Agenten, von Kommissären, von Polizeiinspektoren, von Ärzten, sogar in Anwesenheit des rumänischen Konsuls in Wien — Radoj — durchgeführt.

Elena Filippowitsch, die gewesene Sekretärin des Jugendverbandes, beschreibt die Peitsche folgendermaßen: „Es ist dies ein Stück Autokautschuk als dreischwänzige Peitsche hergerichtet. Sie wird deshalb verwendet, weil sie die Haut nicht zum Platzen bringt, sondern nur fürchterlich schmerzt und blaue Striemen hinterläßt“ (Seite 89).

Der Arbeiter Csesa Gorcsk aus Arad ist infolge der Folterungen wahnsinnig geworden, und Thot Istwan hat Selbstmord begangen.

Diese Marterungen hatten den Zweck, das Geständnis zu erpressen, daß die Betreffenden Kommunisten sind, Kommunisten kennen, Flugblätter verbreiteten, den Umsturz vor-

bereiteten, mit Moskau in Verbindung stehen usw., und zur Unterzeichnung von Erklärungen zu veranlassen, die von der Polizei selbst verfaßt wurden, damit man nachher auf Grund dieser „Dokumente“ die Gerichtsanklage einleiten oder, wie das im Monat August 1925 geschehen ist, „Sinowjewbriefe“ anfertigen konnte.

Diese Broschüre ist auch ein Beweis, wie die „neuen Provinzen“ vom „Mutterlande“ behandelt werden: Die Mißhandelten waren fast ausschließlich aus Siebenbürgen, Bessarabien, Banat und Bukowina. Die aus Altrumänien hat man „verschont“; sie wurden nur moralisch erniedrigt, man trieb sie nur zum tödlichen Hungerstreik, hie und da eine Ohrfeige, aber sie wurden nicht wie Sklaven behandelt.

Die Broschüre ist ein historischer Markstein. Dies ist ein guter Anfang. Trotz der miserablen Zustände, trotz der Niederlagen wagen die jungen Revolutionäre Rumäniens offenen Widerstand zu leisten: Es ist kein Spaß, im Bojarenland, während man noch hinter Schloß und Riegel sitzt, schriftliche Enthüllungen zu veröffentlichen. Es ist ein guter Anfang, der mit dem Vorwärtsschreiten der jungen KP Rumäniens in direkter Verbindung steht.

P. L.—R.:

WIE GEN. MASLOW LENIN KOMMENTIERT.

(Anlässlich Maslows Vorwort zu „Die Kinderkrankheiten des Radikalismus“)

Die der internationalen kommunistischen Bewegung gewidmeten Arbeiten Lenins sind der weiteren Parteimitgliedschaft unserer Sektionen zwar bekannt, ihr Studium jedoch läßt viel zu wünschen übrig. Es genügt nicht, Lenin zu lesen, es gilt, den Geist seiner Lehre zu verstehen, die Methode seiner Analyse der Klassenverhältnisse.

„Die Kinderkrankheit des Radikalismus“ ist eine der genialsten Schöpfungen des toten Führers, und sie hat ihre Aktualität, obwohl sie 1920 geschrieben ist, auch für den gegenwärtigen Zeitpunkt bewahrt. Die Krankheit, die Lenin mit seiner Broschüre heilte, ist auch jetzt noch nicht ausgerottet, und die Fragen, die Lenin dort aufwarf, fesseln auch jetzt noch die Aufmerksamkeit der Sektionen. Die Neuherausgabe dieser Arbeit, zusammen mit einem Vorwort, das die Verbindung mit der Gegenwart herstellt, wäre also an und für sich ein nützliches und notwendiges Unternehmen gewesen. Aber leider müssen wir sagen, daß das Vorwort des Genossen Maslow das Verständnis der Leninschen Arbeit nicht unterstützt, sondern erschwert, daß es nicht die gegenwärtigen Krankheiten der Partei bekämpfen hilft, sondern sie sanktioniert: erstens, weil Genosse Maslow in einem Augenblick, wo ultralinke Krankheiten in der KPD aufzutreten beginnen, bestrebt ist, den Ultraradikalismus weiß zu waschen, das Ausmaß dieser Krankheit in der Vergangenheit der Komintern zu gering erscheinen zu lassen und ihre Gefahr für den Augenblick zu verringern; zweitens, weil Genosse Maslow in einem Augenblick, wo die Partei die Unterschätzung der Gewerkschaftsarbeit noch nicht überwunden hat, die Bedeutung der Gewerkschaftsfrage bei der Bolschewisierung der Partei offenkundig herabsetzt und die Überwindung der ultralinken Tendenzen auf diesem Gebiete ungewöhnlich optimistisch auffaßt; drittens, weil Genosse Maslow eine nicht ganz richtige Einschätzung der Gesamtbedeutung dieses Buches für die Sektionen der KI gibt.

Konkretisieren wir diese Behauptungen.

I.

Genosse Maslow gibt ein unrichtiges Bild von den Bedingungen, unter denen das Buch entstanden ist. Liest man die Einleitung des Genossen Maslow, so könnte man denken, das Buch Lenins sei während einer rechten und nicht einer linken „Krankheit“

geschrieben worden; man weiß eigentlich nicht, weshalb Lenin die „Linken“ so heftig angreift. Genosse Maslow erzählt dem Leser nichts davon, daß die Komintern 1920 von einer Welle (einer wirklichen Welle) des „Ultradikalismus“ überflutet wurde. Eifrig unterstreicht er den Opportunismus in der damaligen deutschen (?) Partei, das reformistische Wesen der französischen Sozialistischen Partei, die kommende Spaltung der italienischen Partei in Livorno, den Zustrom der Reformisten in die Komintern, aber er sagt nichts davon, daß der Ultradikalismus damals die herrschende ideologische Strömung im europäischen Kommunismus war, daß die „radikale“ Krankheit den englischen Kommunismus mit seinen zahllosen Gruppierungen abwürgte (dafür erzählt Maslow von der englischen Orientierung der KI 1924/25), daß in Deutschland eine Gruppe von Arbeitern — ideologische Vorläufer der ultralinken Formationen 1921 — die Partei bis an den Abgrund brachte, daß die „radikale“ Krankheit Holland erfaßte. Die Partei erfährt vom Genossen Maslow nichts darüber, daß der Kampf mit dem „Radikalismus“ für die Komintern äußerst akut stand, daß sie ohne wenigstens teilweise Heilung dieser Krankheit nicht imstande gewesen wäre, den Kampf gegen die II. Internationale um die Eroberung der Arbeiterklasse zu führen.

Daß Maslow bestrebt ist, die ultralinken Fehler abzuschwächen, geht schon daraus hervor, daß er die „radikale“ Krankheit 1920 als eine Reaktion wider den Opportunismus der damaligen deutschen Kommunistischen Partei hinstellt. Damit entstellt Genosse Maslow nicht nur die wirkliche Geschichte der deutschen Partei, sondern stellt auch die ganze Arbeit Lenins auf den Kopf. Der Ultradikalismus Pannekoeks, Gorters, Lauffenbergs und Wolffheims geht auf die Zeit vor dem Kapp-Putsch zurück, folglich konnte von reformistischen Krankheiten der KPD noch gar keine Rede sein. Die linke Opposition dieser Gruppe richtete sich gegen die taktische Linie, die von Rosa Luxemburg vorgezeichnet war, und die Lenin unterstützte, wofür „Die Kinderkrankheit des Radikalismus“ ein Beweis ist. Die Opposition Lauffenberg-Wolffheim und anderer führte zur Ablehnung des Parlaments, zu Phantasien über eine Partei der Führer und eine Partei der Massen usw. Die Opposition dieser Gruppe war eine Opposition wider die Leninsche Taktik, denn Lenin geißelte den Verzicht auf die gewerkschaftliche, parlamentarische usw. Tätigkeit schonungslos. Genosse Maslow aber erzählt der Partei 1925, in einem Augenblick, wo in der KPD neue Rezidive der „Kinderkrankheit“ auftreten, daß diese Krankheit eine Reaktion gegen die damals heftig auftretenden opportunistischen Tendenzen innerhalb der KPD gewesen sei (S. 8—9). Kann man einer Partei Leninismus lehren, wenn man sich solche Verdrehungen in der Geschichte des Kampfes des Leninismus gegen die „linken“ Tendenzen leistet? Die richtige Bemerkung Lenins, „der Anarchismus sei nicht selten eine Art Strafe für die opportunistischen Sünden der Arbeiterbewegung“, hat Genosse Maslow ganz unberechtigt ausgenützt. Wenn man schon von „Kinderkrankheit“ und „Strafe“ spricht, so soll das auf die Scheidemänner hinweisen, deren opportunistische Sünden denn auch die „linke“ Fehlgeburt 1920 gezeitigt haben.

Politisch gießt die Behauptung Maslows, der Ultradikalismus sei die zwangsläufige Strafe für die opportunistische Krankheit, nur Wasser auf die Mühle der heutigen Ultralinken. Die letzteren machen auch noch von einer zweiten Behauptung des Genossen Maslow ausgiebigen Gebrauch, daß nämlich „die ‚radikalen‘ Krankheiten zwar gefährlich sind, aber gewiß nicht so tödlich wie die opportunistischen“ (S. 9). Gerade bei der jetzigen Lage der deutschen Partei hätte darauf hingewiesen werden müssen, daß die „radikale Krankheit“ zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht minder verhängnisvoll sein kann wie die opportunistische. Man braucht nur auf das Jahr 1919 für die KPD hinzuweisen, auf die „Linken“ in der KPD im Frühjahr 1919 und 1921 usw. Die politische Lage freilich vermindert die Bedeutung der Fehler der heutigen Ultralinken.

Daß Genosse Maslow die „radikale“ Krankheit im gegenwärtigen Zeitpunkt offenkundig unterschätzt, zeigt seine kategorische Behauptung: „Die KPD hat die Kinderkrankheiten überwunden“ (S. 13). Dieser Optimismus ist um so unangebrachter, als Genosse Maslow hier speziell „Kinderkrankheiten“, wie das Unvermögen zu manövrieren, mangelnde Elastizität und Geschmeidigkeit der Taktik im Auge hat. Im Frühjahr 1925, wo die Partei gerade diesen Fehler, das Unvermögen zu manövrieren, begangen hat, zu schreiben, „die Partei hat die Kinderkrankheiten überwunden“, heißt das nicht: eben die Gefahr dieser Krankheit herabmindern?

Das Bestreben, die Gefahr der „Kinderkrankheit“ abzuschwächen, verfolgt den Genossen Maslow überall. So betont er beispielsweise in seinem Kommentar (Seite 149/50), „Lenin habe den russischen Anarchismus niemals mit jener selbstgefälligen Spießhaftigkeit bekämpft, mit der die Opportunisten der II. Internationale die Anarchisten ihrer Länder bekämpften“. Das ist unrichtig. Genosse Maslow greift hier die Anerkennung Lenins für die heroischen Verdienste des Narodnikitums auf.

Aber diese Anerkennung hat Lenin in keiner Weise gehindert, das Reaktionäre des sozialrevolutionären Sozialismus schonungslos zu brandmarken. Gerade in der Epoche der alten „Iskra“ erhielten die Sozialrevolutionäre den historischen Spitznamen „Sozialreaktionäre“. Niemand hat die Sozialrevolutionäre in den Jahren 1908 bis 1910 so schonungslos bekämpft wie Lenin, denn der kleinbürgerliche — in erheblichem Maße sozialrevolutionäre — Einfluß machte sich auch bei den damaligen „linken“ Bolschewiki, den „Otsowisten“ und Ultimaten geltend.

Lenin konnte sich dem Narodniktum gegenüber anerkennend verhalten, weil es der Vorläufer der Arbeiter- und sozialdemokratischen Bewegung gewesen war. Aber Lenin stand an der Spitze des theoretischen Kampfes gegen die Sozialrevolutionäre, die alle schlechten Seiten des Narodnikitums unvermeidlich übernehmen mußten.

Welchen anderen objektiven Sinn könnte die Behauptung Maslows haben, als daß Lenin den „radikalen“ Krankheiten gegenüber „nachsichtig“ war? Welche andere Bedeutung könnte diese Behauptung haben, als den Versuch, die Ultraradikalen rein zu waschen?

II.

Wir haben behauptet, erstens, Genosse Maslow sei optimistisch gewesen hinsichtlich der Überwindung der Fehler in der Gewerkschaftsfrage; zweitens, er habe die Bedeutung der Gewerkschaftsfrage unterschätzt. Das Kapitel „Die allgemeine Bedeutung des Buches“ bestätigt diese Ansicht. Genosse Maslow unterscheidet drei Gebiete der „Kinderkrankheit“: Antiparlamentarismus, Verzicht auf Gewerkschaftsarbeit und Starrheit in der Taktik. Hierzu erklärt er, „daß immerhin anzunehmen ist, daß die KPD von dieser gefährlichen Krankheit — der Ablehnung der von den Reformisten geführten Gewerkschaften — endgültig und für alle Zeiten geheilt ist.“ (S. 11.) Anstatt die Leninsche Broschüre dazu zu benutzen, um der Partei die Mängel in der Gewerkschaftsarbeit unaufhörlich vor Augen zu halten, beruhigt sie Genosse Maslow: „Die Partei ist endgültig und für alle Zeiten von dieser gefährlichen Krankheit geheilt“, und das zu einer Zeit, wo die Partei überhaupt kein leitendes Zentrum für die Gewerkschaftsarbeit besaß, wo sie — zum Teil aus eigener Schuld — zahlreiche Stützpunkte in den Gewerkschaften eingebüßt hatte. Entsprach also eine derartige Versicherung Maslows der Leninschen Arbeitsmethode? Lenin hat in solchen Fällen die Gefahr bewußt weit übertrieben, um die ganze Partei vorwärts zu neuen Positionen zu treiben. Die Versicherung, die Partei sei „endgültig und für alle Zeiten von dieser gefährlichen Krankheit geheilt“, war eine theoretische Sanktionierung jenes Stillstandes auf praktischem Gebiet, der in der KPD evident war. Aber Genosse Maslow ist nicht einfach Optimist, sondern er unterschätzt die Rolle der Gewerk-

schaftsfrage überhaupt. Seiner Ansicht nach sind die Ratschläge Lenins über die Gewerkschaften für Parteien im „Kindesalter“ bestimmt. Nur die Lehre von der Manövrierfähigkeit und den Kompromissen lehrt, wie die Kommunistische Partei zu einer bolschewistischen wird; nur diese Lehre ist eine Lehre für die „Erwachsenen“ und nicht nur für die „Kinder“. Eine derartige These ist absolut unrichtig. Unrichtig ist, daß die Ratschläge Lenins über die Gewerkschaften Ratschläge für die Kinder seien. Sie sind zugleich die Lehre von der Eroberung der Klasse, folglich die Lehre, wie die Kommunistische Partei zu einer bolschewistischen wird. Genosse Maslow hat diese Kernidee des Leninismus nicht verstanden. Die Versicherung Maslows, die Lehre von den Gewerkschaften sei eine Lehre für die „Kinder“, hat nur eine Bedeutung: Jetzt, wo die Kommunistische Partei „erwachsen“ ist, lohnt es sich nicht, damit soviel Zeit zu verlieren, jetzt ist diese Lehre nicht sehr wesentlich.

Weiter. Wie kann man das Problem der Manövrierfähigkeit, der Beweglichkeit in der Taktik von dem Gewerkschaftsproblem trennen? Beziehen sich Lenins Ratschläge über das Manövrieren nur auf Churchill und Lloyd George, nur auf das Gebiet der reinen Politik? Lassen sich denn die Gewerkschaften aus der Gesamtkette der Klassenverhältnisse herausreißen? Hatten die Ratschläge Lenins an die englischen — und auch an die deutschen — Genossen hinsichtlich der Beweglichkeit der Taktik nicht in erster Linie das Problem der Eroberung der Gewerkschaften im Auge? Man braucht nur diese Fragen aufzuwerfen, um zu sehen, daß die Erklärung des Genossen Maslow von der Notwendigkeit einer beweglichen Taktik usw. — bei der gleichzeitigen Behauptung, die gewerkschaftlichen Lehren seien Lehren für das „Kindesalter“ — ein Beispiel für das rein formale Operieren mit Begriffen und Losungen ist; daß die Erklärungen über die Notwendigkeit, nun auch manövrieren zu lernen, nur dann Sinn haben, wenn man der Partei sagt, sie habe sich die gewerkschaftlichen Lehren bereits voll und ganz angeeignet und sei über das Alter hinaus, wo sie sich mit ihnen zu befassen habe.* Genosse Maslow schreibt, der 5. Kongreß der Komintern habe die Frage der Kompromisse, der Manövrierfähigkeit usw. als eine Frage der Bolschewisierung aufgefaßt. Aber er hat vergessen zu erwähnen — und das ist kein Zufall —, daß der Kongreß mit nicht minderer Bestimmtheit die Gewerkschaftsfrage als eine Frage der Bolschewisierung aufgeworfen hat.

III.

Und zum Schluß: die Einschätzung der Hauptlehren des Buches durch den Genossen Maslow. Ihr eigentlicher Sinn liegt seiner Meinung nach in der Lehre von den Reformen und Kompromissen. Genosse Maslow setzt die bekannten Artikel Lenins über dieses Thema sehr eingehend auseinander. Natürlich sind die Gedanken Lenins über den Unterschied in der Einstellung den Reformen gegenüber vor und nach der proletarischen Revolution außerordentlich wertvoll und wichtig, aber unserer Ansicht nach bildet nicht

* Interessant ist auch, daß Genosse Maslow in seinem Kommentar zu dem Kapitel über die Gewerkschaften nichts Besseres wußte, als die Idee Lenins von dem Spontanen und dem Bewußten hervorzuheben. War nicht gerade das Nichtverstehen dieser Idee die Hauptkrankheit der KPD in der Gewerkschaftsfrage?

Nebenbei, die Kommentare: abgesehen davon, daß sie eine Menge faktischer Fehler enthalten — wie, der Londoner Kongreß habe 1908 stattgefunden, in Wirklichkeit war er 1907; oder die endgültige Trennung von den Menschewiki sei 1909 vor sich gegangen, in Wirklichkeit geschah sie 1912 —, enthalten sie auch theoretische Fehler. So schreibt Genosse Maslow (S. 148), der Opportunismus als ökonomische Erscheinung sei erst 1916 erkannt worden. Maslow verfällt hier — vielleicht unbewußt — in denselben Fehler, wie Radek in seiner Diskussion mit Safarow Anfang 1924. In Wirklichkeit aber hat Lenin bereits 1907 in seinem Artikel über den Stuttgarter Kongreß (cf. Kap. VIII) auf die ökonomischen Wurzeln des Opportunismus hingewiesen.

dieses Thema „die Hauptlehren des Buches“. Die Broschüre „Die Kinderkrankheit des Radikalismus“ enthält die Lehre, wie die Partei die Klasse erobert, sie der Macht der Reformisten entreißt und zum Siege führt. Die zentrale Idee der Leninschen Broschüre besteht gerade in dem Hinweis, wie, mit welchen Mitteln die Kommunistische Partei zum Führer der Klasse wird. „Die Kinderkrankheit“ schließt sich unmittelbar an die Serie von Hinweisen an, die Genosse Lenin auf dem 3. Kongreß der Komintern gegeben hat, der dem Genossen Maslow so wenig gefällt. Die Hauptlosung der Broschüre ist die gleiche wie die des 3. Kongresses: An die Massen heran!

In dieser Lehre ist das Problem der Partei als Avantgarde* und das Problem der Gewerkschaften gleichmäßig wichtig. Deshalb ist die Erklärung des Genossen Maslow, die Polemik gegen die „Ultralinken“ sei nicht der Hauptvorwurf, den das Buch enthalte (S. 15), zum mindesten seltsam. Weshalb das Buch dann nur „den Wert einer seinerzeit aktuellen Streitschrift“ besitzen solle, ist absolut unverständlich. Ist etwa das, was Lenin die „Linken“ lehrte, nicht die politische Direktive der Komintern noch auf viele Jahre hinaus? Hat etwa die Geschichte der Komintern nicht bewiesen, daß die in der Polemik mit den „Linken“ aufgeworfenen Fragen durchaus nicht vorübergehenden Charakter besitzen? Sind etwa diese Probleme gelöst und die Gefahren der „Kinderkrankheiten“, wengleich in neuen Variationen, beseitigt? Wurde auf dem 5. Kongreß der Komintern etwa nicht die Gewerkschaftsfrage neuerdings aufgeworfen, und ist damit nicht bewiesen, daß die polemische Seite des Buches es durchaus nicht zu einer „seinerzeit aktuellen Streitschrift“ macht? Welch ein objektives Resultat kann das Theoretisieren des Genossen Maslow über die Reformen vor und nach der proletarischen Revolution — im Zusammenhang mit einem Buch, das so brennende Fragen, wie die Arbeit in den Gewerkschaften, wie das Eindringen in Massenorganisationen vom Schlage der englischen Arbeiterpartei usw. behandelt — haben, als Verwirrung im Studium der Lehren der Leninschen Broschüre anzurichten?

Die Sektionen der Komintern — vor allem die deutsche — stehen vor den gigantischen Aufgaben, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, und nur jene Interpretation der „Kinderkrankheiten des Radikalismus“ wird wirklich leninistisch sein, die der Partei hilft, die Broschüre Lenins namentlich in dieser Richtung gründlich zu studieren.

Das Vorwort des Genossen Maslow hält in dieser Richtung kaum der Kritik stand, da es die Gewerkschaftsprobleme unterschätzt, einen wenig begründeten Optimismus zur Schau trägt, die „radikalen“ Fehler weißwäscht und die Gefahren „radikaler“ Krankheiten unterschätzt. Der Brief des Exekutivkomitees spricht von der Verwirrung in den theoretischen Konstruktionen des Genossen Maslow. Die Analyse seines Vorworts dient unserer Ansicht nach nur dazu, die Richtigkeit dieser Behauptung zu illustrieren.

R. DORNBUSCH :

„UJ MARCIUS“ („DER NEUE MÄRZ“**)

Das schwere Schicksal einer in den Anfängen befindlichen Organisation des kommunistischen Kampfes blieb der Kommunistischen Partei Ungarns nicht erspart. Geboren im Sturm der Revolution, in einer Periode von Frontalangriffen der Arbeiterklasse

* Genosse Maslow hält diese Frage aus irgendeinem Grunde nicht für eine Frage der „Kinderkrankheit“. Jedenfalls figuriert sie bei ihm nicht unter den drei Krankheiten, die er aufzählt.

** Offizielles Organ der Kommunistischen Partei Ungarns (Sektion der Kommunistischen Internationale) 1. Jahrgang, Nr. 1—2, Juli—August 1925. Verlag der „Arbeiterbuchhandlung“, Wien.

gegen die Ausbeuter mit noch kaum erprobten Kräften, nur erst halborganisiert, war sie gezwungen, infolge einer beispiellos eigenartig sich gestaltenden Situation, die Macht zu übernehmen. Im Laufe von 4½ Monaten hielt die Partei das Banner der proletarischen Diktatur im Bewußtsein der Unvermeidlichkeit ihres Zusammenbruchs. Die Tragik ihres Kampfes bestand darin, daß die Partei gezwungen war, nicht nur gegen den „äußeren“ Feind, die bewaffnete Intervention der Entente und die ungarischen Weißgardisten, zu kämpfen, sondern auch gegen den „inneren“ Feind, das heißt die Feinde der Partei und der Rätewacht innerhalb der Partei — die Sozialdemokraten. Wenn man von dem Verrat der internationalen Sozialdemokratie spricht, so hat man in erster Linie ihre verräterische Rolle im Auge, die in der aktiven Unterstützung der Bourgeoisie gegen die Machtbestrebungen der revolutionären Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt. Die Erfahrung Ungarns bietet ein klassisches Beispiel für den Verrat der Sozialdemokratie schon nach Besitzergreifung der Macht durch das Proletariat, zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie zusammen mit der Kommunistischen Partei an der Leitung des Rätestaates teilnahm. Der ungeheuerlich schwere menschewistische Ballast führte das Schiff der jungen ungarischen Kommunistischen Partei und somit auch die Macht der Arbeiterklasse selbst dem Untergange entgegen. Es trat ein, was die ganze Welt weiß: Ungarn wurde ein Reich der Tränen und Qualen der Arbeiterschaft, ein Reich der überfüllten Gefängnisse, der Galgen, ein Reich wüstester Ausschreitungen der Offiziersbanden.

Unter diesen Verhältnissen konnten die Kommunisten, denen ein Stützpunkt fehlte, um für eine illegale Tätigkeit eine Grundlage zu schaffen, lange Zeit die Partei nicht wiederherstellen und die Arbeit fortsetzen. Als nun aber die Arbeit einsetzte — allerdings unter unerhört schwierigen Verhältnissen — entstand ein heftiger Fraktionskampf, der mehrere Jahre lang keinerlei fruchtbringende organisatorische Arbeit zuließ. Inzwischen hat sich vieles in den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen des Landes geändert. Infolge dieser Veränderungen, deren Hauptmoment die rasche Verschlechterung der Wirtschaftslage der Arbeiterklasse bildet, befreit sich das Proletariat in immer wachsendem Maße von seiner Lethargie, verschärft sich immer mehr der Kampf des Proletariats gegen das konterrevolutionäre Regime. Die elementare Bewegung der ungarischen Arbeitermassen drohte an der Kommunistischen Partei Ungarns vorbeizuziehen für den Fall, daß der innere Fraktionskampf angedauert hätte. Die Fraktionen erkannten ohne irgendwelchen Druck von außen die Verantwortung, die auf ihnen ruhte, und stellten den Kampf ein. Gegenwärtig besitzen wir in Ungarn eine einzige Partei, die unter den ungarischen Arbeitern eine aktive illegale Tätigkeit ausübt.

Die erste gedruckt vorliegende Frucht der vereinigten Parteiarbeit, das aufs neue erhobene Banner ist die offizielle Zeitschrift der Kommunistischen Partei Ungarns, die sich stolz „Der Neue März“ nennt*. Der Name der Zeitschrift als solcher bringt die programmatische Losung der Partei zum Ausdruck: entschlossener Kampf um erneute Besitzergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse. Aufgabe der Zeitschrift ist, wie es in dem einleitenden redaktionellen Artikel heißt, „der Arbeit und dem Kampfe der Kommunistischen Partei zwecks Vorbereitung eines neuen März zu dienen. Eines März, der nicht die Keime einer Niederlage, sondern den entscheidenden Endsieg in sich birgt, der alle Werktätigen von jeglicher Knechtung und Ausbeutung befreit“. Um diese Hauptaufgabe verwirklichen zu können, stellt sich die Redaktion der Zeitschrift fünf Teilaufgaben: 1. alle Verhältnisse auf dem Kampffelde, die treibenden Kräfte der historischen Prozesse, die taktischen und organisatorischen Prinzipien des Bolschewismus zu studieren; 2. die Erweiterung des Stammturps der aktiven Funktionäre der Partei durch konse-

* Am 21. März 1919 wurde in Ungarn die Diktatur des Proletariats verkündet.

quente Verbreitung der Theorie des Marxismus und Leninismus zu fördern; 3. die Leser über die politische und wirtschaftliche Weltlage, über die Tätigkeit der Sektionen der Kommunistischen Internationale und den Stand der internationalen Gewerkschafts- und Bauernbewegung ständig zu unterrichten; 4. gegen die ideologische Einwirkung der Bourgeoisie auf das Proletariat, für den revolutionären Marxismus zu kämpfen, „der in der Auffassung von Marx, Engels und Lenin nicht nur eine Theorie der Revolution, sondern auch eine einheitliche materialistische Weltanschauung bedeutet“; 5. das Andenken an die ungarischen Revolutionen und insbesondere an die Kommunistische Partei und die Diktatur des Proletariats in Ehren zu halten.

Das erste Doppelheft der Zeitschrift, das sechs Druckbogen umfaßt, weist einen überaus reichen Inhalt auf. Sehr wertvoll ist ohne Zweifel der erste Leitartikel des Genossen Bela Kun: „Steht in Ungarn noch eine Revolution bevor?“ Der Artikel stellt eine populär abgefaßte, aber tieferschöpfende Analyse der sozialpolitischen Verhältnisse im heutigen Ungarn sowie eine breit angelegte Perspektive der bevorstehenden Entwicklung des Klassenkampfes in Ungarn dar. Der Artikel knüpft an drei Erklärungen an, die zu dieser Frage von Vertretern dreier verschiedener politischer Lager gemacht worden sind. Der Vertreter der reaktionären Bourgeoisie, der Innenminister Rakowski, erklärte direkt: „In Ungarn wird es keine Revolution mehr geben.“ Der Vertreter des radikalen Flügels der Bourgeoisie aus dem Lager der „Oktobristen“* sagte: „Wir wollen einen neuen Oktober, ohne Revolution.“ Das Zentralorgan der Sozialdemokratie, „Nepszawa“, endlich brachte den sozialdemokratischen Standpunkt in folgender Weise zum Ausdruck: „Auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete ließe sich so vieles schaffen (bei dem gegenwärtigen Regime! R. D.), daß jede Gewaltanwendung, jegliche Sondermacht unnötig werden würde.“ Nach Feststellung dessen, daß ein prinzipieller Unterschied zwischen den drei Erklärungen zu dieser überaus wichtigen Frage nicht besteht, geht der Verfasser zu der Aufzählung der Tatsachen einer Einwirkung des internationalen Imperialismus auf das Geschick Ungarns und sodann zu der Aufzählung der „verfluchten Erbschaft“ der ungarischen Revolution, d. h. zu jenen Fragen über, die weder die jetzigen Machthaber im Lande noch die „Oktober“bourgeoisie oder die Sozialdemokratie bewältigen werden noch bewältigen können. Die Fragen der Struktur und der Form der Regierungsmacht, die Agrarfrage, die Lage der Arbeiterklasse, die die Macht bereits einmal in Händen gehabt hat, die Frage der Gutsbesitzerklasse, die sich in immer steigendem Maße mit der Großbourgeoisie verbündet, die Frage des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums, der Friedensvertrag von Trianon — dieser ganze Komplex von Fragen, von deren Lösung das Dasein des staatlichen Regimes abhängt, ist auf der Grundlage der Plattformen keiner der vorhandenen politischen Strömungen lösbar, mit Ausnahme der kommunistischen. „In Ungarn vollzieht sich gegenwärtig eine Verschiebung der Struktur der Gesellschaft und der Regierungsmacht, die zu einer völligen Wiederherstellung der Herrschaft der mit dem Bankkapital verbündeten Großgrundbesitzer und der Großindustrie führt.“ Das Finanzkapital will seinen Kampf jedoch „ruhig und ohne irgendwelche Erschütterungen der Gesellschaft“ unter den zwei Agitationslosungen: Legitimusismus** und Demokratie durchführen. Das Programm der ungarischen Sozialdemokratie für diesen Kampf besteht in der Ersetzung des „groben“ Kapitalismus durch den „kulturellen“ Kapitalismus („nicht einmal die Republik“ betont der Verfasser). Diesem Programm entsprechend wird die Taktik der Sozialdemokratie durch die folgenden Momente gekennzeichnet: 1. die Suche

* Als „Oktobristen“ bezeichnet man in Ungarn die Männer der kleinbürgerlichen demokratischen Revolution im Oktober 1919.

** Eine Bewegung, deren Ziel die Wiedereinsetzung der Habsburger auf den ungarischen Thron ist. Diese Restaurierung ist bekanntlich durch den Friedensvertrag verboten.

nach Verbündeten des Proletariats unter den bürgerlichen (nicht nur kleinbürgerlichen) Schichten der städtischen Bevölkerung; 2. die völlige Außerachtlassung der Interessen der Bauernschaft und sogar der ganz- und halbproletarischen Elemente auf dem flachen Lande, ja, eine direkt feindliche Haltung diesen Interessen gegenüber; 3. der Aufbau der ganzen Taktik auf dem Boden rein parlamentarischer Kombinationen.

Die gleiche Frage, jedoch unter einem stark wirtschaftlichen Gesichtswinkel, behandelt Genosse Eugen Landler in einem „Das sich industrialisierende Ungarn“ betitelten Artikel. Er handelt von dem weitverbreiteten Irrtum der öffentlichen Meinung der ungarischen Arbeiterschaft, Ungarn sei ein Agrar- und Feudalstaat. Im Grunde genommen wird diese irrtümliche Auffassung künstlich und bewußt durch die ungarische Sozialdemokratie verbreitet, die den revolutionierenden Einfluß der sich entwickelnden Industrie fürchtet. An Hand eines überaus reichhaltigen Materials aus der ungarischen Wirtschaft der Vorkriegszeit und der heutigen Wirtschaft Ungarns schildert der Verfasser die Dynamik der ungarischen Industrie und weist die unleugbare Entwicklung der letzteren trotz zahlreicher Schwierigkeiten nach. Ohne das Vorhandensein von Überresten des Feudalismus in Abrede zu stellen, konstatiert der Verfasser, daß die stark ausgeprägten Tendenzen gerade in der Richtung zur kapitalistischen Entwicklung des Landes der gesamten Produktion ihren Stempel aufdrücken werden.

In den Artikeln der Genossen M. Rakosi und B. Szánto wird die Frage der ungarischen gewerkschaftlichen Bewegung erörtert. Eine besondere Aktualität erhielt diese Frage in Verbindung mit der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei. Diese Spaltung darf nicht auf die Gewerkschaftsbewegung übergreifen — das ist der Grundgedanke des vom Genossen Rakosi verfaßten Artikels. Diese Warnung ist um so bedeutsamer, als die Sozialdemokratie alles tut, um eine Spaltung der ungarischen Gewerkschaften herbeizuführen. Der Genosse Szánto bringt in seinem Aufsatz reichhaltiges Material über die außerordentlich große Aktivität der gewerkschaftlichen Bürokraten, die darauf gerichtet ist, in den internationalen Gewerkschaftsverbänden gegen eine Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu agitieren.

Über die Bodenreform und die Bauernfrage in Ungarn bringt der Genosse B. Racz einen umfangreichen Artikel. Treffende Kritik übt an der Außenpolitik der ungarischen Regierung der Artikel des Genossen I. Revai. Genosse Alpari gibt eine Charakteristik der außenpolitischen Lage der USSR.

Es ist ein großes Verdienst der Redaktion der Zeitschrift, daß sie den ungarischen Arbeitern die Möglichkeit gibt, die Aufsätze und Reden der Führer der Kommunistischen Internationale und der Russischen Kommunistischen Partei kennenzulernen. Die Artikel der Genossen Sinowjew: „Die Epoche der Kriege und Revolutionen“, Stalin: „Das Schicksal des Sozialismus im Sowjetbund“, und Bucharin: „Lenin als Marxist“, deren Übersetzung in der Zeitschrift veröffentlicht ist, wird den Gesichtskreis der ungarischen Arbeiter, die in einem Lande leben und kämpfen, dessen Regierung eifrig darüber wacht, daß kein einziger revolutionärer Gedanke zu ihnen dringt, bereichern und erweitern.

In den Abschnitten „Kommunistische Internationale“, „Ungarn“, „Weltwirtschaft — Weltpolitik“, „Sowjetrußland“, „Südosteuropa“, „Die internationale Gewerkschaftsbewegung“, „Sozialpolitik“, „Kultur“ und „Bibliographie“ findet der Leser eine große Zahl Artikel und Notizen, vielgestaltig im Sinne der behandelten Fragen, einheitlich in der Auffassung, konsequent in der Durchführung.

Der programmatische Leitartikel gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die monatlich erscheinende Zeitschrift die in Ungarn lebenden Kommunisten mit der ungarischen kommunistischen Emigration, die über viele Länder zerstreut lebt, sowie die Kommunistische Internationale mit der Kommunistischen Partei Ungarns organisch verbinden wird. Das

allein genügt, um die Zeitschrift willkommen zu heißen. Abgesehen davon, ist das Erscheinen des Neuen März ein Ereignis von politischer Bedeutung für die einheitlich kämpfende Sektion der Internationale. Die Zeitschrift wird neue Kerntruppen von Führern der ungarischen kommunistischen Bewegung erziehen und organisieren; ihr Erscheinen bedeutet nach jeder Richtung einen großen Schritt vorwärts.

M. JABLONSKY: K. MARX UND F. ENGELS — ARCHIV

Redigiert von D. Rjasanow, Band II, Moskau, 1925. 504 Seiten

Bücher haben ihre Schicksale. Dieser abgedroschene melancholische Satz kommt einem unwillkürlich in den Sinn, wenn man in dem jetzt erschienenen Buche des „Archiv“ die „Naturdialektik“ von Engels durchblättert. Ist es nicht ein fatales Schicksal, wenn die Gedanken und die Arbeit eines Engels einem Bernstein zum „Aufheben“ und einem sozialdemokratisch-„freisinnigen“ Privatdozenten der Physik, namens Leo Arons, zum „Begutachten“ in die Hände fallen? Klingt es nicht wie ein Witz der Geschichte, daß die „Dialektik und Naturwissenschaft“, die „Dialektik und Mathematik“, und wie die vielen, leider nicht abgeschlossenen Gedanken heißen, die Grundstein und Gerüst legen sollten zur „allgemeinen Natur der Dialektik als Wissenschaft“, daß alles dies ausgerechnet in die Hände des Philisters geraten mußte, der durch alle Dialektik samt ihren verfänglichen Schlüssen der revolutionären Entwicklung einen dicken Strich ziehen wollte?

Es hat sich wieder einmal der alte Satz bestätigt: Der Philister ist der größte Vandal. Bernstein hat sich nicht geschaut, dreißig Jahre lang dem Engelsschen Nachlaß die „Druckerlaubnis“ zu entziehen, weil er als Neukantianer und freier Kritiker samt anderen „kompetenten Leuten“ gleichen Schlages ihn für veraltet und unzeitgemäß hielt.

Nun, den Arbeiten von Engels konnte selbst die 30jährige Gefangenschaft in den Archiven des Revisionismus nichts anhaben. Und wir dürfen es dem Genossen Rjasanow als neues Verdienst anrechnen, daß er endlich die „Dialektik in der Natur“ der Beurteilung aller revolutionär Denkenden vorlegt.

Sicher ist eines: Die vor einem halben Jahrhundert begonnenen Arbeiten von Engels, die diesen fast zehn Jahre beschäftigten, kommen noch immer zur rechten Zeit. Besonders in dem Gewirr und Getümmel der neuen vor dem Proletariat auftauchenden Probleme, die damit zusammenhängen, daß es sich in einem Lande schon anschiebt, die Domäne der Naturwissenschaften für sich zu erobern, da wird die „Dialektik der Natur“ bahnbrechende Arbeit leisten. Und das große Interesse, das die weitesten Kreise der neuen proletarischen, mit dem Werkstuhle organisch verbundenen Intelligenz Sowjetrußlands gerade für die Naturwissenschaften zeigen, ist genügende Gewähr dafür, daß die Arbeiterklasse, nachdem sie dank dem historischen Materialismus schon vor der Eroberung der Macht die Soziologie „sich dienstbar gemacht“, nach der Eroberung der Macht die von der bürgerlichen Metaphysik bisher monopolisierte Erkenntnis der Natur von allen ideologischen Schranken befreien und die Synthese von Naturwissenschaft und Gesellschaftswissenschaft in der materialistischen Weltanschauung verwirklichen wird.

Es ist ganz unmöglich, auf den Seiten einer Zeitschrift die ungeheure Fülle der Materialien der Engelsschen Naturdialektik, die hauptsächlich zur selbständigen Forschung anregen, auch nur zur knappen Übersicht und zur Rezension zu bringen: Mathematik, Mechanik, Physik und Biologie, durch alle diese Disziplinen zieht sich die erkenntnis-

theoretische Analyse Engels, die Kritik der Begriffe, die sie in den Rahmen der einheitlichen, unversellen Dialektik spannen will.

Kritik der naturwissenschaftlichen Begriffe und Kritik der naturwissenschaftlichen Untersuchungsmethoden, das ist die Grundaufgabe, die Engels in hunderterlei Ansätzen, in manchmal ganz fragmentarischen Noten und Varianten zum Anti-Dühring oder in abgeschlossenen kleinen Abhandlungen, wie z. B. „Zwei Maße der Bewegung“, „Flutreibung“, „Elektrizität“ usw. zu lösen versucht.

Sieht man diese erkenntnistheoretische Grundaufgabe der Untersuchung von Engels klar, so wird man auch nicht über seine physikalischen und naturphilosophischen Einzelbetrachtungen hinweggehen dürfen, weil Engels selbstverständlich das alles auf Grund des Standes der damaligen Wissenschaft geschrieben. Es darf im Gegenteil behauptet werden, daß mancher Physiker oder Biologe vom Fache die von Engels an Männern, wie Clausius und Helmholtz, oder Darwin und Haeckel, geübte Kritik der Begriffsverwirrung und prinzipiellen Konfusion, in seinem speziellen Ressort auch jetzt mit gutem Erfolge ausnützen könnte.

Das ist freilich nicht die Hauptsache. Viel wichtiger erscheint daneben die positive Arbeit, die Engels bei dem Nachweis der Geltung der dialektischen Methode und Kategorien in allen mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern leistet. Denn nur von diesem Standpunkte aus wird auch die Art, Geltung und der Umfang unserer Naturerkenntnis, ja unserer Gesamterkenntnis überhaupt zur Klarheit und Gewißheit gebracht.

Auf diesen Punkt muß vor allem die Aufmerksamkeit des Lesers gerichtet sein. Hier darf er nicht die Mühe scheuen, sich durch alle Fragmente des Engellschen Denkens, besonders durch die drei im vorliegenden „Archiv“ unter dem Titel „Die Dialektik und Naturwissenschaft“, „Noten zum Anti-Dühring“ und „Notizen“ zusammengefaßten Stücke durchzuarbeiten. Freilich ist eine unbedingte Voraussetzung dafür, daß man Hegel gründlich kennt.

In unserem Zusammenhange ist es besonders interessant, zwei Hauptrichtungen kenntlich zu machen, nach denen Engels seinen Kampf gegen die metaphysische Entstellung der Naturwissenschaften durch die bürgerliche Ideologie aufnimmt. Es ist einerseits die Tendenz, die Dialektik aus der Natur und der Naturerkenntnis überhaupt auszuschalten. Dieser metaphysischen Richtung liegt vor allem die Abneigung zugrunde, die Einheit der Naturkräfte im Weltall und das Übergehen der einen in die anderen anzuerkennen. Daß diese Tendenz schließlich darauf hinausläuft, einen Dualismus, eine Trennung des Geisterreiches vom Reiche der Natur anzunehmen, ist klar. Nicht minder, daß sie alle Entwicklung, alle Geschichte der Natur leugnet oder höchstens in eng bemessenen Kreisläufen zugibt.

Auf der anderen Seite bringt die metaphysische Naturauffassung die mechanistische Tendenz zu krassen Ausdruck. Sie wird insbesondere gekennzeichnet durch die Behauptung, daß die mechanische Bewegung, die bloße Ortsveränderung die Grundform aller Bewegungen ist, woraus sich dann die Leugnung der qualitativen Veränderungen der Materie und der Objektivität der Qualitäten überhaupt ergibt. Die Qualitäten der Dinge sollen dann ausschließlich als subjektive Anhängsel des Erkennens etwa im Sinne des physiologischen Idealismus gelten. Diese beiden Tendenzen sind gleichsam Extreme von rechts und links, Idealismus und mechanistischer Materialismus in der modernen Erkenntnistheorie der Naturwissenschaften, und es ist die natürliche Folge davon, daß sie an einem gewissen Punkte ineinander umschlagen. Was noch übrig bleibt, ist ein trostloser Agnostizismus, der sich nicht genug tun kann, sein „Ignorabimus“ (wir werden nichts wissen) pathetisch zu verkünden.

In der Tat, über die Öde des Skeptizismus und Agnostizismus, über den Dualismus der idealistischen Philosophie überhaupt, kann nur der dialektische Materialismus hinwegführen. Wunderbar ist, wie die von Engels gegebene Lösung des Widerspruchs zwischen dem endlichen und unendlichen Erkennen mit der von Lenin im „Empirikritizismus“ gezeigten zusammenfällt. Sie läßt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen:

Der Erkenntnisprozeß ist asymptotisch, d. h. das Erkennen besteht in einem unendlichen Fortgehen zum wahren Abbild seines Gegenstandes, und zwar wegen der beschränkten Erkenntnisfähigkeit der einzelnen, erkennenden Menschen ebenso sehr wie wegen des unbeschränkten Erkenntnisstoffes der Wirklichkeit. Aber dennoch wird das einzelne, endliche Erkennen zum universellen, unendlichen, zum Gesetze, insofern es „in sich abgeschlossen“ ist (siehe Anti-D. Seite 148). Lenin sagt darüber, weil es „wiederholbar“ ist. (Unter den gegebenen Verhältnissen.)

Natürlich gibt die dialektische Lösung des Widerspruchs zwischen dem relativen und absoluten Wissen auch eine direkte Antwort auf die Frage nach den sogenannten „ewigen Gesetzen“. Die große Verwirrung, die hierüber selbst noch in materialistischen Kreisen herrscht, ist unbedingt eine Folge davon, daß man das Problem der „ewigen Gesetze“ und ihrer „ewigen Gültigkeit“ in einen Topf wirft mit dem Problem der objektiven Wahrheit, der Objektivität unseres Erkennens, wobei der Idealismus jede objektive Wahrheit zu einem ewigen Gesetz macht. Alle diese Konfusion kommt insbesondere dadurch zustande, daß man die Erkenntnis und ihren gegenständlichen Maßstab rein idealistisch als ein immanentes, sozusagen intimes Verhältnis zwischen bloßen „reinen Ideen“ faßt und für die „Abbildtheorie der äußeren Wirklichkeit“ nur Hohn und Spott hat. Der Idealist spricht gerade deshalb von einem „ewigen Gesetz“, weil für ihn der Maßstab ein überzeitlicher, dem Flusse des Geschehens entrückter, eine fixe, „absolute Idee“ oder das „reine Ich“ usw. ist. Für den Materialisten aber kann ein Gesetz objektiv gültig und dennoch zugleich historisch sein, weil der Gegenstand seiner Erkenntnis erstens in der realen Wirklichkeit gegeben und zweitens unter bestimmten Bedingungen existiert. Engels drückt es in folgender prägnanter Weise aus: „Daß Wasser von 0° bis 100° flüssig ist, ist ein ewiges Naturgesetz; aber damit es Geltung haben kann, muß 1. Wasser, 2. die gegebene Temperatur und 3. der Normaldruck da sein. Auf dem Monde ist kein Wasser, auf der Sonne nur seine Elemente, und für diese Weltkörper existiert das Gesetz nicht“ (siehe „Archiv“, Seite 84).

Dieser Tatbestand scheint recht simpel zu sein, und doch hängt von ihm allein ab, ob man bei der Leugnung der „ewigen Gesetze“ in den bodenlosen Relativismus und Skeptizismus verfällt oder den Relativismus in die Dialektik umwandelt.

Der Gedankengang von Engels ist an dieser Stelle besonders interessant, weil er direkt in einen Zusammenhang mündet, der alle Probleme fast in moderner Form aufrollt. „Unsere ganze offizielle Physik, Chemie und Biologie ist exklusiv geozentrisch und für die Erde berechnet . . .“ „Wenn wir also von allgemeinen Naturgesetzen sprechen wollen, die auf alle Körper — vom Nebelfleck bis zum Menschen — gleichmäßig passen, so bleibt uns nur die Schwere und etwa die allgemeine Fassung der Theorie von der Umwandlung der Energie vulgo mechanische Wärme“ („Archiv“ eben dort). Und Engels fügt hinzu, daß diese Theorie sich selbst in eine geschichtliche Darstellung des Weltsystems verwandelt, in eine Geschichte, deren verschiedene Stufen und verschiedene Erscheinungen verschiedenen Gesetzen entsprechen. Das durchgehend Allgemeingültige bleibt aber die Bewegung.

Freilich soll diese verkehrt-geozentrische kopernikanische Wendung nicht bedeuten, daß für alle Arten von Erscheinungen und somit alle Wissenschaften nur gleichsam das Koordinatensystem „Erde“ anzunehmen ist. Für die Astronomie ist der geozentrische

Standpunkt borniert und mit Recht beseitigt, sagt Engels. Unmöglich aber kann die Physik, Chemie, Biologie und Meteorologie anders als geozentrisch sein, eben weil ihre Erscheinungen und irdische Verhältnisse in ganz anderen Grenzen von Raum und Zeit liegen als die Astronomie. Eine zentrumslose Wissenschaft ist das Ende aller Wissenschaft („Archiv“, Seite 202).

Dieser Begriff des Geozentrismus der genannten Naturdisziplin wird an mehreren Stellen der „Naturdialektik“, besonders im Zusammenhange mit dem von Hegel erörterten Gegensatz der sogenannten „schlechten“ und „wahren Unendlichkeit“ behandelt. Auch hier wird die Lösung dieses Gegensatzes einfach gegeben. Die „wahre Unendlichkeit“ ist in dem erfüllten Raum und Zeitgesetz, und unser Universum oder gar unsere Sternwelt spannt den Rahmen aus, in welchem die Naturwissenschaften sich geschlossen bewegen können; sie sind ein Beispiel für die „wahre Unendlichkeit“. Das tut freilich keinen Eintrag einer „schlechten Unendlichkeit“, die nicht in ihren Grenzen abgeschlossen ist; sie ist schon dadurch allein gerechtfertigt, daß die Materie und ihre Bewegung unerschaffbar und unzerstörbar sind, und somit die Bewegung aller Welten des Weltalls eine „schlechte Unendlichkeit“.

Man sieht, auch für die Beseitigung dieser theoretischen Schwierigkeiten bedarf es nicht eines Subjekts „von außen“, bedarf es keines „Gottes“. Allein auf diesem Standpunkt wird auch der scheinbare Widerspruch zwischen der „Endursache“ und der „wirkenden Ursache“ beseitigt. Dies folgt schon daraus, daß alle Eigenschaften, ebenso wie alle Arten und Formen der Körper nur aus der Bewegung zu erkennen sind. „Haben wir die Bewegungsformen der Materie erkannt, so haben wir die Materie selbst erkannt, und damit ist die Erkenntnis fertig“ („Archiv“, Seite 26). Wir müssen hinzufügen: auch das leidige Kantsche „Ding an sich“ ist dadurch fertig und erledigt. Besonders ist noch hervorzuheben, daß Engels an dieser Stelle das wirkliche Kausalitätsverhältnis, d. h. das Verhältnis zwischen Einzelursache und Wirkung, aus der Wechselwirkung ableitet und nicht, wie Hegel es tut, der die Wechselwirkung auf die reale Kausalität folgen läßt. „Um die einzelnen Erscheinungen zu verstehen, müssen wir sie aus dem allgemeinen Zusammenhang reißen, sie isoliert betrachten, und da erscheinen die wechselnden Bewegungen, die eine als Ursache, die andere als Wirkung“ (siehe „Archiv“, Seite 26). Aber die Kategorie der Wechselwirkung erhält gegenüber der Ursache und Wirkung eine vorzügliche Bedeutung, gerade weil sie allein die qualitative Veränderung der Erscheinungen, die inhaltvolle Transformation aller Energiearten ineinander ausdrückt und nicht nur die bloß quantitative Bewegungsübertragung, bei der die Art der Bewegung dieselbe bleibt. Darüber handelt im besonderen der Aufsatz von Engels: „Zwei Maße der Bewegung“.

Weil der geozentrische Standpunkt der Engelschen Erkenntnistheorie der Naturwissenschaft sicherlich die Grundlage seiner gesamten Naturdialektik bildet, wollen wir noch kurz darauf hinweisen, daß er hier nicht bloß auf den Schultern von Hegel, sondern auch von Ludwig Feuerbach steht. In seinem „Wesen der Religion“ gibt dieser seiner Auffassung des Geozentrismus folgende hinreißend schöne Form: „Die Erde ist das absolute Maß meines Wesens; ich stehe nicht nur mit meinen Beinen auf der Erde, ich denke und fühle nur auf dem Standpunkt der Erde . . .“ „Ich spanne allerdings meine Blicke bis in die fernsten Himmel aus; aber ich erblicke alle Dinge im Lichte und Maße der Erde.“

Wir sehen, wie Friedrich Engels die geniale, von dem anthropologischen Standpunkt diktierte Intuition seines Lehrers übernimmt, um dessen „gemütsvolle“ Sehnsucht nach menschlichem Wissen und Fühlen auf den festen und nüchternen Boden der Tatsachen der Naturwissenschaften und ihres dialektischen Zusammenhanges zu stellen.

Der beschränkte Raum verbietet uns hier, auf die Exkurse von Engels auf den Gebieten der Mathematik und Biologie ausführlich einzugehen. In letzterer Hinsicht sei nur noch vermerkt, daß Engels, die Darwinsche Theorie als eine Probe auf die Hegelsche Darstellung des Zusammenhanges von „Notwendigkeit“ und „Zufälligkeit“ bezeichnet („Archiv“, Seite 216). Hier wie anderswo wird bei Kenntnis der Hegelschen Logik leicht festzustellen sein, wie Engels ihre Begriffe in die materialistische Sprache zu übersetzen sucht.

Seine „Naturdialektik“, die wegen ihrer aphoristischen Form besondere Schwierigkeiten bietet, muß deshalb ebenso wie der „Antidürring“ als das Handbuch des dialektischen Materialismus in seiner universellen Erweiterung auf alle Zweige der menschlichen Forschung gewertet werden. Die Lektüre des II. Bandes des „Archivs“ wird deshalb hoffentlich ebenso das Interesse für den „Antidürring“, der ja als ein guter Leitfaden für die Zusammenstellung der Fragmente der Naturdialektik dienen kann, wie für Hegels Werke aufs neue wehren.

Zum Schluß wollen wir noch feststellen, daß der vorliegende Band des „Archivs“, der gleichzeitig in deutscher und russischer Sprache erscheint, außer der „Naturdialektik“ eine umfangreiche Bibliographie über Marx, Engels und den Marxismus seit dem Kriegabeginn bis auf unsere Zeit enthält. Selbstverständlich wird sein Wert dadurch noch besonders erhöht.

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK, WIEN 8 — BERLIN SW 48

163 SEITEN

PREIS 1,20 Mk.

N. BUCHARIN

KARL KAUTSKY UND SOWJET- RUSSLAND

Eine Antwort
auf K. KAUTSKY
„Die Internationale
und Sowjetrußland“.

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK, WIEN 8 — BERLIN SW 48

J. STALIN
LENIN UND DER LENINISMUS

Neue Auflage

168 Seiten / Preis broschiert 1,— M., gebunden 1,80 M.

J. STALIN
FRAGEN UND ANTWORTEN

61 Seiten

Preis broschiert 0,50 M.

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK

INTERNATIONALE
ZEIT- UND STREITFRAGEN

B a n d 7

Die deutsche Arbeiterdelegation in Sowjetrußland

Zwei Besprechungen mit Genossen
Sinowjew am 20. u. 28. August 1925

74 Seiten

Preis broschiert 0,50 M.

B a n d 8

Pierre Semard / Marokko

Aus dem Inhalt:

Geschichte des französischen Protektorats von 1845—1918 / Die kapitalistische „friedliche Durchdringung“ / Die Durchdringung und die Rolle der Banken / Wie Lyautey den Rifkrieg vorbereitete / Der Friedensschwindel des Linksblocks und der Verrat der französischen Sozialdemokratie / Die Haltung der Kommunistischen Partei / Anhang

165 Seiten

Preis brosch. 1,— M., geb. 2,— M.

VERLAG CARL HOYM NACHF.

ILLUSTRIERTER ARBEITER-KALENDER

FÜR DAS JAHR

1926

Der Erfolg unserer illustrierten Arbeiter-Kalender veranlaßt uns, in diesem Jahre den Kalender in erweiterter Form herauszugeben. Der Kalender 1926 wird insgesamt 730 Seiten und 365 Illustrationen umfassen und zu einem Album des internationalen Klassenkampfes ausgestaltet. • Der niedrige Preis von 2,— Mark (auf gutem satinierten Papier) und 3,— Mark (auf bestem holzfreien Papier) gestattet jedem Arbeiter und Angestellten die Anschaffung.

Der Kalender gelangt am 30. Oktober zur Ausgabe.

Bestellungen nimmt jede gute Buchhandlung,
jede proletarische Organisation oder auch
der Verlag direkt entgegen.

VERLAG CARL HOYM NACHF.

HAMBURG 36 — BERLIN NW 6

DIE STEUERLAWINE

ZAHLEN UND TATSACHEN

DIE JEDER ARBEITER WISSEN MUSS

von

HERMANN REMMELE

Auf Grund reichen Tatsachenmaterials, gestützt auf eine Reihe umfassender Berechnungen, wird die gegenwärtige *Finanzpolitik der deutschen Republik* und ihre Auswirkung auf die Lage der werktätigen Bevölkerung geschildert. Das erste Kapitel beschäftigt sich mit den *Zusammenhängen zwischen der Dawesierung Deutschlands und dem Zoll- und Steuerraub* der Hindenburg-Luther-Regierung. Im zweiten Kapitel wird die *Belastung durch Steuern und Zölle* aufgezeigt. Das dritte Kapitel schildert die zahllosen *Vorteile*, die sich aus der neuen Steuergesetzgebung für die *bestzende Klasse* ergeben. Das vierte Kapitel bringt dann die Kehrseite der Medaille: die verheerenden *Auswirkungen der neuen Steuern für die arbeitende Bevölkerung*. Das fünfte Kapitel gibt ein *Bild der neuen Zollgesetze*, zeigt insbesondere auch die *Schädigung der kleinen Landwirtschaft* durch die Hindenburgzölle. Das sechste Kapitel beschreibt die *Stellung der einzelnen Parteien* zum Zoll- und Steuerkampf: Die Deutschnationalen wie die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Bayrische Volkspartei werden in ihrer Politik genau so gekennzeichnet wie das Zentrum und die Demokraten. Die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird klar und beweiskräftig geschildert, ebenso die Haltung des ADGB. Das Kapitel endet mit einer Darstellung des *Kampfes der Kommunisten gegen die Dawes-Ausplünderung* von der Zeit des Londoner Abkommens bis zum Zoll- und Steuerkampf innerhalb und außerhalb des Reichstages.

112 SEITEN

PREIS 1,- M.

VEREINIGUNG
INTERNATIONALER VERLAGS-ANSTALTEN G.M.B.H.

BERLIN SW 61

PLANUFER 17

**BUCHDRUCKEREI
GUSTAV ASCHER G. M. B. H.
BERLIN SW 61.**